

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
2011/2012

Einzelplan 03 A

für den Geschäftsbereich
des Bayerischen Staatsministeriums
des Innern

Inhalt

Einzelplan 03

Teil A: Allgemeine Innere Verwaltung

Vorworte

- Kap. **03 01** Ministerium
 Kap. **03 02** Sammelansätze für den Gesamtbereich des Teils A – Allgemeine Innere Verwaltung
 Kap. **03 03** Allgemeine Bewilligungen
 Kap. **03 05** Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern
 Kap. **03 06** Verwaltungsgerichte
 Kap. **03 07** Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
 Kap. **03 08** Regierungen
 Kap. **03 09** Landratsämter
 Kap. **03 15** Landesamt für Verfassungsschutz
 Kap. **03 17** Landeskriminalamt
 Kap. **03 18** Landespolizei
 Kap. **03 20** Bereitschaftspolizei
 Kap. **03 21** Polizeiverwaltungsamt
 Kap. **03 23** Brandschutz
 Kap. **03 24** Rettungsdienst, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung
 Kap. **03 26** Feuerweherschulen

Abschluss Teil A

Übersicht Verpflichtungsermächtigungen

Anlagen

- B Kap. 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kap. 03 24)
- S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils A

Stellenplan

Teil B: Staatsbauverwaltung

Vorwort

- Kap. **03 61** Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern
 Kap. **03 62** Sammelansätze für den Gesamtbereich des Teils B – Staatsbauverwaltung -
 Kap. **03 63** Allgemeine Bewilligungen
 Kap. **03 64** Wohnraumförderung
 Kap. **03 65** Städtebauförderung
 Kap. **03 73** Bauabteilungen der Regierungen
 Kap. **03 75** Autobahndirektionen und Landesbaudirektion
 Kap. **03 80** Staatliche Bauämter

Abschluss Teil B

Übersicht Verpflichtungsermächtigungen

Hauptabschluss Epl. 03

Anlagen

- A Um- und Ausbau der Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
- S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils B

Stellenplan

Vorwort zum Einzelplan 03 A Staatsministerium des Innern

- Allgemeine Innere Verwaltung -

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern umfasst die Allgemeine Innere Verwaltung (Einzelplan 03 A) und die Staatsbauverwaltung (Einzelplan 03 B).

Zur Allgemeinen Inneren Verwaltung gehören folgende Aufgabengebiete:

1. Die Organisation und der Dienstgang der staatlichen Allgemeinen Inneren Verwaltung, deren Verfahren und die Verwaltungsrechtspflege,
2. die Bearbeitung von staatsrechtlichen Angelegenheiten (des Wahlrechts usw.),
3. das Wehrwesen, die zivile Verteidigung, der Zivil- und Katastrophenschutz, das Rettungswesen, das Staatsangehörigkeitswesen, die staatlichen Auszeichnungen und die Angelegenheiten der Landesgrenze - soweit nicht Zuständigkeit der Staatskanzlei,
4. die Angelegenheiten der Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände, das Sparkassenwesen einschließlich der Aufsicht über den Bayerischen Sparkassen- und Giroverband sowie die Aufsicht über die kommunalen Spitzenverbände, den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband und die Bayerische Verwaltungsschule,
5. das Recht der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und der Polizei einschließlich der Polizeiausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen,
6. die Angelegenheiten der Enteignung und der Tumultschäden,
7. die Angelegenheiten derjenigen Stiftungen, die nicht in den Aufgabenbereich der Staatsministerien für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie für Unterricht und Kultus fallen,
8. die Feuersicherheit einschließlich des Kaminkehrerwesens und das Feuerlöschwesen,
9. den Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung, das Führerschein- und Fahrlehrerwesen und die Verkehrserziehung,
10. das Personenstandswesen und das Namensrecht,
11. das Freizügigkeits-, Aufenthalts- und Auswanderungswesen,
12. das Sammlungs-, Lotterie- und Glücksspielwesen,
13. das öffentliche Versicherungswesen,
14. die Angelegenheiten der amtlichen Statistik,
15. das öffentliche Vereinsrecht,
16. das Presserecht,
17. das Waffen- und Sprengstoffrecht,
18. die sicherheitsrechtliche Behandlung des Theater- und Filmwesens,
19. das Feiertagsrecht.

Die Aufgaben der Allgemeinen Inneren Verwaltung werden erledigt von 7 Regierungen und 71 Landratsämtern, vom Verwaltungsgerichtshof und 6 Verwaltungsgerichten, von der Landesadvokatur Bayern, vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, vom Landesamt für Datenschutzaufsicht, der Versorgungskammer, vom Landesamt für Verfassungsschutz, den 10 Polizeipräsidien und anderen Dienststellen der Landespolizei, vom Präsidium der Bereitschaftspolizei, den 7 Bereitschaftspolizeiabteilungen und anderen Dienststellen der Bereitschaftspolizei, vom Landeskriminalamt, vom Polizeiverwaltungsamt, den Feuerwehrschulen in Geretsried, Regensburg und Würzburg. Der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern unterstehen 7 Bezirke, 71 Landkreise, 25 kreisfreie Städte und 2031 kreisangehörige Gemeinden, davon 28 Große Kreisstädte.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

1. Durch Gesetz zur Umsetzung der Polizeiorganisationsreform vom 20.07.2007 (GVBl S. 944) wurde der dreistufige Organisationsaufbau als Regelorganisation gesetzlich festgelegt. Der Abschluss der Reform erfolgte zum 31.12.2009.
2. Der Ministerrat hat am 19.05.2009 den Staatssekretär im Staatsministerium der Finanzen zum Beauftragten der Staatsregierung für Informations- und Kommunikationstechnik bestimmt, um so die strategische Steuerung der IT zu bündeln. Damit ging der Übergang der bisherigen Zuständigkeiten des Staatsministeriums des Innern für die Grundsatzangelegenheiten des Einsatzes der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung auf das Staatsministerium der Finanzen einher (seit 01.08.2009).
3. Der Ministerrat hat am 20./21.11.2009 eine Teilverlagerung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth beschlossen (s. hierzu Vorbemerkung zu Kap. 03 07).

C. Bayer. Versorgungskammer

Die Bayer. Versorgungskammer ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete staatliche Oberbehörde (Art. 6 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen (VersoG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 16.06.2008 (GVBl S. 371). Für sie sind jedoch im Staatshaushalt keine Haushaltsansätze und Stellen ausgebracht. Denn die bei der Versorgungskammer bestehenden rechtsfähigen Versorgungsanstalten des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung (Art. 1 Abs. 1 VersoG) bestreiten den Verwaltungsaufwand einschließlich der Bezüge der Beamten, Arbeitnehmer und Versorgungsempfänger aus eigenen Mitteln (Art. 9 Abs. 2 VersoG).

Die Beamten der Versorgungskammer sind Staatsbeamte, die Arbeitnehmer sind Arbeitnehmer der Versorgungsanstalten (Art. 6 Abs. 5 VersoG). Die Versorgungskammer stellt hierfür einen eigenen Stellenplan auf (Art. 6 Abs. 7 VersoG).

Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Versorgungsanstalten und der Versorgungskammer unterliegen der Prüfung durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof.

D. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

	2010 ^{*)} Tsd. €	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	426.072,0	410.215,2	408.656,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen ..	2.657,5	63.051,8	2.755,2
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	32.276,1	27.256,7	27.753,6
Gesamteinnahmen	461.005,6	500.523,7	439.164,8
Personalausgaben	2.866.749,3	2.949.981,0	3.013.296,3
Sächliche Verwaltungsausgaben	291.765,7	300.965,9	300.908,6
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen ..	34.213,7	30.241,3	24.580,2
Baumaßnahmen	95.607,1	72.947,1	69.447,1
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungsmaßnahmen	171.363,1	119.827,5	128.389,4
Besondere Finanzierungsausgaben	1.133,3	-492,9	-248,2
Gesamtausgaben	3.460.832,2	3.473.469,9	3.536.373,4
Zuschuss	2.999.826,6	2.972.946,2	3.097.208,6

E. Gliederung der Ausgaben nach Bereichen

	2010 ^{*)} Tsd. €	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Innere Verwaltung	614.616,9	681.588,5	636.817,9
2. Verwaltungsgerichtsbarkeit	56.736,9	56.210,3	57.288,4
3. Verfassungsschutz	35.706,5	36.019,1	36.818,7
4. Polizei	2.682.005,9	2.627.973,6	2.730.666,6
5. Rettungsdienst, Katastrophenschutz	13.636,0	12.258,4	15.312,8
6. Brandschutz	58.130,0	59.420,0	59.469,0
Summe	3.460.832,2	3.473.469,9	3.536.373,4

*) 2010 i.d.F. des Nachtragshaushalts 2010

F. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die Gesamtübersicht zum Stellenplan. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Vorwort zum Einzelplan 03 B

- Staatsbauverwaltung -

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Geschäftsbereich der Staatsbauverwaltung umfasst die folgenden Aufgabengebiete:

1. Hochbauangelegenheiten sämtlicher Ressorts sowie – im Wege der Organleihe – des Bundes (einschl. NATO und Stationierungstreitkräfte); Begutachtung von Bauvorhaben der nichtstaatlichen Krankenanstalten, der Sozialversicherungsträger, von nichtstaatlichen Bauten für Kultur und Wissenschaft sowie von Bezirksbauten; landwirtschaftliches Bauwesen; bauliche Denkmalpflege; fachliche Angelegenheiten des staatlichen Liegenschaftsverkehrs; elektrotechnische und maschinentechnische Einrichtungen sowie Energieversorgung in staatlichen Gebäuden und Anlagen; fachliche Mitwirkung bei staatlich geförderten Maßnahmen.
2. Rechtsfragen des Städtebaues, Bau- und Bodenrecht, Straßen- und Wegerecht, Kreuzungsrecht, städtebauliche Planung und Forschung, Grundsatzfragen der Bautechnik, Bauforschung und Baunormung; Baustoffprüfung und Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten.
3. Grundsatzfragen des Wohnungswesens, Wohnraumförderung und Förderung von städtebaulichen Vorhaben, Wohnungsbauforschung; Rechtsfragen des Wohnungswesens und der Städtebauförderung.
4. Straßen- und Brückenbau für Bundesfernstraßen und Staatsstraßen (Planung des überörtlichen Straßennetzes, Bau und Verwaltung der staatlichen Straßen und Brücken und der Bundesfernstraßen – in Auftragsverwaltung –), Richtlinien auf dem Gebiet der Straßenbau- und Verkehrstechnik, Förderung von Baumaßnahmen an öffentlichen Straßen durch den Freistaat Bayern, Straßen- und Brückenbau für Kreisstraßen aufgrund besonderer Vereinbarungen mit den Landkreisen, gutachtliche Mitwirkung im kommunalen Straßenbau.
5. Organisation der Staatsbauverwaltung; Sach- und Personalhaushalt; Ausbildung und Prüfung für den mittleren, gehobenen und höheren bautechnischen Verwaltungsdienst; allgemeines Verdingungswesen in Bezug auf Leistungen und Bauleistungen der Staatsbaubehörden; Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung im Zusammenhang mit den Fachplanungen, Controlling.

Die Aufgaben der Staatsbauverwaltung werden unter der Leitung der Obersten Baubehörde von 7 Abteilungen (Bereich 3, Planung und Bau) der Regierungen, von 2 Autobahndirektionen und der der Autobahndirektion Nordbayern angegliederten Landesbaudirektion, sowie von 22 Staatlichen Bauämtern durchgeführt. Von diesen Dienststellen werden betreut: Rund 16.000 Gebäude des Staates oder mit staatlicher Baupflicht und 13.000 Gebäude des Bundes und Dritter, rund 2.500 km Bundesautobahnen, rund 6.550 km Bundesstraßen, rund 14.000 km Staatsstraßen, rund 3.100 km Kreisstraßen.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

- I. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der Einzelplanabschluss.
- II. Ausgabenschwerpunkte

Bezeichnung	Nachrichtlich	Soll	
	Soll 2010 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €
1	2	3	4
Gesamtausgaben	1.610,4	1.439,1	1.176,9
Umfinanzierungen (Kap. 13 41)	9,7	-	-
Bereinigte Gesamtausgaben	1.620,1	1.439,1	1.176,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr		- 181,0 (= - 11,2%)	- 262,2 (= - 18,2%)

daneben:

Aus dem Programm „Zukunft Bayern 2020“ insgesamt 295,0 Mio. €, davon 56,5 Mio. € für 2011 und 4,5 Mio. € für 2012.

Hiervon entfallen auf:

1.	Abwicklung früherer Programme der Wohnraum- und Städtebauförderung (einschl. VE-Abdeckung)			
1.1	Landesmittel			
	- Wohnraumförderung	28,2	30,0	36,0
	- Studentenwohnraumförderung	15,0	15,0	15,0
	- Städtebauförderung	58,6	62,5	66,5
	Summe	101,8	107,5	117,5
1.2	Bundesmittel			
	- Kompensationszahlungen zur Wohnraumförderung	51,3	51,3	51,3
	- Städtebauförderung	55,7	59,0	60,7
	Summe	107,0	110,4	112,0
1.3	Gesamtsumme Nr. 1.	208,8	217,8	229,4
2.	Bewilligungsrahmen der Wohnraum- und Städtebauförderung			
2.1	Wohnraumförderung			
2.1.1	Landesmittel			
	- Wohnraumförderung (Ausgabemittel)	30,0	25,0	20,0
	- Wohnraumförderung (VE)	(130,0)	(125,0)	(120,0)
	- Behindertenwohnraumförderung (VE)	(5,0)	(5,0)	(5,0)
	Summe	165,0	155,0	145,0

Bezeichnung		Nachrichtlich	Soll	
		Soll 2010	2011	2012
		Mio. €	Mio. €	Mio. €
1		2	3	4
2.1.2	Bundesmittel			
	- Wohnraumförderung (Ausgabemittel)	10,0	10,0	10,0
	- Wohnraumförderung (VE)	(40,0)	(40,0)	(40,0)
	Summe	50,0	50,0	50,0
2.1.3	Gesamtsumme Nr. 2.1	215,0	205,0	195,0
2.2	Studentenwohnraumförderung (Landesmittel)			
	- Ausgabemittel	4,2	4,2	4,2
	- VE	(13,3)	(13,3)	(13,3)
	Summe	17,5	17,5	17,5
2.3	Städtebauförderung			
2.3.1	Landesmittel			
	- Bayer. Programm (Ausgabemittel)	4,0	-	-
	- Bayer. Programm (VE)	(13,0)	(17,0)	(13,0)
	- Bund/Länder-Programme (VE)	(55,0)	(43,6)	(43,6)
	- EU-Programme (VE)	(4,6)	(4,6)	(4,6)
	Summe	76,6	65,2	61,2
2.3.2	Bundesmittel			
	- Bund/Länder-Programm (VE)	(55,0)	(43,6)	(43,6)
	- EU-Programme (VE)	(14,0)	(14,0)	(14,0)
	Summe	69,0	57,6	57,6
2.3.3	Gesamtsumme Nr. 2.3	145,7	122,7	118,7
3.	Wohngeld			
	- Landesmittel	70,0	75,0	75,0
	- Bundesmittel	70,0	75,0	75,0
	Summe	140,0	150,0	150,0
4.	Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen 2009 zur energetischen Sanierung kommunaler Infrastruktur			
	- Landesmittel	1,7	2,4	1,4
	- Bundesmittel	10,1	14,2	8,1
	Summe	11,8	16,5	9,4
5.	Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz			
	- Erwerb Dienstfahrzeuge für den Betriebsdienst	1,1	0,8	-
	- Sondermaßnahmen der Städtebauförderung	16,0	1,0	-
	- Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude	354,7	238,4	-
	- Staatsstraßenbau	33,3	3,3	-
	Summe	405,2	243,5	-

Bezeichnung		Nachrichtlich	Soll	
		Soll 2010 Mio. €	2011 Mio. €	2012 Mio. €
1		2	3	4
6.	Straßenbau			
6.1	Um-/ Ausbau und Bestandserhaltung von Staatsstraßen	163,7	135,0	110,0
	daneben:			
	- 10,0 Mio. € für 2011 aus dem Programm „Zukunft Bayern 2020“ (Kap. 13 30 TG 80)			
	- 41,7 Mio. € für 2011 zur Verstärkung des Um- und Ausbaus sowie der Bestandserhaltung (Kap. 13 03 Tit. 750 01)			
	- 25,0 Mio. € für 2011 zur Beseitigung der außergewöhnlichen Frostschäden (Kap. 13 03 Tit. 750 02)			
6.2	Planung und Bauleitung für Staatsstraßen	1,5	27,1	27,1
6.3	Planung und Bauleitung für Bundesfernstraßen	91,2	90,3	92,8
6.4	Privatfinanzierte Straßen	5,8	6,5	8,1
6.5	Betriebsdienst für Staatsstraßen	108,6	96,3	96,3
	Summe Nr. 6	370,8	355,1	334,3
7.	Staatlicher Hochbau			
	- Anlage S	2,8	3,0	4,0
	- Umfinanzierung (Kap. 13 41 TG 55 – 56)	9,7	-	-
	- Kleine Baumaßnahmen	3,3	3,7	3,7
	Summe	15,8	6,7	7,7

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die Gesamtübersicht zum Stellenplan. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte und Arbeitnehmer gegliedert.

Einzelplan 03 A

- Allgemeine Innere Verwaltung -

Inhalt

	Seite
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2011 und 2012	13
Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung	14
Kapitel 03 01 Ministerium	16
Kapitel 03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung	26
Kapitel 03 03 Allgemeine Bewilligungen	38
Kapitel 03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern	58
Kapitel 03 06 Verwaltungsgerichte	68
Kapitel 03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung	78
Kapitel 03 08 Regierungen	124
Kapitel 03 09 Landratsämter	148
Kapitel 03 15 Landesamt für Verfassungsschutz	156
Kapitel 03 17 Landeskriminalamt	164
Kapitel 03 18 Landespolizei	182
Kapitel 03 20 Bereitschaftspolizei	204
Kapitel 03 21 Polizeiverwaltungsamt	220
Kapitel 03 23 Brandschutz	230
Kapitel 03 24 Rettungsdienst, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung	236
Kapitel 03 26 Feuerweherschulen	244
Abschluss	256
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	257
Anlage B Kap. 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kap. 03 24)	263
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Teils A	271
Stellenplan	301

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2011 und 2012

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 €,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 20 000 € nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]) und 428 0. (Entgelte der Arbeitnehmer) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.
3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 31. August 2006 und des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.
4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 1 Mio. € Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:
Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden
 - 5.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 5.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 5.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 5.4 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 5.5 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

Vorbemerkung zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung

1. Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2011/2012 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:
 - Kap. 03 03 TG 71, 72, 76 und 85 sowie Tit. 547 05,
 - Kap. 03 05 Tit. 111 01 und 526 01,
 - Kap. 03 06 Tit. 111 01 und 526 01,
 - Kap. 03 07 TG 92 und TG 93,
 - Kap. 03 08 Tit. 526 11 und 547 05,
 - Kap. 03 09 Einnahmen sowie Tit. 428 11,
 - Kap. 03 15 Tit. 534 01,
 - Kap. 03 17 Tit. 111 01, 111 05 und 514 25,
 - Kap. 03 18 Tit. 111 01, 111 05 und 514 25,
 - Kap. 03 20 Tit. 111 01, 132 01 und 514 25,
 - Kap. 03 21 Tit. 111 01,
 - Kap. 03 23 und
 - Kap. 03 24.

2. Die in Nrn. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2011/2012 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen gelten zusätzlich für:
 - die Titel 427 75, 427 76, 428 60, 428 94, 428 95, 428 96, 453 71, 453 75 aller Kapitel,
 - Kap. 03 07 Tit. 412 11, 459 94 und 459 99,
 - Kap. 03 08 Tit. 412 01, 459 51 und
 - Kap. 03 20 Tit. 443 05.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-7	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	1,0	1,0	A	2,5
					B	1,0
					C	3,3
112 01-6	011	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	---	---	A	---
					C	1,0
119 01-9	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	***	***	A	---
					B	0,0
					C	166,0
119 49-3	011	Vermischte Einnahmen	5,0	5,0	A	5,0
					B	4,2
					C	68,7
124 01-2	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	240,0	260,0	A	240,0
					B	250,5
					C	245,6
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
261 01-5	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	276,2	286,2	A	250,0
					B	282,6
					C	231,0
Gesamteinnahmen			522,2	552,2	A	497,5
					B	538,4
					C	715,7
Ausgaben						
Personalausgaben						
421 01-2	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	340,2	340,2	A	340,0
					B	354,3
					C	338,5
422 01-1	011	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	15.367,3	15.659,9	A	14.462,5
					B	14.991,3
					C	14.241,1
422 31-5	011	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	3.776,5	3.839,3	A	3.355,1
					B	3.692,0
					C	3.428,2
427 01-6	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
428 01-5	011	Entgelte der Arbeitnehmer	5.414,9	5.505,4	A	5.367,4
					B	5.295,6
					C	5.178,4
428 11-3	011	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 01

Das Staatsministerium unterstützt die Regierungstätigkeit und ist oberste Verwaltungsbehörde im Geschäftsbereich. Im Vollzug des Art. 55 BV obliegen ihm insbesondere die Umsetzung der vom Ministerpräsidenten bestimmten Richtlinien der Politik in Einzelziele, Planungen oder Programme einschließlich deren Kontrolle, Richtlinien-, Steuerungs- und Aufsichtsfunktionen gegenüber dem nachgeordneten Geschäftsbereich und die Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Organen; Vollzugsaufgaben und die Bearbeitung von Einzelfällen werden den nachgeordneten Behörden zur möglichst selbständigen Bearbeitung übertragen. Sie können ausnahmsweise vom Staatsministerium wahrgenommen werden, wenn es sich um Angelegenheiten von besonderer politischer Bedeutung handelt oder wenn eine andere Zuordnung nicht zweckmäßig ist.

Das Staatsministerium besteht aus der Allgemeinen Inneren Verwaltung und der Obersten Baubehörde. Die Haushaltsmittel der Obersten Baubehörde sind im Kap. 03 61 veranschlagt.

Zu 03 01/119 01

Wegfallend wegen der Umstellung auf die elektronische Verkündungsplattform zum 01.01.2009.

Zu 03 01/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser u. dgl.)	6,0	6,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	233,0	253,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	1,0	1,0
Zusammen	240,0	260,0

2012 gegenüber 2011:

Mehr 20,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 01/261 01

Das StMI hat nach Maßgabe spezialgesetzlicher Regelungen Anspruch auf Erstattung der Kosten, die bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Aufsicht anfallen (z.B. über die Bayer. Versorgungskammer und Versicherungskammer Bayern).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 26,2 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 10,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	12,6	12,6

Zu 03 01/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (insbesondere Polizeizulage und Erschwerniszulage) und Zuwendungen (Fahrtkostenzuschuss).

Zu 03 01/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 01/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
428 21-1	011	Entgelte der Arbeitnehmer	492,6	500,9	A	483,0
					B	472,6
					C	461,4
428 41-7	011	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	87,2	87,2	A	87,2
					B	65,7
					C	73,9
453 01-3	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	36,0	36,0	A	35,0
					B	35,7
					C	22,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-3	011	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	512,8	512,8	A	454,7
					B	499,0
					C	471,1
511 22-8	011	Fachausstattung für den uniformierten Dienst	---	---	A	---
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	126,8	126,8	A	135,0
					B	110,6
					C	124,9
514 11-8	011	Dienst- und Schutzkleidung	23,3	23,3	A	24,0
					B	22,1
					C	21,0

Erläuterungen

Zu 03 01/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Zu 03 01/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	29,0	29,0
2. Umzugskostenvergütungen	7,0	7,0
Zusammen	<u>36,0</u>	<u>36,0</u>

Zu 03 01/511 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	96,4	96,4
2. Bücher und Zeitschriften	150,0	150,0
3. Kommunikation	65,0	65,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	33,8	33,8
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	100,0	100,0
6. Sonstiges	67,6	67,6
Zusammen	<u>512,8</u>	<u>512,8</u>

2011 gegenüber 2010:

Mehr 58,1 Tsd. € wegen gestiegenem Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 20,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 01/511 22

Beschaffung von polizeispezifischer Ausrüstung und Ausstattung (wie Waffen, Sonderbekleidung).

Zu 03 01/514 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	90,0	90,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	36,8	36,8
Zusammen	<u>126,8</u>	<u>126,8</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	126,8	126,8
Personalausgaben	502,0	502,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	32,6	33,6
Zusammen	<u>661,4</u>	<u>662,4</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	9	9	9	9	6
Katastrophenschutzfahrzeuge	1	1	1	1	1
Polizeiführungsfahrzeug	1	1	1	1	1
Polizeieinsatzfahrzeuge	3	3	3	3	1
Fahrzeug der Projektgruppe DigiNet	2	2	2	2	1

Ein hier im Bestand enthaltenes Einsatzfahrzeug wird zu Lasten Kap. 03 20 Tit. 514 01 betrieben (vgl. auch Erläuterung bei Kap. 03 20 Tit. 514 01). Für das Polizeiführungsfahrzeug wird der Fahrer aus Kap. 03 20 gestellt (Betriebskosten ansonsten Kap. 03 01). Das Katastrophenschutzfahrzeug wurde zu Lasten des K-Fonds (Anlage B) geleast, der Unterhalt erfolgt aus Kap. 03 01 Tit. 514 01. Leasing und Unterhalt der Fahrzeuge der Projektgruppe DigiNet erfolgen aus Kap. 03 03 TG 85.

Zu 03 01/514 11

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Dienstkleidungszuschuss und Kleidergeld für Polizeivollzugsbeamte	19,5	19,5
2. Dienst- und Schutzkleidung für Pförtner, Kraftfahrer, Haus- und Reinigungspersonal	3,8	3,8
Zusammen	<u>23,3</u>	<u>23,3</u>

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
517 01-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	329,1	329,1	A B C	363,0 324,5 313,1
517 05-3	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	285,1	285,1	A B C	326,0 282,9 320,9
517 31-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-7	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-6	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 660,0</i> <i>Von der für die Verlängerung der Anmietung des Dienstgebäudes Odeonsplatz 1 veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 660,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2013 Tsd. € 94,0</i> <i>2014 Tsd. € 566,0</i>	995,0	995,0	A B C	995,0 1.004,0 884,6
518 11-4	011	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	69,3	69,3	A B C	100,0 63,0 67,4
518 18-7	011	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	32,6	33,6	A B C	27,0 28,6 25,5
518 31-0	011	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-5	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	104,0	104,0	A B C	130,0 183,0 181,0
527 01-5	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	333,9	333,9	A B C	370,2 324,0 360,6
529 01-3	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	11,9	11,9	A B C	11,9 24,8 39,9
531 01-9	011	Herausgabe amtlicher Blätter	---	---	A B C	---
531 11-7	011	Herausgabe von "Bayerns Polizei"	47,0	47,0	A B C	52,1 27,8 31,2
532 11-6	011	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	4,5	4,5	A	5,0
546 49-6	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	22,5	22,5	A B C	25,0 7,9 20,0
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-7	011	Kostenanteil an der ständigen IMK-Geschäftsstelle	26,0	26,0	A B C	22,8 21,5 20,3

Erläuterungen

Zu 03 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 33,9 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 01/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	140,0	140,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	145,1	145,1
Zusammen	285,1	285,1

2011 gegenüber 2010:

Weniger 40,9 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 01/518 11

Veranschlagt sind insbesondere Mieten für dezentrale Kopiergeräte und für Großkopierer der zentralen Kopierstelle.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 30,7 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 01/519 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	90,0	90,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	14,0	14,0
Zusammen	104,0	104,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 26,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 6,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 01/527 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 36,3 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 17,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 01/531 11

Herausgabe des Informationsblattes "Bayerns Polizei".

Zu 03 01/546 49

Veranschlagt sind: Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 01/632 01

Die Innenministerkonferenz hat beim Sekretariat des Ausschusses für Innere Angelegenheiten des Bundesrats eine ständige Geschäftsstelle eingerichtet. Die anfallenden Personal- und Sachkosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel von den einzelnen Ländern getragen.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
685 01-3	011	Zuschuss zum Kantinenbetrieb	48,0	48,0	A B C	48,0 48,0 48,0
686 01-2	011	Mitgliedsbeiträge und sonstige Unterstützungen an Vereine u. dgl.	10,1	10,1	A B C	11,1 9,1 9,1
Baumaßnahmen						
701 01-3	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	360,0	---	A B C	--- 125,5 87,5
710 00-3	011	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A B C	200,0 223,1 158,4
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-0	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-9	011	Anschaffung von Maschinen, Geräten, Anlagen und Einrichtungsgegenständen	63,7	63,7	A B C	74,5 118,3 79,9
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-2	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	271,5	281,6	A B	164,0 163,6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-6	011	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	92,1	94,8	A B C	90,5 90,0 87,8
514 99-3	011	Verbrauchsmittel	105,2	105,2	A B C	75,0 98,7 79,4
518 99-9	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 01/686 01

Veranschlagt sind Beiträge für Mitgliedschaften im Deutschen Verkehrssicherheitsrat e.V., der Deutschen Akademie für Verkehrswissenschaften, der Münchner Juristischen Gesellschaft und bei der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts.

Zu 03 01/701 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Dienstgebäude des Staatsministeriums des Innern		
- Umrüstung der Heizanlage	200,0	-
- Sanierung Geschäftsräume Briener Straße 6	160,0	-
Zusammen	360,0	-

Zu 03 01/812 01

Veranschlagt sind der Ersatz von Büro- und Registraturausstattungen sowie von Maschinen und Geräten, die Modernisierung des Sitzungssaals und von Besprechungsräumen u.a.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 10,8 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 3,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 01/981 11

2011 gegenüber 2010:

Mehr 107,5 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 10,1 Tsd. € für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd nach Maßgabe des vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossenen Verrechnungskonzepts.

Zu 03 01/99

Eingesetzt werden Mehrplatzsysteme, Server und PC-Arbeitsplätze zur Abwicklung von EDV-Verfahren (z.B. Haushaltsverfahren IHV und BayMBS, Reisekostensystem BayRKS, Personalbewirtschaftungssystem, DIAPERS GX), für Büroanwendungen (MS-Office, MS-Outlook) und für den Zugriff auf die DV-Verfahren der Polizei sowie auf verschiedene Informationssysteme (Rechtsdatenbank JURIS, Landtagsinformationssystem EULA Web).

Personal im Kap. 03 01, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen	Stellen	Stellen
	2010	2011	2012
Plan-Beamte			
A 13	2	2	2
A 11	1	1	2
A 10	1	1	0
A 9	2	2	2
Summe	6	6	6
Arbeitnehmer			
E 9	1	1	1
insgesamt	7	7	7

Zu 03 01/511 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	50,7	50,7
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Wartung	39,1	41,8
4. Bücher und Zeitschriften	-	-
5. Sonstiges	2,3	2,3
Zusammen	92,1	94,8

Zu 03 01/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Farbbändern, Toner, Datenträgern, Farbpatronen und sonstige Kosten der Datenverarbeitung.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 30,2 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 3,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
525 99-0	011	Aus- und Fortbildung	19,8	19,8	A B	27,3 4,8
526 99-9	011	Ausgaben für Sachverständige	10,5	10,5	A B C	8,5 1,2 2,1
534 99-9	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	10,9	10,9	A	4,3
815 99-9	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 80,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 80,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	275,2	271,5	A B C	450,3 375,8 125,0
Summe der Titelgruppe			513,7	512,7	A B C	655,9 570,5 294,3
Gesamtausgaben			30.205,5	30.309,8	A B C	28.325,4 29.183,3 27.754,5

Erläuterungen**Zu 03 01/525 99**

Schulungsunterlagen sowie Kurs- und Höregebühren für das DV-Personal (insbesondere im Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 7 und Office 2010).

Zu 03 01/534 99

Zur Vergabe von Aufträgen zur Entwicklung und Änderung von Anwendungssoftware.

Zu 03 01/815 99

Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung insbesondere von Servern, PCs, Notebooks, Monitoren, Laserdruckern, Netzwerkkomponenten und Software.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 175,1 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 19,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	246,0	266,0	A	247,5
					B	255,7
					C	484,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	276,2	286,2	A	250,0
					B	282,6
					C	231,0
		Gesamteinnahmen	522,2	552,2	A	497,5
					B	538,4
					C	715,7
		Personalausgaben	25.514,7	25.968,9	A	24.130,2
					B	24.939,4
					C	23.943,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.136,3	3.140,0	A	3.224,5
					B	3.155,9
					C	3.282,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	84,1	84,1	A	81,9
					B	78,6
					C	77,4
		Baumaßnahmen	860,0	500,0	A	200,0
					B	348,5
					C	246,0
		Sonstige Sachinvestitionen	338,9	335,2	A	524,8
					B	497,3
					C	204,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	271,5	281,6	A	164,0
					B	163,6
					C	-
		Gesamtausgaben	30.205,5	30.309,8	A	28.325,4
					B	29.183,3
					C	27.754,5
		Zuschuss	29.683,3	29.757,6	A	27.827,9
					B	28.644,9
					C	27.038,8

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Einnahmen						
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
261 01-3	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	2,0	2,0	A	2,0
					B	2,0
					C	1,9
261 02-2	012	Erstattung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	480,0	480,0	A	230,0
					B	498,9
					C	157,9
271 01-1	012	Erstattungen von der EU <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 02.</i>	---	---	A	---
					B	9,2
					C	71,7
281 01-9	012	Erstattung von Prozesskosten	65,0	65,0	A	80,0
					B	64,4
					C	64,1
281 11-7	012	Sonstige Erstattungen	---	---	A	5,0
Gesamteinnahmen			547,0	547,0	A	317,0
					B	574,4
					C	295,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 45-7	012	Leistungsbezüge für Beamte <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	2.864,2
					B	2.918,9
					C	3.069,5
427 41-6	012	Praktikantenvergütungen	5,0	5,0	A	3,0
					B	5,3
					C	4,4
443 15-8	940	Ballungsraumzulage gemäß Art. 94 BayBesG <i>Vgl. Kap. 13 03 Tit. 461 01.</i>	3.700,0	3.700,0	A	3.700,0
					B	3.679,1
					C	3.703,8
<u>443 16-7</u>	940	Ausgaben für den Vollzug des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG)	97,6	97,6	A	
459 11-3	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung <i>Aus diesem Titel können auch Ausgaben für Werbemaßnahmen bestritten werden. Gegenseitig deckungsfähig mit Kap. 03 62 Tit. 459 11.</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	8,7
					C	38,5
459 31-9	012	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
					B	34,7
					C	16,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 02

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für den gesamten Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung (Epl. 03A) veranschlagt, die nicht auf die Kapitel des Einzelplans aufgeteilt werden können oder wegen der Übersichtlichkeit nur an einer Haushaltsstelle des Einzelplans ausgewiesen werden.

Zu 03 02/261 02

Erstattung des staatlichen Anteils an den Einnahmen aus der Melderegisterauskunft an Private durch die AKDB (vgl. Erläuterungen bei Kap. 03 02 Tit. 685 07).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 250,0 Tsd. € zur Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

Zu 03 02/271 01

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 547 02. Bei diesem Titel dürfen auch Zuschüsse der EU vereinnahmt werden.

Zu 03 02/281 01

Erstattung der Aufwendungen des Staates in verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 15,0 Tsd. € zur Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

Zu 03 02/422 45

Im Rahmen eines globalen Beitrags des Personalsektors zur Sicherung des ausgeglichenen Haushalts wird die Vergabe von Leistungsbezügen ausgesetzt.

Zu 03 02/427 41

Vergütungen an Praktikanten einschließlich aller Nebenleistungen (gem. Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen; FMS vom 14.04.2010).

Zu 03 02/443 15

Veranschlagt sind die ergänzenden Fürsorgeleistungen zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten gem. Art. 94 BayBesG.

Zu 03 02/443 16

Veranschlagt sind die Ausgaben für einen sich ergebenden externen Beratungsbedarf zur Gewährleistung eines arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutzes nach § 16 ASiG. Die Ausgaben für entsprechende Schulungsmaßnahmen und Fortbildungsveranstaltungen werden aus den Ansätzen für Aus- und Fortbildung finanziert.

Zu 03 02/459 11

Belohnungen auf Grund der Innovationsrichtlinie Moderne Verwaltung der Staatsregierung vom 30.09.2008 (AIIMBI S. 623) sowie Durchführung von Werbemaßnahmen.

Zu 03 02/459 31

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (BayAER-Ausland) geleistet.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
461 01-1	988	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 03 A <i>Der Ansatz dient der Verstärkung der Tit. 421 01 bis Tit. 422 49 - ohne der Titel innerhalb von TG und ohne der Tit. 422 45 - und der Tit. 428 01 bis Tit. 428 25 - ohne der Tit. 428 12 (AB-Maßnahmen). Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Besoldungs- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Aus dem Ansatz darf ferner der Tit. 443 15 (Ballungsraumzulage) verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Titeln und Kapiteln.</i>	3.160,0	5.400,0	A	5.000,0
462 01-0	981	Globale Minderausgaben bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt <i>Die Minderausgaben sind bei den einschlägigen Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
525 01-5	012	Fortbildung der Beamten und Arbeitnehmer der Allgemeinen Inneren Verwaltung <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02. Einseitig deckungsfähig in Höhe von bis zu 75,0 Tsd. € zu Lasten von Kap. 12 02 Tit. 525 02.</i>	992,0	992,0	A B C	1.100,0 1.068,8 1.043,4
<u>525 21-1</u>	012	Ausgaben für das Gesundheitsmanagement	---	---	A	
526 01-4	012	Gerichts- und ähnliche Kosten	640,2	640,2	A B C	710,0 544,3 699,2
526 11-2	012	Kosten für Sachverständige	414,8	414,8	A B C	460,0 486,0 299,7
526 12-1	012	Kosten für Organisations- und Rechtsgutachten	21,0	21,0	A B C	55,0 4,2 68,0
526 13-0	012	Kosten für die Durchführung von Kundenbefragungen	---	---	A	---
527 21-9	012	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	240,0	240,0	A B C	200,0 207,9 182,3

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -**Erläuterungen****Zu 03 02/461 01**

Der Ansatz dient zur Verstärkung der Personalausgaben aufgrund des Neuen Dienstrechts.

Zu 03 02/525 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Für die Kap. 03 01 bis 03 09, 03 15 und 03 24 sind veranschlagt:		
1. Fortbildung der Beamten, die für ein Amt der Besoldungsgruppe A14 qualifiziert sind (früherer höherer Verwaltungsdienst) und vergleichbarer Arbeitnehmer sowie der Richter	234,0	234,0
2. Fortbildung der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 3 bis höchstens Besoldungsgruppe A 13 qualifiziert sind (früherer gehobener und mittlerer Dienst) sowie vergleichbarer Arbeitnehmer	628,0	628,0
3. Fortbildung des Fachpersonals der Gesundheits- und Veterinärverwaltung in den Landratsämtern, die für ein Amt bis höchstens Besoldungsgruppe A 13 qualifiziert sind (früherer gehobener und mittlerer Dienst) sowie vergleichbarer Arbeitnehmer	130,0	130,0
Zusammen	992,0	992,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 108,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 50,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 02/525 21

Sachausgaben für die Ein- und Durchführung von Maßnahmen des Gesundheitsmanagements bzw. von Maßnahmen der Gesundheitsförderung. Die Ausgaben werden aus den Ansätzen des Deckungskreises gemäß Nr. 12.1 DBestHG gedeckt.

Zu 03 02/526 01

Vertretungs- und Gerichtskosten in Rechtsstreitigkeiten.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 69,8 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 32,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 02/526 11

Ausgaben für Gutachten, Dolmetscher und ähnliche Sachverständigenleistungen sowie Rechtsanwaltskosten, soweit diese außerhalb von Rechtsstreitigkeiten anfallen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 45,2 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 21,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 02/526 12

Vergütungen für die externe Erstellung von Organisationsgutachten zur Reform der öffentlichen Verwaltung, für Rechtsgutachten und vergleichbare Beraterleistungen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 34,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 20,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 02/526 13

In Behörden mit Publikumsverkehr werden zur Verbesserung des Servicecharakters Kundenbefragungen durchgeführt, die einen Indikator für die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung darstellen und Verbesserungsmöglichkeiten für eine dienstleistungsorientierte Aufgabenerfüllung aufzeigen. Die Kundenbefragungen werden von spezialisierten externen Unternehmen vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet.

Zu 03 02/527 21

Für Reisen auf Grund des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes. Hieraus können auch Ausgaben für Schulungsmaßnahmen für Mitglieder der Personal- und Schwerbehindertenvertretungen geleistet werden.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 40,0 Tsd. € insbesondere aufgrund des erhöhten Schulungsbedarfs nach den Personalratswahlen 2011 und im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Dienstrechts bzw. des neuen Tarifrechts.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
529 02-0	012	Zur Verfügung des Staatsministeriums des Innern für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	40,1	40,1	A B C	40,1 36,7 41,1
532 01-6	012	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	2.425,3	2.425,3	A B C	2.689,5 98,8 202,7
547 01-9	012	Kosten der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und Regionen	---	---	A B C	--- 25,7 32,8
547 02-8	012	Ausgaben im Rahmen von EU-Projekten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 271 01.</i>	---	---	A B C	--- 9,6 4,5
547 07-3	012	Sächliche Verwaltungsausgaben für E-Government-Maßnahmen <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 47,0 Tsd. €/Jahr zu Lasten Kap. 03 24 Tit. 894 01 für die Abgeltung der Nutzung von Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung durch die Hilfsorganisationen des Rettungsdienstes.</i>	465,5	465,5	A	227,8
<u>549 27-7</u>	989	Globale Minderausgabe aufgrund der Anpassung der Wegstreckenentschädigung an die steuerlichen Sätze <i>Die Ansätze der Gruppen 525 und 527 dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	-106,7	-213,4	A	
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
685 07-5	012	Erstattung des Aufwands für die der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) durch die MeldedatenVO übertragenen Aufgaben	2.850,0	2.850,0	A	2.850,0
		Baumaßnahmen				
701 01-1	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Zur Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln mit Ausnahme von Kap. 03 23, 03 26 ausgebrachten Ansätze.</i>	---	300,0	A	300,0
702 01-0	012	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.500,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.700,0	1.700,0	A B C	1.700,0 1.304,7 1.625,1
		Sonstige Sachinvestitionen				
815 07-8	012	Investitionen für E-Government-Maßnahmen	---	---	A	90,0
		Besondere Finanzierungsausgaben				
972 01-3	989	Globale Minderausgabe <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4 (außerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben), 5, 6, 7 (ohne Anlage S) und 8 zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Haushaltsstellen nachzuweisen.</i>	-5.442,0	-5.442,0	A	-5.442,0

Erläuterungen**Zu 03 02/529 02**

Verfügungsmittel insbesondere für:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz.
- b) Repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums des Innern, soweit die Mittel des Kap. 03 01 Tit. 529 01 sich dafür nicht eignen oder nicht ausreichen.

Zu 03 02/532 01

Für Hauptsacheleistungen (ggf. einschließlich Rechtsschutzkosten) in Fällen, in denen Behörden der Inneren Verwaltung abschließend tätig werden, kein Fall des § 15 Abs. 1 Satz 1 der Vertretungsverordnung vorliegt und nicht besondere Mittel zur Verfügung stehen. Leistungen wegen Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den zuständigen Personaltiteln zu buchen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 264,2 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 123,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 02/547 01

Zur Zusammenarbeit des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden mit ausländischen Dienststellen; die Kooperation mit anderen Staaten und Regionen, insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit, liegt im besonderen Interesse des Staatsministeriums des Innern, weil dadurch wichtige und bedeutsame Staatsaufgaben effektiver bearbeitet werden können. Im Rahmen der Zusammenarbeit können auch anfallende Kosten (z. B. Reise- und Tagungskosten, Aufenthaltskosten für ausländische Gäste, Aufwendungen für Dolmetscher, Dokumentationen) geleistet werden.

Diese Kosten werden aus den Ansätzen des Deckungskreises gemäß Nr. 12.1 DBestHG geleistet.

Zu 03 02/547 02

Zur Abwicklung von EU-Projekten; sämtliche für diese Projekte anfallenden Ausgaben außerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben werden vollständig aus Titel 547 02 geleistet. Soweit die Einnahmen von der EU nicht ausreichen, werden die Ausgaben aus dem Budget gedeckt (Nr. 12.1 DBestHG).

Zu 03 02/547 07

2011 gegenüber 2010:

Mehr 237,7 Tsd. € insbesondere für die Aufwendungen für den Behördenwegweiser, die Nutzung der Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung, das E-Procurement-VOL und die Nutzung des Tarifrechtsportals im Rahmen der Datenbank BAYERN-RECHT unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 8,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre; vgl. auch Tit. 815 07.

Zu 03 02/549 27

Die im Regierungsentwurf des HG 2011/2012 vorgesehene Absenkung der Wegstreckenentschädigung auf die steuerlichen Sätze wurde bei den parlamentarischen Beratungen nicht übernommen. Damit ist die Grundlage für die globale Minderausgabe entfallen; sie ist im Haushaltsvollzug nicht zu erbringen. Der haushaltsmäßige Ausgleich ist bei Kap. 13 03 Tit. 548 01 veranschlagt.

Zu 03 02/685 07

Durch die Meldedatenverordnung (MeldDV) werden der AKDB die Aufgaben der "Vermittlungsstelle des Freistaats Bayern für das Meldewesen" zugewiesen. Zur Deckung ihres Aufwands erhält die AKDB eine von der Zahl der Datenübermittlungen abhängige Pauschale (2,85 Mio. €/Jahr, wodurch 10 Mio. regelmäßige Datenübermittlungen abgegolten sind); für jede Melderegisterauskunft an Private muss die AKDB eine Erstattung an den Freistaat Bayern leisten (sh. Tit. 261 02). Das Nähere ist in einer Finanzierungsvereinbarung geregelt.

Zu 03 02/701 01

Der Ansatz ist für noch nicht konkret festgelegte bzw. vorhersehbare Baumaßnahmen in den Dienstgebäuden der Allgemeinen Inneren Verwaltung bestimmt. Mit dem Sammelansatz wird ein flexibler und effektiver Mitteleinsatz erreicht.

Zu 03 02/702 01

Abwasserkanäle sind nach dem Wasserhaushaltsgesetz so zu errichten und zu betreiben, dass sie den Regeln der Technik entsprechend dicht sind. Der Ansatz ist für die in regelmäßigen Abständen notwendigen vorbeugenden Untersuchungen auf Dichtheit und entsprechende Sanierungsmaßnahmen bestimmt.

Zu 03 02/815 07

2011 gegenüber 2010:

Weniger 90,0 Tsd. €, davon Umsetzung von 52,7 Tsd. € zur Finanzierung von E-Procurement-VOL nach Tit. 547 07.

Zu 03 02/972 01

Fortführung der im Doppelhaushalt 2005/2006 zur Haushaltskonsolidierung veranschlagten globalen Minderausgabe.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
972 02-2	989	Globale Minderausgabe zur teilweisen Deckung der bei Kap. 13 44 veranschlagten Ausgaben für das Strukturprogramm Nürnberg-Fürth <i>Die Minderausgabe ist durch Einsparungen bei den Hauptgruppen 4, 5, 6, 7 (ohne Anlage S) und 8 außerhalb der Ausgaben für gesetzliche Leistungen zu erwirtschaften und bei den einschlägigen Titeln nachzuweisen. Einsparungen innerhalb der gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben sind durch gezieltes Freihalten von Stellen oder durch gezielte Unterbesetzung nachzuweisen.</i>	-911,4	-911,4	A	-911,4
981 11-0	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	4.275,2	4.442,3	A B	4.539,6 3.695,4
981 16-5	990	Ausgaben für die Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen für staatliche Zwecke und die Nutzung durch Dritte bei dringendem Staatsinteresse	32,2	32,2	A B C	12,2 12,2 38,2
989 01-4	990	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	---	---	A	---
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 919 61. Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01. Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Arbeitnehmern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung mit PCB- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-4	018	Ausgaben der Beamten und Richter für die Versorgungsrücklage	8.977,6	9.130,3	A B C	8.968,8 8.932,0 8.580,3
432 61-4	018	Ruhegehälter	521.612,0	538.021,2	A B C	490.007,7 491.529,0 464.273,6
432 62-3	018	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Ruhelöhne und damit zusammenhängende Hinterbliebenenbezüge gezahlt werden.</i>	133.119,6	135.253,4	A B C	130.980,3 127.327,1 123.954,1
434 61-2	018	Ausgaben der Versorgungsempfänger für die Versorgungsrücklage	3.629,5	3.723,8	A B C	13.921,9 10.039,5 10.376,9
441 61-3	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter ohne für Zeiten einer Beurlaubung	97.033,7	99.490,3	A B C	95.537,5 86.016,5 87.762,9
441 62-2	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	2.576,9	2.667,1	A B C	2.374,1 2.382,6 2.412,3
441 63-1	940	Pflegeleistungen an Beamte und Richter - Dauerpflegefälle	---	---	A	---
441 64-0	940	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen an Arbeitnehmer	147,6	152,8	A B C	153,4 136,5 147,4

Erläuterungen

Zu 03 02/972 02

Die Bayerische Staatsregierung hat am 20./21. November 2009 ein auf fünf Jahre angelegtes Strukturprogramm für die Region Nürnberg-Fürth im Volumen von 115 Mio. € beschlossen. Das Programm wird in Höhe von 35 Mio. € (7 Mio. € pro Jahr) aus allgemeinen Haushaltsmitteln durch Einsparungen in den Einzelplänen 02 bis 10 und 12 bis 15 gegenfinanziert. Der Ansatz enthält die auf den Epl. 03A entfallende Einsparung.

Zu 03 02/981 11

2011 gegenüber 2010:
Weniger 264,4 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 167,1 Tsd. € für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd für den gesamten Geschäftsbereich nach Maßgabe des vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossenen Verrechnungskonzepts.

Zu 03 02/981 16

Der Ansatz dient der pauschalierten Kostenverrechnung der Nutzung von Räumen und Plätzen der Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen mit staatlichen Dienststellen für die Nutzung für staatliche Zwecke und bei dringendem Staatsinteresse im Sinne von Art. 63 Abs. 4 und 5 BayHO. Die Kostenverrechnung ist aus steuerrechtlichen Gründen erforderlich.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 20,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 02/989 01

Der Freistaat Bayern hat seine Quote für die Beschäftigungspflicht schwerbehinderter Menschen erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe fällt derzeit nicht an.

Zu 03 02/424 61

Veranschlagt sind die Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus verminderten Besoldungs- und Versorgungsausgaben gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayVersRücklG.

Zu 03 02/434 61

Veranschlagt sind die Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus verminderten Besoldungs- und Versorgungsausgaben gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BayVersRücklG. Die Zuführungen aus der Absenkung des Versorgungsniveaus gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayVersRücklG werden zur Sicherung der ausgeglichenen Haushalts durch das Haushaltsgesetz ausgesetzt.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
446 61-8	018	Beihilfen in Krankheits- oder Geburtsfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	142.710,0	146.391,9	A	124.197,5
					B	126.306,0
					C	122.775,4
446 62-7	018	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle	---	---	A	1,3
					B	-17,2
					C	2,0
919 61-6	950	Zuführungen an den Versorgungsfonds	---	---	A	820,0
					B	9.810,3
					C	2.707,8
		Summe der Titelgruppe	909.806,9	934.830,8	A	866.962,5
					B	862.462,2
					C	822.992,8
		66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung - KLR - <i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>				
428 66-5	012	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	---	---	A	---
525 66-7	012	Aus- und Fortbildung	9,4	9,4	A	20,0
526 66-6	012	Ausgaben für Sachverständige	8,8	8,8	A	25,3
					B	5,6
547 66-1	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	18,1	18,1	A	28,7
815 66-6	012	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	42,0	42,0	A	16,0
		Summe der Titelgruppe	78,3	78,3	A	90,0
					B	5,6
					C	-
		71 Ausbildung der Beamten und Angestellten der Allgemeinen Inneren Verwaltung				
453 71-6	012	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	220,8	220,8	A	150,0
					B	159,2
					C	148,9
525 71-0	012	Ausbildung, Umschulung <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	633,9	619,2	A	510,0
					B	493,1
					C	484,2
527 71-8	012	Reisekostenvergütungen im Zusammenhang mit Ausbildungsmaßnahmen	183,4	183,4	A	220,0
					B	133,3
					C	195,5
		Summe der Titelgruppe	1.038,1	1.023,4	A	880,0
					B	785,6
					C	828,5
		Gesamtausgaben	925.542,1	953.151,7	A	888.140,5
					B	884.586,1
					C	841.010,6

Erläuterungen

Zu 03 02/919 61

Die Zuführungen zum Versorgungsfonds werden zur Sicherung des ausgeglichenen Haushalts durch das Haushaltsgesetz ausgesetzt.

Zu 03 02/66

Nach Art. 7 Abs. 3 BayHO und dem Ministerratsbeschluss vom 11.12.2001 soll in geeigneten Verwaltungsbereichen der bayerischen Staatsverwaltung eine Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) eingeführt werden. Im Geschäftsbereich ist ein Verwaltungscontrolling mit einer KLR beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung einschl. Rechenzentrum Süd sowie bei den Regierungen im Echtbetrieb.

Veranschlagt sind der fachspezifische Schulungsbedarf für Systembetreuer und Anwender, die Kosten für die Programmierung von Schnittstellen zur Anbindung an Fremdverfahren und für die Pflege der KLR-Software sowie die Beschaffung zusätzlicher Lizenzen für Controller und für das Berichtswesen wegen der Dezentralisierung des behördlichen Verwaltungscontrollings auf die Bereichsebene und die Einführung einer Plankostenrechnung beim Rechenzentrum Süd.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 11,7 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Umsetzung von 1,5 Tsd. € nach Kap. 06 02 Tit. 511 66 für die zentrale Abwicklung der laufenden Pflegegebühren für SAP-Lizenzen durch das Landesamt für Finanzen sowie einer Ansatzkürzung von 4,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 02/71

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung

- der Referendare (Reisekostenvergütungen, Honorare für Dozenten, Fahrtkostenersatz an Referendare, Ausbildung der Rechtspraktikanten),
- der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 10 qualifiziert werden (persönliche Abfindungen, Unterkunfts- und Verpflegungsgebühren),
- der Beamten, die für ein Amt ab der Besoldungsgruppe A 7 qualifiziert werden (persönliche Abfindungen, Unterkunfts- und Verpflegungsgebühren, Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) sowie
- des Personals der Gesundheitsverwaltung bei den Landratsämtern.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 158,1 Tsd. € zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf, u.a. wegen gestiegener Anwärterzahlen.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
		Abschluss				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	547,0	547,0	A	317,0
					B	574,4
					C	295,6
		Gesamteinnahmen	547,0	547,0	A	317,0
					B	574,4
					C	295,6
		Personalausgaben	917.010,3	944.274,2	A	877.879,7
					B	859.511,9
					C	827.266,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.985,8	5.864,4	A	6.286,4
					B	6.399,0
					C	5.461,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.850,0	2.850,0	A	2.850,0
					B	3.360,7
					C	3.233,0
		Baumaßnahmen	1.700,0	2.000,0	A	2.000,0
					B	1.304,7
					C	1.625,1
		Sonstige Sachinvestitionen	42,0	42,0	A	106,0
					B	491,9
					C	678,2
		Besondere Finanzierungsausgaben	-2.046,0	-1.878,9	A	-981,6
					B	13.517,9
					C	2.746,0
		Gesamtausgaben	925.542,1	953.151,7	A	888.140,5
					B	884.586,1
					C	841.010,6
		Zuschuss	924.995,1	952.604,7	A	887.823,5
					B	884.011,7
					C	840.715,0

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
119 31-9	012	Einnahmen aus der Verzinsung von Rückforderungen nach dem ZulnvG <i>An den Bund abzuführende Zinsen sind von der Einnahme abzusetzen.</i>	---	---	A	---
119 49-9	012	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0	A C	3,0 1,7
124 01-8	012	Einnahmen aus der Nutzung von Basisstationen durch Dritte <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 85.</i>	---	---	A	---
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 02-7	011	Zuweisungen des Bundes zu den Bundestagswahlen <i>Vgl. Vermerk zu TG 72 (Ausgaben).</i>	---	---	A B	--- 10.554,0
231 03-6	011	Zuweisungen des Bundes zu den Wahlen zum Europäischen Parlament <i>Vgl. Vermerk zu TG 76 (Ausgaben).</i>	---	---	A B C	--- 9.902,5 1.000,0
231 04-5	244	Zuweisungen des Bundes zur Pflege jüdischer Friedhöfe	333,8	333,8	A B C	333,7 333,8 333,8
231 05-4	042	BOS-Digitalfunk - Erstattungen und sonstige Leistungen des Bundes und der BDBOS <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 85.</i>	---	---	A B	--- 805,5
233 01-6	011	Erstattungen der Bezirke für die Bezirkswahlen <i>Vgl. Vermerk zu TG 71 (Ausgaben).</i>	---	---	A C	--- 6.614,8
<u>233 05-2</u>	042	BOS-Digitalfunk - Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 85.</i>	---	---	A	
282 02-5	012	Spenden u. dgl. für gemeinnützige Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 547 05.</i>	---	---	A B C	--- 53,9 48,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
334 31-8	012	Finanzhilfen des Bundes für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG (kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung, insbesondere energetische Sanierung) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	---	---	A	2.250,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 03

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für besondere Fachaufgaben der Allgemeinen Inneren Verwaltung (Epl. 03 A) veranschlagt (z.B. Wahlen, Kostenanteile für gemeinsame Einrichtungen des Bundes und der Länder aus dem Bereich des Epl. 03 A, BOS-Digitalfunk).

Des Weiteren sind die Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) wie folgt veranschlagt:

	Gesamt Tsd. €	2009 Tsd. €	2010 Tsd. €	2011 Tsd. €	TG/Tit.
1. Modernisierung der Kfz-Ausstattung	31.110,0	31.110,0	-	-	811 01 bis 81103
2. Sanierung der Kommunikations-Infrastruktur in den Tunneln (z. B. Straßentunnel) für den Digitalfunk	3.750,0	1.250,0	1.250,0	1.250,0	883 01
3. Förderung der energetischen Sanierung des Bildungszentrums Holzhausen am Ammersee der Bayer. Verwaltungsschule	2.250,0	-	2.250,0	-	894 01
4. Sanierung staatlicher Gebäude	10.675,9	4.000,0	6.000,0	675,9	TG 77
Gesamtsumme ZuInvG	47.785,9	36.360,0	9.500,0	1.925,9	

Zu 03 03/124 01

Einnahmen aus der Nutzung staatlicher Digitalfunkmasten durch Anbringen von Antennen (auch Richtfunk) für den Mobilfunk privater Mobilfunkanbieter u.a.

Bei diesem Titel wird auch der Kostenersatz Dritter aufgrund Anforderungen in der Standortakquisition oder der Standortanbindung nachgewiesen.

Zu 03 03/231 02

Der Bund erstattet gemäß § 50 Bundeswahlgesetz die Ausgaben der jeweiligen Bundestagswahl (vgl. TG 72).

Zu 03 03/231 03

Der Bund erstattet die Ausgaben der jeweiligen Europawahl (vgl. TG 76).

Zu 03 03/231 04

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 684 02.

Zu 03 03/231 05

Einnahmen aufgrund der Abrechnung der Aufwände gegenüber dem Bund für die Standortbereitstellung, Akquisition, Planung, Ertüchtigung und Instandhaltung sowie für die Anbindung (u.a. Übertragungsstrecken); der Bund hat den Freistaat mit den vorgenannten Aufgaben beauftragt und ist damit anteilig Kostenträger; vgl. u.a. § 3 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens vom 01.06.2007.

Zu 03 03/233 01

Die Bezirke erstatten dem Freistaat Bayern die Kosten der zusammen mit der Landtagswahl durchzuführenden Bezirkswahlen.

Zu 03 03/233 05

Erstattungen für Produkte und Leistungen des BOS-Digitalfunks, die vom Freistaat Bayern bereitgestellt werden (z.B. durch Abruf aus den Rahmenverträgen der BDBOS), für die aber die Gemeinden und Gemeindeverbände oder sonstige Dritte Kostenträger sind.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
334 41-6	042	Finanzhilfen des Bundes für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG (Informationstechnologie bzw. sonstige Infrastrukturmaßnahmen) <i>Rückzahlungen an den Bund sind von der Einnahme abzusetzen. Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01, 811 02, 811 03, 883 01 und TG 77.</i>	1.250,0	---	A B	5.750,0 22.557,8
Gesamteinnahmen			1.585,8	335,8	A B C	8.336,7 44.207,4 7.998,3
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
531 21-1	012	Öffentlichkeitsarbeit <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	175,0	148,6	A B C	148,6 162,3 168,7
533 01-3	012	Ehrenzeichen für besondere Verdienste	33,1	8,3	A B C	23,0 11,0 23,0
547 01-7	729	Verkehrserziehung <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 684 04.</i>	285,4	285,4	A B C	299,2 241,6 258,6
547 02-6	042	Förderung des Polizeisports	60,0	60,0	A B C	52,0 70,2 64,0
547 04-4	042	Vorbeugungsmaßnahmen und Durchführung von bayernweiten Veranstaltungen der Polizei	13,5	13,5	A B C	15,0 6,4 14,1
547 05-3	012	Zuwendungen und sonstige Ausgaben aus Spenden u. dgl. für gemeinnützige Zwecke <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei Tit. 282 02. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B C	--- 51,0 69,3
547 06-2	012	Sachbedarf zur Durchführung von Mitarbeiterbefragungen in der Staatsverwaltung	11,7	21,0	A	13,0

Erläuterungen

Zu 03 03/334 41

Veranschlagt sind die Einnahmen aus Bundesmitteln nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Zukunftsinvestitionsgesetzes (ZuInvG) für die Sanierung der Kommunikations-Infrastruktur in Tunneln (vgl. Tit. 883 01).

Zu 03 03/531 21

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Der Ansatz dient		
1. der Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die Herausgabe von Druckschriften und sonstigen Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Pressebetreuung, Pressekonferenzen, Informationsveranstaltungen u. ä.).	130,9	104,5
2. Versand der Broschüren durch Externe	44,1	44,1
Zusammen	175,0	148,6

2011 gegenüber 2010:
Mehr 26,4 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Weniger 26,4 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 03/533 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Kommunale Ehrenzeichen und Urkunden	10,5	5,3
2. Ehrenzeichen für BRK und andere Hilfsorganisationen	18,9	0,0
3. Medaille für Verdienste um die Innere Sicherheit	3,7	3,0
Zusammen	33,1	8,3

2011 gegenüber 2010:
Mehr 10,1 Tsd. € (nach Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 1,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre) aufgrund zusätzlicher Auszeichnungsmöglichkeit für die katastrophenhilfspflichtigen, im Rettungsdienst mitwirkenden Hilfsorganisationen.

2012 gegenüber 2011:
Weniger 24,8 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Beschaffungsbedarf.

Zu 03 03/547 01

Zur Fortführung der Verkehrsaufklärungsarbeit, z.B. zur Durchführung der Verkehrssicherheitskampagnen "Sicher und Fair im Straßenverkehr", "Ankommen statt Umkommen", "Ernstnehmende Verkehrssicherheitsarbeit (EVA)" und "Sicher auf Bayerns Straßen" (u.a. im Internet, durch Broschüren, Faltblätter usw.), zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Medien (Produktion von Fernseh- und Radiospots) und mit den übrigen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit sowie für Lehr- und Lernmaterial für Kindergärten, Schüler und Jugendliche, Verkehrspuppenspiele und für die Fortbildung der Schulwegbeauftragten. Weitere Mittel für Verkehrserziehungsmaßnahmen sind bei Tit. 684 04 veranschlagt, der im Hinblick auf eine flexible Mittelsteuerung zu Gunsten Tit. 547 01 einseitig deckungsfähig ist.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 13,8 Tsd. € wegen Ansatzkürzung infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 03/547 02

Kosten von Polizeisportmeisterschaften, deren Vorbereitung und von sonstigen Maßnahmen zur Förderung des Polizeisports.

Zu 03 03/547 05

Zuwendungen und sonstige Ausgaben aus Spenden und dgl., die von Dritten für bestimmte Zwecke gegeben werden; s. a. Tit. 282 02.

Zu 03 03/547 06

In der Staatsverwaltung werden in geeigneten Behörden, Schulen, Hochschulen, Gerichten und sonstigen Dienststellen in regelmäßigen Abständen Mitarbeiterbefragungen durchgeführt (vgl. Nr. 15 des 20-Punkte-Aktionsprogramms der Staatsregierung zur Verwaltungsreform). Die Mitarbeiterbefragungen werden von jedem Ressort eigenverantwortlich vollzogen. Der Epl. 03A stellt dazu eine ressortübergreifende Informationsbroschüre und standardisierte Verwaltungsfragebögen zur Verfügung. Die Standardfragebögen werden zentral durch das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung ausgewertet.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
547 08-0	049	Aufklärungsmaßnahmen für Zwecke des Verfassungsschutzes	61,4	61,4	A B C	50,0 43,3 40,5
547 12-4	011	Aufwendungen für die Durchführung der Innenministerkonferenz (IMK) und von Arbeitskreissitzungen der IMK <i>Erstattungen von Aufwendungen für Dritte dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Mit den Ausgaben dürfen auch Entgelte für Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Überstundenvergütungen für Arbeitnehmer sowie Erstattungen und Sachinvestitionen geleistet werden.</i>	0,9	3,7	A B C	1,0 3,4 0,1
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-3	042	Anteil an den Kosten der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster und der Wasserschutzpolizeischule Hamburg	1.720,0	1.720,0	A B C	1.680,0 1.521,3 1.131,6
632 02-2	856	Finanzierungsanteil Bayerns aus der Verwaltungsvereinbarung Glücksspielstaatsvertrag	121,0	121,0	A B C	142,8 87,2 102,8
632 05-9	042	Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)	160,0	160,0	A B C	160,0 135,2 142,2
632 06-8	131	Beitrag an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	152,0	152,0	A B C	145,0 149,6 127,7
671 02-4	012	Umlage für die Bayerische Verwaltungsschule <i>Die erforderlichen Ausgabemittel stehen zu Lasten der in den Einzelplänen 01 - 15 bei Gr. 525 veranschlagten Ausgabemittel bis zur Höhe der auf den Freistaat Bayern entfallenden Umlage gemäß Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Bayer. Verwaltungsschule zur Verfügung. Die Erläuterungen sind verbindlich.</i>	---	---	A	---
671 05-1	249	Förderung der freiwilligen Ausreise von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen u. dgl. <i>Die Mittel sind übertragbar. Gutschriften der Internationalen Organisation für Migration (IOM) dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i>	363,8	363,8	A B C	363,8 321,7 247,9

Erläuterungen

Zu 03 03/547 08

Die Ausgabemittel sind bestimmt für Veranstaltungen, Ausstellungen, Informationsmaterialien und sonstige Aufklärungsmaßnahmen zur Bekämpfung des Extremismus und der Fremdenfeindlichkeit sowie Forschungsaufträge, Anhörungen, Aussteigerberatungen und ähnliche Maßnahmen zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges der Staatsregierung gegen die Scientology-Organisation.

Aus Tit. 547 08 dürfen auch Mitgliedsbeiträge gezahlt werden.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 11,4 Tsd. € zur Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 2,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 03/547 12

Sachaufwendungen (einschl. repräsentative Aufwendungen) im Zusammenhang mit der Durchführung von Sitzungen der Arbeitskreise der IMK.

Zu 03 03/632 01

Die Deutsche Hochschule der Polizei in Münster bildet aufgrund eines Abkommens für alle deutschen Polizeien die Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst aus, bildet ihre Führungskräfte fort und betreibt Forschung auf allen polizeirelevanten Gebieten. Die Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg bildet ebenfalls im Rahmen eines Abkommens die Beamten der Wasserschutzpolizei aller deutschen Polizeien aus und fort.

Die Kosten beider Einrichtungen werden zwischen Bund und Ländern nach speziellen Finanzierungsschlüsseln aufgeteilt.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 40,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Kostenanteil Bayerns.

Zu 03 03/632 02

Zur Umsetzung der § 9 Abs. 3 und Abs. 5 Satz 1 Nr. 1, § 10 Abs. 1 Satz 2 und § 27 Satz 1 GlüStV wurde durch eine Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern

1. ein unabhängiger länderübergreifender Fachbeirat Glücksspielsucht eingerichtet, der die obersten Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder bei der Wahrnehmung ihrer ordnungsrechtlichen Aufgaben unterstützt und berät,
2. eine Geschäftsstelle eingerichtet, die die Tätigkeit des Fachbeirats Glücksspielsucht und die länderübergreifende Arbeit der Glücksspielaufsicht insbesondere im Bereich der Abstimmung der Erlaubnisse, der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels und der Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrags unterstützt.

Die Kosten des Fachbeirats und der Geschäftsstelle werden nach der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 21,8 Tsd. € aufgrund des zu erwartenden Kostenanteils Bayerns einschließlich des Kostenanteils für die Evaluierung des Glücksspielstaatsvertrages (s. § 27 GlüStV).

Zu 03 03/632 05

Durchführung des Programms "Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK)" - früher: "Kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm" gemäß dem "Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland". Die Gesamtkosten werden vom Bund (20 v.H.) und den Ländern (nach dem Königsteiner Schlüssel) getragen. Im Rahmen des Programms werden Ausstellungen, Broschüren, Filme usw. finanziert.

Zu 03 03/632 06

Leistung auf Grund des Verwaltungsabkommens über die Finanzierung der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer zwischen Rheinland-Pfalz, dem Bund und den anderen Ländern.

Zu 03 03/671 02

Nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Verwaltungsschulgesetzes kann die Verwaltungsschule für den nicht durch Gebühren gedeckten Aufwand von ihren Trägern (einschließlich Freistaat Bayern) eine Umlage erheben, die auf den Freistaat Bayern und die Kommunen entsprechend den auf sie entfallenden Teilnehmern verteilt wird.

Die Haushaltsmittel für die Zahlung des Staatsanteiles an der Umlage werden durch einen Deckungsvermerk zu Lasten der in den verschiedenen Einzelplänen veranschlagten Mittel für die Aus- und Fortbildung (vgl. Haushaltsvermerk) gewonnen. Der jeweilige Anteil der im Deckungsvermerk genannten Haushaltsstellen richtet sich nach den auf den Freistaat Bayern entfallenden Teilnehmern und Gebühren (vgl. Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Verwaltungsschulgesetzes) entsprechend der prozentualen Inanspruchnahme durch den jeweiligen Einzelplan am Gesamtumfang.

Zu 03 03/671 05

Beteiligung Bayerns am REAG-/GARP-Programm des Bundes zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und dgl. Gewährt werden u.a. Reisebeihilfen und Überbrückungsgelder. Das Programm wird von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) durchgeführt.

Damit die zweckentsprechende Verwendung von zurückgeforderten Förderbeträgen sichergestellt ist, dürfen Gutschriften der IOM von den Ausgaben abgesetzt werden.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
684 02-9	244	Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	667,5	667,5	A B C	667,5 667,5 664,7
684 04-7	729	Zuschüsse zu Verkehrserziehungsmaßnahmen, insbesondere der Bayerischen Landesverkehrswacht <i>Vgl. Vermerk bei 547 01.</i>	721,6	721,6	A B C	721,6 649,4 639,0
685 03-7	012	Zuschuss zum Betrieb des Bayerischen Selbstverwaltungs-kollegs	54,3	54,3	A B C	51,9 46,7 151,7
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-6	042	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der Bayer. Landes- und Bereitschaftspolizei aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>	---	---	A B	--- 27.427,3
811 02-5	044	Modernisierung der Kfz-Ausstattung der Feuerweerschulen aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>	---	---	A B	--- 90,6
811 03-4	012	Modernisierung der Kfz-Ausstattung bei anderen Dienststellen der Inneren Verwaltung aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturinvestitionen) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>	---	---	A B	--- 100,1
Investitionsförderungsmaßnahmen						
883 01-9	042	Zuschuss zur Sanierung der Kommunikations-Infrastruktur in den Tunneln (z. B. Straßentunnel in München) für den Digitalfunk aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich Informationstechnologie) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	1.250,0	---	A	1.250,0
894 01-6	012	Zuschuss zur energetischen Sanierung (einschließlich teilweise Ersatzneubau) des Bildungszentrums Holzhausen am Ammersee der Bayer. Verwaltungsschule aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZulnvG, Bereich kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr oder Mindereinnahme bei Tit. 334 31. Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>	---	---	A	2.250,0

Erläuterungen

Zu 03 03/684 02

Aufwendungen des Freistaates Bayern zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe, an denen sich der Bund zur Hälfte beteiligt (siehe Tit. 231 04). Die Arbeiten werden vom Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden durchgeführt, dem die entstandenen Kosten aus dem Ansatz erstattet werden.

Zu 03 03/684 04

Die Zuschüsse sind für die Landesverkehrswacht Bayern und andere Träger sowie für sonstige Verkehrserziehungsmaßnahmen vorgesehen (u.a. Schulwegmaßnahmen "Sicher zur Schule - Sicher nach Hause", Gewinnung weiterer Schulwegdienste, Radfahrausbildung in den Jugendverkehrsschulen sowie Modellversuch "Radfahren in der Verkehrswirklichkeit", Zuweisungen für die Ersatzbeschaffung ausgedienter Jugendverkehrsschulfahrzeuge, verkehrssicherer Fahrräder usw.).

Die Landesverkehrswacht ist berechtigt, aus den empfangenen Förderbeträgen den örtlichen Verkehrswachten Zuwendungen zu bewilligen.

Die Ansätze sind wegen des sachlichen Zusammenhangs und für eine flexible Mittelsteuerung zu Gunsten von Kap. 03 03 Tit. 547 01 einseitig deckungsfähig.

Zu 03 03/883 01

Das gegenwärtige BOS-Funksystem beruht auf der veralteten analogen Funktechnik. Das derzeit durch Bund und Länder errichtete neue Digitalfunknetz hat keine Verbindung zu älteren unterirdischen Bauwerken (Tunnel). Diese sind derzeit noch mit analoger Technik ausgestattet. Mit den ab dem Haushaltsjahr 2009 eingeplanten Mitteln und der Ko-Finanzierung des kommunalen Maßnahmenträgers (416,7 Tsd. € pro Jahr) kann eine grundsätzliche Erst-Ausstattung von unterirdischen Tunnelbauwerken gewährleistet werden.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 1.250,0 Tsd. €, da für diese Maßnahme nach dem ZulnVG ein Gesamtzuschuss von 3.750,0 Tsd. € mit einer Veranschlagung von jeweils 1.250,0 Tsd. € in den Jahren 2009 bis 2011 vorgesehen ist.

Zu 03 03/894 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 2.250,0 Tsd. €, da für diese Maßnahme im Rahmen des ZulnVG nur ein einmaliger Zuschuss im Jahr 2010 vorgesehen ist.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
71 Kosten der Wahlen zum Landtag und der Bezirkstage sowie der Volksentscheide						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 233 01.</i>						
459 71-8	011	Vermischte Personalausgaben	---	---	A C	0,5 0,2
511 71-4	011	Postentgelte	---	---	A C	700,0 738,9
514 71-1	011	Kosten der Herstellung von Stimmzetteln und Vordrucken	---	---	A C	500,0 660,3
547 71-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A C	12,0 12,9
633 71-7	011	Erstattungen an Gemeinden und Stimmkreisleiter	---	---	A C	11.915,0 12.490,7
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	13.127,5 - 13.903,0
72 Kosten der Wahlen zum Bundestag						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 231 02.</i>						
459 72-7	011	Vermischte Personalausgaben	---	---	A B	--- 0,3
511 72-3	011	Postgebühren	---	---	A B	--- 2,2
514 72-0	011	Kosten der Herstellung von Vordrucken	---	---	A	---
547 72-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B	--- 7,4
633 72-6	011	Erstattungen an Gemeinden und Kreiswahlleiter	---	---	A B	--- 7.039,6
Summe der Titelgruppe			-	-	A B C	- 7.049,5 -
76 Kosten der Wahlen zum Europäischen Parlament						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 231 03.</i>						
459 76-3	011	Vermischte Personalausgaben	---	---	A B	--- 0,3
511 76-9	011	Postgebühren	---	---	A B	--- 0,6
514 76-6	011	Kosten der Herstellung von Vordrucken	---	---	A B	--- 371,8
547 76-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B	--- 6,8

Erläuterungen

Zu 03 03/71

Kosten der Landtagswahl und der Bezirkswahlen. Die Ausgaben für die gleichzeitig mit der Landtagswahl durchgeführten Bezirkswahlen werden von den Bezirken erstattet (vgl. Tit. 233 01).

Aus Tit. 459 71 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters gezahlt werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 13.127,5 Tsd. € nach Abwicklung des Volksentscheids 2010.

Zu 03 03/72

Kosten der Bundestagswahl. Die Ausgaben werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 02).

Aus Tit. 459 72 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters geleistet werden.

Zu 03 03/76

Zur Durchführung der Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Ausgaben werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 231 03).

Aus Tit. 459 76 dürfen auch Verpflegungszuschüsse für die Mitarbeiter des Landeswahlleiters geleistet werden.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
633 76-2	011	Erstattungen an Gemeinden, Stadt- und Kreiswahlleiter	---	---	A	---
					B	10.522,3
		Summe der Titelgruppe	-	-	A	-
					B	10.901,8
					C	-
		77 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Sanierung staatlicher Gebäude aus Mitteln des ZulnvG (Investitionsschwerpunkt Infrastruktur - § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ZulnvG, Bereich sonstige Infrastrukturmaßnahmen)				
		<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 334 41.</i>				
		<i>Rückforderungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.</i>				
725 77-0	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Marktoberdorf	556,7	---	A	1.300,0
					B	731,8
726 77-9	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Autobahnpolizeistation Gersthofen	119,2	---	A	1.800,0
					B	367,7
740 77-1	042	Polizeiunterkunft Würzburg	---	---	A	100,0
		Sanierung der Abwasserkanäle und -leitungen sowie der Wasserversorgung, 1. Teilbaumaßnahme			B	499,5
745 77-6	042	Zusammenlegung der Polizeiinspektionen 1 und 3 im Dienstgebäude Regensburg, Minoritenweg 1 (1. Teilbaumaßnahme der Generalsanierung des Dienstgebäudes)	---	---	A	2.800,0
					B	860,0
		Summe der Titelgruppe	675,9	-	A	6.000,0
					B	2.459,0
					C	-

Erläuterungen

Zu 03 03/725 77

Gesamtkosten 2.930,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 31.08.2010.

Ab 2013 noch benötigt: - Tsd. €

Die Polizeiinspektion Marktoberdorf war bisher im angemieteten Gebäude in Marktoberdorf, Bahnhofstraße 17, unzureichend untergebracht. Der derzeitigen Hauptnutzfläche von 343 qm steht ein Bedarf von 720 qm gegenüber (Fehlbedarf somit 377 qm). Zudem ist der jetzige Polizeihof viel zu klein. Abhilfe kann nur durch einen Neubau geschaffen werden, der zwischenzeitlich bereits erstellt ist. Die bisherigen Gesamtkosten haben sich aufgrund von Preissteigerungen, Massen- und Ausführungsänderungen und zusätzlich notwendige Maßnahmen von 2.300,0 Tsd. € auf 2.930,0 Tsd. € erhöht.

Zu 03 03/726 77

Gesamtkosten 3.030,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 25.08.2010.

Ab 2013 noch benötigt: - Tsd. €

Die Autobahnpolizeistation Gersthofen ist auf einem Erbbaurechtsgrundstück unzureichend untergebracht. Die Bausubstanz des bestehenden Dienstgebäudes ist verbraucht. Darüber hinaus reichen die zur Verfügung stehenden Diensträume nicht aus. Um Abhilfe zu schaffen, wurde für die Autobahnpolizeistation Gersthofen ein Neubau erstellt. Die bisherigen Gesamtkosten von 2.820,0 Tsd. € haben sich aufgrund von Preissteigerungen, Massen- und Ausführungsänderungen und zusätzlich notwendiger Maßnahmen um 210,0 Tsd. € auf 3.030,0 Tsd. € erhöht.

Zu 03 03/740 77

Gesamtkosten 1. Teilbaumaßnahme 500,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 13.04.2006.

Ab 2013 noch benötigt: - Tsd. €

Aufgrund von Untersuchungen sind die Abwasserkanäle und -leitungen bei der III. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Würzburg so schadhaft, dass eine Sanierung vordringlich wird. Darüber hinaus muss im Außen- und Innenbereich auch das Trinkwassernetz in die Sanierung mit einbezogen werden. Die Maßnahme wird in Bauabschnitte unterteilt. Die Baukosten für die 1. Teilbaumaßnahme liegen bei 500,0 Tsd. €.

Zu 03 03/745 77

Gesamtkosten 1. Teilbaumaßnahme 4.500,0 Tsd. €

laut baufachlicher Festsetzung vom 01.10.2008.

Ab 2013 noch benötigt: - Tsd. €

Das 63 Jahre alte Dienstgebäude der Landespolizei in Regensburg, Am Minoritenweg 1, bedarf einer gründlichen Generalsanierung, um die Bausubstanz zu erhalten. Saniert werden muss insbesondere die Heizungsanlage, die gesamte Elektroanlagen, die Wasser- und Abwasserleitungen; ferner müssen Brandschutzmaßnahmen getroffen werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, in dem Dienstgebäude konzeptionelle Veränderungen vorzunehmen, um einen reibungslosen Dienstablauf im Hinblick auf die Zusammenlegung der PI 1 und 3 zu gewährleisten. Dies geschieht in erster Linie durch die Neuordnung des Wachbereichs, welche als 1. Teilbaumaßnahme durchgeführt werden soll. In die Neuorganisation wird räumlich auch das benachbarte ehem. Gewerbeaufsichtsamt mit eingebunden. Die Kosten für die 1. Teilbaumaßnahme liegen bei 4.500,0 Tsd. €.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		85 Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i> <i>Der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) werden die Nutzungsrechte an der vom Freistaat Bayern zusammen mit dem Bund errichteten Infrastruktur (Standorte für Basisstationen und Übertragungstrecken) für den Digitalfunk in Bayern unentgeltlich bereitgestellt (vgl. § 3 Abs. 1 Satz 1 und § 4 Abs. 1 Satz 1 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens).</i> <i>Bund und Länder dürfen den Digitalfunk in Bayern unentgeltlich nutzen (vgl. § 4 des Digitalfunk-Verwaltungsabkommens).</i> <i>Das Eigentum an der von Bayern anteilig finanzierten Systemtechnik ist Bestandteil des Zweckvermögens der BDBOS gemäß § 9 BDBOSG.</i> <i>Nr. 4 Abs. 1 der Erläuterungen zu TG 85 ist verbindlich.</i> <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 124 01, 231 05 und 233 05.</i>				
422 85-6	042	Bezüge der planmäßigen Beamten	- - -	2.121,8	A	1.207,3

Erläuterungen**Zu 03 03/85**

1. Das gegenwärtige Funksystem der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) beruht auf der veralteten analogen Funktechnik, die nicht mehr weiterentwickelt wird und wichtige operativ-taktische Anforderungen an eine moderne BOS-Kommunikation nicht mehr erfüllt. Bund und Länder haben deshalb am 01.06.2007 ein Verwaltungsabkommen (VwA) geschlossen, das den rechtlichen Rahmen für den Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle BOS (Digitalfunk BOS) nach dem „Phasenkonzept“ schafft und hierbei neben den Grundsätzen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie den Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten der Länder auch die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern sowie die Finanzierung der Bundesanstalt regelt.

Zur Bündelung der Interessen von Bund und Ländern wurde eine Bundesanstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Sie hat die Aufgabe, für den Bund und, nach Maßgabe des VwA auch für die Länder, den Digitalfunk BOS aufzubauen, zu betreiben und seine Funktionsfähigkeit sicherzustellen (Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - BDBOSG - vom 28.08.2006, BGBl I S. 2039). Auf der Grundlage von Rahmenverträgen der Bundesanstalt insbesondere für die Lieferung von Systemtechnik bzw. den Netzbetrieb rufen Bund und Länder die für Aufbau und Betrieb erforderlichen Leistungen mit Einzelverträgen ab.

2. Die nach dem VwA erforderliche unentgeltliche Bereitstellung von Nutzungsrechten (an Standorten und Zuleitungsnetzen) an die Bundesanstalt wird durch Haushaltsvermerk zugelassen.

3. Zur Einführung des Digitalfunks-BOS in Bayern ist im Staatsministerium des Innern die „Projektgruppe DigiNet“ eingerichtet. Die nach dem VwA den Ländern (in Abstimmung mit dem Bund) obliegende Aufgabe der Bereitstellung der Infrastruktur (Sendestandorte und Zuleitungen) für den Netzaufbau (einschließlich baulicher Ertüchtigung) wird in Bayern von der Projektgruppe zusammen mit der Staatsbauverwaltung erledigt. Ferner wurde im Bayer. Landeskriminalamt die „Autorisierte Stelle für den Digitalfunk-BOS in Bayern“ errichtet, die aufgrund der Struktur des bundesweiten Netzes als zentrale Stelle auf Länderebene erforderlich ist.

Erläuterungen

4. Die nichtstaatlichen BOS in Bayern im Sinne des § 4 der BOS-Funkrichtlinie (kommunale Feuerwehren, Rettungsdienst, Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken, Integrierte Leitstellen) dürfen das Digitalfunknetz ohne weiteres Entgelt (wegen der Betriebskostenbeteiligung s. nachfolgende Absätze) nach Maßgabe der im Einzelnen noch zu treffenden Teilnahmeregelungen nutzen (vgl. § 4 Abs. 1, 4, § 11 Abs. 1 Satz 3 VwA). Die Nutzung des Digitalfunks ist gemäß Art. 63 BayHO zuzulassen, weil hieran ein dringendes Staatsinteresse besteht (sh. vorletzten Satz des Haushaltsvermerks).

Am 27.11.2009 wurde mit den Kommunalen Spitzenverbänden nachfolgende Einigung über die Beteiligung an den Betriebskosten des Digitalfunks erzielt:

- a) Zahlung eines Festbetrags von 3,0 Mio. € jährlich an den Staatshaushalt;
- b) mietfreie Zurverfügungstellung von Antennenstandorten (bewertet mit 3,0 Mio. € Jahresbetrag; dem Staatshaushalt fließen insoweit keine Mittel zu).

Der zu zahlende Betrag von 3,0 Mio. € wird einwohnerabhängig auf die 96 Landkreise/kreisfreien Städte verteilt; die Modalitäten werden in entsprechenden Verträgen mit den Landkreisen/kreisfreien Städten festgelegt, wobei eine kassenmäßige Verrechnung mit einer geeigneten Finanzausgleichsleistung vorgesehen ist.

Die Kostenbeteiligung setzt in 2013 ein, spätestens aber mit vollständiger (bayernweiter) Bereitstellung des Digitalfunknetzes; sie dauert bis zum Jahr 2024 an. In 2024 wird über eine kommunale Betriebskostenbeteiligung im Lichte des dann gültigen Standes der Digitalfunktechnik für die Folgejahre neu entschieden.

Im April 2010 wurde die Vereinbarung wie folgt ergänzt: Alle Kommunen, die entsprechende Standorte kostenfrei zur Verfügung stellen, erhalten eine einmalige Aufwandsentschädigung von 5,0 Tsd. € je Standort.

Die Sozialversicherungsträger im Sinne des Art. 2 Abs. 13 BayRDG als Kostenträger des Rettungsdienstes übernehmen folgenden Anteil an den Betriebskosten (Ergebnis der Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern):

- Zahlung eines Festbetrags von 6,0 Mio. € jährlich an den Staatshaushalt;
- Die Modalitäten werden in entsprechenden Vereinbarungen zwischen dem Staat und den Sozialversicherungsträgern festgelegt. Die Kostenbeteiligung setzt ebenfalls in 2013 ein, spätestens aber mit vollständiger (bayernweiter) Bereitstellung des Digitalfunknetzes; hinsichtlich der Dauer der Kostenbeteiligung und der Notwendigkeit einer Folge-Vereinbarung im Jahr 2024 gelten die Ausführungen oben über die Vereinbarung mit den Kommunen.

5. Für den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks-BOS war bisher eine Kostenschätzung in Höhe von 772,6 Mio. € für die Jahre 2007 bis 2021 bewilligt (im Rahmen der Zustimmung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags zum 03A-Haushaltsentwurf 2009/10 am 03.03.2009). Die Aktualisierung der Kostenschätzung Ende 2010 hat für den Zeitraum 2007 bis 2021 einen Finanzierungsbedarf im Staatshaushalt von 920,4 Mio. € ergeben. Dies geht im Wesentlichen auf höhere Kosten für die Standortertüchtigung sowie auf die aktuelle Projektentwicklung (z.B. Kostenerhöhungen im Wirtschaftsplan 2011 der BDBOS) zurück.

6. In den Haushaltsjahren 2007 bis 2010 sind Ausgabemittel in Höhe von insgesamt 252,85 Mio. € bereitgestellt worden. Aufgrund von Verzögerungen bei der Projektrealisierung sind hohe Ausgabereste entstanden. Diese werden zur Deckung des Finanzierungsbedarfs 2011/2012 eingesetzt. Die Veranschlagung von zusätzlichen Ausgabemitteln für das Jahr 2011 ist deshalb nicht notwendig. Auch der Finanzierungsbedarf 2012 kann teilweise noch mit den Ausgaberesten gedeckt werden.

7. Zur Förderung der Erstausrüstung von kommunalen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und von Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken, mit Digitalfunk-Endgeräten s. Titelgruppe 86.

Zu 03 03/422 85

Für die Einrichtung der Autorisierten Stelle werden von den insgesamt erforderlichen 32 Planstellen 24 im Doppelhaushalt 2009/10 und 8 im Jahr 2011 geschaffen. Diese sind im Stellenplan ausgebracht.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
428 85-0	042	Entgelte für Arbeitnehmer <i>Zu Lasten der Ausgabemittel der TG 85 dürfen für die Projektgruppe DigiNet 15 Arbeitnehmer bis Entgeltgruppe 13 beschäftigt werden (kw 31.12.2014). Die Zahl der zulässigen Beschäftigungsverhältnisse darf erhöht werden, wenn anstelle der im Projekt vorgesehenen Vergabe von Aufträgen (vgl. Tit. 534 85) die entsprechenden Aufgaben von Arbeitnehmern mit befristeten Arbeitsverträgen erledigt werden müssen.</i>	---	819,0	A	---
459 85-2	042	Vermischte Personalausgaben	---	10,0	A	---
511 85-8	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften und sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	---	250,0	A	250,0
					B	2.656,6
					C	17,6
517 85-2	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	2.519,2	A	---
					B	1,3
518 85-1	042	Mieten und Pachten	---	3.691,0	A	3.200,0
					B	163,5
					C	68,7
525 85-2	042	Aus- und Fortbildung	---	100,0	A	200,0
					B	249,1
					C	9,7
526 85-1	042	Ausgaben für Sachverständige	---	2.600,0	A	2.842,7
					B	3.143,2
					C	802,5
534 85-1	042	Vergabe von Aufträgen	---	500,0	A	10.000,0
					B	28,4
547 85-6	042	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	---	100,0	A	100,0
					B	82,0
					C	60,9
631 85-3	042	Kostenanteil an der Bundesanstalt für den Digitalfunk <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 30 % der Ausgaben zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	3.360,0	A	4.093,0
					B	-2.241,2
					C	6.841,2
633 85-1	042	Erstattungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige	---	332,4	A	240,0
					B	265,0
					C	50,4
685 85-8	042	Erstattung der Kosten für den Netzbetrieb	---	1.503,0	A	4.000,0
					B	5.236,0
701 85-8	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Errichtung einzelner Basisstationen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1 Million Euro kann abweichend von VV Nr. 1.2 zu Art. 24 BayHO als kleine Baumaßnahme durchgeführt und nachgewiesen werden.</i>	---	---	A	20.760,0
					B	3.746,3
					C	2.357,0
812 85-4	042	Investitionen	---	8.181,6	A	7.800,0
					B	1.996,0
					C	373,6
887 85-4	044	Zuweisung für Investitionen bei der Anbindung/Anpassung der Integrierten Leitstellen	---	---	A	---
893 85-6	045	Erstattung der Anschaffungskosten von Digitalfunk-Endgeräten zzgl. Zubehör für die Berg-, Wasser- und Höhlenrettung	---	350,0	A	200,0
894 85-5	042	Zuweisungen für Investitionen	---	15.112,0	A	7.957,0
Summe der Titelgruppe			-	41.550,0	A	62.850,0
					B	15.326,1
					C	10.581,7

Erläuterungen

Zu 03 03/428 85

Für die Projektgruppe DigiNet sind 16 Stellen für abgeordnete Beamte im Stellenplan (Kap. 03 01 Tit. 422 31) ausgebracht.

Der veranschlagte Haushaltsvermerk ist erforderlich, um den bundesweiten Verpflichtungen nachkommen zu können. Nicht in allen Bereichen konnten die Dienstposten aus dem staatlichen Bereich (vgl. Stellen für abgeordnete Beamte bei Kap. 03 01 Tit. 422 31) oder durch Abordnung aus dem kommunalen Bereich (Finanzierung aus Tit. 633 85) besetzt werden. Die vakanten Dienstposten müssen deshalb mit Bewerbern vom freien Markt (einschl. Bundeswehr/-polizei) besetzt werden.

Zu 03 03/459 85

Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen u.a. für das zur Projektgruppe DigiNet abgeordnete Personal bzw. für das in der TG 85 veranschlagte Personal der Autorisierten Stelle.

Zu 03 03/511 85

Bedarf der Projektgruppe DigiNet und der Autorisierten Stelle (einschl. Geschäftszimmer- und PC-Ausstattung, fachtechnische Geräte u.a. für die Autorisierte Stelle).

Die Abwicklung der Zahlungen aus der TG 85 erfolgt durch das PP München mit dem EDV-System "Marktplatz der Bayer. Polizei".

Zu 03 03/517 85, 518 85, 526 85, 534 85 und 701 85

Hier sind insbesondere die Ausgaben für die Bereitstellung und Instandhaltung von Sendestandorten und Zuleitungen (Standortmanager, Standortertüchtigung, Standortbetrieb wie z.B. Strom- und Festnetzkosten, die an Versorgungsunternehmen zu zahlen sind), sowie die Kosten für Projektmanager, Controller und Projektsteuerer veranschlagt.

In Tit. 518 85 ist auch der Bedarf für Leasing/Unterhalt von zwei Dienstfahrzeugen der Projektgruppe DigiNet enthalten (s. Erläuterungen bei Kap. 03 01 Tit. 514 01).

Die Bewirtschaftungskosten für die Unterbringung der Projektgruppe DigiNet im Dienstgebäude der I. BPA in München werden mit Ausnahme der Reinigungskosten aus Kap. 03 20 geleistet.

Zu 03 03/525 85

Aus- und Fortbildungsbedarf der Projektgruppe DigiNet und der Autorisierten Stelle, Schulungskosten im Rahmen einer elektronischen Lernerwendung.

Zu 03 03/547 85

Reisekosten, Öffentlichkeitsarbeit, Kosten des Bauunterhalts für Standorte u.a.

Zu 03 03/631 85

Veranschlagt ist der voraussichtliche Kostenanteil Bayerns an der Bundesanstalt für den Digitalfunk.

Zu 03 03/633 85

Aus dem Titel werden auch Erstattungen an andere Dienstherren für an die Projektgruppe DigiNet abgeordnete Bedienstete bezahlt.

Zu 03 03/685 85

Zur Erstattung der Betriebskosten für das Digitalfunknetz an die Bundesanstalt für den Digitalfunk aufgrund des VWA.

Zu 03 03/812 85

Veranschlagt ist insbesondere der Bedarf

- für Investitionen (ohne Bau) bei der Standortertüchtigung, für Leitstellenanpassungen sowie für Endgeräte, Endgerätezubehör/-installation, den Abbau/die Entsorgung der Analogausstattung bei der Polizei, außerdem
- für die Beschaffung der Endgeräte, Endgerätezubehör/-installation und für den Abbau/die Entsorgung der Analogausstattung des staatlichen Katastrophenschutzes.

Zu 03 03/887 85

Aufgrund Art. 7 des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb Integrierter Leitstellen (ILSG) leistet der Staat Erstattungen (Rettungsdienstbereich) bzw. Zuwendungen (Feuerwehrbereich) für Investitionen bei der Anbindung und Anpassung der Integrierten Leitstellen an den Digitalfunk.

Zu 03 03/893 85

Gemäß Art. 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BayRDG erstattet der Staat den Durchführenden der Berg- und Höhlenrettung sowie der Wasserrettung die Anschaffungskosten der Endgeräte für den Digitalfunk (mit Zubehör). Hierfür ergibt sich aufgrund der derzeit geschätzten Kosten bis 2015 ein Mittelbedarf von 5.290,0 Tsd. €.

Zu 03 03/894 85

Erstattung der Investitionskosten für das Digitalfunknetz an die Bundesanstalt für den Digitalfunk aufgrund des VWA.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		86 Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten (zzgl. Zubehör) bei nichtstaatlichen BOS <i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
883 86-7	044	Zuschüsse zur Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 57.644,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 57.644,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2012 Tsd. € 2.020,0</i> <i>2013 Tsd. € 20.000,0</i> <i>2014 Tsd. € 20.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 15.624,0</i> <i>Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2011 dürfen im Jahr 2012 in Höhe von 55.624,0 Tsd. € in Anspruch genommen werden.</i>	1.420,0	2.020,0	A	1.520,0
894 86-4	045	Zuschüsse zur Erstausrüstung des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 8.614,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 8.614,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2012 Tsd. € 830,0</i> <i>2013 Tsd. € 3.000,0</i> <i>2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 1.784,0</i> <i>Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2011 dürfen im Jahr 2012 in Höhe von 7.784,0 Tsd. € in Anspruch genommen werden.</i>	580,0	830,0	A	630,0
		Summe der Titelgruppe	2.000,0	2.850,0	A	2.150,0
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	8.527,1	48.962,1	A	92.161,9
					B	67.522,1
					C	28.330,6

Erläuterungen

Zu 03 03/86

Für die notwendige Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen mit Endgeräten für den Digitalfunk gewährt der Freistaat Bayern in einem 2011 beginnenden Förderprogramm bis einschließlich 2015 Zuschüsse in Höhe von 80 % der reinen Gerätekosten zzgl. der Kosten des Zubehörs ohne Einbaukosten. Das Nähere zur Förderung der digitalen Endgeräte wird durch eine Förderrichtlinie bestimmt. Der Zuschussbedarf für die Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren wird nicht aus dem Feuerschutzsteueraufkommen finanziert.

Hierfür ergibt sich aufgrund der im Zeitpunkt der Einigung mit den nichtstaatlichen BOS (Ende 2009) geschätzten Kosten folgender Mittelbedarf bis 2015:

	Tsd. €
a) Kommunale Feuerwehren	60.584,0
b) Rettungsdienst (ohne Berg-, Höhlen- und Wasserrettung; vgl. 03 03/893 85)	2.952,0
c) Hilfsorganisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken	6.872,0
Summe	<u>70.408,0</u>

Zur Deckung dieses Mittelbedarfs werden 2.000,0 Tsd. € für das Jahr 2011 und 2.850,0 Tsd. € für das Jahr 2012 veranschlagt.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008 Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2,0	2,0	A	3,0
					B	-
					C	1,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	333,8	333,8	A	333,7
					B	21.649,6
					C	7.996,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	1.250,0	-	A	8.000,0
					B	22.557,8
					C	-
		Gesamteinnahmen	1.585,8	335,8	A	8.336,7
					B	44.207,4
					C	7.998,3
		Personalausgaben	-	2.950,8	A	1.207,8
					B	0,6
					C	0,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	641,0	10.362,1	A	18.406,5
					B	7.301,9
					C	3.009,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.960,2	9.155,6	A	24.180,6
					B	24.400,3
					C	22.589,8
		Baumaßnahmen	675,9	-	A	26.760,0
					B	6.205,3
					C	2.357,0
		Sonstige Sachinvestitionen	-	8.181,6	A	7.800,0
					B	29.614,0
					C	373,6
		Investitionsförderungsmaßnahmen	3.250,0	18.312,0	A	13.807,0
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	8.527,1	48.962,1	A	92.161,9
					B	67.522,1
					C	28.330,6
		Zuschuss	6.941,3	48.626,3	A	83.825,2
					B	23.314,8
					C	20.332,3

03 05 Verwaltunggerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-8	053	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	834,0	834,0	A	1.100,0
					B	834,0
					C	844,1
112 01-7	053	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	---	---	A	---
119 01-0	053	Einnahmen aus Veröffentlichungen	12,5	12,5	A	13,0
					B	12,5
					C	12,2
119 49-4	053	Vermischte Einnahmen	---	---	A	10,0
					C	9,2
124 01-3	053	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	103,9	103,9	A	91,1
					B	102,0
					C	99,1
Gesamteinnahmen			950,4	950,4	A	1.214,1
					B	948,4
					C	964,5
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-4	053	Entschädigungen (Sitzungsgelder) für die ehrenamtlichen Beisitzer des Flurbereinigungssenats	16,5	16,5	A	16,5
					B	15,6
					C	15,3
422 01-2	053	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	6.417,5	6.524,0	A	6.955,6
					B	6.257,8
					C	6.261,2
422 31-6	053	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	80,1
					B	0,0
					C	27,4

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 05

1. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof ist Oberverwaltungsgericht zur Ausübung der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sinne der §§ 1 und 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Seine Bezeichnung und sein Sitz in München sind durch Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) festgelegt. Vier Senate des Verwaltungsgerichtshofes sind in Ansbach errichtet (s. Art. 1 Abs. 1 Satz 3 AGVwGO).

Der Verwaltungsgerichtshof ist zuständig für Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte (§ 46 VwGO), für bestimmte Großverfahren und Vereinsverbote im ersten Rechtszug (§ 48 VwGO), für Entscheidungen über die Vorlage geheimhaltungsbedürftiger Akten bzw. Auskunft daraus oder Einsicht in diese (§ 99 Abs. 2 VwGO) sowie für Normenkontrollverfahren (§ 47 VwGO, Art. 5 AGVwGO). Er entscheidet in Senaten. Beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof sind Fachsenate für Personalvertretungssachen, für Disziplinarsachen, für die Flurbereinigung und für Geheimschutzsachen errichtet.

2. Der Landesanstalt Bayern obliegt die gerichtliche Vertretung des Freistaates Bayern als Kläger, Beklagter oder Beigeladener in Verfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und dem Bundesverwaltungsgericht sowie die Vertretung des öffentlichen Interesses vor diesen Gerichten nach Maßgabe der Verordnung über die Landesanstalt Bayern (LABV). Des Weiteren obliegt der Landesanstalt Bayern die Wahrnehmung der Aufgabe als Disziplinarbehörde oder Dienstvorgesetzter nach Maßgabe der auf Grund des Bayerischen Disziplinargesetzes (BayDG) erlassenen Rechtsverordnungen (s. § 1 Abs. 2 LABV). Die Landesanstalt Bayern ist am Sitz des Verwaltungsgerichtshofes sowie dessen auswärtiger Senate eingerichtet.

Für die Landesanstalt Bayern sind innerhalb des Kap. 03 05 folgende Haushaltsmittel veranschlagt (zu den Titeln 422 01 und 428 01 siehe Stellenplan):

Titel	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
428 11	2,1	2,1
511 01	38,0	38,0
527 01	6,8	6,8
546 49	1,1	1,1
812 01	14,0	14,0
Zusammen	62,0	62,0

Daneben sind bei Kap. 03 05 in den Tit. 428 21, 517 01, 517 05, 519 01 und in der TG 99 (nicht aufteilbare) Mittel für die Landesanstalt Bayern enthalten.

Zu 03 05/111 01

Gebühren, Auslagen sonstige Entgelte.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 266,0 Tsd. € auf Grund der Istentwicklung.

Zu 03 05/124 01

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	5,8	5,8
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	98,1	98,1
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	103,9	103,9

Zu 03 05/412 01

Entschädigung der ehrenamtlichen Richter. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

Zu 03 05/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 05/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
427 01-7	053	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5,3	5,5	A B C	3,0 3,9 2,7
428 01-6	053	Entgelte der Arbeitnehmer	2.385,9	2.460,0	A B C	2.402,8 2.336,5 2.157,5
428 11-4	053	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	31,8	31,8	A B C	29,7 18,4 1,2
428 21-2	053	Entgelte der Arbeitnehmer	115,0	119,0	A B C	114,0 126,8 131,3
453 01-4	053	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	12,0	12,0	A C	12,0 11,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-4	053	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	276,1	276,1	A B C	294,4 279,8 283,2
514 01-1	053	Haltung von Dienstfahrzeugen	15,6	15,6	A B C	15,2 13,9 12,1
514 11-9	053	Dienst- und Schutzkleidung	1,0	1,0	A B C	2,0 1,0 1,4
517 01-8	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	176,7	170,4	A B C	195,0 165,7 170,7
517 05-4	053	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	164,7	164,7	A B C	146,0 165,9 96,8
517 31-2	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-8	053	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-7	053	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 11-5	053	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	---	---	A	---
518 18-8	053	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	5,2	5,2	A B C	5,6 7,5 7,7
518 31-1	053	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 05/427 01

Entschädigungen (Sitzungsgelder) für Mitglieder der Disziplinar- und Personalvertretungssenate, die dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof nicht angehören, sowie für die technischen Beisitzer des Flurbereinigungssenats.

Zu 03 05/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 05/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 05/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Zu 03 05/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	6,0	6,0
2. Umzugskostenvergütungen	6,0	6,0
Zusammen	<u>12,0</u>	<u>12,0</u>

Zu 03 05/511 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	29,5	29,5
2. Bücher und Zeitschriften	140,7	140,7
3. Kommunikation	20,9	20,9
4. Entgelte für Postdienstleistungen	50,9	50,9
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	24,1	24,1
6. Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	<u>276,1</u>	<u>276,1</u>

Zu 03 05/514 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	11,4	11,4
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	4,2	4,2
Zusammen	<u>15,6</u>	<u>15,6</u>
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	15,6	15,6
Personalausgaben	115,0	119,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	5,2	5,2
Zusammen	<u>135,8</u>	<u>139,8</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	3	3	3	3	2

Zu 03 05/514 11

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer, Pförtner, Reinigungspersonal und Protokollführer(innen).

Zu 03 05/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 03 05/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	119,8	119,8
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	44,9	44,9
Zusammen	<u>164,7</u>	<u>164,7</u>

2011 gegenüber 2010:

Mehr 18,7 Tsd. € wegen Anpassung an Bedarf.

Zu 03 05/518 18

Leasing von 2 Dienstfahrzeugen.

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
519 01-6	053	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	88,0	88,0	A B C	110,0 257,4 415,4
526 01-7	053	Auslagen in Rechtssachen	104,6	104,6	A B C	116,0 103,5 88,2
527 01-6	053	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	28,5	28,5	A B C	31,5 28,1 25,2
529 01-4	053	Zur Verfügung des Präsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,8	0,8	A B C	0,8 0,8 0,8
531 01-0	053	Herausgabe amtlicher Blätter	6,9	6,9	A B	10,0 6,3
532 11-7	053	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-7	053	Vermischte Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	A B C	6,9 6,2 4,3
Baumaßnahmen						
701 01-4	053	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 490,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 490,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	490,0	490,0	A C	490,0 600,5
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-1	053	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A B	---
812 01-0	053	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	31,8	31,8	A B C	37,2 97,9 38,5

Erläuterungen

Zu 03 05/519 01		
	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	88,0	88,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	88,0	88,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 22,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 5,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 05/526 01

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Prozesskostenhilfe für mittellose Personen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 11,4 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 5,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 05/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 05/701 01		
	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Dienstgebäude Verwaltungsgerichtshof München, Ludwigstraße 23		
- Sanierung Treppenhaus Nordtrakt	120,0	65,0
- Sanierung Toilettenanlagen	370,0	425,0
Zusammen	490,0	490,0

Zu 03 05/812 01

Für Geschäftszimmerausstattungen sowie für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen für Diensträume etc. sowie Upgrade des bestehenden TK-Systems in 2011.

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-7	053	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	83,7	83,7	A	118,8
					B	113,6
					C	86,8
514 99-4	053	Verbrauchsmittel	21,4	21,4	A	22,6
					B	11,2
					C	6,2
525 99-1	053	Aus- und Fortbildung	48,0	41,3	A	16,0
					B	0,5
					C	8,0
534 99-0	053	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	61,8	68,5	A	51,1
					B	19,6
					C	14,1
815 99-0	053	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	87,9	87,9	A	141,8
					B	55,3
					C	97,7
Summe der Titelgruppe			302,8	302,8	A	350,3
					B	200,3
					C	212,9
Gesamtausgaben			10.682,8	10.861,3	A	11.424,6
					B	10.144,5
					C	10.784,4

Erläuterungen

Zu 03 05/99

IT-Ausstattung im Bayerischen Verwaltungsgerichtshof und in der Landesanstalt Bayern zum Betrieb des Gerichtsverwaltungsprogramms GOŞA, der Basiskomponente für die Personalverwaltung (VIVA), des Integrierten Haushalts- und Kassenverfahrens (IHV), des Dokumentenmanagement-/Vorgangsbearbeitungssystems (ELDORA) und der Bibliotheksanwendung sowie zur Bürokommunikation. Zugriff auf die Datenbank Bayern-Recht, Goebasisdaten und -dienste sowie auf die Datenbanken beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (MiLo und Pressedatenbanken). Zugang zu Internet/Intranet über das Behördennetz.

Personal im Kap. 03 05, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Plan-Beamte			
A 13	0,5	0,5	0,5
A 12	1	1	1
A 11	1	1	1
Summe	2,5	2,5	2,5
Arbeitnehmer			
E 11	2	2	2
E 10	2	2	2
E 9	1	1	1
Summe	5	5	5
Insgesamt	7,5	7,5	7,5

Zu 03 05/511 99

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	7,0	7,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	28,7	28,7
3. Mieten und Wartung	38,0	38,0
4. Bücher und Zeitschriften	5,2	5,2
5. Sonstiges	4,8	4,8
Zusammen	83,7	83,7

2011 gegenüber 2010:

Weniger 35,1 Tsd. € wegen Einsparung bei Leitungsmieten und Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 5,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 05/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf für Tonerkartuschen, Tintenpatronen, Farbbänder, Datenträger und sonstiges EDV-typisches Verbrauchsmaterial.

Zu 03 05/525 99

Schulungskosten und Unterrichtsmaterial für das EDV-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 32,0 Tsd. € für notwendige Schulungen z.B. im Zusammenhang mit der Fachanwendung GOŞA, Active Directory, DMS, Windows 7, MS Office 7 u.a. unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 0,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 05/534 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,7 Tsd. € wegen notwendiger individueller Programmierung der Fachanwendung GOŞA, des DMS, der Homepage und der Anbindung der LAB unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 2,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 05/815 99

Erst-, Ersatz und Ergänzungsbeschaffungen von Hardware (z.B. Server, PC, Monitore, Drucker, Notebooks und USV-Anlagen) sowie Kosten für Software-Lizenzen und -Upgrades.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 53,9 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 6,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 05 Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	950,4	950,4	A B C	1.214,1 948,4 964,5
		Gesamteinnahmen	950,4	950,4	A B C	1.214,1 948,4 964,5
		Personalausgaben	8.984,0	9.168,8	A B C	9.613,7 8.775,0 8.826,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.089,1	1.082,8	A B C	1.141,9 1.181,1 1.221,1
		Baumaßnahmen	490,0	490,0	A B C	490,0 - 600,5
		Sonstige Sachinvestitionen	119,7	119,7	A B C	179,0 188,5 136,2
		Gesamtausgaben	10.682,8	10.861,3	A B C	11.424,6 10.144,5 10.784,4
		Zuschuss	9.732,4	9.910,9	A B C	10.210,5 9.196,1 9.819,8

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-6	053	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	3.700,0	3.700,0	A	3.900,0
					B	3.643,5
					C	4.040,7
112 01-5	053	Geldstrafen und Geldbußen	---	---	A	---
					C	0,0
119 49-2	053	Vermischte Einnahmen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,2
					C	1,7
124 01-1	053	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	66,1	66,1	A	74,2
					B	65,3
					C	58,2
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	053	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
261 01-4	053	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	5,2	5,2	A	5,7
					B	5,2
					C	5,8
Gesamteinnahmen			3.772,3	3.772,3	A	3.980,9
					B	3.714,3
					C	4.106,4
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-2	053	Entschädigungen für die ehrenamtlichen Richter	367,0	342,0	A	344,3
					B	316,5
					C	313,7
422 01-0	053	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	15.600,5	15.864,5	A	15.571,0
					B	15.052,0
					C	13.852,4
422 21-6	053	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	---	---	A	---
422 31-4	053	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	---
428 01-4	053	Entgelte der Arbeitnehmer	7.133,7	7.252,6	A	7.232,2
					B	6.994,0
					C	6.844,2
428 11-2	053	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	56,3	56,6	A	45,1
					B	11,2
428 21-0	053	Entgelte der Arbeitnehmer	369,9	370,6	A	360,2
					B	289,7
					C	304,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 06

Den sechs Bayerischen Verwaltungsgerichten obliegt die Ausübung der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Sinne der §§ 1 und 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Sitz und Bezirk sind durch Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) festgelegt. Die Verwaltungsgerichte entscheiden in allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art, soweit die Streitigkeiten nicht durch Bundesgesetz einem anderen Gericht ausdrücklich zugewiesen sind (§ 40 VwGO).

Bei den Verwaltungsgerichten München und Ansbach sind Fachkammern für Personalvertretungsangelegenheiten und bei den Verwaltungsgerichten München, Ansbach und Regensburg für Disziplinarsachen (Disziplinarkammern) errichtet.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 am 1. Juli 2007 wurde das Widerspruchsverfahren in Bayern neu geregelt. In einigen, im Gesetz abschließend aufgezählten Rechtsbereichen, kann ein Betroffener seit 1. Juli 2007 wählen, ob er vor Erhebung einer Anfechtungs- oder Verpflichtungsklage ein Vorverfahren durchführen oder unmittelbar Klage erheben will (sog. fakultatives Widerspruchsverfahren). In allen übrigen Bereichen ist sofort Klage zu erheben; die Einlegung eines Widerspruchs ist nicht mehr möglich (s. Art. 15 AGVwGO).

Zu 03 06/111 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Einnahmenentwicklung.

Zu 03 06/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	4,5	4,5
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	61,5	61,5
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	0,1	0,1
Zusammen	66,1	66,1

Zu 03 06/231 01

Erstattung von Dienstbezügen für zum Bund abgeordnete Beamte (Richter).

Zu 03 06/412 01

Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder nach dem gemäß § 32 VwGO anwendbaren Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 22,7 Tsd. € insbesondere für Einführungsveranstaltungen wegen der Neuwahlen der ehrenamtlichen Richter.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 25,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 06/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 06/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 06/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung

2011 gegenüber 2010:

Mehr 11,2 Tsd. € aufgrund des zusätzlichen Personalbedarfs.

Zu 03 06/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
453 01-2	053	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	23,0	23,0	A	23,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-2	053	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	668,3	668,3	A	729,0
					B	665,4
					C	640,5
514 01-9	053	Haltung von Dienstfahrzeugen	15,3	15,3	A	17,0
					B	9,7
					C	11,7
514 11-7	053	Dienst- und Schutzkleidung	2,4	2,4	A	4,3
					B	1,5
					C	2,4
517 01-6	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	445,0	448,1	A	485,0
					B	409,1
					C	418,2
517 05-2	053	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	343,3	345,4	A	370,0
					B	302,7
					C	266,5
517 31-0	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-6	053	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	63,8	63,8	A	50,0
					B	57,2
					C	53,3
518 01-5	053	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.164,5	1.164,5	A	1.089,0
					B	1.068,9
					C	1.071,0
518 11-3	053	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	7,0	7,0	A	8,0
					B	6,8
					C	6,8

Erläuterungen

Zu 03 06/453 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Trennungsgeld	4,0	4,0
2.	Umzugskostenvergütungen	19,0	19,0
	Zusammen	23,0	23,0

Zu 03 06/511 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	81,0	81,0
2.	Bücher und Zeitschriften	209,3	209,3
3.	Kommunikation	55,0	55,0
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	257,8	257,8
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	60,0	60,0
6.	Sonstiges	5,2	5,2
	Zusammen	668,3	668,3

2011 gegenüber 2010:

Weniger 60,7 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 33,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 06/514 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	8,0	8,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	7,3	7,3
	Zusammen	15,3	15,3

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	15,3	15,3
Personalausgaben	81,0	81,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	6,7	6,8
Zusammen	103,0	103,1

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis, Kleinbus	7	7	7	7	3

Zu 03 06/514 11

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer, Pförtner, Reinigungspersonal und Protokollführer(innen).

Zu 03 06/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 40,0 Tsd. € infolge Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 06/517 05		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	185,2	186,6
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	158,1	158,8
	Zusammen	343,3	345,4

2011 gegenüber 2010:

Weniger 26,7 Tsd. € infolge Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 06/517 35

2011 gegenüber 2010:

Mehr 13,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 06/518 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 75,5 Tsd. € aufgrund von Mietpreisanpassungen.

Zu 03 06/518 11

Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte.

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
518 18-6	053	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	6,7	6,8	A B C	4,5 4,2 4,0
518 31-9	053	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-4	053	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	240,1	240,1	A B C	300,0 671,0 498,0
526 01-5	053	Auslagen in Rechtssachen	616,6	616,6	A B C	850,0 585,5 659,0
527 01-4	053	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	17,8	17,8	A B C	21,4 11,2 15,3
532 11-5	053	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	5,1	5,1	A B	5,3 3,8
546 49-5	053	Vermischte Verwaltungsausgaben	9,6	9,6	A B C	11,0 3,8 6,1
Baumaßnahmen						
701 01-2	053	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 300,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 300,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0	300,0	A B C	300,0 541,4 470,1
710 00-2	053	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	---	---	A C	--- 14,5
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-9	053	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-8	053	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	83,4	83,4	A B C	97,6 62,5 74,9

Erläuterungen

Zu 03 06/518 18

Miete/Leasingkosten von Dienstfahrzeugen.

Zu 03 06/519 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	214,6	214,6
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	25,5	25,5
Zusammen	240,1	240,1

2011 gegenüber 2010:

Weniger 59,9 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 13,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 06/526 01

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen sowie Prozesskostenhilfe für mittellose Personen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 233,4 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 39,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 06/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, augenärztliche Untersuchungen für Beschäftigte an Bildschirmarbeitsplätzen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 06/701 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Dienstgebäude Verwaltungsgericht Regensburg		
Sicherungsmaßnahmen	300,0	300,0

Zu 03 06/812 01

Ersatzbeschaffung von Geschäftszimmerausstattungen und von Möbeln für Sitzungszimmer, Möblierung für neue Mediationsräume und für Besprechungszimmer für Anwälte/Behördenvertreter, Ersatz von TK Anlagen, Beschaffung von Sicherheitsausstattung u.a.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 14,2 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 1,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-5	053	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	192,2	193,8	A	416,2
					B	252,2
					C	196,5
514 99-2	053	Verbrauchsmittel	61,1	61,1	A	64,1
					B	44,6
					C	34,2
525 99-9	053	Aus- und Fortbildung	55,9	51,4	A	25,5
					B	5,7
					C	19,0
534 99-8	053	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	86,7	100,8	A	- - -
					B	1,6
815 99-8	053	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	233,2	233,2	A	376,1
					B	257,0
					C	396,3
Summe der Titelgruppe			629,1	640,3	A	881,9
					B	561,2
					C	646,1
Gesamtausgaben			28.168,4	28.543,8	A	28.799,8
					B	27.819,5
					C	26.885,5

Erläuterungen

Zu 03 06/99

Die EDV-Ausstattung für die bayerische Verwaltungsgerichtsbarkeit wird vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof koordiniert. Die Betreuung und Systemverwaltung erfolgt vor Ort in den Verwaltungsgerichten. Die veranschlagten Haushaltsmittel dienen zur Ausstattung der Verwaltungsgerichte mit EDV-Hard- und Software zur Unterstützung der Gerichtsverwaltung und der Richterschaft (vgl. auch Kap. 03 05 TG 99).

Personal im Kap. 03 06, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Plan-Beamte			
A11	0,3	0,5	0,5
A10	2	2	2
A 9 + AZ	1	1	1
Summe	3,3	3,5	3,5
Arbeitnehmer			
E 10	5	5	5
E 9	5,6	6	6
E 8	2	2	2
E 6	0,25	0,25	0,25
Summe	12,85	13,25	13,25
Insgesamt	16,15	16,75	16,75

Zu 03 06/511 99

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	15,0	15,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	42,5	42,5
3. Mieten und Wartung	109,9	111,5
4. Bücher und Zeitschriften	24,8	24,8
5. Sonstiges	-	-
Zusammen	192,2	193,8

2011 gegenüber 2010:

Weniger 224,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf (u.a. Einsparung bei den Leitungsmieten) und zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 19,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 06/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf für Tonerkartuschen, Tintenpatronen, Farbbänder, Datenträger und sonstiges EDV-typisches Verbrauchsmaterial.

Zu 03 06/525 99

Schulungskosten und Unterrichtsmaterial für das EDV-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 30,4 Tsd. € für die notwendige Schulung des Personals insbesondere wegen Einführung/Anpassung von Windows 7, MS Office, GOŠA, DMS und Active Directory.

Zu 03 06/534 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 86,7 Tsd. €.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 14,1 Tsd. € insbesondere für die Vergaben von Aufträgen zur Anpassung und Entwicklung von Software.

Zu 03 06/815 99

Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von Hardware (Server, PC, Monitore, Drucker, etc.) sowie Kosten für Software /-Lizenzen und -Upgrades.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 142,9 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 16,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 06 Verwaltungsverfahren

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	3.767,1	3.767,1	A	3.975,2
					B	3.709,0
					C	4.100,6
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	5,2	5,2	A	5,7
					B	5,2
					C	5,8
		Gesamteinnahmen	3.772,3	3.772,3	A	3.980,9
					B	3.714,3
					C	4.106,4
		Personalausgaben	23.550,4	23.909,3	A	23.575,8
					B	22.853,5
					C	22.027,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.001,4	4.017,9	A	4.450,3
					B	4.105,1
					C	3.902,6
		Baumaßnahmen	300,0	300,0	A	300,0
					B	541,4
					C	484,6
		Sonstige Sachinvestitionen	316,6	316,6	A	473,7
					B	319,5
					C	471,2
		Gesamtausgaben	28.168,4	28.543,8	A	28.799,8
					B	27.819,5
					C	26.885,5
		Zuschuss	24.396,1	24.771,5	A	24.818,9
					B	24.105,3
					C	22.779,1

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-4	014	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Der Vermerk bei Tit. 119 01 gilt auch für Tit. 111 01.</i>	---	---	A	---
112 01-3	014	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	320,0	320,0	A	260,0
					B	325,6
					C	298,1
119 01-6	014	Einnahmen aus Veröffentlichungen, sonstige Entgelte <i>Veröffentlichungen, Auszüge aus Datenbeständen, Auskünfte usw. des Bayer. Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung sind grundsätzlich gegen ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt (Abweichung von Art. 61 und Art. 63 BayHO) abzugeben bzw. zu erteilen. Sie dürfen nur in den in den Erläuterungen zu Tit. 119 01 bezeichneten Fällen unentgeltlich abgegeben bzw. erteilt werden. Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	210,0	210,0	A	250,0
					B	206,8
					C	230,4
119 49-0	014	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	A	10,0
					B	131,8
					C	59,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 07

Das Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (LfStaD) ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Landesoberbehörde mit Sitz in München und Außenstellen in Schweinfurt und Fürth.

Im Bereich der Statistiken erhebt das Amt aufgrund von Rechtsvorschriften Statistiken, bereitet die erhobenen Daten auf, wertet das statistische Material aus und veröffentlicht die Ergebnisse in geeigneter Form (Art. 5, 6, 9 und 10 des Bayer. Statistikgesetzes - BayStatG - vom 10.08.1990, GVBI S. 270, BayRS 290-1-I, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.07.2010, GVBI S. 321).

Seit 01.01.2004 werden die Fachressorts mit den Mehrkosten neuer Statistikanforderungen belastet ("Deckungslösung"); Einsparungen durch den Wegfall von Statistiken werden den jeweiligen Fachressorts zugerechnet. Mehrausgaben bzw. Einsparungen werden grundsätzlich im Rahmen der Haushaltsaufstellung veranschlagt. Für neue, unabweisbare Statistikanforderungen, die erst im Haushaltsvollzug bekannt werden, ist ein Haushaltsvermerk ausgebracht (nach der Überschrift "Ausgaben"), der hierfür eine Verstärkung von Ausgaben vorsieht. Im Haushaltsvollzug freigesetzte Haushaltsmittel aufgrund wegfallender Statistiken werden durch den Haushaltsvermerk gesperrt.

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) hat das LfStaD insbesondere die Aufgabe, den Einsatz der IuK im staatlichen Bereich zu unterstützen (§ 1 Abs. 1 der Verordnung über die Aufgaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung-LfStaDIuKV vom 04.03.2008, GVBI S. 68 zuletzt geändert durch Verordnung vom 14.07.2009, GVBI S. 317). Dabei obliegt ihm hauptsächlich

- die Betreuung, der Betrieb und die Weiterentwicklung geschäftsübergreifender Infrastruktur,
- die Unterstützung der staatlichen Verwaltung bei der Planung, Entwicklung und Durchführung von Verfahren der IuK,
- die Unterstützung der staatlichen Verwaltung bei der Planung und dem Einsatz von Bürokommunikationstechnik,
- die Entwicklung von IuK-Fachverfahren auf Anforderung der Ressorts und der Staatskanzlei sowie
- die Aus- und Fortbildung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes für IuK-Fachverfahren, die vom LfStaD betreut werden.

Ferner ist beim LfStaD das Rechenzentrum Süd (RZ-Süd) eingerichtet (§ 2 Abs. 1 LfStaDIuKV). Es erledigt die Informations- und kommunikationstechnischen Aufgaben im Geschäftsbereich des StMI und in anderen staatlichen Verwaltungen, soweit ihm diese übertragen werden (§ 2 Abs. 2 LfStaDIuKV). Näheres zum RZ Süd siehe Erläuterungen zu TG 60.

Außerdem erledigt das Amt die Aufgaben des Landeswahlleiters sowie Aufgaben, die ihm von anderen Geschäftsbereichen übertragen wurden (z.B. Berechnung zum kommunalen Finanzausgleich oder Schülerbeförderung).

Das LfStaD wird Ende 2011 innerhalb Münchens vom Dienstgebäude in der Neuhauser Straße in ein neues Dienstgebäude in der St.-Martin-Straße umziehen. Einzelheiten hierzu siehe Erläuterungen zu TG 95.

Der Ministerrat hat sich am 20./21.11.2009 für eine Teilverlagerung des LfStaD nach Fürth ausgesprochen (Bereiche Zentralverwaltung und Statistik). Unverändert bleibt hiervon das RZ-Süd in München sowie die Dienststelle in Schweinfurt. Am 09.06.2010 hat der Ministerrat das Konzept zur Umsetzung der Verlagerung des Amtes zustimmend zur Kenntnis genommen. Als erster Schritt und schnelle arbeitsmarktwirksame Hilfe für die Region Nürnberg-Fürth erfolgt seit 01.06.2010 der Aufbau eines Mitarbeiterstamms von bis zu 240 Personen für die Durchführung des Zensus 2011 in einer Außenstelle des Landesamts in Fürth.

Zu 03 07/112 01

Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Durchführung von Statistiken (§ 1 ZuVOWiG) sowie Zwangsgelder nach Art. 31 VwZVG.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 60,0 Tsd. € wegen Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 03 07/119 01 (und 111 01)

Veröffentlichungen, Auszüge aus Datenbeständen, Auskünfte usw. des LfStaD sind grundsätzlich kostenpflichtig. Sie dürfen nur in folgenden Fällen unentgeltlich zur Verfügung gestellt bzw. erteilt werden:

- Statistische Berichte im Internet als informationelle Grundversorgung
- Verzeichnisse im Bayerischen Behördennetz
- Abgabe gedruckter Veröffentlichungen an Bibliotheken im öffentlichen Bereich
- kurze, einfache Auskünfte
- Aufsicht, parlamentarische Kontrolle, Wahrnehmung sonstiger durch Rechtsvorschrift dem LfStaD zugewiesener Aufgaben (z.B. kommunaler Finanzausgleich).

Im Rahmen der steuerlichen Behandlung von Auftragsarbeiten - Sonderveröffentlichungen - darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 40,0 Tsd. € wegen Anpassung an die zu erwartenden Einnahmen.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
124 01-9	014	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	1.823,4	455,9	A	1.764,0
					B	1.763,9
					C	1.848,0
132 01-9	014	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	20,0	100,0	A	20,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-9	014	Leistungen des Bundes und der EU für Erhebungen für besondere Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu TG 93.</i>	10,0	10,0	A	10,0
231 02-8	014	Leistungen des Bundes und der EU für Sonderstatistiken <i>Vgl. Vermerk zu TG 94.</i>	180,0	210,0	A	480,0
					B	39,4
					C	305,6

Erläuterungen

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zu 03 07/124 01		
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich der Kostenbeiträge für Beleuchtung, Feuerung, Heizung, Wasser und dgl.)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	1.823,4	455,9
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	1.823,4	455,9

2011 gegenüber 2010:

Mehr 59,4 Tsd. € nach der voraussichtlichen Entwicklung der Mieteinnahmen.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 1.367,5 Tsd. €, da die Mieteinnahmen für das Dienstgebäude Neuhauser Straße wegen des Umzugs in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße ab 01.04.2012 nicht mehr vom LfStad vereinnahmt werden.

Zu 03 07/132 01

Erlöse aus der Veräußerung entbehrlicher Vermögensgegenstände.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 80,0 Tsd. € wegen Veräußerung entbehrlicher Gegenstände und Geräte aufgrund des Umzugs in die St.-Martin-Straße.

Zu 03 07/231 01

Durchführung von Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs oder zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen gemäß § 7 BStatG (vgl. TG 93); Drittmittel, die das Statistische Landesamt für derartige Erhebungen erhält (z.B. von der EU), werden anteilig an die beteiligten Länder weitergegeben. Die Ausgaben für diese Erhebungen werden in der TG 93 nachgewiesen. Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 93.

Zu 03 07/231 02

Das Landesamt führt auch sonstige Sonderstatistiken durch, für die der Bund oder die EU Zuschüsse gewähren. Die Ausgaben für diese sonstigen Sonderstatistiken werden in der TG 94 nachgewiesen. Die Einnahmen für Zusatzbefragungen zum Unternehmensregister, Zusatzbefragungen im Mikrozensus, "EU-SILC" sowie die Erhebungen zur Informationsgesellschaft erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 94.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 300,0 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 30,0 Tsd. € wegen der Periodizität dieser Sonderstatistiken.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008 Tsd. €
231 03-7	014	Zweckgebundene Einnahmen für das Forschungsdatenzentrum <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und TG 99.</i>	---	---	A	---
					B	61,2
					C	57,6
231 04-6	014	Leistungen des Bundes und der EU für laufende Statistiken <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 412 11, 428 11 und 511 01.</i>	---	---	A	---
					B	35,5
232 01-8	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter (§3a BStatG) <i>Die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung zustehenden Erstattungen dürfen mit an andere Statistische Ämter zu leistenden Erstattungen verrechnet werden; dabei ist nur der Saldo zu buchen (Einnahme bei Tit. 232 01 oder Ausgabe bei Tit. 632 01). Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11, 511 01 und TG 99.</i>	---	---	A	---
					C	66,9
233 01-7	014	Leistungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden für statistische Auftragsarbeiten <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 um 70 v.H. und bei Tit. 511 01 um 10 v.H.</i>	30,0	30,0	A	30,0
					B	32,9
					C	15,2
233 02-6	014	Einnahmen aus der Nutzung des Behördennetzes Bayern <i>Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	20,0	20,0	A	20,0
					B	21,0
					C	25,6
235 01-5	014	Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit	30,0	30,0	A	30,0
236 12-1	014	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	70,0	70,0	A	135,0
					B	72,9
					C	105,1

Erläuterungen

Zu 03 07/231 03

Die Wissenschaft als methodisch anspruchsvoller Nutzer statistischer Daten ist eine wichtige Zielgruppe. Sie ist für eine wirksame empirische Forschung auf aussagekräftige statistische Informationen angewiesen. Bund und Länder sind sich deshalb einig, dass die empirische sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung durch entsprechende Angebote an Mikrodaten unterstützt werden soll.

Um eine solche Datengrundlage in Deutschland zu schaffen, haben die statistischen Ämter der Länder das Forschungszentrum mit Standorten in allen statistischen Landesämtern (**Forschungszentrum der statistischen Landesämter - FDZ**) im Rahmen einer bis zum 31. August 2010 befristeten Projektförderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingerichtet. Das FDZ nimmt insbesondere die Aufgabe wahr, die Daten für wissenschaftliche Analysezwecke aufzubereiten und zu dokumentieren, standardisierte Datenfiles für die Nutzung in den wissenschaftlichen Einrichtungen bereitzustellen sowie die Nutzer/-innen bei der Verwendung und Auswertung dieser Daten zu beraten. Hierbei wurden bei den einzelnen statistischen Landesämtern "Kompetenzzentren" gebildet (arbeitsteilige fachlich zentralisierte Datenhaltung in mehreren Landesämtern, wobei die Zusammenführung, Vereinheitlichung und Speicherung der Daten aus allen Ländern für einen Statistikbereich in jeweils einem Landesamt durchgeführt wird).

Wegen des hohen gesellschaftlichen Nutzens dieses Projekts haben die Kultusministerkonferenz (Beschluss vom 05.02.2009) und die Innenministerkonferenz (Beschlüsse vom 10.06.2009 und 28.05.2010) beschlossen, das FDZ nach Ablauf der Projektförderung dauerhaft fortzuführen. Die dauerhafte Etablierung und Finanzierung des FDZ wird durch eine Verwaltungsvereinbarung der Länder gesichert.

Das FDZ wird nach der Finanzierungsregelung der Verwaltungsvereinbarung durch Einnahmen des FDZ und zu maximal der Hälfte aus Haushaltsmitteln der Länder finanziert. Der auf den Freistaat Bayern entfallende Kostenanteil wird gemeinsam vom StMI (Epl. 03 A) und StMWFK (Epl. 15) getragen. Die Einnahmen des FDZ setzen sich aus Nutzungsentgelten für die Inanspruchnahme von Standardangeboten des FDZ sowie Einnahmen aus Drittmitteln zusammen und werden bei Tit. 281 12 nachgewiesen. Es wird angestrebt, das FDZ möglichst vollständig durch eigene Einnahmen zu finanzieren.

Der Kostenanteil des StMWFK sowie weitere zweckgebundene Einnahmen für das FDZ erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und TG 99 (vgl. Haushaltsvermerk).

Zu 03 07/231 04

Das Landesamt führt neben Statistiken nach § 7 BStatG und Sonderstatistiken (vgl. Tit. 231 01 und 231 02) auch sogenannte laufende Statistiken durch. Für dabei durchzuführende Zusatzerhebungen bzw. neue Statistikmodule gewähren der Bund oder die EU teilweise Zuschüsse.

Zu 03 07/232 01

Die im April 2006 geschlossene Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik sieht vor, dass für einzelne Statistiken die Aufgaben der Softwareentwicklung und -pflege, der technischen Datenaufbereitung und andere Arbeiten, bei denen eine arbeitsteilige Aufgabenerledigung wirtschaftliche Vorteile bringt, bei einem Amt konzentriert werden, das für seine Leistungen Erstattungen der anderen (auftraggebenden) Länder erhält (Prinzip "Einer für alle"). Die Entscheidung, wer als zentraler Dienstleister tätig wird, soll unter Wahrung der Qualitätsanforderungen an die amtliche Statistik nach Wirtschaftlichkeitskriterien getroffen werden.

Das Landesamt kann in diesem Verfahren sowohl als Auftragnehmer wie als Auftraggeber auftreten.

Für Erstattungsleistungen des Landesamtes, wenn dieses ein anderes Statistisches Landesamt beauftragt, siehe Tit. 632 01.

Zu 03 07/233 01

Gemeinden und Gemeindeverbände, der Bund, andere Länder und Sonstige (insbesondere privater Bereich, z.B. Firmen) haben für statistische Auftragsarbeiten (Leistung i.S. von Art. 63 Abs. 5 BayHO) ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten.

Statistische Auftragsarbeiten für diese Auftraggeber sind Tätigkeiten, die über einfache Mitteilungen (kurze, einfache Auskünfte) vorhandener oder mittels vorhandener Programme erstellter Daten hinausgehen.

Zu 03 07/233 02

Veranschlagt ist das Nutzungsentgelt der Bayer. Staatsforsten. Die Einnahmen sind umsatzsteuerpflichtig, da das Landesamt hier als Betrieb gewerblicher Art handelt. Die abzuführende Umsatzsteuer darf aufgrund des Haushaltsvermerks von den Einnahmen abgesetzt werden.

Zu 03 07/235 01

Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit für Eingliederungshilfe u. ä.

Zu 03 07/236 12

2011 gegenüber 2010:

Weniger 65,0 Tsd. € wegen Anpassung an die zu erwartenden Einnahmen.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
261 01-2	014	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	2,0	2,0	A	2,0
					B	0,1
					C	0,2
281 11-6	014	Leistungen für statistische Auftragsarbeiten von Sonstigen <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 um 70 v.H. und bei Tit. 511 01 um 10 v.H. Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	70,0	70,0	A	60,0
					B	66,4
					C	67,8
<u>281 12-5</u>	014	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und TG 99.</i>	---	---	A	
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
381 01-7	990	Leistungen staatlicher Dienststellen für statistische Auftragsarbeiten <i>Für neue statistische Auftragsarbeiten oder die wesentliche Erweiterung bisheriger statistischer Auftragsarbeiten ist abweichend von Art. 61 BayHO von Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten. Mehreinnahmen erhöhen, Mindereinnahmen vermindern die Ausgabebefugnis des Tit. 428 11 um 70 v.H. und des Tit. 511 01 um 10 v.H.</i>	1.880,5	2.059,8	A	1.117,6
					B	1.230,0
					C	910,3
		Titelgruppen				
		60 Einnahmen des Rechenzentrums Süd				
119 60-4	014	Entgelte von Dritten für Leistungen des Rechenzentrums Süd <i>Die abzuführende Umsatzsteuer darf von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung). Die Ist-Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 60.</i>	57,2	66,0	A	---
					B	105,9
					C	113,9
129 60-2	014	Umsatzsteuerrückerstattungen <i>Die Ist-Einnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 60.</i>	---	---	A	---
					B	58,6
					C	234,1

Erläuterungen

Zu 03 07/261 01

Erstattung der Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten), die weder durch statistische Auftragsarbeiten noch durch zu verrechnende Leistungen des Rechenzentrums Süd erwachsen.

Zu 03 07/281 11

Für statistische Auftragsarbeiten gegenüber dem "nicht öffentlichen Bereich" gelten ebenso die in der Erl. zu Tit. 233 01 genannten Grundsätze.

Im Rahmen der steuerlichen Behandlung von Auftragsarbeiten - Sonderveröffentlichungen - darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

Zu 03 07/281 12

Die statistischen Ämter der Länder betreiben ein Forschungsdatenzentrum (FDZ), das die empirische sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung durch entsprechende Angebote an Mikrodaten unterstützt (s. im Einzelnen Erläuterungen zu Tit. 231 03).

Das FDZ wird nach der Finanzierungsregelung der Verwaltungsvereinbarung mindestens zur Hälfte durch eigene Einnahmen finanziert, die sich aus Nutzungsentgelten für die Inanspruchnahme von Standardangeboten des FDZ sowie Einnahmen aus Drittmitteln zusammensetzen und bei Tit. 281 12 nachgewiesen werden. Es wird angestrebt, die FDZ möglichst vollständig durch eigene Einnahmen zu finanzieren.

Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis für den Betrieb des FDZ im LfStaD (vgl. Haushaltsvermerk).

Zu 03 07/381 01

Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A haben dem LfStaD die Kosten von vor dem 01.01.2004 in Auftrag gegebenen statistischen Auftragsarbeiten, die nicht auf Rechtsvorschriften beruhen, nach Maßgabe der VV Nr. 2.2 zu Art. 61 BayHO zu erstatten.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden "Deckungslösung" ist für ab diesem Zeitpunkt in Auftrag gegebene neue statistische Auftragsarbeiten oder die wesentliche Erweiterung bisheriger statistischer Auftragsarbeiten von den Staatsbehörden außerhalb des Epl. 03 A ein die Kosten (Personalvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu entrichten.

	Ausgaben veranschlagt bei	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kap. 04 02 Tit. 981 01	397,7	397,7
2. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	Kap. 10 03 Tit. 981 02	420,4	437,5
3. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	Kap. 07 05 Tit. 981 75	32,8	32,8
4. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	Kap. 12 02 Tit. 981 01	115,0	117,0
5. Staatsministerium für Unterricht und Kultus	Kap. 05 02 Tit. 981 99	914,6	1.074,8
	Zusammen	1.880,5	2.059,8

2011 gegenüber 2010:
Mehr 762,9 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Mehr 179,3 Tsd. € aufgrund der vorgesehenen Auftragsarbeiten.

Zu 03 07/119 60

Entgelte von Gemeinden und Gemeindeverbänden, vom Bund, anderen Ländern und Sonstigen (insbesondere privater Bereich) für Leistungen des Rechenzentrums Süd.

Soweit das Rechenzentrum als Betrieb gewerblicher Art handelt, darf die abzuführende Umsatzsteuer von den Einnahmen abgesetzt werden.

Zu 03 07/129 60

Vorsteuerabzüge für die vom Rechenzentrum Süd beschafften Investitionen und sonstigen Sachausgaben, soweit dieses als Betrieb gewerblicher Art Dienstleistungen für Dritte wie z.B. Landwirte, Genossenschaften, Tierzuchtverbände usw. ausführt.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
381 60-5	990	Entgelte staatlicher Dienststellen für ADV-Auftragsarbeiten des RZ-Süd nach dem Verrechnungskonzept <i>Mehr- oder Mindereinnahmen erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis bei TG 60. Rückerstattungen des RZ Süd an staatliche Dienststellen dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	24.115,2	25.682,8	A	23.147,5
					B	22.143,9
					C	5.187,7
		Summe der Titelgruppe	24.172,4	25.748,8	A	23.147,5
					B	22.308,4
					C	5.535,8
		92 Einnahmen bei der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus				
<u>112 92-3</u>	014	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder im Rahmen der Durchführung eines registergestützten Zensus	---	---	A	
<u>231 92-9</u>	014	Leistungen des Bundes und der EU für die Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus	28.697,8	---	A	
232 92-8	014	Erstattungen der Statistischen Ämter für die Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus <i>Die dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung zustehenden Erstattungen dürfen mit an andere Statistische Ämter zu leistenden Erstattungen verrechnet werden; dabei ist nur der Saldo zu buchen (Einnahme bei Tit. 232 92 oder Ausgabe bei Tit. 632 92).</i>	31.638,8	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	60.336,6	-	A	-
					B	-
					C	-

Erläuterungen

Zu 03 07/381 60

Das Rechenzentrum (RZ) Süd erbringt für die Staatskanzlei und die Ressorts IuK-Dienstleistungen (vgl. Erläuterungen zu TG 60). Nach dem Ministerratsbeschluss vom 07.03.2006 gilt dabei der Grundsatz, dass die Dienststelle, die RZ-Dienstleistungen in Anspruch nimmt, dafür grundsätzlich die Kosten trägt. Grundlage für die Kostenverrechnung ist das vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossene Verrechnungskonzept und die im Doppelhaushalt 2011/2012 neu eingeführte Plankostenrechnung. Die hiernach von der Staatskanzlei und den Ressorts erwarteten Entgelte sind bei Tit. 381 60 veranschlagt. Die Staatskanzlei und die Ressorts veranschlagen die Ausgaben für die vom RZ Süd in Anspruch genommenen Leistungen jeweils bei Tit. 981 11. Entsprechendes gilt für die IuK-Dienstleistungen des RZ Süd gegenüber dem Landtag und dem Obersten Rechnungshof.

	Ausgaben veranschlagt bei Tit. 981 11 des	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Landtag (Tit. 981 99)	Kap. 01 02	452,0	451,0
Staatskanzlei	Kap. 02 02	431,0	482,0
Staatsministerium des Innern	Kap. 03 01	271,5	281,6
	Kap. 03 02	4.275,2	4.442,3
	Kap. 03 08	1.170,3	1.213,5
	Kap. 03 17	54,2	63,2
	Kap. 03 62	1.700,2	1.654,4
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kap. 04 02	44,2	45,6
Staatsministerium für Unterricht und Kultur	Kap. 05 01	506,4	478,3
	Kap. 05 02	428,3	574,9
Staatsministerium der Finanzen	Kap. 06 02	323,1	367,1
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	Kap. 07 02	313,6	343,4
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Kap. 08 30	322,7	283,7
	Kap. 08 42	6.515,8	6.514,4
Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	Kap. 10 02	146,1	162,7
Oberster Rechnungshof	Kap. 11 02	217,6	232,5
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	Kap. 12 02	4.890,2	5.444,0
IT-Beauftragter der Staatsregierung	Kap. 13 50	1.799,9	2.374,2
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Kap. 15 01	149,2	149,2
	Kap. 15 80	103,7	124,8
Zusammen		24.115,2	25.682,8

2011 gegenüber 2010:

Mehr 967,7 Tsd. € aufgrund der Inanspruchnahme zusätzlicher bzw. neuer IT-Dienstleistungen durch die Kunden des RZ-Süd.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 1.567,6 Tsd. € nach dem Ergebnis der Plankostenrechnung und der Kostentragung nach dem Verrechnungskonzept.

Zu 03 07/112 92

Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Durchführung des Zensus, für dessen Erhebungen nach § 18 des Gesetzes zur Anordnung des Zensus 2011 sowie zur Änderung von Statistikgesetzen (ZensusG 2011) Auskunftspflicht besteht.

Zu 03 07/231 92

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Kosten der Vorbereitung und der Durchführung des registergestützten Zensus am 01.07.2011 eine Finanzzuweisung in Höhe von 250.000,0 Tsd. € (§ 25 ZensusG 2011). Von diesem Bundeszuschuss erhält der Freistaat Bayern von den anderen Ländern vorab eine Abschlagszahlung in Höhe von 31.638,8 Tsd. € für den besonderen Aufwand bei der arbeitsteiligen Wahrnehmung der in § 12 Abs. 7 ZensusG 2011 genannten informationstechnischen Aufgaben einer zentralen Verarbeitung und Datenhaltung (vgl. Erläuterungen zu Tit. 232 92). Die Verteilung der verbleibenden Finanzzuweisung erfolgt nach dem jeweiligen Aufwand der Länder. Auf den Freistaat Bayern entfallen demgemäß 28.697,8 Tsd. €.

Zu 03 07/232 92

Für Verrechnungen bei einer ämterübergreifenden Aufgabenerledigung im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus (vgl. Erläuterungen zu Tit. 232 01).

Der Freistaat Bayern erhält von dem Zuschuss, den der Bund den Ländern in Höhe von insgesamt 250.000,0 Tsd. € (§ 25 ZensusG 2011) gewährt, von den anderen Ländern vorab eine Abschlagszahlung in Höhe von 31.638,8 Tsd. € für den besonderen Aufwand bei der arbeitsteiligen Wahrnehmung der in § 12 Abs. 7 ZensusG 2011 genannten informationstechnischen Aufgaben einer zentralen Verarbeitung und Datenhaltung (§ 1 der Verwaltungsvereinbarung der Länder zur Verteilung des Bundeszuschusses nach § 25 ZensusG 2011). Zum 31.12.2013 erfolgt eine Schlussabrechnung der Kosten der zentralen Verarbeitung und Datenhaltung, bei der die Summe der vom Freistaat Bayern erhaltenen Zahlungen mit der für den Freistaat Bayern ausgewiesenen Ist-Kosten verrechnet wird. Hieraus kann sowohl eine zusätzliche Einnahme (Ist-Kosten übersteigen die Höhe der Abschlagszahlung) wie auch eine zusätzliche Ausgabe (die Höhe der Abschlagszahlung übersteigt die Ist-Kosten) resultieren.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
		99 Einnahmen aus der Datenverarbeitung				
119 99-9	013	Einnahmen aus der Fortbildung zu IT-Fachthemen der öffentlichen Verwaltung <i>Für Kurse zu Fachthemen der öffentlichen Verwaltung ist von Dienststellen der Kursteilnehmer aus dem nichtstaatlichen Bereich (Kommunen, sonstige nichtstaatliche Behörden) sowie Staatsbetrieben grundsätzlich ein die Kosten (Personallvollkosten und sonstige Kosten) deckendes Entgelt zu erheben. Die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 99 erhöht sich um 30 % der Mehreinnahmen, höchstens um 6,0 Tsd. €.</i>	---	---	A	---
					B	9,5
					C	5,0
232 99-1	014	Erstattungen für die bundesweit zentrale Internet-Dateneingangsstelle für die Daten des öffentlichen Bereichs (eStatistik.core) <i>Vgl. Vermerk zu TG 99 (Ausgaben).</i>	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			-	-	A	-
					B	9,5
					C	5,1
Gesamteinnahmen			89.184,9	29.346,5	A	27.336,1
					B	26.391,7
					C	9.548,5
Ausgaben						
Mehr- oder Mindereinnahmen bis zu 20 v. H. der Summe (Soll) der Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel.						
Die Ausgabebefugnis bei Tit. 428 11 und in den Hauptgruppen 5 und 8 des Kap. 03 07 erhöht sich für neue Statistikanforderungen, soweit sie durch Einsparungen außerhalb der Ausgaben für Versorgung und Beihilfen in den Einzelplänen der Fachressorts gedeckt ist.						
Einsparungen bei den Personalausgaben gemäß Art. 6 Abs. 1 HG erhöhen die Ausgabebefugnis nur, soweit Stellen über die Wiederbesetzungssperre und den beschlossenen Stelleneinzug hinaus gesperrt werden.						
Durch den Wegfall bestehender Statistiken freiwerdende Haushaltsmittel sind gesperrt.						
Personalausgaben						
412 11-8	014	Aufwendungen für Berichterstatter <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 04. Einseitig deckungsfähig bis zu 65,0 Tsd. € pro Jahr zu Lasten der Ausgaben des Epl. 07 (StMWIVT).</i>	320,0	320,0	A	295,0
					B	300,2
					C	225,9

Erläuterungen

Zu 03 07/119 99

Schulungsmaßnahmen über Fachthemen der öffentlichen Verwaltung (z.B. Datenbank Bayern-Recht, Gewerbeanzeigen im Netz - GEWAN, Sicherheit im Bayer. Behördennetz) werden ab dem 01.01.2006 für Teilnehmer aus dem nichtstaatlichen Bereich sowie von Staatsbetrieben nur noch gegen ein kostendeckendes Entgelt angeboten.

Zu 03 07/232 99

Das LfStaD baut die bundesweit zentrale Internet-Eingangsstelle (eStatistik.core) für Datenübermittlungen aus dem öffentlichen Bereich mit auf. Dabei werden im LfStaD entstehende Aufwände mit dem Bund und den anderen Ländern (unter Abzug eines Eigenanteils Bayerns) abgerechnet.

Zu 03 07/412 11

Vergütungen für Preisermittler, buchführende Haushalte und Berichterstatter über die repräsentative Feststellung der Ernteerträge sowie Kosten für die Beschaffung von Ehrengaben für ehrenamtliche Mitarbeiter.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 25,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden Deckungslösung wird das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie -StMWIVT- (Epl. 07) durch einen Vermerk mit den Mehrkosten von bis zu 65,0 Tsd. € pro Jahr für die Statistik der Verbraucherpreise belastet.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
422 01-8	014	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	10.259,4	10.439,3	A B C	9.005,4 9.623,4 8.232,7
422 21-4	014	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	172,8	175,6	A B C	61,0 168,9 118,4
422 31-2	014	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	52,1	53,0	A B C	127,5 50,9 103,6
422 41-0	014	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	50,0	50,0	A	50,0
428 01-2	014	Entgelte der Arbeitnehmer	25.274,7	25.696,2	A B C	24.843,8 24.768,5 23.248,4
428 11-0	014	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei den Tit. 231 03, 231 04, 232 01, 233 01, 281 11, 281 12 und 381 01. Einseitig deckungsfähig bis zu 70,0 Tsd. € im Jahr 2011 und 28,8 Tsd. € im Jahr 2012 zu Lasten der Ausgaben des Epl. 12 (StMUG).</i>	1.590,6	1.617,2	A B C	756,7 622,2 478,1
428 13-8	014	Entgelte für Arbeitnehmer (Statistische Erhebungen)	1.292,3	1.313,9	A B C	1.336,0 1.136,5 1.160,4
<u>428 16-5</u>	014	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth <i>Siehe Vermerk im Stellenplan.</i>	2.598,0	6.314,1	A	
428 41-4	014	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	187,0	157,0	A B C	110,0 105,5 82,3

Erläuterungen

Zu 03 07/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 07/422 41

Mehrarbeitsvergütungen im Bereich des RZ Süd.

Zu 03 07/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 07/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung. Durch die Koppelung mit den Einnahmen kann die Personalausstattung an Veränderungen gegenüber dem veranschlagten Auftragseingang (bei Tit. 231 03 nach Maßgabe der eingehenden Fördermittel) angepasst werden.

Auf Grund der seit 01.01.2004 geltenden Deckungslösung wird das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (Epl. 12) durch einen Haushaltsvermerk mit den saldierten Mehrausgaben von bis zu 70,0 Tsd. € (2011) und 28,8 Tsd. € (2012) für die Novellierung des Umweltstatistikgesetzes (Mehrausgaben 2011 von 36,1 Tsd. € und Minderausgaben 2012 von 5,1 Tsd. €) sowie der Ausweitung der Strukturhebungen im Umweltbereich (Mehrausgaben von 33,9 Tsd. € pro Jahr) belastet. Einsparungen von bis zu 30,5 Tsd. € pro Jahr wegen Änderungen der Erhebungen in Brütereien und Geflügelschlachtereien sowie der Milchstatistik wurden dem Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Epl. 08) zugerechnet.

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 624,7 Tsd. € in 2011 und 637,0 Tsd. € in 2012.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 833,9 Tsd. € aufgrund höheren Personalbedarfs zur Umsetzung der Projekte "Forschungsdatenzentrum" (StMI und StMWFK), "Analyse- und Prognosemöglichkeiten zu Personen mit Migrationshintergrund" (StMI), "Amtliche Schuldaten" (StMUK), "Umweltökonomische Gesamtrechnung" (StMUG), der Statistiken der stationären Einrichtungen für ältere Menschen sowie der Heime und betreuten Wohnformen für volljährige Menschen mit Behinderung (StMAS) und weiteren Personals für das RZ Süd.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 26,6 Tsd. € wegen Berücksichtigung zu erwartender Tarifsteigerungen.

Zu 03 07/428 13

Entgelte (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung) für Arbeitnehmer, die jährlich sich wiederholende und keiner zeitlichen Begrenzung unterliegende Erhebungen erledigen (der Personalbedarf für Erhebungen nach § 7 BStatG ist in TG 93, der Personalbedarf für die sonstigen Statistiken, Erhebungen und Zählungen in TG 94 veranschlagt).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 43,7 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 21,6 Tsd. € zur Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 07/428 16

Die Staatsregierung hat sich für eine Teil-Verlagerung des LfStaD nach Fürth ausgesprochen. Das RZ Süd soll unverändert in München sowie die Außenstelle in Schweinfurt verbleiben. Eine sozialverträgliche Verlagerung mit einer zuverlässigen Gewährleistung der Aufgabenwahrnehmung ist nur dann durchführbar, wenn unvermeidbare Doppelstrukturen bei der personellen Besetzung hingenommen werden. Aus diesem Grund sind zusätzlich Ausgabemittel für Personal erforderlich. Die Personalmittel für befristetes Personal sollen Mitte des Jahres 2013 entfallen. Ein Großteil der Mittel für Personal mit unbefristeten Arbeitsverhältnissen soll zum 31.12.2014 entfallen; das Personal soll zu diesem Zeitpunkt auf freie Stellen des Landesamts verrechnet werden. Auf die Vermerke im Stellenplan wird hingewiesen.

Umsetzung in Höhe von 1.313,2 Tsd. € von Tit. 428 92.

Zu 03 07/428 41

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 147,0 Tsd. € jeweils in 2011 und 2012.

2011 gegenüber 2010:

30,0 Tsd. €	mehr wegen Ausbau der Rufbereitschaft und der Wartungsfenster im RZ Süd,
30,0 Tsd. €	mehr wegen Einrichtung eines Mehrschichtbetriebs für die Beleglesung bei der Durchführung des Zensus 2011,
17,0 Tsd. €	mehr wegen Ausweitung der Rufbereitschaft für das technische Gebäudemanagement im RZ Süd,
<u>77,0 Tsd. €</u>	mehr.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 30,0 Tsd. € aufgrund des Wegfalls der Mehraufwendungen für den Zensus 2011.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
453 01-0	014	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	211,0	211,0	A	183,5
					B	4,0
					C	11,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-0	014	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Vgl. Vermerk bei den Tit. 231 04, 232 01, 233 01, 281 11 und 381 01.</i>	766,1	766,1	A	741,3
					B	574,0
					C	640,9
514 01-7	014	Haltung von Dienstfahrzeugen	40,1	40,1	A	21,5
					B	10,2
					C	13,7
514 11-5	014	Dienst- und Schutzkleidung	3,2	3,2	A	2,1
					B	1,6
					C	1,8

Erläuterungen

Zu 03 07/453 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Trennungsgeld	96,0	96,0
2.	Umzugskostenvergütungen	115,0	115,0
Zusammen		211,0	211,0

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 30,0 Tsd. € jeweils in 2011 und 2012.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 27,5 Tsd. € aufgrund des personellen Ausbaus der Außenstelle Fürth.

Zu 03 07/511 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	182,7	182,7
2.	Bücher und Zeitschriften	55,5	55,5
3.	Kommunikation	80,1	80,1
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	361,3	361,3
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	68,2	68,2
6.	Sonstiges	18,3	18,3
Zusammen		766,1	766,1

Durch die Koppelung mit den Einnahmen kann die Sachmittelausstattung an Veränderungen gegenüber dem veranschlagten Auftragseingang angepasst werden.

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 132,0 Tsd. € jeweils in 2011 und 2012.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 24,8 Tsd. € u.a. aufgrund der Ausweitung der statistischen Auftragsarbeiten (vgl. Tit. 381 01) sowie des personellen Ausbaus des RZ Süd im Rahmen der organisatorischen Konsolidierung der IT-Betriebsstätten unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 34,1 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 07/514 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	31,1	31,1
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	9,0	9,0
Zusammen		40,1	40,1
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		40,1	40,1
Personalausgaben		121,2	123,3
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		-	-
Ausgaben für Leasing/Miete		13,0	13,0
Zusammen		174,3	176,4

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	6	6	5	4	1

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 3,0 Tsd. € jeweils in 2011 und 2012.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 18,6 Tsd. € aufgrund des Ausbaus der Außenstelle Fürth und den damit verbundenen Dienst- und Postauschfahrten von München nach Fürth, des Transports von Erhebungsunterlagen und Informationsmaterialien im Rahmen des Zensus sowie von Transportfahrten im Rahmen des Umzugs des LfStaD in ein neues Dienstgebäude.

Zu 03 07/514 11

Dienst- und Schutzkleidung für Kraftfahrer und Haus- und Reinigungspersonal.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008 Tsd. €
						6
517 01-4	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.110,7	1.890,1	A	806,0
					B	778,2
					C	784,3
517 05-0	014	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	1.258,7	1.919,6	A	1.292,0
					B	575,2
					C	761,2
517 31-8	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	81,6	83,7	A	66,8
					B	77,4
					C	75,3
517 35-4	014	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	582,9	428,9	A	1.035,7
					B	584,1
					C	398,0
518 01-3	014	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	725,7	725,7	A	710,5
					B	89,9
					C	224,9
518 11-1	014	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	146,2	146,2	A	135,0
					B	119,2
					C	114,6
518 18-4	014	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	13,0	13,0	A	2,2
					B	2,1
					C	2,2
518 31-7	014	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
					B	2,9
					C	0,4

Erläuterungen

Zu 03 07/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben, Facility Management sowie Geräte u.ä.

Davon entfallen auf das RZ Süd 215,6 Tsd. € in 2011 und 471,0 Tsd. € in 2012.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 304,7 Tsd. € wegen Ausbau der Außenstelle Fürth (Betriebsnebenkosten, Wartung der Telefonanlage, Reinigungskosten, Pfortendienst) sowie teilweiser Doppelbewirtschaftung infolge des Umzugs des LfStaD in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 779,4 Tsd. € wegen teilweiser Doppelbewirtschaftung infolge des Umzugs des LfStaD in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße sowie der Inanspruchnahme eines externen Facility Managements im neuen Dienstgebäude.

Zu 03 07/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	309,2	406,8
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	949,5	1.513,1
Zusammen	1.258,7	1.919,6

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 706,0 Tsd. € in 2011 und 1.139,8 Tsd. € in 2012.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 33,3 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung eines Bedarfs für den Ausbau der Außenstelle Fürth, teilweiser Doppelbewirtschaftung infolge des Umzugs des LfStaD in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße und eines zusätzlichen Strombedarfs für weitere Server im Rahmen der RZ-Konsolidierung sowie einer Umsetzung von 405,2 Tsd. € von Tit. 517 35.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 660,9 Tsd. € wegen teilweiser Doppelbewirtschaftung infolge des Umzugs des LfStaD in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße, erhöhten Strombedarfs für die Belegung im Rahmen des Zensus in der Außenstelle Fürth sowie zusätzlichen Strombedarfs für weitere Server im Rahmen der RZ-Konsolidierung.

Zu 03 07/517 31

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 81,0 Tsd. € in 2011 und 83,0 Tsd. € in 2012.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 14,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf sowie Umsetzung von einer Grundbesitz verwaltenden Dienststelle (Kap. 08 30 Tit. 517 01) in Höhe von 2,0 Tsd. €.

Zu 03 07/517 35

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	-	6,4
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	582,9	422,5
Zusammen	582,9	428,9

Davon entfallen auf das RZ Süd 582,9 Tsd. € in 2011 und 428,9 Tsd. € in 2012.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 452,8 Tsd. € infolge der Konsolidierung der technischen Infrastruktur des RZ Süd von den verschiedenen Standorten in das neue Dienstgebäude St.-Martin-Straße (405,2 Tsd. €; Umsetzung zu Kap. 03 07 Tit. 517 05) sowie wegen der Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung (47,6 Tsd. €).

2012 gegenüber 2011:

Weniger 154,0 Tsd. € u.a. wegen der fortschreitenden Konsolidierung (Umsetzung zu Kap. 03 07 Tit. 517 05).

Zu 03 07/518 18

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,8 Tsd. € wegen Leasing eines Dienstfahrzeugs für den Transport von Erhebungsunterlagen zur Durchführung des Zensus 2011.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
519 01-2	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	56,0	56,0	A	70,0
					B	1.853,3
					C	151,8
527 01-2	014	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	183,0	188,6	A	139,7
					B	128,0
					C	108,3
531 11-4	014	Fachveröffentlichungen	49,9	49,9	A	50,0
					B	32,9
					C	47,2
532 11-3	014	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
					B	1,5
546 49-3	014	Vermischte Verwaltungsausgaben	46,3	46,3	A	45,0
					B	13,8
					C	32,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-4	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter (§3a BStatG) <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 99. Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01.</i>	14,0	14,0	A	---
					B	0,6
					C	13,3
686 01-9	014	Mitgliedsbeiträge an Vereine u. dgl.	0,4	0,4	A	0,4
					B	0,3
					C	0,3
		Baumaßnahmen				
701 01-0	014	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
					B	85,9
					C	4,3
710 00-0	014	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 13.570,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 14.700,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	22.000,0	14.000,0	A	16.300,0
					B	1.749,6
					C	1.083,8
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-7	014	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	33,3
					C	24,5
812 01-6	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	54,4	32,4	A	476,7
					B	30,8
					C	18,0

Erläuterungen

Zu 03 07/519 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	56,0	56,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		56,0	56,0

2011 gegenüber 2010:
Weniger 14,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 07/527 01
Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 32,4 Tsd. € jeweils in 2011 und 2012.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 43,3 Tsd. € wegen des Ausbaus der Außenstelle Fürth und vermehrter Dienstreisen im Rahmen der Migration von Betriebsstätten in das RZ Süd unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 6,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 07/532 11
Vgl. TG 95.

Zu 03 07/546 49
Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstouren und sonstige vermischte Ausgaben.

Vom Ansatz entfallen auf das RZ Süd 17,9 Tsd. € jeweils in 2011 und 2012.

Zu 03 07/632 01
Siehe Erläuterungen zu Tit. 232 01. Durch den Deckungsvermerk wird die für die Erstattungen erforderliche Ausgabebefugnis erschlossen.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 14,0 Tsd. € für den Kostenanteil Bayerns an der Gemeinsamen Geschäftsstelle der statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Steuerung der optimierten Kooperation (OPTIKO) sowie für den Ausschuss Organisation und Umsetzung (AOU).

Zu 03 07/686 01
Mitgliedsbeiträge an die Deutsche Statistische Gesellschaft, die Deutsche Gesellschaft für Demographie und den Münchener Arbeitskreis für Information und Dokumentation.

Zu 03 07/812 01
Beschaffung von Telefon- und Telefax-Endgeräten wegen zusätzlicher Mitarbeiter im Rahmen der Durchführung des Zensus 2011 und der Konsolidierung der Betriebsstätten des RZ Süd sowie Ersatzbeschaffung von aussonderungsbedürftigen Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenständen.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 422,3 Tsd. € aufgrund des verringerten Bedarfs für die Außenstelle Fürth sowie wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung (51,9 Tsd. €) und einer Ansatzkürzung von 20,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:
Weniger 22,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
Titelgruppen						
60 Rechenzentrum Süd						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 60 und 129 60. Die Mehreinnahmen der Applikationen "HIT", "BALIS" und "RDV" erhöhen die Ausgabebefugnis nur, soweit eine Verrechnung von Sachkosten erfolgt. Kommunale Körperschaften dürfen das Verfahren und die Infrastruktur für die Erstellung und Verwaltung von elektronischen Zertifikaten (PKI) des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, die Virtuelle Poststelle (einschl. Intermediär und DVDV-Landesserver) und zentrale Verzeichnisdienste im Verkehr mit staatlichen Behörden und untereinander unentgeltlich nutzen. Kommunale Körperschaften und die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern dürfen die zentralen Infrastruktureinrichtungen des Freistaats Bayern (z.B. PKI, Virtuelle Poststelle) für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis unentgeltlich nutzen. Vgl. Vermerk bei Tit. 381 60 und TG 96.</i>						
428 60-0	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	508,7	517,2	A	470,7
					B	282,0
					C	277,8

Erläuterungen**Zu 03 07/60**

- Der Ministerrat hat am 07.03.2006 das Umsetzungskonzept zur Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren beschlossen. Durch diesen Beschluss wird die in der bayerischen Staatsverwaltung bestehende IuK-Infrastruktur in einem Rechenzentrum Nord (RZ Nord) in Nürnberg und in einem Rechenzentrum Süd (RZ Süd) in München konzentriert. Das RZ Nord wurde im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen errichtet, das RZ Süd im Geschäftsbereich des Staatsministeriums des Innern beim LfStaD. Beide Rechenzentren werden nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen betrieben.
Das RZ Süd entsteht aus der Fusion der drei existierenden Rechenzentren des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung, des Landeskriminalamtes (LKA) sowie der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAK).
Im Zuge des Aufbaus des RZ Süd werden in zwei Konsolidierungsstufen insgesamt über 500 IT-Betriebszentren eingegliedert. Das RZ Süd ist damit "IuK-Dienstleister" für die Staatskanzlei und die Ressorts.
- Die technische Infrastruktur des RZ Süd ist derzeit noch auf fünf Standorte verteilt:
 - Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
 - Landeskriminalamt (Backup-Standort)
 - Landesamt für Umwelt (Interimsstandort)
 - Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Interimsstandort)
 - Staatskanzlei (Interimsstandort).
Mit Abschluss des ab Ende 2011 beginnenden Umzugs des LfStaD in das neue Dienstgebäude in München, St.-Martin-Straße, wird neben dem Hauptstandort nur noch der Backup-Standort auf dem Gelände des Landeskriminalamtes (LKA) betrieben werden.
- Die RZ-spezifischen Ausgaben für das RZ Süd im Sinn des Umsetzungskonzepts vom 07.03.2006 sind in der TG 60 veranschlagt. Weitere Ausgaben sind veranschlagt bei den Tit. 422 41, 428 11, 428 41, 453 01, 511 01, 514 01, 517 01, 517 05, 517 31, 517 35, 519 01, 527 01 und 546 49 (die Beträge für das RZ Süd ergeben sich aus den jeweiligen Erläuterungen) sowie in der TG 95. Die Bezüge der planmäßigen Beamten bzw. Entgelte der Arbeitnehmer (s. nachst. Nr. 8) sowie deren Stellen sind bei den Tit. 422 01 und 428 01 veranschlagt.
Die auf den Rechenzentrums-Teil des LKA entfallenden Mittel sind bei Kap. 03 17 veranschlagt.

Erläuterungen

4. Die von der Staatskanzlei und den Ressorts ("Kunden" des RZ Süd) nach dem Verrechnungskonzept vom 17.12.2007 zu leistenden Entgelte für RZ-Dienstleistungen sind bei Tit. 381 60 veranschlagt.
5. Zum RZ Süd gehört organisatorisch ferner der Bereich IuK (Erfüllung der Aufgaben der Verordnung über die Aufgaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik - LfStADluKV). Die entsprechenden Ausgaben sind ebenfalls in der TG 60 veranschlagt.
6. Des Weiteren gehören die Bereiche "Behördennetz" und "Personal-Client-Betreuung für das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung" organisatorisch ebenfalls zum RZ Süd. Hierfür sind Ausgaben in den TG 96 und 99 veranschlagt.
7. Organisatorisch getrennt vom RZ Süd ist der Statistik-DV-Bereich (fachlicher Anwendungsbetrieb, Verfahrensentwicklung Statistik) angesiedelt. Ausgaben hierfür sind in den TG 92 (Zensus) und 99 veranschlagt.
8. Personal für das RZ Süd (gemäß Nr. 1 bis 6, DV-Personal):

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Planmäßige Beamte			
A 15	5,0	6,0	6,0
A 14	8,0	8,0	8,0
A 13	10,0	14,0	18,0
A 13+AZ	-	-	1,0
A 12	12,0	12,0	12,0
A 11	35,0	38,0	38,0
A 10	47,0	61,0	72,0
A 9	5,0	-	-
A 8	1,0	1,0	1,0
Zwischen-Summe	123,0	140,0	156,0
Arbeitnehmer			
E 14	4,0	4,0	4,0
E 13UE	1,0	1,0	1,0
E 13	2,0	2,0	2,0
E 12	5,0	5,0	5,0
E 11	15,0	15,0	15,0
E 10	45,0	46,0	46,0
E 9	26,0	26,0	26,0
E 8	17,0	20,0	20,0
E 6	12,0	12,0	12,0
E 5	8,0	8,0	8,0
Zwischen-Summe	135,0	139,0	139,0
Zeit-/Aushilfskräfte			
Tit. 428 11	4,0	4,0	4,0
Tit. 428 60	10,0	10,0	10,0
Tit. 428 92	2,0	13,0	13,0
Tit. 428 95	-	3,0	4,0
Tit. 428 96	2,0	1,3	0,5
Summe	18,0	31,3	31,5
Weiteres DV-Personal im LfStAD (für Aufgaben gemäß vorst. Nr. 7):			
	2010	2011	2012
Planmäßige Beamte	15,0	15,0	15,0
Beamte auf Widerruf	15,0	15,0	15,0
Arbeitnehmer (einschl. Zeit-/Aushilfskräfte)	72,0	77,0	77,0
Summe	102,0	107,0	107,0
DV-Personal in Kap. 03 07 insgesamt	378,0	417,3	433,5

Zu 03 07/428 60

2011 gegenüber 2010:

Mehr 38,0 Tsd. € durch Übernahme von zusätzlichen Betriebsaufgaben von den Ressorts. Die erforderlichen Ausgabemittel werden über das Verrechnungskonzept mit den Ressorts verrechnet.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
1	2	3	4	5		6
429 60-9	014	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
511 60-8	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 6.900,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 6.900,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2012 Tsd. € 2.300,0</i> <i>2013 Tsd. € 2.300,0</i> <i>2014 Tsd. € 2.300,0</i>	12.245,7	12.299,0	A B C	8.028,2 9.740,8 6.262,8
514 60-5	014	Verbrauchsmittel	76,5	76,5	A B C	50,0 65,2 93,3
518 60-1	014	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 3.600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2012 in Höhe von 3.600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2013 Tsd. € 1.440,0</i> <i>2014 Tsd. € 1.440,0</i> <i>2015 Tsd. € 720,0</i>	1.550,1	1.579,7	A B C	1.330,5 1.515,0 1.382,3
525 60-2	014	Aus- und Fortbildung	565,4	549,6	A B C	426,8 279,6 283,4

Erläuterungen

Zu 03 07/511 60

Leitungskosten, Netzwerkkomponenten (Kleinteile), Wartungs- und Pflegegebühren für Hard- und Software, Austausch von Servern, Ergänzung von Serverhardware, Bücher und Zeitschriften, Entsorgung von Geräten u.a.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Laufende Leitungsmieten (Leitungstechnische Anbindung der Kunden an das RZ Süd und Standortkopplung der Interimsstandorte)	3.122,9	3.146,5
2. Laufende Wartungs- und Pflegegebühren für Hardware und Software (Mainframe, Netzwerkkomponenten, Datenbankcluster, Backup-Recovery-Systeme usw.)	5.230,4	5.436,5
3. Beschaffung von Hard- und Software; Wartungs- und Pflegegebühren für neu beschaffte IT-Systeme und Beschaffung sonstiger IT-Kleinteile	3.892,4	3.716,0
Zusammen	12.245,7	12.299,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 4.217,5 Tsd. € für den gestiegenen Bedarf an Leitungs-, Wartungs- und Pflegekosten für neu beschaffte IT-Systeme und die Übernahme weiterer IT-Dienstleistungen aufgrund der fortschreitenden Konsolidierung der IT-Betriebszentren der Staatsverwaltung im RZ Süd sowie Umsetzungen von Kap. 12 01 Tit. 511 99 (82,9 Tsd. €) und Kap. 12 09 Tit. 511 99 (29,6 Tsd. €) unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 369,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperr.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 53,3 Tsd. € wegen Anpassung an den gestiegenen Bedarf für Leitungs-, Wartungs- und Pflegekosten.

Zu 03 07/514 60

Veranschlagt ist der Bedarf an Speichermedien für Backup-Recovery-Systeme, Verbrauchsmaterial Rechenzentrum, Datenträgern, Tintenpatronen, Toner, Tabellierpapier usw.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 26,5 Tsd. € für den gestiegenen Bedarf durch die Übernahme weiterer IT-Dienstleistungen aufgrund der fortschreitenden Konsolidierung der IT-Betriebszentren der Staatsverwaltung im RZ Süd.

Zu 03 07/518 60

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Laufende Mieten für Großdrucksysteme, Druckersteuerungssoftware, Software für Mainframe	95,0	97,0
2. Hardware-Leasingkosten für die bereits realisierte Rechnerkopplung zwischen dem Mainframe des ehemaligen FüAK-RZ und dem RZ Süd zur Sicherstellung der Hoch- und Katastrophenfall-Verfügbarkeit und zur dynamischen Lastverteilung	1.455,1	1.482,7
Zusammen	1.550,1	1.579,7

2011 gegenüber 2010:

Mehr 219,6 Tsd. € aufgrund allgemeiner Preissteigerungen.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 29,6 Tsd. € aufgrund von zusätzlich geplanter Inanspruchnahme von Rechenleistungen im Mainframebereich.

Zu 03 07/525 60

Ausgaben für Aus- und Fortbildung in den Bereichen Mainframe, Datenbanken, Applikationsentwicklung, Projektmanagement, Netzwerkinfrastruktur, Serverbetrieb usw.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 138,6 Tsd. € aufgrund des zunehmenden Schulungsbedarfs unter Berücksichtigung des fortschreitenden Konsolidierungsprozesses der zu migrierenden IT-Betriebsstätten und der dadurch ansteigenden Mitarbeiterzahl im RZ Süd sowie der kontinuierlichen Innovationen im IT-Bereich unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 19,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperr.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
526 60-1	014	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.130,2	3.063,2	A	2.518,4
					B	2.924,3
					C	1.017,2
531 60-4	014	Öffentlichkeitsarbeit	10,8	10,8	A	10,0
					B	14,5
					C	1,8
532 60-3	014	Umzugs- und Verlegungskosten	---	---	A	---
533 60-2	014	Nebenkosten der Datenverarbeitung	5,4	5,4	A	5,0
					B	2,8
					C	1,8
534 60-1	014	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.	45,0	45,0	A	---
					B	33,3
					C	1,5
535 60-0	014	Miete für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	595,8	607,2	A	359,1
					B	427,7
					C	770,8
547 60-6	014	Einführung eines Finanzbuchhaltungssystems	---	---	A	---
815 60-1	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 2.200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.475,7	3.246,7	A	5.793,9
					B	7.084,7
					C	4.624,5
		Summe der Titelgruppe	22.209,3	22.000,3	A	18.992,6
					B	22.369,7
					C	14.717,2

Erläuterungen

Zu 03 07/526 60

Externe Unterstützungsleistungen für die Einführung neuer Technologien im IT-Bereich der bayerischen Staatsverwaltung sowie für die anstehenden organisatorischen Konsolidierungen (Übernahme der Betriebsverantwortung für IT-Systeme, Standardanwendungen und die Netzwerkinfrastruktur von den IT-Betriebsstätten), die parallel laufende physikalische Konsolidierung (Migration im Bereich Exchange-Service usw.) der IT- Betriebszentren und bei weiteren Projekten (z.B. Projekt- und Ressourcenmanagement, Einführung von Prozessen nach ITIL, IT-Portfolio-Management, IT-Sicherheit, Virtualisierung von IT-Systemen, Betrieb und Ausbau der Basiskomponenten).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 611,8 Tsd. € für die vorstehenden Konsolidierungsmaßnahmen und Projekte unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 115,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 67,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 03 07/532 60

Vgl. TG 95.

Zu 03 07/533 60

Ausgaben für Datenträgervernichtung und sonstigen Entsorgungen von DV-Materialien.

Zu 03 07/534 60

2011 gegenüber 2010:

Mehr 45,0 Tsd. € aufgrund des zunehmenden Bedarfs im Rahmen der Konsolidierung der IT-Betriebsstätten.

Zu 03 07/535 60

Ausgaben für Softwaremieten der beiden Großrechner im Mainframebereich.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 236,7 Tsd. € aufgrund zusätzlicher Mietausgaben für ein Data-Warehouse-Tool (Datenbankauswertungssoftware) unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 16,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 07/815 60

Beschaffungsmaßnahmen von Hardware und Software für:

- Ausbau der Virtualisierungsinfrastruktur,
- Ausbau im Bereich des Backup/Recovery (Tivoli Storage Manager) und in den Bereichen Storage Area Network und Network Attached Storage,
- Ausbau der Überwachungslösung im Serverbereich (Monitoring),
- Ausbau bzw. Austausch von Hardware/Lizenzen im Bereich der allgemeinen Serverinfrastruktur unter Berücksichtigung der Übernahme veralteter Hard- und Software im Zuge der organisatorischen Konsolidierung,
- Erweiterungen der Datenbankinfrastrukturen (MS-SQL, Oracle, Informix, MySQL) im Hardware- und Softwarebereich,
- flächendeckender Rollout des „RZ-Süd-Schranks“ zur Anbindung der zu konsolidierenden IT-Betriebsstätten,
- netzwerktechnische Erschließung und Ausstattung beim Ausbau des RZ Süd,
- Beschaffung von Hard- und Software für die Basiskomponenten Dokumenten-Management-System, Virtuelle Poststelle, Public Key Infrastructure (PKI) und Formularserver.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 2.318,2 Tsd. € aufgrund des geringeren Beschaffungsbedarfs unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 254,0 Tsd. € infolge Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 229,0 Tsd. € aufgrund des geringeren Beschaffungsbedarfs.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus				
		<i>Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
412 92-0	014	Aufwendungen für Berichterstatter	18.612,1	---	A	
428 92-2	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	12.383,7	10.078,6	A	5.012,5
					B	1.324,4
					C	623,5
459 92-4	014	Vermischte Personalausgaben	5,0	5,0	A	0,5
511 92-0	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation	14.032,8	1.941,5	A	1.321,8
					B	37,6

Erläuterungen

Zu 03 07/92

Die letzten Volkszählungen fanden in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1987 und in der DDR im Jahr 1981 statt. Da die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen und die darauf aufbauenden Statistiken mit wachsendem Abstand zur letzten Volkszählung immer ungenauer werden, ist eine Neujustierung der statistischen Datenbasis durch eine neue Volkszählung erforderlich. Nur mit einer neuen Volkszählung („Zensus“) lassen sich verlässliche Bevölkerungszahlen und weitere Grunddaten für politische und wirtschaftliche Entscheidungen und Planungen in Deutschland erreichen.

Die Europäische Union schreibt mit der Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 09.07.2008 gemeinschaftsweite Volks- und Wohnungszählungen alle 10 Jahre beginnend im Jahr 2011 vor.

Um die Belastungen für die Befragten und die Kosten möglichst gering zu halten, wird der Zensus 2011 nicht mehr als traditionelle Volkszählung, sondern als „registergestützter“ Zensus durch Auswertung der Melderegister und anderer Register durchgeführt. Da nicht alle Zensusmerkmale aus Register- bzw. Verwaltungsunterlagen zur Verfügung stehen und die Register zudem Über- bzw. Untererfassungen enthalten, werden ergänzende Erhebungen durch eine Befragung der Gebäude- bzw. Wohnungseigentümer sowie durch ergänzende Stichproben bei bis zu 10 % der Bevölkerung durch Erhebungsbeauftragte vorgenommen.

Die Durchführung des registergestützten Zensus 2011 bedarf rechtzeitiger und umfangreicher organisatorischer Vorbereitungen, insbesondere hinsichtlich des Aufbaus und der Aktualisierung des Anschriften- und Gebäuderegisters. Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür wurden mit dem Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) vom 08.12.2007 (BGBl I S. 2808) geschaffen. Mit dem Zensusgesetz 2011 (ZensusG 2011) vom 08.07.2009 (BGBl I S. 1781) hat der Bundesgesetzgeber die Durchführung der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung (Zensus) im Jahre 2011 angeordnet und Regelungen zu den ergänzenden Erhebungen, den Erhebungsmerkmalen sowie zur Durchführung des Zensus getroffen. Mit dem Gesetz zur Änderung des Bayer. Statistikgesetzes vom 23.07.2010 (GVBl S. 321) sind die erforderlichen organisations- und verfahrensrechtlichen Voraussetzungen zur Durchführung der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung in Bayern geschaffen worden.

Die Durchführungsarbeiten zum Zensus 2011 finden - entsprechend der Festlegung des Ministerrats vom 21.11.2009 - überwiegend in der Außenstelle des LfStaD in Fürth statt.

Zu 03 07/412 92

Vergütungen, Fahrkostenerstattungen und Erstattungen für Fernsprechgebühren an Erhebungsbeauftragte sowie Ausgaben im Rahmen von Schulungen von Erhebungsbeauftragten zur Durchführung der Befragungen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung, der Haushaltsstichprobe, von Sonderbereichen, der Wiederholungsbefragung und primärstatistischen Rückfragen.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 18.612,1 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Weniger 18.612,1 Tsd. € zur Durchführung der Befragungen zum Zensus.

Zu 03 07/428 92

2011 gegenüber 2010:
Mehr 7.371,2 Tsd. € für 195 zusätzliche Beschäftigte.

2012 gegenüber 2011:
Weniger 2.305,1 Tsd. € wegen Verringerung der Stellenzahl um 61 Beschäftigte.

Zu 03 07/511 92

2011 gegenüber 2010:
Mehr 12.711,0 Tsd. € für Bürobedarf, Fernsprechgebühren, interne und externe Druckerarbeiten für Informationsmaterial und Erhebungsunterlagen, Anschaffungen und Support von Softwarelizenzen, zusätzliche Leitungsmieten, Portogebühren (Gebäude- und Wohnungszählung, Haushaltsstichprobe, Sonderbereiche, Wiederholungsbefragung und primärstatistische Rückfragen), den Transport von Erhebungsunterlagen sowie die Wartung und den Betrieb der Telefonanlage und des Hausnetzes in der Außenstelle Fürth unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 60,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:
Weniger 12.091,3 Tsd. € infolge des verringerten Bedarfs.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
<u>518 92-3</u>	014	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 51,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,3	53,6	A	
525 92-4	014	Aus- und Fortbildung	85,9	50,2	A	58,7
					B	32,4
					C	15,3
526 92-3	014	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.150,0	815,7	A	872,3
					B	132,7
					C	46,2
534 92-3	014	Vergabe von Aufträgen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 300,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	574,2	574,2	A	1.225,5
547 92-8	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	339,1	159,0	A	167,0
					B	39,5
					C	45,0
632 92-4	014	Erstattungen bei der Zusammenarbeit der Statistischen Ämter im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 92.</i>	6.526,0	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 07/518 92

2011 gegenüber 2010:

Mehr 300,3 Tsd. € für die Anmietung von Beleglesegeräten zur automatisierten Erfassung der Daten aus den Erhebungsunterlagen.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 246,7 Tsd. € entsprechend dem reduzierten Bedarf.

Zu 03 07/525 92

Ausgaben für die Schulung und Weiterbildung insbesondere für Mitarbeiter in den Bereichen Softwareentwicklung und technischer Betrieb.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 27,2 Tsd. € für die Schulung weiterer Mitarbeiter insbesondere im Auswertungsbetrieb und Zensusfachbereich.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 35,7 Tsd. € entsprechend dem verringerten Bedarf.

Zu 03 07/526 92

Externe Unterstützungsleistungen für die Projektorganisation, Planung und Qualitätssicherung der Anwendungsentwicklung und des technischen Betriebs in den Bereichen Auswertungsdatenbank und Haushaltegenerierung sowie für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.277,7 Tsd. € für die genannten externen Dienstleistungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 40,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 1.334,3 Tsd. € infolge des verringerten Bedarfs.

Zu 03 07/534 92

Aufträge an Dritte zur Unterstützung der Programmierfähigkeit.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 651,3 Tsd. € infolge des verringerten Bedarfs unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 56,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 07/547 92

Reisekostenvergütungen für Dienstreisen im Rahmen des Zensus, Materialien und Dienstleistungen für Informationsveranstaltungen und die Herausgabe von Veröffentlichungen.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 172,1 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Weniger 180,1 Tsd. € für Dienstreisen zu Arbeitsgruppensitzungen im Statistischen Verbund und zu den Erhebungsstellen, die Herausgabe von Veröffentlichungen sowie die Durchführung von Informationsveranstaltungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 75,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 07/632 92

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg unterstützt das LfStAD bei der informationstechnischen Aufgabe einer zentralen Verarbeitung und Datenhaltung durch die Übernahme von Entwicklungsarbeiten im Bereich „Auswertungsdatenbank“. Hierfür erstattet das LfStAD 2011 dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg vom Anteil des Freistaats Bayern am Bundeszuschuss in Höhe von 31.638,8 Tsd. € (vgl. Tit. 232 92) die entsprechenden Aufwendungen in Höhe von 6.526,0 Tsd. €.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
633 92-3	014	Erstattungen an Kommunen	9.317,1	5.017,0	A	- - -
812 92-6	014	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	69,9	22,5	A	1.540,0
					B	116,1
					C	11,3
815 92-3	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.277,8	1.213,8	A	
Summe der Titelgruppe			67.673,9	19.931,1	A	10.198,3
					B	1.682,7
					C	741,3
93 Erhebungen nach § 7 BStatG						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>						
<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 231 01.</i>						
<i>Ausgaben dürfen als Vorgriff auf die Mittel des folgenden Haushaltsjahres behandelt werden, soweit die entsprechenden Einnahmen bei Tit. 231 01 nicht in dem Haushaltsjahr eingehen, in dem die Ausgaben geleistet werden. Hierfür ist ein Verfahren nach Art. 37 BayHO nicht erforderlich.</i>						
428 93-1	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	4,9	4,9	A	4,9
459 93-3	014	Vermischte Personalausgaben	1,0	1,0	A	1,0
547 93-7	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	4,2	4,2	A	4,1
Summe der Titelgruppe			10,1	10,1	A	10,0
					B	-
					C	-

Erläuterungen

Zu 03 07/633 92

Erstattungen an die Kommunen gemäß Art. 33 BayStatG für die Einrichtung und den Betrieb der Erhebungsstellen in den kreisfreien Städten und Landkreisen. Zur Ermittlung des Kostenaufwands in den Erhebungsstellen wurden neben einer festen Basiszuweisung die vom LfStaD unter Beteiligung der betroffenen kommunalen Spitzenverbände ermittelten Pauschalbeträge (Vergütungen je Erhebungsfall für die kommunalen Erhebungsstellen) mit den fachlich prognostizierten Fallzahlen des Zensus 2011 zusammengeführt.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 9.317,1 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 4.300,1 Tsd. € entsprechend dem verringerten Bedarf.

Zu 03 07/812 92

Veranschlagt sind u.a. Beschaffungen von Büromöbeln für zusätzliche Arbeitsplätze, Einrichtungsgegenständen für den Posteingangsbereich, Kuvertschneide- und Papierrüttelmaschinen, einen Elektro-Hochhubwagen zum Transport der Erhebungsunterlagen sowie Handscannern.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.470,1 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Weniger 47,4 Tsd. € aufgrund des verringerten Bedarfs unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 67,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 07/815 92

Veranschlagt sind Beschaffungen von Entwicklungs- und Betriebsservern sowie Datenbank- und Speichersystemen insbesondere für das Auswertungssystem, Produktionsscannern für die Beleglesung, Softwarelizenzen sowie PC, Monitore und Drucker für zusätzliche Arbeitsplätze.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 2.064,0 Tsd. € entsprechend dem verringerten Bedarf.

Zu 03 07/93

Gemäß § 7 BStatG dürfen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht

- zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden und
- zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik durchgeführt werden.

Die Erstattungen des Bundes hierfür sind bei Tit. 231 01 veranschlagt.

Vgl. auch Abs. 1 der Erläuterungen zu TG 94.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A Soll 2010 B Ist 2009 C Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
428 94-0	014	<p>94 Sonstige Statistiken, Erhebungen und Zählungen <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Ausgaben</i> <i>a) des Epl. 06 (StMF) bis zu 274,8 Tsd. € im Jahr 2011 und 180,1 Tsd. € im Jahr 2012,</i> <i>b) des Epl. 07 (StMWIVT) bis zu 672,0 Tsd. € im Jahr 2011 und 648,5 Tsd. € im Jahr 2012,</i> <i>c) des Epl. 08 (StMELF) bis zu 34,7 Tsd. € im Jahr 2011 und 192,8 Tsd. € im Jahr 2012.</i> <i>Die Isteinnahmen bei Tit. 231 02 für Zusatzbefragungen zum Unternehmensregister, Zusatzbefragungen im Mikrozensus, "EU-SILC" sowie die Erhebungen zur Informationsgesellschaft erhöhen die Ausgabebefugnis.</i></p> <p>Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte</p>	4.150,5	4.211,7	A 3.939,7 B 3.611,3 C 3.505,5

Erläuterungen

Zu 03 07/94

Die sich jährlich wiederholenden und keiner zeitlichen Begrenzung unterliegenden Erhebungen (laufende Statistiken) sind in den allgemeinen Ansätzen des Kapitels 03 07 für Personal- und sächliche Verwaltungsausgaben veranschlagt. Die Vorbereitung und Durchführung des registergestützten Zensus sind in der TG 92 und kurzfristig auftretende unvorhersehbare Statistiken nach § 7 BStatG in der TG 93 ausgebracht. Die übrigen Statistiken sind in der TG 94 zusammengefasst (sog. Sonderstatistiken).

Aufgrund der seit 01.01.2004 geltenden „**Deckungslösung**“ werden das Staatsministerium der Finanzen (StMF – Epl. 06), das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technik (StMWIVT – Epl. 07) und das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF – Epl. 08) durch Vermerke mit den Mehrkosten neuer Statistikanforderungen belastet:

- das StMF mit bis zu 274,8 Tsd. € für das Jahr 2011 und 180,1 Tsd. € für das Jahr 2012 vom Mehrbedarf für die nachstehende **Statistik Nr. 7**,
- das StMWIVT mit bis zu 569,2 Tsd. € für das Jahr 2011 und 545,7 Tsd. € für das Jahr 2012 vom Mehrbedarf für die nachstehende **Statistik Nr. 2**, mit bis zu 14,3 Tsd. € pro Jahr für die nachstehende **Statistik Nr. 3** und mit bis zu 88,5 Tsd. € pro Jahr für die nachstehende **Statistik Nr. 11**,
- das StMELF mit bis zu 34,7 Tsd. € für das Jahr 2011 und 192,8 Tsd. € für das Jahr 2012 vom Mehrbedarf für die nachstehende **Statistik Nr. 12**. Gleichzeitig wurden dem StMELF Einsparungen von 115,5 Tsd. € für das Jahr 2011 und 52,1 Tsd. € für das Jahr 2012 wegen Änderungen im Rahmen der nachstehenden **Statistik Nr. 1** zugerechnet.

Das „Mehr“ bzw. „Weniger“ bei den nachstehenden Sonderstatistiken geht auf den periodisch schwankenden Bedarf der Statistiken zurück, weil für diese in den einzelnen Jahren unterschiedliche Erhebungs- und Auswertungsprogramme gesetzlich festgelegt sind.

Zusammenstellung der aus TG 94 zu finanzierenden Statistiken

	Bezeichnung der Statistik/Rechtsgrundlage	Veranschlagt sind		
		2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	2010 Tsd. €
1.	Landwirtschaftszählung (Betriebsstrukturerhebung und Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden) / Agrarstrukturerhebung / Bodennutzungshaupterhebung / Viehbestandserhebungen / Betriebsregister / Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung) Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz - AgrStatG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 17.12.09 (BGBl I S. 3886), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21.07.09 (BGBl I S. 953), und Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.11.08 (AbI EU Nr. L 321 S. 14) über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden sowie zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates	1.061,0	851,1	1.569,3
2.	Unternehmensregister für statistische Verwendungszwecke Verordnung (EG) Nr. 177/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.02.08 (AbI EU Nr. L 61 S. 6) zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Unternehmensregister für statistische Zwecke und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates	1.222,2 ¹⁾	1.223,7 ¹⁾	1.067,4
3.	Dienstleistungsstatistiken Gesetz über Statistiken im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsstatistikgesetz - DIStatG) vom 19.12.00 (BGBl I S. 1765), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17.03.08 (BGBl S. 399); Gesetz über konjunkturstatistische Erhebungen in bestimmten Dienstleistungsbereichen (Dienstleistungskonjunkturstatistikgesetz - DIKonjStatG) vom 07.09.07 (BGBl I S. 2246), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.11.10 (BGBl I S. 1480)	206,8 ²⁾	209,2 ²⁾	187,1

Erläuterungen

	Bezeichnung der Statistik/Rechtsgrundlage	Veranschlagt sind		
		2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	2010 Tsd. €
4.	EU-Verdienststrukturerhebung / Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 2010 Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz - VerdStatG) vom 21.12.06 (BGBl I S. 3291), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 04.11.10 (BGBl I S. 1480); Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 09.03.99 (AbI EG Nr. L 63, S. 6), zuletzt geändert durch Nr. 3.4 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.06.09 (AbI EU Nr. L 188 S. 14)	451,4	161,8	148,4
5.	EU-Arbeitskostenerhebung 2012 Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten (Verdienststatistikgesetz - VerdStatG) vom 21.12.06 (BGBl I S. 3291), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 04.11.10 (BGBl I S. 1480); Verordnung (EG) Nr. 530/1999 des Rates vom 09.03.99 (AbI EG Nr. L 63, S. 6), zuletzt geändert durch Nr. 3.4 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.06.09 (AbI EU Nr. L 188 S. 14)	-	227,5	138,1
6.	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 708-6, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 2 der Verordnung vom 26.03.91 (BGBl I S. 846)	-	467,4	14,0
7.	Steuerstatistiken Umsatzsteuer-, Lohnsteuer-, Einkommensteuer und Körperschaftsteuer-, Gewerbesteuerstatistik sowie Sonderaufgaben hierzu Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) vom 11.10.95 (BGBl I S. 1250, 1409), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes vom 31.07.08 (BGBl I S. 1626); Gemeindefinanzreformgesetz (GFRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.03.09 (BGBl I S. 502); Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 2009, 2010 und 2011 vom 25.09.08 (BGBl I S. 1927)	348,1 ³⁾	341,9 ³⁾	309,9
8.	Mikrozensus/EU-Arbeitskräftestichprobe Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005-MZG 2005) vom 24.06.04 (BGBl I S. 1350), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.07.09 (BGBl I S. 1781); Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 09.03.98 zur Durchführung einer jährlichen Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (AbI EG Nr. L 77 S. 3), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 596/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.06.09 (AbI EU Nr. L 188 S. 14)	2.371,1 ⁴⁾	2.393,5 ⁴⁾	2.099,3
9.	Test im Rahmen des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes Gesetz über die Verwendung von Verwaltungsdaten für Zwecke der Wirtschaftsstatistiken (Verwaltungsdatenverwendungsgesetz - VwDVG) vom 04.11.10 (BGBl I S. 1480)	90,2	91,5	53,7

Erläuterungen

Bezeichnung der Statistik/Rechtsgrundlage	Veranschlagt sind		
	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	2010 Tsd. €
10. Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen Verordnung (EG) Nr.1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.06.03 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen - EU-SILC - (Abl EG Nr. L 165 S. 1), zuletzt geändert durch Nr. 5.4 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 1137/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.10.08 (Abl EU Nr. L 311 S. 1)	290,4 ⁵⁾	293,3 ⁵⁾	233,1
11. Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatistikgesetz - InfoGesStatG) vom 22.12.05 (BGBl I S. 3685); Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.04.04 (Abl EU Nr. L 143 S. 49), zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.09.09 (Abl EU Nr. L 283 S. 31)	.6)	.6)	-
12. Aquakulturstatistik Verordnung (EG) Nr.762/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 09.07.08 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedsstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates (Abl EU Nr. 218 S. 1)	.7)	.7)	-
Zusammen	6.041,2	6.260,9	5.820,3

- 1) daneben bis zu 569,2 Tsd. € im Jahr 2011 und 545,7 Tsd. € im Jahr 2012 aufgrund des Deckungsvermerks; zusätzlich Koppelungsvermerk mit den Einnahmen bei Kap. 03 07 Tit. 231 02
- 2) daneben bis zu 14,3 Tsd. € pro Jahr aufgrund des Deckungsvermerks
- 3) daneben bis zu 274,8 Tsd. € im Jahr 2011 und 180,1 Tsd. € im Jahr 2012 aufgrund des Deckungsvermerks
- 4) daneben Koppelungsvermerk mit den Einnahmen bei Kap. 03 07 Tit. 231 02
- 5) daneben Koppelungsvermerk mit den Einnahmen bei Kap. 03 07 Tit. 231 02
- 6) bis zu 88,5 Tsd. € pro Jahr aufgrund des Deckungsvermerks; daneben Koppelungsvermerk mit den Einnahmen bei Kap. 03 07 Tit. 231 02
- 7) bis zu 34,7 Tsd. € im Jahr 2011 und 192,8 Tsd. € im Jahr 2012 aufgrund des Deckungsvermerks

Zu 03 07/428 94

2011 gegenüber 2010:
Mehr 210,8 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Mehr 61,2 Tsd. € aufgrund des erforderlichen Personalbedarfs für die genannten Sonderstatistiken.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
459 94-2	014	Vermischte Personalausgaben	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,4
					C	0,3
547 94-6	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	1.809,0	1.950,7	A	1.804,1
					B	1.528,2
					C	1.955,8
633 94-1	014	Erstattungen an Kommunen	---	---	A	---
812 94-4	014	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	81,2	98,0	A	76,0
					B	84,6
		Summe der Titelgruppe	6.041,2	6.260,9	A	5.820,3
					B	5.224,6
					C	5.461,6
		95 Umzug des Landesamts in das neue Dienstgebäude "St.-Martin-Straße" (einschließlich Vorbereitung der Infrastruktur für das RZ Süd im neuen Dienstgebäude)				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>				
<u>428 95-9</u>	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	161,1	218,4	A	
<u>511 95-7</u>	014	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	2.330,5	1.044,5	A	
<u>517 95-1</u>	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	21,0	58,6	A	
<u>519 95-9</u>	014	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	112,6	461,1	A	

Erläuterungen

Zu 03 07/547 94

Veranschlagt sind u. a. Geschäftsbedarf, Postgebühren und Vergütungen für Interviewer.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 4,9 Tsd. € unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 83,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 141,7 Tsd. € für erhöhten Sachbedarf der Sonderstatistiken.

Zu 03 07/812 94

Ersatzbeschaffungen von Notebooks für Interviewer.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 16,8 Tsd. € entsprechend dem tatsächlichen Bedarf.

Zu 03 07/95

Am 29.07.2003 wurde mit dem Grundsatzbeschluss der Staatsregierung die Entscheidung für ein IT-Betriebsmodell mit zwei staatlichen Rechenzentren getroffen. Am 07.03.2006 erfolgte mit der Beschlussfassung über Teil 2 des Umsetzungskonzepts zur Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren in der Bayer. Staatsverwaltung der konkrete Auftrag für die Neustrukturierung des operativen IT-Betriebs. Die zahlreichen IT-Betriebszentren sollten in zwei Rechenzentren konsolidiert und der Betrieb dort professionalisiert werden. Als neuer Standort für das LfStaD einschließlich eines leistungsfähigen Rechenzentrums wurde ein Gebäude in München, Anwesen St.-Martin-Straße 47, erworben. Der Haushaltsausschuss des Landtags hatte dem Erwerb am 05.12.2006 zugestimmt.

Bei planmäßigem Verlauf der noch erforderlichen Umbauarbeiten wird das Gebäude im Januar 2012 bezugsfertig sein. Bereits ab September 2011 soll im Gebäude die Infrastruktur für das Rechenzentrum Süd vorbereitet werden. Die hierfür erforderlichen Ausgaben sind nicht in den Kosten der Umbauarbeiten des Gebäudes enthalten; sie werden – ebenso wie die Ausgaben für die reinen Umzugstätigkeiten des gesamten Landesamts – in der TG 95 veranschlagt. Nach Abschluss sämtlicher Umzugsarbeiten Anfang 2013 sollen alle aktuellen IT-Betriebsstätten des Rechenzentrums Süd in dann nur noch zwei Standorten (St.-Martin-Straße 47 als Betriebsstandort und Marsplatz 10 im Rechenzentrum des Bayerischen Landeskriminalamts als Backup-Standort) konsolidiert sein.

Zu 03 07/428 95

Zusätzlicher Personalbedarf für die Vorbereitung und Durchführung der Umzüge des RZ Süd in das neue Dienstgebäude.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 57,3 Tsd. € für weiteren Personalbedarf zur Durchführung der Umzüge im Server- und Großrechnerbereich.

Zu 03 07/511 95

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Bereitstellung und Anbindung der Querverbindungen zwischen den Standorten St.-Martin-Straße und Marsplatz	366,0	253,4
2. Einrichtung der passiven Verkabelung im Rechenzentrumsbereich des neuen Dienstgebäudes in der St.-Martin-Straße	1.331,8	235,0
3. Beschaffung von Aktiven Komponenten (Storage Area Network und Local Area Network) im Rechenzentrumsbereich	632,7	420,2
4. Erst-Wartung der Telefonanlage und des Hausnetzes (LAN) im neuen Dienstgebäude	-	135,9
Zusammen	2.330,5	1.044,5

2012 gegenüber 2011:

Weniger 1.286,0 Tsd. € aufgrund des geringeren Bedarfs.

Zu 03 07/517 95

2012 gegenüber 2011:

Mehr 37,6 Tsd. € für Aufräum- und Reinigungsarbeiten an den bisherigen Standorten des LfStaD sowie die Entsorgung von auszusondernden Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

Zu 03 07/519 95

Rückbaumaßnahmen an den bisherigen Standorten des LfStaD.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 348,5 Tsd. € insbesondere für Rückbaumaßnahmen an den bisherigen Rechenzentrumsstandorten.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
<u>526 95-0</u>	014	Ausgaben für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 550,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	787,7	537,8	A	
<u>532 95-2</u>	014	Umzugs- und Verlegungskosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 550,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	258,2	652,1	A	
<u>533 95-1</u>	014	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	4,5	A	
<u>812 95-3</u>	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	2.655,9	296,9	A	
<u>815 95-0</u>	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.673,0	1.726,1	A	
		Summe der Titelgruppe	10.000,0	5.000,0	A	-
					B	-
					C	-
		96 eGovernment - Behördennetz Bayern <i>Landratsämter und kommunale Körperschaften dürfen unentgeltlich nutzen:</i> <i>1. die vom LfStaD im Behördennetz bereitgestellten Datenbanken (z.B. Dienststellenverzeichnis, Datenbank Landtagsdrucksachen),</i> <i>2. die vom LfStaD im Behördennetz geschaffenen Zugangsmöglichkeiten zum Internet sowie zu zentralen Registern, Datenbanken und sonstigen externen Anwendungen.</i> <i>Ferner darf die Bayerische Verwaltungsschule die Datenbank "BAYERN-RECHT" unentgeltlich nutzen.</i> <i>Titel der TG sind übertragbar.</i> <i>Vgl. auch Vermerk bei TG 60.</i>				
428 96-8	013	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	66,7	27,3	A	72,0

Erläuterungen

Zu 03 07/526 95

Externe Unterstützungsleistungen bei der Konzeption und Installation der Telefonanlage sowie des Hausnetzes (LAN) im neuen Dienstgebäude, für die Planung und Durchführung des Umzugs des Rechenzentrums Süd von den bisherigen Standorten in das neue Dienstgebäude sowie für die Vorbereitung und Installation der Infrastruktur am neuen Rechenzentrumsstandort (Storage Area Network, Local Area Network, Firewall).

2012 gegenüber 2011:

Weniger 249,9 Tsd. € aufgrund des geringeren Bedarfs.

Zu 03 07/532 95

Transport- und sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Umzug der Arbeitsplatzausstattung sowie der sonstigen Einrichtungsgegenstände und Möblierung von den bisherigen Standorten des LfStaD in das neue Dienstgebäude sowie im Zusammenhang mit dem Umzug der Serverschränke und Hardware (Server, Großrechner mit Peripherie, Drucker, Refresh Backup) sowie sonstiger IT-Umzüge von den bisherigen Standorten des Rechenzentrums Süd in das neue Dienstgebäude.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 393,9 Tsd. € aufgrund des erhöhten Bedarfs an Umzugs- und Verlegungskosten.

Zu 03 07/533 95

Ausgaben für die Entsorgung von auszusondernden Serverschränken und HOST-Komponenten.

Zu 03 07/812 95

Beschaffung von Einrichtungsgegenständen (Möblierung) für Arbeitsplätze, Lagerräume, Poststelle und Bibliothek. Beschaffung einer neuen Telefonanlage mit passenden Telefon- und Telefax-Endgeräten sowie von Ausrüstungsgegenständen für die Einrichtung des Hausnetzes (LAN) im neuen Dienstgebäude und weiterer Ausstattungsgegenstände sowie für die Beschaffung von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für den Leitstand des Rechenzentrums Süd im neuen Dienstgebäude.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 2.359,0 Tsd. € aufgrund des geringeren Bedarfs.

Zu 03 07/815 95

Beschaffung von Serverschränken sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Aktiven Komponenten des Local Area Networks sowie des Storage Area Networks und die Einrichtung der Firewall im Rechenzentrumsbereich des neuen Dienstgebäudes.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 1.946,9 Tsd. € aufgrund des geringeren Bedarfs.

Zu 03 07/96

Das Behördennetz ist Basis für E-Government in der bayerischen Staatsverwaltung. Es verbindet staatliche und kommunale Dienststellen miteinander und bietet Dienste und Anwendungen für die Erledigung der Aufgaben in der gesamten Staatsverwaltung und im kommunalen Bereich. Hierfür nimmt das LfStaD folgende zentrale Aufgaben im Sinne von § 1 LfStaDlUKV wahr:

- Betrieb der zentralen externen und internen DNS-Server (Domain Name Service) des Behördennetzes;
- Vergabe und Verwaltung von IP-Adressen;
- Bereitstellung der zentralen E-Mail-Gateway-Server (Mailtransfer) des Behördennetzes und der Spam-Prüfung von E-Mails (Spam-Markierung);
- Prüfung aller eingehenden E-Mails aus dem Internet bzw. TESTA-Netz auf Viren (E-Mail-Virenschleuse);
- Verwalten von Web-Anfragen aus dem Behördennetz (Web-Caching-Proxies);
- Prüfung der angefragten Ziele im Internet durch zentralen URL- und Domain-Filter;
- Betrieb der FTP-Proxy-Server;
- Auswertung der Web-Zugriffe der Teilnehmer des Behördennetzes (Logfile-Auswertung);
- Bereitstellung und Betrieb von News-Groups des Behördennetzes, der Zeitserver (NTP), Listserver und POP3-Server;
- Auftragsbearbeitung für Festanschlüsse an das Behördennetz;
- Bereitstellung und Gewährleistung eines sicheren Zugangs zum Behördennetz aus unsicheren Netzen;
- Authentisierung und Autorisierung bei Wählverbindungen in das Behördennetz (RADIUS).

Zur unentgeltlichen Nutzung der Datenbank BAYERN-RECHT durch die Kommunalverwaltungen vgl. Kap. 13 10 Tit. 511 21.

Zu 03 07/428 96

Im Rahmen des Nachtragshaushalts 2010 wurden zur Beschäftigung von 2 Arbeitnehmern der Entgeltgruppe E 10 bis 30.06.2011 für zentrale Aufgaben bei der Bewältigung der Migration der BayKom-Anschlüsse insgesamt 72,0 Tsd. € veranschlagt. Ab diesem Zeitpunkt sind Haushaltsmittel für die Beschäftigung einer Halbtagskraft für die Verwaltung der BayKom-Verträge und -Anschlüsse nötig.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
511 96-6	013	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.217,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.155,3	2.515,2	A	2.533,4
					B	1.819,8
					C	1.551,8
514 96-3	013	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
518 96-9	013	Miet- und Leasingkosten	34,4	35,1	A	24,3
					B	40,5
					C	24,3
525 96-0	013	Aus- und Fortbildung	58,3	256,3	A	31,0
					B	1,6
					C	37,1
526 96-9	013	Kosten für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 180,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	478,3	432,3	A	487,7
					B	740,2
					C	781,4
534 96-9	013	Vergabe von Aufträgen zur Softwareentwicklung	---	---	A	---
812 96-2	013	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	---	---	A	---
					C	1.511,9
815 96-9	013	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 350,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	413,7	750,7	A	751,6
					B	880,2
		Summe der Titelgruppe	2.206,7	4.016,9	A	3.900,0
					B	3.482,4
					C	3.906,6

Erläuterungen

Zu 03 07/511 96	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Leitungs- und Anschlusskosten des zentralen Knotens beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für den Anschluss an Internet und weitere Datennetze oder externe Datenbanken (z.B. Datenbank BAYERN-RECHT, Ausländerzentralregister, Kraftfahrtbundesamt), Wartungs- und Pflegegebühren für Hard- und Software	324,2	264,0
2. Wartungs- und Pflegegebühren für Hard- und Software-Komponenten des Behördennetzes	298,9	448,3
3. Wartungsverlängerung für den Virenschutz des zentralen Mailgateways	65,6	618,3
4. Wartungs- und Pflegegebühren für den zentralen Internet-Seitenfilter (URL-Filter)	239,2	682,6
5. Austausch und Erweiterung von Hard- und Software im Behördennetzbereich (Proxy-Systeme, Zentrale Netzübergänge, Remote Access etc.)	227,4	502,0
Zusammen	1.155,3	2.515,2

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.378,1 Tsd. € wegen Einsparungen bei den Leitungsmieten sowie Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 116,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 1.359,9 Tsd. € wegen der Anpassung an den Bedarf, insbesondere der notwendigen Verlängerung der Supportverträge für den zentralen Internet-Seitenfilter und den Virenschutz für das zentrale Mailgateway.

Zu 03 07/525 96

Ausgaben für Schulungen zur Abwehr von Angriffen auf IT-Systeme im Bereich der Webanwendungen der bayerischen Verwaltung sowie im Bereich der zentralen Behördennetzdienste.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 27,3 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 198,0 Tsd. € wegen zusätzlichem Schulungsbedarf auf Grund zunehmender Sicherheitsvorfälle.

Zu 03 07/526 96

Externe Unterstützungsleistungen bei der Umsetzung von Projekten im Bereich des Behördennetzes (z.B. weiterer Ausbau von sicherheitstechnischen Maßnahmen, Migration von Fachanwendungen auf Standardsoftware im Rahmen eines zentralen Betriebs, Netzwerkanalyse und Netzwerkmonitoring).

2012 gegenüber 2011:

Weniger 46,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 07/815 96	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausbau der Firewall-Systeme bedingt durch das starke Wachstum des Internetverkehrs	99,4	121,9
2. Infrastrukturerweiterung der zentralen E-Mail-Virenschleuse, Aufbau einer Funktionalität zur Markierung von SPAM-Mails	113,4	218,6
3. Netzwerkkomponenten für den Ausbau der Behördennetzinfrastruktur	94,1	180,7
4. Austausch überalterter Hardware (Server, Peripheriegeräte)	106,8	229,5
Zusammen	413,7	750,7

2011 gegenüber 2010:

Weniger 337,9 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung einschließlich eines Beitrags zur Haushaltskonsolidierung sowie Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 33,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 337,0 Tsd. € wegen des technisch notwendigen Ausbaus des Behördennetzes, insbesondere im Bereich der zentralen Netzübergänge (Firewall-Systeme, Internetübergang, TESTA-Netz) und für den Bereich der Proxy-Systeme (Web-Caching-Proxies, URL-Filter, News-Proxy).

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige</i>				
		<i>Mehreinnahme bei Tit. 231 03 und 281 12 sowie um die</i>				
		<i>Mehreinnahmen bei Tit. 232 99.</i>				
		<i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01 und 632 01.</i>				
428 99-5	014	Entgelte für Zeit- und Aushilfskräfte	545,7	554,8	A	535,0
					B	522,0
					C	498,8
459 99-7	014	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
					B	0,1
511 99-3	014	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	908,7	908,7	A	760,4
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>			B	593,8
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	616,9
514 99-0	014	Verbrauchsmittel	70,9	70,9	A	80,0
					B	68,9
					C	79,9
518 99-6	014	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	30,3	30,8	A	100,0
					B	30,1
					C	18,1
525 99-7	014	Aus- und Fortbildung	105,7	105,7	A	65,0
		<i>Vgl. Vermerk bei Tit. 119 99.</i>			B	30,7
					C	72,1
526 99-6	014	Ausgaben für Sachverständige	402,7	366,8	A	275,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>			B	86,9
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>			C	233,9
533 99-7	014	Nebenkosten der Datenverarbeitung, -entwicklung u.ä.	0,7	0,7	A	10,0
					B	1,5
					C	1,0
534 99-6	014	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	---	---	A	---
701 99-3	014	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 07/99

In der TG 99 sind vor allem Ausgaben veranschlagt, die nicht rechenzentrumsspezifischen Leistungen (Ausgaben hierfür insbesondere in TG 60) zugeordnet werden können. Insbesondere sind dies:

- Beschaffungen im Bereich "Client und Clientperipherie";
- Programmierung von Fachverfahren im Bereich der Statistik;
- Erstellung von allgemeinen bzw. projektübergreifenden Sicherheitskonzepten (Testinfrastruktur, Testwerkzeuge);
- Beschaffung von Hard- und Software für den fachlichen Anwendungsbetrieb des Projekts "Amtliche Schuldaten" des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (die Einnahmen aus der Verrechnung mit dem StMUK sind bei Kap. 03 07 Tit. 381 01 veranschlagt).

Das dem DV-Bereich zuzuordnende Personal ergibt sich aus Nr. 8 letzter Absatz der Erläuterungen zu TG 60.

Zu 03 07/428 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,7 Tsd. € wegen Tarifierhöhungen.

Zu 03 07/511 99

Veranschlagt sind Beschaffungen (PC, Drucker, Monitore, Notebooks, Magnetbandkassetten, Speichermodule u.a.), EDV-Leitungsmieten, die Wartungskosten für die Zentraleinheit, Server und die sonstige Hardware, der Bedarf für die Softwarepflege und für Software-Updates, für Bücher und Zeitschriften, für die Entsorgung von Geräten u.a.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 148,3 Tsd. € wegen höheren Bedarfs im Client-Bereich aufgrund Personalzuwachses im Zuge der Rechenzentrumskonsolidierung sowie Ausgaben für Supportleistungen für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 35,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 07/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Tintenpatronen, Toner, Tabellierpapier usw.

Zu 03 07/518 99

Miete der für die Statistik genutzten Großdrucker, für gemietete Software auf dem Mainframe sowie für Terminal- und Druckersteuerungsprogramme.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 69,7 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 03 07/525 99

Kurs- und Hörergebühren für das DV-Personal; Unterrichtsmaterial, Dozentenvergütungen für die Fachthemenschulungen (z.B. Datenbank BAYERN-RECHT, Gewerbeanzeigen im Netz - GEWAN).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 40,7 Tsd. € aufgrund des erhöhten Schulungsbedarfs wegen Personalzuwachses sowie für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK.

Zu 03 07/526 99

Externe Unterstützungsleistungen in den Bereichen:

- Programmierung von statistischen Fachverfahren in verschiedenen Programmiersprachen sowie im Bereich der Datenbankentwicklung für statistiknahe Architekturen;
- Unterstützungsleistungen für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK;
- Unterstützungsleistungen im Bereich Client Virenschutz und Client Security;
- Unterstützungsleistungen bei der Entwicklung von Verfahren und Methoden zum Client-Management.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 127,7 Tsd. € für externe Unterstützungsleistungen bei statistischen Fachverfahren, bei der Einführung von Thin-Clients, der Migration auf Windows 7 sowie für die Auftragsarbeit Amtliche Schuldaten des StMUK unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 12,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 35,9 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
815 99-6	014	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	761,3	743,3	A	1.025,8
					B	353,6
					C	429,1
981 99-4	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	***	***	A	---
		Summe der Titelgruppe	2.826,0	2.781,7	A	2.851,2
					B	1.687,5
					C	1.949,7
		Gesamtausgaben	180.107,3	126.752,5	A	100.469,5
					B	78.113,0
					C	65.795,9

Erläuterungen**Zu 03 07/815 99**

- Ausgaben für die Erneuerung und Verbesserung der Entwicklungsumgebung für den Bereich der Statistik (Hardware, Software);
- Ausbau der Testinfrastruktur und Testwerkzeuge im Bereich von projektübergreifenden Sicherheitskonzepten;
- Ausbau der Infrastruktur und laufender Austausch veralteter Arbeitsplatzsysteme (Notebooks, PCs, Bildschirme, Arbeitsplatzdrucker)
- Beschaffung von Spezialsoftware für den Statistikbereich (Statistische Geoinformation, Software zur automatischen Belegung, Data-Ware-House-Software zur Unterstützung einer effizienten Datenanalyse etc.).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 264,5 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 45,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 07 Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2.440,6	1.161,9	A	2.304,0
					B	2.624,3
					C	2.806,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	60.748,6	442,0	A	767,0
					B	393,4
					C	644,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	25.995,7	27.742,6	A	24.265,1
					B	23.374,0
					C	6.098,0
		Gesamteinnahmen	89.184,9	29.346,5	A	27.336,1
					B	26.391,7
					C	9.548,5
		Personalausgaben	78.447,8	61.966,7	A	46.805,7
					B	42.694,7
					C	39.419,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	49.339,1	37.624,0	A	27.666,1
					B	25.031,9
					C	18.655,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15.857,5	5.031,4	A	0,4
					B	0,9
					C	13,6
		Baumaßnahmen	22.000,0	14.000,0	A	16.300,0
					B	1.835,6
					C	1.088,2
		Sonstige Sachinvestitionen	14.462,9	8.130,4	A	9.697,3
					B	8.550,0
					C	6.619,4
		Gesamtausgaben	180.107,3	126.752,5	A	100.469,5
					B	78.113,0
					C	65.795,9
		Zuschuss	90.922,4	97.406,0	A	73.133,4
					B	51.721,3
					C	56.247,4

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-2	012	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	12.000,0	11.700,0	A	11.700,0
					B	14.787,4
					C	13.000,9
111 02-1	012	Auslagen und auslagenartige Entgelte zur Abwicklung von Großvorhaben <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 526 11 und 547 05.</i>	---	---	A	---
					B	159,7
					C	1.088,5
111 05-8	012	Einnahmen nach der Verordnung über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in Verwaltungssachen - ZuSEVO - und dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG	---	---	A	---
111 06-7	012	Erstattungen von Kosten der Ersatzvornahme <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 533 01.</i>	---	---	A	---
111 07-6	012	Gebühren und Auslagen für die Anlagen nach BImSchG <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 10.</i>	---	---	A	---
111 21-8	012	Prüfungsgebühren <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 459 01.</i>	435,0	435,0	A	400,0
					B	458,0
					C	431,1
112 01-1	012	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	2.200,0	2.200,0	A	1.560,0
					B	2.500,6
					C	1.937,0
119 01-4	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen	71,5	71,0	A	105,0
					B	91,4
					C	183,2
119 11-2	012	Überschüsse aus der Verwertung von Pfändern	30,0	30,0	A	30,0
					B	83,9
					C	29,1
119 49-8	012	Vermischte Einnahmen	80,0	80,0	A	75,0
					B	102,4
					C	97,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 08

Die Regierungen sind dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Mittelbehörden. Sie haben nach dem Grundsatz der Einheit der Verwaltung Aufgaben aus nahezu allen Geschäftsbereichen wahrzunehmen und unterstehen insoweit der Fachaufsicht des jeweils zuständigen Ministeriums. Die Regierungen führen die Dienst- und Fachaufsicht über die ihnen nachgeordneten Staatsbehörden und üben die Rechts- und Fachaufsicht über die kreisfreien Gemeinden und Landkreise aus.

Die Regierungen gliedern sich in die beiden Stabstellen Verwaltungssteuerung und Verwaltungsmanagement, die Bereiche

- Sicherheit, Kommunales und Soziales;
- Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr;
- Planung und Bau;
- Schulen und
- Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

sowie das Gewerbeaufsichtsamt. 2009 wurde bei der Regierung von Mittelfranken das Landesamt für Datenschutzaufsicht eingerichtet.

Den Regierungen sind Behörden und Dienststellen der Allgemeinen Inneren Verwaltung und anderer Geschäftsbereiche nachgeordnet.

Im Kap. 03 08 sind die Aufgabengebiete der Allgemeinen Inneren Verwaltung in vollem Umfang berücksichtigt. Für die Aufgaben aus anderen Bereichen sind, soweit nicht in besonderen Fällen Sondermittel zur Verfügung stehen, in Kap. 03 08

- die Verwaltungseinnahmen und die sächlichen Verwaltungsausgaben einschl. der Investitionen veranschlagt und
- außerdem alle Stellen und Personalausgaben für Beamte und Arbeitnehmer, die bis einschließlich in der dritten Qualifikationsebene eingestiegen sind, ausgebracht.

Die übrigen Ausgaben für Aufgaben aus anderen Bereichen, insbesondere die Stellen und Personalausgaben für Fachkräfte der vierten Qualifikationsebene und für die Fachkräfte in der Gewerbeaufsicht sowie die Investitionen außerhalb der Verwaltungsausgaben und die Zuwendungen, sind in den betreffenden Einzelplänen ausgebracht.

Zu 03 08/111 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 300,0 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Weniger 300,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/111 02

Die Regierungen erheben als Genehmigungsbehörde für Großvorhaben vom Antragsteller Auslagen nach den Kostengesetzen für die Erstellung von Sachverständigengutachten und für die Kosten, die mit der Durchführung von Erörterungsterminen und der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes entstehen. Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 526 11 und 547 05.

Zu 03 08/111 06

Kostenerstattung für Ersatzvornahmen im Bereich der Gewerbeaufsicht.

Zu 03 08/111 07

Vgl. Erläuterungen bei Titel 547 10.

Zu 03 08/111 21

2011 gegenüber 2010:

Mehr 35,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/112 01

Geldbußen und Verwarnungsgelder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, nach dem Wirtschaftsstrafgesetz und anderen Bußgeldvorschriften mit den dazu gehörenden Gebühren und Auslagen.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 640,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/119 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 33,5 Tsd. € wegen des weiteren Rückgangs der Abonnements, bedingt durch die Aufnahme von Veröffentlichungen im Internet.

Zu 03 08/119 11

Überschüsse aus Verwertungserlösen der Pfandleihbetriebe, die nach § 11 der VO über den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Pfandleiher dem Fiskus des Landes zustehen, in dem der Gegenstand verpfändet wurde.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
122 01-9	012	Abgaben aus Bergbaukonzessionen (Förderabgaben)	350,0	350,0	A	500,0
					B	350,6
					C	767,3
122 02-8	012	Abgaben aus Bergbaukonzessionen (Feldesabgaben)	31,0	31,0	A	14,0
					B	31,1
					C	37,4
124 01-7	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	174,2	174,2	A	143,0
					B	176,1
					C	223,1
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-7	012	Sonstige Erstattungen vom Bund	13,0	13,0	A	19,0
					B	13,6
					C	13,4
233 01-5	012	Erstattung von Prüfungsaufwendungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 459 01.</i>	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,8
					C	2,5
235 12-0	012	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
					B	27,0
					C	30,2
236 12-9	012	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
261 01-0	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	15,0	15,0	A	15,0
					B	20,0
					C	19,1
281 11-4	012	Erstattung von Verwaltungskosten aus sonstigen Bereichen	70,0	70,0	A	16,0
					B	82,5
					C	69,1
		Gesamteinnahmen	15.470,7	15.170,2	A	14.578,0
					B	18.885,4
					C	18.412,6

Erläuterungen

Zu 03 08/122 01

Die Einnahme ist eine Sonderabgabe im Sinn des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 2003 (BverfG, 2 BvL 1/99), BGBl I 2003, 1728.

Rechtsgrundlagen: §§ 30, 31 Bundesberggesetz, Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22.12.1998 (GVBl S. 1050)

Abgabezweck: gesetzliche Verpflichtung aus den erteilten Rechtstiteln für bergfreie Bodenschätze
verpflichtet: Rechtsinhaber der Erlaubnisse und Bewilligungen
begünstigt: Freistaat Bayern

2011 gegenüber 2010:
Weniger 150,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/122 02

Gebühren für die Aufsuchungserlaubnis von Feldern, die sich nach den bergrechtlichen Vorschriften um notwendige Aufwendungen (z.B. für Bohrungen u. dgl.) der Erlaubnisinhaber verringert. Derzeit werden Felder insbesondere geothermisch untersucht.

Die Einnahme ist eine Sonderabgabe im Sinn des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Juli 2003 (BverfG, 2 BvL 1/99), BGBl I 2003, 1728.

Rechtsgrundlagen: §§ 30, 31 Bundesberggesetz, Verordnung über Feldes- und Förderabgaben vom 22.12.1998 (GVBl S. 1050)

Abgabezweck: gesetzliche Verpflichtung aus den erteilten Rechtstiteln für bergfreie Bodenschätze
verpflichtet: Rechtsinhaber der Erlaubnisse und Bewilligungen
begünstigt: Freistaat Bayern

2011 gegenüber 2010:
Mehr 17,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	36,9	36,9
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	136,3	136,3
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	1,0	1,0
Zusammen	174,2	174,2

2011 gegenüber 2010:
Mehr 31,2 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 08/233 01

Erstattungen der Schulträger für die Mitwirkung der Regierungen an Prüfungen.

Zu 03 08/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit für Ersatzeinstellungen nach dem Altersteilzeitgesetz.

Zu 03 08/261 01

Sonstige Erstattungsleistungen, z.B. Verwaltungskostenzuschläge aus dem Betrieb von Kantinen.

Zu 03 08/281 11

2011 gegenüber 2010:
Mehr 54,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Ausgaben				
		Die Hälfte der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel.				
		Personalausgaben				
412 01-8	012	Entschädigungen an Beisitzer und Beiräte	481,0	331,0	A	154,8
					B	116,0
					C	122,3
422 01-6	012	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	69.059,8	70.700,0	A	67.599,8
					B	66.390,6
					C	61.808,8
422 21-2	012	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	---	---	A	49,7
					B	-122,3
					C	-48,9
422 31-0	012	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	517,0	525,6	A	609,6
					B	505,4
					C	769,6
427 01-1	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	187,5	187,5	A	230,5
					B	203,5
					C	163,1
428 01-0	012	Entgelte der Arbeitnehmer	55.355,7	56.277,8	A	58.937,0
					B	54.235,3
					C	53.980,8
428 11-8	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 633 06.</i>	19.358,6	19.677,2	A	21.200,1
					B	16.751,4
					C	11.680,9
428 12-7	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
					C	4,3
428 41-2	012	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	3,4	3,4	A	2,0
					B	1,9

Erläuterungen

Zu 03 08/412 01

Entschädigungen nach § 350 Abs. 3 des Gesetzes über den Lastenausgleich und für die Beisitzer des zentralen Beschwerdeausschusses für den Lastenausgleich,
 Entschädigungen an die Mitglieder der Besucherkommission nach Art. 21 Unterbringungsgesetz,
 Entschädigung an die Mitglieder der Weinprüfungskommission bei der Regierung von Unterfranken,
 Entschädigung für die Mitglieder der Kommissionen zur Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Entscheidung über die Genehmigung von Tierversuchen,
 Entschädigung der Mitglieder des gemeinsamen Gutachterausschusses nach dem Heilpraktikergesetz,
 Entschädigungen an die vorsitzenden Mitglieder der Schiedsstelle gemäß § 80 des Sozialgesetzbuches XII (Sozialhilfe),
 Entschädigungen an das vorsitzende Mitglied und die zwei weiteren unparteiischen Mitglieder der Schiedsstelle nach § 76 des Sozialgesetzbuches XI (Soziale Pflegeversicherung),
 Entschädigungen an die vorsitzenden Mitglieder der Schiedsstelle gemäß § 78 des Sozialgesetzbuches VIII (Kinder- und Jugendhilfe),
 Leistungen an die Jagdberater und Aufwandsentschädigungen an die Jagdbeiräte bei den Regierungen (einschließlich Reisekostenvergütungen) nach § 30 Abs. 4 und § 31 Abs. 4 AVBayJG sowie
 Entschädigungen für die ehrenamtlichen Beisitzer der Vergabekammern Süd- und Nordbayern.

Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

2011 gegenüber 2010:
 Mehr 326,2 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
 Weniger 150,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Erschwerniszulagen) und Zuwendungen (Fahrkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Davon			
Aufwandsentschädigung für Beamte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutze der Verbraucher	15/15	1,4	1,4
Aufwandsentschädigung für Futtermittelkontrolleure	11/11	1,0	1,0

Zu 03 08/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 08/427 01

2011 gegenüber 2010:
 Weniger 43,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf insbesondere in der landesweiten Fahrschulüberwachung.

Zu 03 08/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung. Vgl. Erläuterungen zu Tit. 517 01.

Zu 03 08/428 11

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2011 gegenüber 2010:
 Weniger 1.841,5 Tsd. € infolge des Stellenabbaus bei der Unterbringungsverwaltung.

2012 gegenüber 2011:
 Mehr 318,6 Tsd. € wegen Berücksichtigung zu erwartender Tarifsteigerungen.

Zu 03 08/428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
453 01-8	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	253,0	211,0	A	282,5
					B	219,7
					C	208,0
459 01-2	012	Prüfungsentgelte <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 111 21 und 233 01.</i>	476,0	478,5	A	454,5
					B	452,8
					C	433,6
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-8	012	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.767,1	3.767,1	A	3.996,3
					B	3.277,7
					C	3.246,7
511 22-3	012	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	30,8	29,7	A	29,5
					B	8,4
					C	15,4

Erläuterungen

Zu 03 08/453 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Trennungsgeld	205,0	165,0
2.	Umzugskostenvergütungen	48,0	46,0
Zusammen		253,0	211,0

2011 gegenüber 2010:
Weniger 29,5 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Weniger 42,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/459 01

Aus diesem Ansatz können Maßnahmen zur Fortbildung der Prüfer bezahlt und zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden (vgl. Nr. 4.2.3 DBestHG).

2011 gegenüber 2010:
Mehr 21,5 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/511 01 (bis 546 69)

Bei Kap. 03 08 sind auch die Sachausgaben für die Bereiche

- Soziales,
- Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr,
- Planung und Bau,
- Schulen und
- Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

sowie für das Gewerbeaufsichtsamt veranschlagt, die fachlich anderen Ressorts zugeordnet sind. Für diese Bereiche werden auch die Kosten für Sachverständige und die Gerichts- und ähnliche Kosten aus Kap. 03 02 getragen. Die Aus- und Fortbildungskosten des Fachpersonals dieser Bereiche und des angegliederten Gewerbeaufsichtsamts sind dort veranschlagt, wo die Stellen des Fachpersonals ausgebracht sind.

Zu 03 08/511 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Geschäftsbedarf	890,0	890,0
2.	Bücher und Zeitschriften	754,0	754,0
3.	Kommunikation	574,8	574,8
4.	Entgelte für Postdienstleistungen	934,2	934,2
5.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	529,6	529,6
6.	Sonstiges	84,5	84,5
Zusammen		3.767,1	3.767,1

2011 gegenüber 2010:
Weniger 229,2 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 183,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre sowie einer Umschichtung von 15,0 Tsd. € aus Kap. 03 75 Tit. 511 01 für Fachliteratur im Bereich Straßenbau.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
514 01-5	012	Haltung von Dienstfahrzeugen	380,5	382,7	A	389,9
					B	313,9
					C	374,7
514 11-3	012	Dienst- und Schutzkleidung	48,4	48,4	A	43,0
					B	31,6
					C	27,6
517 01-2	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.985,4	3.018,9	A	2.648,7
					B	2.649,5
					C	2.619,6
517 05-8	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	1.965,2	2.071,4	A	1.931,2
					B	1.928,2
					C	1.846,5
517 31-6	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	135,5	136,0	A	174,3
					B	133,4
					C	134,4
517 35-2	012	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	199,7	200,7	A	227,2
					B	198,4
					C	168,0
518 01-1	012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	486,8	475,9	A	483,4
					B	492,2
					C	569,6
518 11-9	012	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	302,0	303,0	A	359,9
					B	320,1
					C	308,4
518 18-2	012	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	129,0	129,4	A	112,1
					B	125,1
					C	106,5

Erläuterungen

Zu 03 08/514 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	262,0	264,2
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	118,5	118,5
Zusammen		<u>380,5</u>	<u>382,7</u>
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		380,5	382,7
Personalausgaben		1.419,0	1.428,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Kap. 03 08 Tit. 811 01)		65,3	85,9
Ausgaben für Leasing/Miete		129,0	129,4
Zusammen		<u>1.993,8</u>	<u>2.026,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.1.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen *)	93	93	93	88	51
Katastrophenschutzfahrzeuge	7	7	7	7	7
Unimog, Schlepper, Räumfahrzeuge	4	4	6	4	-

*) Die Soll-Zahlen berücksichtigen -im Gegensatz zum Bestand am 01.01.2010- auch fünf Fahrzeuge für den Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen den Fluglärm (Beschaffung und Unterhalt dieser Fahrzeuge aus TG 52).

Zu 03 08/514 11
Dienst- und Schutzkleidung für Fachpersonal, Pförtner, Kraftfahrer und Reinigungskräfte.

Zu 03 08/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä. und die Ausgaben für die Bewachung durch private Unternehmen.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 336,7 Tsd. € insbesondere für den Kostenbeitrag der Regierung von Unterfranken zu den Straßensanierungsmaßnahmen der Stadt Würzburg unter Berücksichtigung einer Umsetzung des der Entgeltgruppe E2 entsprechenden Stellengehalts (32,5 Tsd. €) nach Tit. 428 01 zur Reprivatisierung einer Stelle für die Telefonzentrale der Regierung von Schwaben.

2012 gegenüber 2011:
Mehr 33,5 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 03 08/517 05		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	1.175,9	1.231,9
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	789,3	839,5
Zusammen		<u>1.965,2</u>	<u>2.071,4</u>

2011 gegenüber 2010:
Mehr 34,0 Tsd. €.

2012 gegenüber 2011:
Mehr 106,2 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf aufgrund der steigenden Energiepreise.

Zu 03 08/517 31
2011 gegenüber 2010:
Weniger 38,8 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung von 6,1 Tsd. € nach Kap. 03 18 Tit. 517 31.

Zu 03 08/517 35
2011 gegenüber 2010:
Weniger 27,5 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung von 3,7 Tsd. € nach Kap. 03 18 Tit. 517 35.

Zu 03 08/518 11
2011 gegenüber 2010:
Weniger 57,9 Tsd. € infolge der Ersatzbeschaffung von IuK-Multifunktionsgeräten zu Lasten von Tit. 518 99.

Zu 03 08/518 18
2011 gegenüber 2010:
Mehr 16,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
518 31-5	012	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	45,7	45,7	A	157,0
					B	71,8
					C	73,0
519 01-0	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.432,3	1.432,3	A	1.794,4
					B	3.397,0
					C	3.060,3
526 11-9	012	Kosten für Sachverständige bei Gestattungsverfahren für Großvorhaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 111 02. Die Mittel sind übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 547 05.</i>	95,1	83,8	A	76,3
					B	94,4
					C	58,5
526 13-7	012	Kosten für Inanspruchnahme fremder Einrichtungen	11,0	11,0	A	11,6
					B	3,9
					C	7,1
526 21-7	012	Kosten der Beweiserhebung	11,2	11,2	A	11,8
					B	7,4
					C	6,7
527 01-0	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.955,6	1.975,8	A	2.026,9
					B	1.849,8
					C	1.700,7
529 01-8	012	Zur Verfügung der Regierungspräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	15,3	15,3	A	15,3
					B	14,6
					C	14,4
531 01-4	012	Herausgabe amtlicher Blätter und von Fachveröffentlichungen	17,1	17,1	A	44,1
					B	14,2
					C	111,9
532 11-1	012	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	150,1	12,7	A	16,0
					B	17,1
					C	44,3
533 01-2	012	Kosten der Ersatzvornahme im gewerbeaufsichtlichen Verfahren <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 06.</i>	---	---	A	---
536 01-9	012	Kosten der Messekommissionen und von Arbeitsschutzmaßnahmen auf Großbaustellen	8,9	8,9	A	9,4
					B	4,2
					C	2,9

Erläuterungen

Zu 03 08/518 31

2011 gegenüber 2010:

Weniger 111,3 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung von 23,5 Tsd. € nach Kap. 03 18 Tit. 518 31.

Zu 03 08/519 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	1.337,1	1.337,1
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	95,2	95,2
Zusammen	1.432,3	1.432,3

2011 gegenüber 2010:

Weniger 362,1 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 82,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 08/526 11

Kosten für Sachverständige insbesondere im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben, soweit nicht die Auslagerenerstattung des Kostenschuldners unmittelbar an den Sachverständigen erfolgt (vgl. auch Erläuterungen zu Titel 111 02).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 18,8 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Weniger 11,3 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/526 13

Kosten der Regierungen für die unmittelbare Inanspruchnahme fremder Einrichtungen (z.B. Labore, Röntgeninstitute; auch Kosten für die Überlassung von Befunden) bei der Beurteilung der Dienstunfähigkeit und der Wiederherstellung der Dienstfähigkeit der Beamten und Richter nach Art. 3 Abs. 3 GDVG. Die Kosten für notwendige ergänzende Untersuchungen oder Gutachten trägt die Beschäftigungsbehörde (IMS vom 22.04.1996 Nr. IZ6-0705.12 Z7-15).

Zu 03 08/526 21

Kosten für die Beweiserhebung im gewerbeaufsichtlichen Verfahren und für die Durchführung von Testspielen bei Veranstaltern und Vermittlern von öffentlichen Glücksspielen im Rahmen der Glücksspielaufsicht.

Zu 03 08/527 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 71,3 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 93,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 08/531 01

Kosten für

- die Herausgabe des Regierungsamtsblattes, des amtlichen Schulanzeigers und sonstiger amtlicher Blätter,
- Fachveröffentlichungen zur Unterrichtung von Behörden, Mandatsträgern, Schulen, Verbänden und der Öffentlichkeit sowie
- Veröffentlichungen im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 27,0 Tsd. € wegen rückläufigem Bedarf aufgrund vermehrter Veröffentlichungen im Internet bei einigen Regierungen.

Zu 03 08/532 11

2011 gegenüber 2010:

Mehr 134,1 Tsd. € infolge des Umzugs des GAA Regensburg in das sanierte Gebäude E der Regierung der Oberpfalz voraussichtlich im Herbst 2011.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 137,4 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/536 01

Kosten für Messebüros und die Maschinenschutzkommission.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
546 49-1	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	393,1	393,1	A	332,2
					B	314,1
					C	330,0
547 01-6	012	Ausgaben im Interesse der Grubensicherheit und der Unfallverhütung sowie der Silikosebekämpfung	1,6	1,6	A	1,7
					B	0,4
					C	0,2
547 02-5	012	Sachbedarf für Zustandserfassungen in künftigen Naturschutzgebieten	296,3	295,1	A	300,0
					B	164,8
					C	211,1
547 03-4	012	Sachbedarf für die Außenstelle "Biosphärenreservat Rhön"	26,2	26,2	A	38,2
					B	20,1
					C	27,7
547 05-2	012	Sachausgaben im Zusammenhang mit Gestattungsverfahren für Großvorhaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Mehreinnahme bei Tit. 111 02. Die Mittel sind übertragbar. Vgl. Vermerk bei Tit. 526 11.</i>	---	---	A	---
					B	197,0
					C	1.006,1
547 09-8	012	Sachausgaben zur Optimierung der Lebensmittelsicherheit	75,8	75,8	A	116,3
					B	52,0
					C	69,6
547 10-5	012	Sachausgaben im Zusammenhang mit der Überwachung von Anlagen (nach BImSchG) <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 111 07.</i>	---	---	A	---
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
633 01-1	012	Zur Entrichtung bürgerlich-rechtlicher Rechnisse	1,6	1,6	A	1,6
					B	1,1
					C	1,1
633 05-7	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben	15,0	15,0	A	15,0
					B	15,0
					C	14,9
633 06-6	012	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte im Zusammenhang mit Zentralen Ausländerbehörden und Zentralen Rückführungsstellen <i>Soweit die Kommunen das Personal für die Zentralen Ausländerbehörden nicht selbst stellen, dürfen zu Lasten der hier veranschlagten Ausgabemittel staatliche Arbeitnehmer beschäftigt werden; insoweit ist der Ansatz zugunsten Tit. 428 11 deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	45,0	45,0	A	44,0
					B	43,0
					C	300,5
633 08-4	012	Erstattungen an den Landkreis Berchtesgadener Land für die Verwaltungsstelle des Biosphärenreservats Berchtesgaden	40,0	40,0	A	30,9
					B	32,1
					C	28,1
671 01-4	012	Betriebskostenzuschuss der Regierung von Schwaben für die Kindertagesstätte St. Gregor in Augsburg	10,0	10,0	A	10,0

Erläuterungen

Zu 03 08/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Kosten für augenärztliche Untersuchungen und sonstige vermischte Ausgaben.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 60,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 15,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 08/547 01

Kosten einschl. Reisekosten für Amtsangehörige und Sachausgaben, die durch Abhaltung von Unterweisungsvorträgen auf dem Gebiete der Unfallverhütung und durch die Fortbildung im Interesse der Grubensicherheit entstehen, sowie für laufende Sachausgaben zur Silikosebekämpfung.

Zu 03 08/547 03

Laufender Sachausgabebedarf der Verwaltungsstelle für das Biosphärenreservat Rhön.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 12,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 1,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 08/547 05

Insbesondere zur Durchführung von Erörterungsterminen und der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes im Rahmen von Gestattungsverfahren für Großvorhaben.

Zu 03 08/547 09

Maßnahmen der Regierungen im Zusammenhang mit der Optimierung der Lebensmittelsicherheit (Gesetz zur Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 20.12.2007, GVBl S. 951).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 40,5 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 5,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 08/547 10

Die Mittel dienen insbesondere zur Deckung der Kosten für die Beauftragung von Sachverständigen zur Anlagenüberwachung nach BlmSchG. Die Kosten sind von den Anlagenbetreibern dem Staat zu erstatten (vgl. Titel 111 07).

Zu 03 08/633 01

Erfüllung alter Verträge und rechtsbegründeter Herkommen.

Zu 03 08/633 05

Erstattung an den Bezirk Unterfranken für die Bereitstellung von Personal für die Weinprüfstelle.

Zu 03 08/633 06

Veranschlagt sind die den Landkreisen und Städten noch zu erstattenden Sach- und Personalkosten, soweit sie Personal an die Zentralen Rückführungsstellen bei den Regierungen abgeordnet haben oder soweit für ihren Bereich Zentrale Ausländerbehörden bestehen. Für die zwischenzeitlich aufgelösten Zentralen Ausländerbehörden sind noch Restabwicklungen zu leisten.

Zu 03 08/633 08

Bei der Regierung von Oberbayern ist eine Verwaltungsstelle für das UNESCO-Biosphärenreservat Berchtesgaden eingerichtet. Die Verwaltungsstelle ist im Landratsamt Berchtesgadener Land untergebracht. Dem Landkreis ist der hierbei entstehende Personalaufwand (Verwaltungskraft mit 19,25 Wochenstunden) und Sachaufwand zu erstatten.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 9,1 Tsd. € zur Deckung des voraussichtlichen Bedarfs (gegen Einsparung der Mehrausgaben bei Kap. 12 04 Tit. 547 72).

Zu 03 08/671 01

Übernahme eines Anteils am Betriebskostendefizit der Betriebskindertagesstätte "Kinderhaus St. Gregor-Jugendhilfe" in Augsburg bei einer Mitbelegung durch Kinder von Beschäftigten der Regierung von Schwaben.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
Baumaßnahmen						
701 01-8	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 700,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 700,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0	800,0	A	800,0
					B	722,4
					C	933,7
710 00-8	012	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 1.300,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	1.300,0	A	3.000,0
					B	1.898,1
					C	3.521,5
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-5	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen	65,3	85,9	A	116,5
					B	95,8
					C	133,4
812 01-4	012	Erwerb von Geräten, Fernsprechanlagen, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	673,4	494,4	A	813,4
					B	771,3
					C	573,4
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-7	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	1.170,3	1.213,5	A	1.798,7
					B	1.544,5

Erläuterungen

Zu 03 08/701 01	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Dienstgebäude der Regierung von Niederbayern Ursulinenflügel, Ochsenstall: Sanierung von Dachstuhlelementen und gebrochenen Gesimsbereichen	400,0	160,0
Regierung der Oberpfalz , Regensburg, Emeramsplatz 8 Restaurierung des Kleinen Sitzungssaals Gebäude A	150,0	100,0
Dienstgebäude der Regierung von Mittelfranken		
- Umbau Schlosswache	150,0	-
- Sanierung EDV-Netz	-	130,0
- Energetische Teilsanierung (Heizkörpernischen und Ventile)	-	100,0
- Austausch Notstromaggregat	-	125,0
- Leuchtensanierung	-	45,0
Sonstige kleine Baumaßnahmen	-	140,0
Zusammen	700,0	800,0

Zu 03 08/811 01

2011

Tsd. €

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

3 Pkw, Baujahr 2000 - 2006, Fahrleistung am 01.02.2010 zwischen 53.965 und 149.439 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

3 Pkw

65,3

2012

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

4 Pkw, Baujahr 1993 - 2007, Fahrleistung am 01.02.2010 zwischen 58.530 und 219.339 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

4 Pkw

85,9

2011 gegenüber 2010:

Weniger 51,2 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 5,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 20,6 Tsd. € im Hinblick auf die notwendigen Ersatzbeschaffungen.

Zu 03 08/812 01

Veranschlagt sind:

Erneuerung von Sitzungssälen, Konferenz- und Besprechungsräumen und von Geschäftszimmerausstattungen, Ausstattung von Registraturen, Poststellen, Druckereien und Kantinen sowie Erneuerung von Kopiergeräten, Zeiterfassungssystemen u.a.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 140,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 35,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 179,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 08/981 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 628,4 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Mehr 43,2 Tsd. € für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd nach Maßgabe des Verrechnungskonzepts.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Titelgruppen						
51 Prüfungsämter bei den Hochschulen zur Durchführung der Prüfungen nach der Approbationsordnung für Ärzte im Auftrag der Regierung von Oberbayern						
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
422 51-5	012	Bezüge der planmäßigen Beamten	220,2	223,9	A	178,6
					B	116,6
					C	102,3
428 51-9	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Beihilfen für die Arbeitnehmer werden abweichend von Nr. 5.2 DBestHG bei Kap. 03 02 Tit. 441 64 verrechnet.</i>	386,9	393,4	A	388,9
					B	354,6
					C	337,1
459 51-1	012	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
547 51-5	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	47,4	47,4	A	52,5
					B	44,0
					C	35,9
812 51-3	012	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	13,1	13,1	A	15,3
					B	13,3
					C	10,7
Summe der Titelgruppe			667,6	677,8	A	635,3
					B	528,5
					C	486,1
52 Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm						
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
428 52-8	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Soweit die bei Tit. 526 52 vorgesehenen Auftragsarbeiten mit eigenem Personal wirtschaftlicher durchgeführt werden können, dürfen zu Lasten der Mittel bei Tit. 526 52 weitere Arbeitnehmer beschäftigt werden.</i>	421,3	421,3	A	399,9
459 52-0	012	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	5,0
526 52-9	012	Kosten für Sachverständige <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 428 52.</i>	96,5	216,5	A	240,0
547 52-4	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	8,5	8,5	A	15,0
811 52-3	012	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	90,0
812 52-2	012	Anschaffung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			526,3	646,3	A	749,9
					B	-
					C	-

Erläuterungen

Zu 03 08/51

Die nach der Approbationsordnung für Ärzte vorgeschriebenen staatlichen Prüfungen werden von den Prüfungsämtern durchgeführt, die bei den Hochschulen mit medizinischen Fakultäten angesiedelt sind und dabei im Auftrag der Regierung von Oberbayern tätig werden; vgl. § 2 Abs. 2 der VO über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe vom 17.12.1996 (GVBl S. 549).

Zu 03 08/52

Im Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm sind Lärmschutzbereiche zu berechnen und durch Rechtsverordnung festzusetzen sowie weitere Vollzugsaufgaben zu erledigen (Ausnahmen von Bauverboten, Entschädigungen für Bauverbote und für Beeinträchtigungen von Außenwohnbereichen sowie Erstattungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen).

Zu 03 08/526 52

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für Vergaben an Sachverständige für Bauakustik zur Ermittlung der erforderlichen Schallschutzmaßnahmen sowie deren Kosten.

Die sonstigen Gutachten (insbesondere für die Festlegung der Fluglärmzonen) werden aus dem Epl. 07 getragen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 143,5 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 11,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 120,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/811 52

2011 gegenüber 2010:

Weniger 90,0 Tsd. € nach Durchführung der einmaligen Beschaffungsmaßnahme im Jahr 2010.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-1	012	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	999,8	1.034,1	A	1.160,1
					B	1.145,8
					C	1.041,3
514 99-8	012	Verbrauchsmittel	278,5	287,5	A	208,4
					B	201,4
					C	154,5
518 99-4	012	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	70,0	70,0	A	- - -
					B	0,9
525 99-5	012	Aus- und Fortbildung	59,7	61,5	A	128,8
					B	26,3
					C	48,3
534 99-4	012	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	33,0	27,4	A	16,0
					B	48,2
					C	18,8

Erläuterungen

Zu 03 08/99

Die IuK-Ausstattung gemäß dem Rahmenkonzept für die Regierungen ist abgesehen von der Einführung eines Dokumentenmanagements weitestgehend abgeschlossen. Mittlerweile sind die Regierungen flächendeckend mit PC-Arbeitsplätzen ausgestattet, wobei entsprechende Serverdienste (Mail-Server, Datenbankserver) und das Informationsangebot des Behördennetzes und der Intranetdienste bereit gestellt wurden.

Personal im Kap. 03 08, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Plan-Beamte			
A 15	1	1	1
A 13	1	1	1
A 12	10,5	10,5	11
A 11	16,2	16,2	16,70
A 10	3,0	4	3
A 9	4,4	3,4	3,4
A 8	6,5	6,5	6,5
A 7	4,95	5	5,0
Summe	47,55	47,6	47,6
Arbeitnehmer			
E 11	10,25	10,25	10,25
E 10	3,55	3,55	3,55
E 9	11,25	10,5	10,5
E 8	2,2	2,2	3,5
E 6	3,5	3,5	2,5
Summe	30,75	30	30,3
Insgesamt	78,3	77,6	77,9

Zu 03 08/511 99

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	351,2	351,2
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	117,7	123,9
3. Wartung	427,5	455,6
4. Bücher und Zeitschriften	12,2	12,2
5. Sonstiges	91,2	91,2
Zusammen	999,8	1.034,1

2011 gegenüber 2010:

Weniger 160,3 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung der die TG 99 betreffenden Ansatzkürzung von 140,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 34,3 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 08/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Tintenpatronen, Toner usw.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 70,1 Tsd. € aufgrund des zunehmenden Bedarfs und höherer Preise.

Zu 03 08/518 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 70,0 Tsd. € infolge der Anmietung von Multifunktionsgeräten.

Zu 03 08/525 99

Kurs- und Hörergebühren sowie Unterrichtsmaterial für das DV-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 69,1 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Zu 03 08/534 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 17,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
701 99-1	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	150,0	150,0	A B C	100,0 172,2 132,2
815 99-4	012	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungsg- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 731,5</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.556,5</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.551,1	1.511,6	A B C	1.619,5 1.145,2 1.260,7
Summe der Titelgruppe			3.142,1	3.142,1	A B C	3.232,8 2.739,9 2.655,8
Gesamtausgaben			170.714,3	171.832,4	A B C	176.115,3 163.267,5 161.704,7

Erläuterungen

Zu 03 08/701 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 50,0 Tsd. € wegen Fortführung des im Jahr 2009 begonnenen Ausbaus des unterdimensionierten EDV-Leitungsnetzes der Regierung von Schwaben.

Zu 03 08/815 99

Ersatz von Arbeitsplatzausstattungen, zentralen Komponenten u.a.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 68,4 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:

Weniger 39,5 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung.

Übersicht

über die in anderen Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmittel für die Regierungen

Kapitel	03 73 Bauabteilungen	05 10 Schul- aufsicht	07 10 Wirtschaft, Landesent- wicklung u. Verkehr	10 30 Gewerbe- aufsichts- ämter	12 30 Gesund- heit, Ve- terinärw.	12 31 Umwelt- fragen
Zweckbestimmung	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2011						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	-	-	-	-	-	-
Gesamteinnahmen	-	-	-	-	-	-
Personalausgaben	8.641,0	8.693,1	6.326,3	19.058,1	5.062,6	8.425,2
Sächliche Verwaltungs- ausgaben	-	-	-	-	29,0	68,6
sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	-	-	-	-	-	17,3
Gesamtausgaben	8.641,0	8.693,1	6.326,3	19.058,1	5.091,6	8.511,1
Zuschuss	8.641,0	8.693,1	6.326,3	19.058,1	5.091,6	8.511,1
2012						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.	-	-	-	-	-	-
Gesamteinnahmen	-	-	-	-	-	-
Personalausgaben	8.708,0	8.837,5	6.431,4	19.480,1	5.146,8	8.565,3
Sächliche Verwaltungs- ausgaben	-	-	-	-	29,0	68,6
sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	-	-	-	-	-	17,3
Gesamtausgaben	8.708,0	8.837,5	6.431,4	19.480,1	5.175,8	8.651,2
Zuschuss	8.708,0	8.837,5	6.431,4	19.480,1	5.175,8	8.651,2

03 08 Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	15.371,7	15.071,2	A	14.527,0
					B	18.741,4
					C	18.278,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	99,0	99,0	A	51,0
					B	144,0
					C	134,4
		Gesamteinnahmen	15.470,7	15.170,2	A	14.578,0
					B	18.885,4
					C	18.412,6
		Personalausgaben	146.720,4	149.430,6	A	150.492,9
					B	139.645,4
					C	137.353,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	16.559,1	16.721,7	A	17.167,5
					B	17.168,0
					C	17.440,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	111,6	111,6	A	101,5
					B	91,2
					C	344,6
		Baumaßnahmen	3.850,0	2.250,0	A	3.900,0
					B	2.792,7
					C	4.587,5
		Sonstige Sachinvestitionen	2.302,9	2.105,0	A	2.654,7
					B	2.025,6
					C	1.978,2
		Besondere Finanzierungsausgaben	1.170,3	1.213,5	A	1.798,7
					B	1.544,5
					C	-
		Gesamtausgaben	170.714,3	171.832,4	A	176.115,3
					B	163.267,5
					C	161.704,7
		Zuschuss	155.243,6	156.662,2	A	161.537,3
					B	144.382,1
					C	143.292,1

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
111 01-0	012	Kosten und Benutzungsgebühren, die den Landkreisen zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 21.</i>	190.000,0	190.000,0	A	198.000,0
					B	199.569,2
					C	194.817,7
111 02-9	012	Sonstige Gebühren, tarifliche und gebührenartige Entgelte	1.730,0	1.730,0	A	1.210,0
					B	1.814,4
					C	1.584,2
112 02-8	012	Zwangsgelder	920,0	920,0	A	950,0
					B	903,6
					C	609,5
112 03-7	012	Geldbußen einschl. Kosten und Verwarnungsgelder, die den Landkreisen zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 22. Der Vermerk bei Tit. 112 05 gilt auch für Tit. 112 03.</i>	6.000,0	6.000,0	A	4.500,0
					B	4.030,5
					C	4.032,9
112 05-5	012	Geldbußen und Verwarnungsgelder, die den Gemeinden zufließen <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 613 22. Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, die Einnahmen eines Haushaltsjahres vorläufig in Höhe der betreffenden Angaben in der kommunalen Rechnungsstatistik für das jeweilige Vorjahr zu buchen. Diese Buchung ist im darauf folgenden Jahr aufgrund und in Höhe der Angaben in der kommunalen Rechnungsstatistik für das betreffende Haushaltsjahr richtig zu stellen.</i>	50.000,0	50.000,0	A	42.600,0
					B	56.672,0
					C	38.382,0
119 12-9	012	Verwertungserlöse <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 533 01.</i>	---	---	A	---
119 49-6	012	Vermischte Einnahmen	2,0	2,0	A	---
					B	4,3
					C	4,6
124 01-5	012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	2,9	2,9	A	2,9
					B	2,9
					C	2,9
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-5	012	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
235 12-8	012	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
281 11-2	012	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	12,0	12,0	A	12,0
					B	14,0
					C	0,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 09

Die Landratsämter sind Staatsbehörden, soweit sie Aufgaben des Staates, und Kreisbehörden, soweit sie Aufgaben des Landkreises zu erledigen haben (Art. 37 der Landkreisordnung). Sie sind für jeden Landkreis eingerichtet (Art. 1, 7, 37 der Landkreisordnung); die Einteilung der Landkreise richtet sich nach der Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte vom 27.12.1971 (BayRS 1012-3-1-I). Es bestehen 71 Landratsämter. Sie sind den Regierungen nachgeordnet.

Als Staatsbehörden obliegen ihnen staatliche Aufgaben aus nahezu allen Geschäftsbereichen, insbesondere aus denen der Staatsministerien des Innern, für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, für Unterricht und Kultus, für Wissenschaft, Forschung und Kunst und für Umwelt und Gesundheit. Sie sind Kreisverwaltungsbehörden und in der Regel die unteren staatlichen Verwaltungsbehörden. Sie üben die Aufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden aus.

Für die Landratsämter als Staatsbehörden weist der Freistaat Bayern staatliche Beamte zu (Art. 37 Abs. 3 Landkreisordnung). Die Stellen sind grundsätzlich im Kap. 03 09 ausgebracht.

Im Epl. 12 sind die Stellen für das Fachpersonal der vierten Qualifikationsebene bei den Landratsämtern als Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Verbraucherschutz mit den komplementären Ausgabemitteln veranschlagt.

Das Verwaltungspersonal für die Landratsämter in den Bereichen Gesundheits- und Veterinärwesen wird gemäß § 6 Abs. 3 Satz 1 des Eingliederungsgesetzes vom 23.12.1995 (GVBl S. 843) von den Landkreisen getragen.

Zur Unterbringung des Landratsamtes hat der Freistaat Bayern den Landkreisen staatliche Amtsgebäude kostenlos übergeben oder ihnen in staatlichen Ämtergebäuden Räume kostenlos überlassen (Rahmenvereinbarung vom 31.07.1959).

Im Übrigen tragen die Landkreise den Verwaltungsaufwand für das Landratsamt; sie werden dafür durch Finanzausgleichsgesetz entschädigt (Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung, Art. 7 und 9 des Finanzausgleichsgesetzes).

Zu 03 09/111 01

Kosten der Landratsämter als Staatsbehörden; das Kostenaufkommen wird im Rahmen des Finanzausgleichs (Art. 7 FAG) den Landkreisen überlassen, vgl. Kap. 13 10 Tit. 613 21.

Die Einnahmen aus den Kosten der Bußgeldbescheide sind bei Titel 112 03 veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 8.000,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/111 02

Einnahmen - insbesondere Rechnungsprüfungsgebühren -, die dem Freistaat Bayern verbleiben.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 520,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/112 02

Diese Einnahmen verbleiben dem Freistaat Bayern.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 30,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/112 03

Einnahmen aus Geldbußen und Kosten der Bußgeldbescheide sowie Verwarnungsgelder nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, die im Rahmen des Finanzausgleichs (Art. 7 FAG) den Landkreisen überlassen werden (vgl. Kap. 13 10 Tit. 613 22).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.500,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/112 05

Geldbußen und Verwarnungsgelder der Gemeinden nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, die ihnen im Rahmen des Finanzausgleichs überlassen werden (Art. 7 FAG). Hier werden auch die Einnahmen der Gemeinden aus der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr usw. ausgewiesen (§ 2 Abs. 3-5 ZuVOWiG - vgl. auch Kap. 13 10 Tit. 613 22).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 7.400,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 09/119 12

Einnahmen aus der Verwertung von Gegenständen, die im Bußgeldverfahren eingezogen werden.

Zu 03 09/231 01

Erstattung von Dienstbezügen für abgeordnete Beamte durch den Bund.

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
382 01-2	990	Vergütungen für Dienstwohnungen, die an die Landkreise abzuführen sind <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 982 01.</i>	11,0	11,0	A	11,0
					B	10,2
					C	9,6
		Gesamteinnahmen	248.677,9	248.677,9	A	247.285,9
					B	263.021,0
					C	239.444,4
		Ausgaben				
		Das Ausgaben-Budget des Kap. 03 09 darf bis zu 100,0 Tsd. € pro Jahr zu Lasten von Kap. 03 08 verstärkt werden.				
		Personalausgaben				
422 01-4	012	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter <i>Vermerk bei Tit. 428 01 gilt entsprechend.</i>	147.801,4	151.308,5	A	146.392,1
					B	141.964,3
					C	134.056,2
422 21-0	012	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	3.288,3	3.131,8	A	2.213,6
					B	2.727,0
					C	2.459,3
422 31-8	012	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	154,8	157,3	A	229,1
					B	151,3
					C	366,9
427 01-9	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Aus dem Ansatz können auch Zahlungen an juristische Personen (insbesondere Körperschaften des öffentlichen Rechts) geleistet werden.</i>	105,0	105,0	A	105,0
					B	68,1
					C	59,6
427 41-1	012	Praktikantenvergütungen	7,0	7,0	A	7,0
428 01-8	012	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Bei einer aus Wirtschaftlichkeitsgründen gebotenen Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen können aus dem Ansatz auch Zahlungen an die Landkreise bis zur Höhe der hierdurch entstehenden anteiligen personalbezogenen Aufwendungen, höchstens jedoch der infolge Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen im Staatshaushalt eingesparten Personalausgaben, geleistet werden, soweit dem Freistaat Bayern gemäß § 6 Abs. 1 des Eingliederungsgesetzes die Personalstellung obliegt. Dies gilt auch, wenn auf Grund der individuellen Ermäßigung der Arbeitszeit staatlicher Bediensteter das für die Erfüllung der Dienstaufgaben der Gesundheitsämter benötigte Personal insoweit vorübergehend durch die Landkreise zur Verfügung gestellt wird, soweit es sich um die Ausschöpfung nicht besetzter geringfügiger Stellenreste handelt, für die keine staatlichen Bediensteten zugewiesen werden können.</i>	21.345,2	21.822,6	A	21.486,3
					B	20.918,7
					C	20.515,0

Erläuterungen

Zu 03 09/Ausgaben

Verstärkungsvermerk für das Ausgaben-Budget des Kap. 03 09, da aufgrund des geringen Budget-Volumens ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mittelbedarf nicht gedeckt werden kann.

Zu 03 09/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Erschwerniszulage, Technikzulage) und Zuwendungen (Fahrtkostenzuschuss).

Davon	Zahl der Empfänger	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Feldaufwandsentschädigungen an Fachkräfte für Naturschutz, Fachkräfte für Technischen Umweltschutz und Beamte der Fachkundigen Stelle für Wasserwirtschaft	351/351	31,6	31,6
Aufwandsentschädigung für Beamte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutze der Verbraucher	317/318	29,2	29,3
Aufwandsentschädigung für Veterinärassistenten	58/59	5,3	5,4
Aufwandsentschädigung für Hygienekontrolleure	156/160	14,4	14,7

Zu 03 09/422 21

Veranschlagt sind Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen.

Zu 03 09/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 09/427 01

Beschäftigungsentgelte für Krankenschwestern und Krankenpfleger, die im Rahmen der Heimaufsicht eingesetzt werden, sowie Vergütung von Fachhochschulstudenten des Fachbereichs Sozialwesen für praktische Studiensemester.

Auf der Grundlage des Haushaltsvermerks können bei Bedarf Vereinbarungen mit den Trägern von Krankenhäusern über die Bereitstellung geeigneter Krankenschwestern und Krankenpfleger für die Wahrnehmung von Aufgaben der Heimaufsicht geschlossen werden. Den Krankenhausträgern dürfen nur die anteiligen Personalkosten erstattet werden bis zu der Höhe, in der eine Aushilfskraft bezahlt würde.

Zu 03 09/427 41

Vergütungen an Praktikanten einschließlich aller Nebenleistungen (gem. Richtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Gewährung von Praktikantenvergütungen; FMS vom 14.04.2010, Gz. 25-P2520-003-12134/10).

Zu 03 09/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Davon	Zahl der Empfänger	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Feldaufwandsentschädigungen an Fachkräfte für Naturschutz, Fachkräfte für Technischen Umweltschutz und Beschäftigte der Fachkundigen Stelle für Wasserwirtschaft	99/99	8,6	8,6
Aufwandsentschädigung für Beschäftigte des technischen Überwachungsdienstes zum Schutze der Verbraucher	10/10	0,9	0,9
Aufwandsentschädigung für Veterinärassistenten	32/38	2,9	3,5
Aufwandsentschädigung für Hygienekontrolleure	23/23	1,7	2,1

Erläuterung zum Haushaltsvermerk:

Mit dem Haushaltsvermerk werden Leistungen an die Landkreise ermöglicht, wenn durch eine wirtschaftlich zweckmäßige Fremdvergabe von Röntgenaufnahmen der Gesundheitsämter vom Freistaat zu stellendes Personal eingespart werden kann. Weiter können Zahlungen an die Landkreise geleistet werden, wenn die vom Staat zu gewährleistende Mindestbesetzung wegen Nichtbesetzung von geringfügigen Stellenresten nicht erfüllt werden kann und der Landkreis für diesen Fall Personal zur Verfügung stellt.

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
428 11-6	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Zu Lasten der Ausgabemittel darf ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden.</i>	24,0	39,4	A B C	23,5 103,0 4,8
428 12-5	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
428 13-4	012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	---
453 01-6	012	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	103,0	103,0	A B C	91,0 97,5 93,1
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-6	012	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,2	2,2	A	2,0
519 01-8	012	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	18,4	18,4	A B C	23,0 14,0 7,7
527 01-8	012	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	3,1	3,1	A B C	1,3 2,5 5,0
533 01-0	012	Ausgaben aus Verwertungserlösen <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei Tit. 119 12.</i>	---	---	A	---
546 49-9	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	18,6	18,6	A B C	12,6 17,1 12,2
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-9	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden, Gemeindeverbände und Sonstige <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	43,0	28,6	A B C	42,8 18,4 34,9
Baumaßnahmen						
701 01-6	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B	120,0 118,0
Sonstige Sachinvestitionen						
812 02-1	012	Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Geräten und Maschinen	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 09/428 11

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 15,4 Tsd. € aufgrund des zusätzlichen Personalbedarfs (vgl. Tit. 633 01).

Zu 03 09/428 12 und 428 13

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 09/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	77,8	77,8
2. Umzugskostenvergütungen	25,2	25,2
Zusammen	103,0	103,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 12,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 09/511 01

Für die Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung u.a.

Zu 03 09/519 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör (Ämtergebäude Lindau)	18,4	18,4
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	18,4	18,4

Zu 03 09/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 09/633 01

Erstattungsleistungen an Landkreise für Vorlesekräfte von schwerbehinderten Beamten.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 14,4 Tsd. € wegen Umsetzung nach Titel 428 11, da ab dem Jahr 2012 für den beim LRA Lichtenfels eingesetzten schwerbehinderten Beamten eine staatliche Vorlesekraft anstelle der kommunalen Vorlesekraft verwendet werden soll. Die bisherige Erstattung an den Landkreis Lichtenfels wird ab 2012 entfallen.

Zu 03 09/812 02

Leertitel für die Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung.

03 09 Landratsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Besondere Finanzierungsausgaben				
982 01-6	990	Abführung der Dienst- und Werkdienstwohnungsvergütungen an die Landkreise nach § 6 der Rahmenvereinbarung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 382 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	11,0	11,0	A	11,0
					B	10,2
					C	9,6
		Gesamtausgaben	172.925,0	176.756,5	A	170.760,3
					B	167.534,2
					C	161.745,4
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	248.654,9	248.654,9	A	247.262,9
					B	262.996,8
					C	239.433,9
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	12,0	12,0	A	12,0
					B	14,0
					C	0,9
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	11,0	11,0	A	11,0
					B	10,2
					C	9,6
		Gesamteinnahmen	248.677,9	248.677,9	A	247.285,9
					B	263.021,0
					C	239.444,4
		Personalausgaben	172.828,7	176.674,6	A	170.547,6
					B	167.354,0
					C	161.676,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	42,3	42,3	A	38,9
					B	33,6
					C	24,9
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	43,0	28,6	A	42,8
					B	18,4
					C	34,9
		Baumaßnahmen	-	-	A	120,0
					B	118,0
					C	-
		Besondere Finanzierungsausgaben	11,0	11,0	A	11,0
					B	10,2
					C	9,6
		Gesamtausgaben	172.925,0	176.756,5	A	170.760,3
					B	167.534,2
					C	161.745,4
		Überschuss	75.752,9	71.921,4	A	76.525,6
					B	95.486,8
					C	77.699,0

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
119 49-3	049	Vermischte Einnahmen	36,0	36,0	A	36,0
					B	31,1
					C	31,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-2	049	Sonstige Zuweisungen vom Bund	70,0	70,0	A	70,0
					B	127,6
					C	48,9
		Gesamteinnahmen	106,0	106,0	A	106,0
					B	165,8
					C	90,6
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 01-1	049	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	15.183,2	15.595,7	A	15.217,3
					B	14.843,5
					C	14.417,2
422 31-5	049	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	91,5	93,0	A	---
					B	89,5
					C	37,2
422 41-3	053	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	86,7	86,7	A	76,7
					B	60,8
					C	86,4
428 01-5	049	Entgelte der Arbeitnehmer	4.219,2	4.289,5	A	4.336,4
					B	4.136,6
					C	4.094,3
428 41-7	049	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	---	---	A	---
453 01-3	049	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	16,0	16,0	A	8,6
					B	21,1
					C	7,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-3	049	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	399,0	399,0	A	357,0
					B	403,1
					C	394,9
511 22-8	049	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	76,8	76,8	A	84,0
					B	75,3
					C	59,8
514 01-0	049	Haltung von Dienstfahrzeugen	498,1	498,1	A	546,6
					B	478,0
					C	591,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 15

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde (Art. 1 Abs. 4 des Bayer. Verfassungsschutzgesetzes). Es hat insbesondere die Aufgabe, Informationen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, und über Spionagetätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. Es wirkt beim personellen Geheim- und Sabotageschutz mit und erteilt Auskünfte in sicherheits- und verfassungsschutzrechtlichen Angelegenheiten. Außerdem wird es im Bereich der Organisierten Kriminalität beobachtend mit nachrichtendienstlichen Mitteln tätig.

Zu 03 15/119 49

Veranschlagt sind Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen u.a.

Zu 03 15/231 01

Zuweisungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Zu 03 15/422 01 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen (einschließlich Sicherheitszulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss).

Zu 03 15/422 41

Vgl. Erläuterungen bei Tit. 547 01.

Zu 03 15/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen (einschließlich Sicherheitszulage, Erschwerniszulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrtkostenzuschuss) sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 15/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	12,0	12,0
2. Umzugskostenvergütungen	4,0	4,0
Zusammen	16,0	16,0

Vgl. Erläuterungen bei Tit. 547 01.

Zu 03 15/511 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	43,0	43,0
2. Bücher und Zeitschriften	31,0	31,0
3. Kommunikation	139,0	139,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	18,0	18,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	25,0	25,0
6. Sonstiges	143,0	143,0
Zusammen	399,0	399,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 42,0 Tsd. € wegen gestiegenem Bedarf unter Berücksichtigung einer Umschichtung in Höhe 53,0 Tsd. € aus Titel 547 01 und einer Ansatzkürzung von 18,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 15/514 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	340,0	340,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	158,1	158,1
Zusammen	498,1	498,1

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	498,1	498,1
Personalausgaben	110,0	110,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	237,6	237,6
Ausgaben für Leasing/Miete	137,7	137,7
Zusammen	983,4	983,4

2011 gegenüber 2010:

Weniger 48,5 Tsd. € nach einer Ansatzkürzung von 27,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre u.a.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
514 11-8	049	Dienst- und Schutzkleidung	2,4	2,4	A B C	1,9 2,5 2,0
517 01-7	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	31,2	31,2	A B C	108,0 140,5 96,0
517 05-3	049	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	19,2	19,2	A B C	16,0 18,1 17,9
517 31-1	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	172,8	172,8	A B C	70,3 47,2 2,9
517 35-7	049	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	163,0	163,0	A B C	173,0 136,6 16,1
518 01-6	049	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	128,9	128,9	A B C	136,0 134,9 135,1
518 11-4	049	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	13,9	13,9	A B C	14,5 11,4 14,0
518 18-7	049	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	137,7	137,7	A B C	138,0 128,4 94,1
518 31-0	049	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-5	049	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 2,1 2,9
527 01-5	049	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	438,6	438,6	A B C	391,7 407,0 412,0
532 11-6	049	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
534 01-6	049	Besondere Zwecke <i>Die Ausgaben unterliegen der alleinigen Prüfung durch den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Auch zur Verstärkung der übrigen Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben.</i>	1.651,3	1.651,3	A B C	1.656,6 1.490,5 1.399,6
546 49-6	049	Vermischte Verwaltungsausgaben	5,1	5,1	A B C	5,3 8,1 3,5
547 01-1	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die personelle Verstärkung des Verfassungsschutzes <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltstellen der HGr. 5 des Kap. 03 15. Aus dem Ansatz dürfen auch die Titel 422 41, 428 41 und 453 01 verstärkt werden.</i>	***	***	A	131,5
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-7	049	Kostenanteil an der Schule für Verfassungsschutz	233,2	233,2	A B C	184,1 163,5 155,7

Erläuterungen

Zu 03 15/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä., Wartungskosten für die Einbruch- und Brandmeldeanlage und für die unterbrechungsfreie Stromversorgung sowie Ausgaben für die Bewachung durch private Unternehmen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 76,8 Tsd. € wegen Umschichtung der Ausgaben für die Bewachung zu Tit. 517 31.

Zu 03 15/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	11,5	11,5
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	7,7	7,7
Zusammen	19,2	19,2

Zu 03 15/517 31

2011 gegenüber 2010:

Mehr 102,5 Tsd. € aufgrund von Mehrkosten für die Intensivierung der Bewachung des Dienstgebäudes durch ein privates Unternehmen; hierbei werden bisher für die Bewachung veranschlagte Mittel in Höhe von 76,8 Tsd. € infolge des Übergangs der Grundbesitzverwaltung auf das PP München von Tit. 517 01 umgesetzt.

Zu 03 15/527 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 46,9 Tsd. € wegen gestiegenem Bedarf unter Berücksichtigung einer Umschichtung von 61,1 Tsd. € aus Tit. 547 01 und einer Ansatzkürzung von 20,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 15/534 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 5,3 Tsd. € unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 76,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 15/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 15/547 01

2011 gegenüber 2010:

10,0 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung nach Tit. 422 41,
7,4 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung nach Tit. 453 01,
53,0 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung nach Tit. 511 01,
61,1 Tsd. €	weniger wegen Umsetzung nach Tit. 527 01,
131,5 Tsd. €	weniger.

Zu 03 15/632 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 49,1 Tsd. € im Hinblick auf den zu erwartenden Kostenbeitrag für die Schule für Verfassungsschutz.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Baumaßnahmen				
701 01-3	049	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
					B	32,0
					C	84,9
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-0	049	Erwerb von Dienstfahrzeugen	237,6	237,6	A	287,2
					B	208,4
					C	229,2
812 01-9	049	Erwerb von Geräten, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	400,0	400,0	A	451,9
					B	350,8
					C	396,9
		Titelgruppen				
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-6	049	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	497,3	497,3	A	508,7
					B	597,3
					C	551,7
514 99-3	049	Verbrauchsmittel	63,3	63,3	A	43,6
					B	59,9
					C	53,2
517 99-0	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 99-9	049	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
519 99-8	049	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
525 99-0	049	Aus- und Fortbildung	41,8	41,8	A	28,7
					B	39,7
					C	21,6

Erläuterungen

Zu 03 15/701 01

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 03 02 Tit. 701 01.

Zu 03 15/811 01

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhalts- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen Fahrzeuge der Baujahre 1996 bis 2005 mit Fahrleistungen bis über 200.000 km ersetzt werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 49,6 Tsd. € unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (12,6 Tsd. €).

Zu 03 15/812 01

Erst- und Ergänzungsbeschaffungen von fachtechnischen Geräten, Einrichtungen sowie Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 51,9 Tsd. € unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (19,8 Tsd. €).

Zu 03 15/99

Betrieb der EDV-Systeme und -Verfahren des Landesamts im Verbund mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie Einsatz von Verwaltungsverfahren im Verbund des Bayer. Behördennetzes.

Personal im Kap. 03 15, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Plan-Beamte			
A 15	1	1	1
A 13	1	1	1
A 12	6	6	6
A 11	2	2	2
A 10	1	1	1
A 9	2	2	2
A 9 + AZ	1	1	1
Summe	14	14	14
Arbeitnehmer			
E 11	2	3	3
E 10	1	-	-
Summe	3	3	3
Insgesamt	17	17	17

Zu 03 15/511 99

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	30,1	30,1
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	40,0	40,0
3. Wartung	419,2	419,2
4. Bücher und Zeitschriften	1,7	1,7
5. Sonstiges	6,3	6,3
Zusammen	497,3	497,3

2011 gegenüber 2010:

Weniger 11,4 Tsd. € unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 23,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 15/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf an Datenträgern, Papier, Toner, Tintenpatronen usw.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 19,7 Tsd. € wegen gestiegenem Bedarf.

Zu 03 15/525 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 13,1 Tsd. € wegen des erhöhten Fortbildungsbedarfs infolge neuer DV-Systeme.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
526 99-9	049	Ausgaben für Sachverständige	74,3	74,3	A B C	59,6 15,2 39,9
534 99-9	049	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	94,9	94,9	A B C	81,4 34,0 17,1
632 99-0	049	Erstattungen an Bund und Länder	---	---	A C	--- 4,3
701 99-6	049	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-9	049	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 15,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 15,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	122,3	122,3	A B C	156,6 203,3 114,4
Summe der Titelgruppe			893,9	893,9	A B C	878,6 949,4 802,1
Gesamtausgaben			25.099,3	25.583,6	A B C	25.271,2 24.339,3 23.553,8

Erläuterungen**Zu 03 15/526 99**

Server- und Backofficeanwendungen sowie die Netzinfrastruktur müssen zur Aufrechterhaltung der Interoperabilität mit den Clients und Systemen ständig auf einem aktuellen Stand gehalten werden. Hierzu ist externer Sachverstand erforderlich.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 14,7 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/534 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 13,5 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 15/632 99

Für Erstattungen im Rahmen gemeinsamer Projektentwicklungen.

Zu 03 15/815 99

Erstbeschaffungen

1. Disasterrecoverysystem

2011

Tsd. €

22,5

2012

Tsd. €

22,5

Ersatzbeschaffungen

2. Austausch Pcs, Monitore, Drucker, Scanner

68,8

68,8

3. Austausch Server

31,0

31,0

Zusammen

122,3

122,3

2011 gegenüber 2010:

Weniger 34,3 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 7,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 15 Landesamt für Verfassungsschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	36,0	36,0	A	36,0
					B	31,1
					C	31,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	70,0	70,0	A	70,0
					B	134,7
					C	59,5
		Gesamteinnahmen	106,0	106,0	A	106,0
					B	165,8
					C	90,6
		Personalausgaben	19.596,6	20.080,9	A	19.639,0
					B	19.151,5
					C	18.642,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.509,6	4.509,6	A	4.552,4
					B	4.229,9
					C	3.925,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	233,2	233,2	A	184,1
					B	163,5
					C	160,0
		Baumaßnahmen	-	-	A	-
					B	32,0
					C	84,9
		Sonstige Sachinvestitionen	759,9	759,9	A	895,7
					B	762,5
					C	740,5
		Gesamtausgaben	25.099,3	25.583,6	A	25.271,2
					B	24.339,3
					C	23.553,8
		Zuschuss	24.993,3	25.477,6	A	25.165,2
					B	24.173,5
					C	23.463,2

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-3	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,0
					C	0,1
111 05-9	042	Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige	30,0	30,0	A	30,0
					B	25,8
					C	23,9
119 14-0	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	23,1
					C	16,4
119 49-9	042	Vermischte Einnahmen	55,0	55,0	A	45,0
					B	64,3
					C	58,1
124 01-8	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	45,0	45,0	A	36,0
					B	56,5
					C	90,1
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Erstattungen im Rahmen von Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 97 bzw. TG 99.</i>	---	---	A	---
232 01-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Erstattungen im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von luK-Verfahren der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei TG 97 bzw. TG 99. Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i>	---	---	A	---
					B	1.042,0
					C	1.002,6
236 01-3	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
					B	22,0
					C	11,1
236 12-0	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	17,7
					C	23,8
271 01-9	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
					B	243,7
					C	105,6
282 03-4	042	Kaufgelder oder Belohnungsmittel von Dritten <i>Von Dritten bereitgestellte Kaufgelder oder Belohnungsmittel erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 533 05.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			132,0	132,0	A	113,0
					B	1.496,1
					C	1.331,8

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kap. 03 17

Das Bayerische Landeskriminalamt (BLKA) in München ist nach Art. 7 des Polizeiorganisationsgesetzes die zentrale Dienststelle für kriminalpolizeiliche Aufgaben. Es betreibt eine Außenstelle in Nürnberg.

Es ist dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet. Das Landeskriminalamt ist zugleich zentrale Dienststelle der Kriminalpolizei im Sinne des Gesetzes über die Einrichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes (Bundeskriminalamtes) und Zentralstelle für die gesamte Informations-/Kommunikationstechnik der Bayerischen Polizei (Beschaffung, Betrieb, Entwicklung), ferner zentrale Beschaffungsstelle für IuK-Technik mit bayernweiter Zuständigkeit. Die Autorisierte Stelle Digitalfunk (AS) im Landeskriminalamt ist Ansprechpartner für die bayerischen BOS und die Koordinierende Stelle. Die AS organisiert und koordiniert für ihren Zuständigkeitsbereich die von den BOS gestellten Anforderungen zur Dienstebereitstellung und zum Einsatz der Fernmeldemittel des BOS-Digitalfunks. Seit 01.01.2002 ist beim Landeskriminalamt das Strategische Innovationszentrum der Bayerischen Polizei eingerichtet (Maßnahme des Sicherheitskonzepts Bayern), das insbesondere Prognosen zu möglichen Kriminalitäts-Szenarien und neue Ansätze für die Verbrechensbekämpfung liefern soll. Darüber hinaus ist das Landeskriminalamt als Führungsstelle Grenze bestimmt.

Zu 03 17/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 17/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	45,0	45,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	45,0	45,0

Zu 03 17/231 01

Erstattungen vom Bund im Rahmen von bundesweiten Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei.

Zu 03 17/232 01

Erstattungen von Ländern im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen zur arbeitsteiligen Planung, Entwicklung und Pflege von IuK-Verfahren der Polizei sowie für überörtliche Einsätze.

Zu 03 17/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzeinstellungen.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-7	042	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	50.337,8	51.629,7	A	49.488,4
					B	49.160,8
					C	47.421,9
422 21-3	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	178,8	181,7	A	---
					B	174,8
422 31-1	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	1.466,8	1.491,1	A	1.633,6
					B	1.433,9
					C	1.259,7
422 41-9	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	350,0	350,0	A	300,0
					B	283,4
					C	220,1
428 01-1	042	Entgelte der Arbeitnehmer	18.200,0	18.503,4	A	18.006,7
					B	17.845,6
					C	17.021,2
428 11-9	042	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	---	---	A	57,5
					B	60,7
					C	53,3
<u>428 21-7</u>	042	Entgelte der Arbeitnehmer	57,5	57,5	A	
428 41-3	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	18,5	18,5	A	16,5
					B	19,1
					C	3,5
453 01-9	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	30,0	30,0	A	55,0
					B	27,4
					C	28,9
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-9	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	640,0	640,0	A	640,0
					B	714,8
					C	696,3
511 22-4	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	450,0	450,0	A	500,0
					B	421,1
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>	<i>50,0</i>			
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i>	<i>50,0</i>			
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				

Erläuterungen

Zu 03 17/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen (z. B. Fahrkostenzuschuss).

	Zahl der Empfänger	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Aufwandsentschädigung für die Rauschgiftsachbearbeiter bei Körperschmuggel	5/5	1,3	1,3

Zu 03 17/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 17/422 41

2011 gegenüber 2010:

Mehr 50,0 Tsd. € aufgrund vermehrter Gewährung von Mehrarbeitsvergütung bei Sonderlagen.

Zu 03 17/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen (auch Programmierzulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 17/428 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 57,5 Tsd. € wegen Umsetzung des Arbeitnehmers für die CITRIX-Betreuung auf eine Stelle des Tit. 428 21.

Zu 03 17/428 21

Löhne für Arbeiter auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 428 11.

Zu 03 17/453 01

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Trennungsgeld	27,0	27,0
2. Umzugskostenvergütungen	3,0	3,0
Zusammen	30,0	30,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 25,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 17/511 01

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	300,0	300,0
2. Bücher und Zeitschriften	80,0	80,0
3. Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4. Entgelte für Postdienstleistungen	40,0	40,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	220,0	220,0
6. Sonstiges	-	-
Zusammen	640,0	640,0

Zu 03 17/511 22

2011 gegenüber 2010:

Weniger 50,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 27,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
514 01-6	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.400,0
					B	1.024,0
					C	1.117,5
514 11-4	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	240,0	240,0	A	240,0
					B	232,7
					C	220,2
514 21-2	042	Verbrauchsmittel	2.000,0	2.000,0	A	2.000,0
					B	1.736,0
					C	1.635,8
514 25-8	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	-116,5
					C	6,5
517 01-3	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.350,0	1.350,0	A	1.500,0
					B	1.256,7
					C	1.196,1
517 05-9	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	2.200,0	2.200,0	A	2.200,0
					B	2.000,7
					C	2.076,5
517 31-7	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	7,0	7,0	A	7,5
					B	6,6
					C	7,7
517 35-3	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	8,5	8,5	A	11,0
					B	8,1
					C	8,0
518 01-2	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	850,0	850,0	A	920,0
					B	812,6
					C	886,8
518 11-0	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	120,0	120,0	A	120,0
					B	120,2
					C	133,5
518 18-3	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 180,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 180,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	284,0	284,0	A	284,0
					B	257,6
					C	227,4
518 31-6	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	59,2	59,2	A	59,2
					B	58,1
					C	59,2
519 01-1	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	344,1	344,1	A	430,0
					B	835,4
					C	665,0
526 01-2	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	2,0	2,0	A	---
					B	2,1
					C	0,1
526 11-0	042	Kosten für Sachverständige	120,0	120,0	A	50,0
					B	113,2
					C	183,7

Erläuterungen

Zu 03 17/514 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Betriebsstoffe	700,0	700,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	500,0	500,0
Zusammen		<u>1.200,0</u>	<u>1.200,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
Kosten wie vor		1.200,0	1.200,0
Personalausgaben		78,0	78,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen		550,0	550,0
Ausgaben für Leasing/Miete		284,0	284,0
Zusammen		<u>2.112,0</u>	<u>2.112,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	280	280	280	275	60
Lastkraftwagen und Kraftomnibusse	-	-	-	-	-
Sonstiges (Krafträder, Sonderkraftfahrzeuge)	15	15	15	15	-

2011 gegenüber 2010:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtlichen Treibstoffkosten und Wartungskosten unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 64,4 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/514 21

Verbrauchsmittel für Kriminaltechnik (z.B. Entnahmesets für molekulargenetische Untersuchungen und laufender Laborbedarf) sowie laufender Schießbedarf, Munition.

Zu 03 17/514 25

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für IuK-Technik aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

Zu 03 17/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 150,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtlichen Gebäudebewirtschaftungskosten.

Zu 03 17/517 05		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Heizung	700,0	700,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	1.500,0	1.500,0
Zusammen		<u>2.200,0</u>	<u>2.200,0</u>

Zu 03 17/518 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 70,0 Tsd. € wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen.

Zu 03 17/519 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 85,9 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 19,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/526 01

Entschädigung für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

Zu 03 17/526 11

2011 gegenüber 2010:

Mehr 70,0 Tsd. € für die Entschädigung von Sachverständigen und Dolmetschern einschl. Fremdvergabe von DNA-Untersuchungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 2,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
527 01-1	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	900,0	900,0	A	668,0
					B	895,6
					C	610,6
531 01-5	042	Herausgabe amtlicher Blätter und Veröffentlichungen	3,0	3,0	A	1,0
					B	2,6
532 11-2	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	10,0	10,0	A	100,0
					B	8,2
					C	113,2
533 05-9	042	Fahndung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 282 03.</i>	600,0	600,0	A	450,0
					B	570,8
					C	537,4
533 07-7	042	Sachausgaben im Vollzugsdienst	65,0	65,0	A	60,0
					B	62,5
					C	28,9
546 49-2	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	25,0	25,0	A	44,0
					B	23,4
					C	58,8
547 04-4	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	40,0	40,0	A	30,0
					B	36,6
					C	19,9
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
<u>632 01-3</u>	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 17 können den Titel verstärken.</i>	---	---	A	
Baumaßnahmen						
701 01-9	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 400,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0	500,0	A	400,0
					B	1.032,6
					C	459,9
710 00-9	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	3.000,0	---	A	3.000,0
					B	4.895,9
					C	5.241,0
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-6	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	550,0	550,0	A	770,0
					B	528,0
					C	643,8

Erläuterungen

Zu 03 17/527 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 232,0 Tsd. € wegen vermehrter Dienstreisen und Preissteigerungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 30,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/531 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Herausgabe amtlicher Blätter	0,5	0,5
2. Herausgabe von Richtlinienensammlungen	-	-
3. Veröffentlichungen	2,5	2,5
4. Veröffentlichungen der kriminologischen Forschungsgruppe	-	-
Zusammen	3,0	3,0

Zu 03 17/532 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 90,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 4,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/533 05

Ausgaben für Fahndung und Belohnungen für die Mitwirkung Privater bei der Aufklärung strafbarer Handlungen.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 150,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 20,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/533 07

Ausgaben für die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme durch die Polizei.

Zu 03 17/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsbereisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 19,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 2,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/632 01

Erstattungsleistungen insbesondere für Einsatzunterstützungen nicht geschlossener Einheiten eines anderen Landes oder des Bundes.

Zu 03 17/701 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Bayer. Landeskriminalamt München, Maillingerstraße 15		
- Erneuerung der USV-Anlage im Bauteil B	400,0	-
- EDV-Verkabelung	100,0	-
- Erneuerung der Beleuchtung im Bauteil B	-	500,0
Zusammen	500,0	500,0

Zu 03 17/811 01

Für den Ersatz von Fahrzeugen der Baujahre 2002 bis 2007 mit Fahrleistungen von bis zu 250.000 km.

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 220,0 Tsd. € wegen Umschichtung in den Betriebs- und Einsatzkostenbereich zum Ausgleich der Mehraufwendungen und Preissteigerungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 33,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 01-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	1.000,0	A B C	1.200,0 1.209,2 1.162,9
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-8	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	54,2	63,2	A	---
<u>981 12-7</u>	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	
Titelgruppen						
71 Ausbildung						
453 71-4	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0	A B C	10,0 13,6 25,1
525 71-8	042	Sonstige Ausbildungskosten	1,0	1,0	A C	10,0 10,1
Summe der Titelgruppe			11,0	11,0	A B C	20,0 13,6 35,1
75 Fortbildung						
453 75-0	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	1,0
525 75-4	042	Sonstige Fortbildungskosten	260,0	260,0	A B C	280,0 249,5 262,3
Summe der Titelgruppe			261,0	261,0	A B C	281,0 249,5 262,3
96 Betrieb, Instandhaltung, Überwachung, Erweiterung und Verlegung von polizeieigenen Kommunikationssystemen						
511 96-5	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	6.500,0	6.300,0	A B C	7.025,5 6.134,6 6.159,4
514 96-2	042	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
518 96-8	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 96-9	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 96-8	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A C	30,2 9,8

Erläuterungen

Zu 03 17/812 01

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen.

Aus dem Ansatz dürfen auch Zuschüsse für privat beschaffte Unterziehschutzwesten gewährt werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen Umschichtung in den Betriebs- und Einsatzkostenbereich zum Ausgleich der Mehraufwendungen und Preissteigerungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 52,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/981 11

Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd nach Maßgabe des vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossenen Verrechnungskonzepts.

Zu 03 17/71

Ausgaben für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt das Landeskriminalamt als entsendende Dienststelle.

Zu 03 17/75

Die persönlichen Abfindungen trägt das Landeskriminalamt als entsendende Dienststelle. Daneben sind Fortbildungsmittel für Fachpersonal bei Tit. 525 96, 525 97, 525 98 und 525 99 veranschlagt.

Zu 03 17/96

Das Bayer. Landeskriminalamt als Zentralstelle für die Informations- und Kommunikationstechnik der Bayer. Polizei betreibt Kommunikationsverbindungen zu allen bayerischen Polizeidienststellen und zu anderen Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder. Des Weiteren betreibt es den zentralen Übergang in das bayerische Behördennetz und über diesen Weg auch in das Internet. Für das in BayKom realisierte Corporate Network der Bayer. Polizei (Sprach- und Datennetz) sowie für die mobile Datenkommunikation hat es alle Ausgaben zu leisten. Insbesondere sind dies die Leitungsentgelte für die Festnetzverbindungen und die Kosten für die angeschlossenen Anlagen (Hard- und Software), die aus technischen Gründen einheitlich sein müssen.

Zu 03 17/511 96

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	400,0	400,0
2. Kommunikation	6.100,0	5.900,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	-	-
Zusammen	6.500,0	6.300,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 525,5 Tsd. € wegen Einsparungen bei den Netzkosten infolge der Neuvergabe BayKom-2010 unter gleichzeitiger Berücksichtigung des massiv steigenden Bandbreitenbedarfs und einer Ansatzkürzung von 41,0 Tsd. € aufgrund der haushaltsneutralen Sperreabsenkung.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen Einsparungen bei den Netzkosten.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 96-1	042	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 400,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.350,1	1.251,8	A	1.780,0
					B	44,5
					C	144,7
		Summe der Titelgruppe	7.850,1	7.551,8	A	8.835,7
					B	6.179,1
					C	6.313,8
		97 Kosten der Telekommunikation <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>				
511 97-4	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	1.450,0	1.450,0	A	1.100,0
					B	937,0
					C	1.523,6
518 97-7	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	80,0
					C	10,9
525 97-8	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 97-7	042	Vergabe von Aufträgen	140,0	140,0	A	---
					B	143,6
632 97-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund und Länder	---	---	A	---
812 97-0	042	Erwerb von Hard- und Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 300,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.650,0	1.650,0	A	1.724,0
					B	3.071,9
					C	1.686,0
		Summe der Titelgruppe	3.240,0	3.240,0	A	2.904,0
					B	4.152,4
					C	3.220,6
		98 Kosten der Funkkommunikation				
511 98-3	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	110,0	110,0	A	90,0
					B	195,2
					C	67,5
518 98-6	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 98-7	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
534 98-6	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
812 98-9	042	Erwerb von Hard- und Software	15,0	15,0	A	20,0
					C	46,5
		Summe der Titelgruppe	125,0	125,0	A	110,0
					B	195,2
					C	113,9

Erläuterungen

Zu 03 17/812 96

Aufwendungen für Hard- und Software, die zur Erfüllung der Bandbreitenanforderungen auf Grund neuer im Netz zu übertragender Dienste (VoIP, Bilder, Video) erforderlich sind, sowie für Maßnahmen zur Sicherstellung der hohen Anforderungen an Verfügbarkeit und Sicherheit im Corporate Network der Bayer. Polizei.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 429,9 Tsd. € wegen geringerem Bedarf an Netztechnik unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Sperreabsenkung (78,0 Tsd. €).

2012 gegenüber 2011:

Weniger 98,3 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 17/97

Die bayerische Polizei betreibt einen homogenen TK-Anlagenverbund, der hohe Verfügbarkeit und in Krisenfällen auch von öffentlichen Netzen unabhängige Sprachkommunikation garantiert. Das Bayer. Landeskriminalamt betreibt neben dem internen Anlagenverbund die Hauptvermittlung für die Sprachkommunikation der bayerischen Polizei (hinsichtlich der Kosten für das Festverbindungsnetz der bayerischen Polizei vgl. TG 96). Des Weiteren setzt das Bayer. Landeskriminalamt spezielle luK-Technik im Rahmen der polizeilichen Aufgaben, die sich aus der StPO und dem PAG ergeben, ein.

Zu 03 17/511 97

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2. Kommunikation	500,0	500,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	930,0	930,0
Zusammen	<u>1.450,0</u>	<u>1.450,0</u>

2011 gegenüber 2010:

Mehr 350,0 Tsd. € für Wartung und Support zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der spezifischen luK-Technik unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Sperreabsenkung (50,6 Tsd. €).

Zu 03 17/518 97

2011 gegenüber 2010:

Weniger 80,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 17/534 97

Zur Entwicklung von Techniken, die zur Erledigung der Aufgaben nach der StPO bzw. dem PAG erforderlich sind, bedarf es der Einbeziehung externen Sachverständigen.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 140,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 17/812 97

Erweiterung von Telekommunikationssystemen mit Peripherie, Ersatz und Ergänzungen der Dokumentationseinrichtungen für Telekommunikationsdienste, Mobilfunkendgeräte, Telefaxeinrichtungen, Gegensprechanlagen und spezifische luK-Technik.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 74,0 Tsd. € wegen der haushaltsneutralen Sperreabsenkung.

Zu 03 17/98

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf derzeit durch eigene Netze in analoger Technik ab. Hierfür sind auch noch während der Migrationsphase zum Digitalfunk Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte sowie Mess- und Prüfeinrichtungen für die luK-Servicestellen erforderlich.

Zu 03 17/511 98

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	110,0	110,0
2. Kommunikation	-	-
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	-	-
Zusammen	<u>110,0</u>	<u>110,0</u>

2011 gegenüber 2010:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf zum Erhalt der Betriebssicherheit unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Sperreabsenkung (4,1 Tsd. €).

Zu 03 17/812 98

Veranschlagt sind notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen im Funkbereich.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
		<i>Vgl. Vermerke bei Tit. 231 01 und 232 01.</i>				
511 99-2	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	6.000,2	6.000,2	A	5.020,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 100,0</i>			B	6.696,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 100,0</i>			C	5.718,7
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
514 99-9	042	Verbrauchsmittel	215,0	215,0	A	99,2
					B	215,5
					C	97,2

Erläuterungen

Zu 03 17/99

Das Bayer. Landeskriminalamt ist gemäß Art. 7 Polizeiorganisationsgesetz Zentralstelle für die Datenverarbeitung bei der Bayer. Polizei. Für alle landesweiten Verfahren werden im Bayer. Landeskriminalamt eine Serverinfrastruktur mit HP-UX als strategische Großrechnerplattform der Polizei sowie mehrere Windows- und OSS-Server betrieben. Auf dieser Infrastruktur werden verschiedenste, teils selbst entwickelte, teils in Form von zugekaufter Standardsoftware bereitgestellte polizeiliche Fachverfahren eingesetzt, z.B. zur Unterstützung der Fahndung, der Vorgangsbearbeitung, der polizeilichen Ermittlungsarbeit, der Einsatzbewältigung, der Bearbeitung von Verkehrsdelikten, der Personalverwaltung, der Dienstplanung, für die Warenwirtschaft, für die formelle elektronische Kommunikation, für den zentralen Verzeichnisdienst "Active Directory" und für den zentralisierten E-Maildienst, sowie zur Kommunikation mit polizeiexternen IT-Verfahren. In diesem Bereich sind aufgrund von notwendigen Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen entsprechende IT-Ressourcen (Rechner- und Speicherkapazitäten etc.) bereitzustellen und zu betreiben. Des Weiteren sind zur Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit Nachersatzmaßnahmen am zentralen Sicherheitsgateway an der Netzgrenze des Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY) durchzuführen. Neben dieser landesweit bereitzustellenden Infrastruktur ist die für das Bayer. Landeskriminalamt selbst erforderliche IT-technische Ausstattung zu gewährleisten.

Personal im Kap. 03 17, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Plan-Beamte			
A 16	1	1	1
A 15	3	3	3
A 14	5	5	5
A 13	21	22	22
A 12	73	85	85
A 11	50	50	50
A 10	20	20	20
A 9	41	43	45
A 9 + AZ	13	8	6
A 8	10	15	15
A 7	5	3	3
Summe	242	255	255
Arbeitnehmer			
E 14	1	1	1
E 13	1	1	1
E 12	4	4	4
E 11	9	9	9
E 10	6	6	6
E 9	5	5	5
E 8	22	22	22
E 6	22	22	22
E 5	8	8	8
Summe	78	78	78
Insgesamt	320	333	333

Zu 03 17/511 99

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	400,2	400,2
2. Kommunikation	-	-
3. Wartung, Sonstiges	5.600,0	5.600,0
Zusammen	6.000,2	6.000,2

2011 gegenüber 2010:

Mehr 980,2 Tsd. € wegen notwendiger Anpassung an den steigenden Bedarf in den Bereichen Wartung, Pflege und Support sowie für verstärkt notwendigen Nachersatz in der zentralen RZ-Infrastruktur zur Sicherstellung eines „Rund-um-die-Uhr-Betriebes“ unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 231,0 Tsd. € infolge der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger etc.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 115,8 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 4,6 Tsd. € infolge der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
518 99-5	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.400,0	1.400,0	A	1.400,0
					B	3.010,7
					C	2.919,8
525 99-6	042	Aus- und Fortbildung	340,0	340,0	A	422,0
					B	334,7
					C	320,7
526 99-5	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-5	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä. <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.550,0	1.550,0	A	950,0
					B	1.653,2
					C	504,9
632 99-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund und Länder	---	---	A	---
					C	86,0
701 99-2	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-5	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 4.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 4.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.745,8	7.736,8	A	8.350,0
					B	6.666,3
					C	6.667,5
Summe der Titelgruppe			17.251,0	17.242,0	A	16.241,2
					B	18.576,6
					C	16.314,7
Gesamtausgaben			115.999,5	114.323,7	A	115.034,3
					B	117.236,3
					C	110.525,5

Erläuterungen

Zu 03 17/518 99

Leasing- und Mietkosten für Hard- und Software insbesondere auch zum Erreichen der luK-Standards der bayerischen Staatsverwaltung im Bereich der Betriebssysteme und Officeprodukte auf den Arbeitsplatzsystemen.

Zu 03 17/525 99

Kursgebühren und Lehrmaterial für das DV-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 82,0 Tsd. € entsprechend dem erwarteten Bedarf unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (19,4 Tsd. €).

Zu 03 17/534 99

Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung, Einbeziehung externen Sachverständs bei Konzepterstellungen u. ä.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 600,0 Tsd. € wegen verstärkt anfallendem Bedarf für Konzepterstellungen bzw. Unterstützung durch externe Firmen zu Vorhaben wie Infrastrukturkonzept, Office- und Betriebssystemumstellung sowie Anpassungen der jeweiligen Fachverfahren auf Grund sich ändernder gesetzlicher oder technischer Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 43,7 Tsd. € infolge der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 17/815 99

Anpassungen und Ergänzungen zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs der zentralen luK-Infrastruktur im Bayer. Landeskriminalamt und der LKA-internen IT-Ausstattung, sowie der Pflege polizeilicher Fachverfahren. Konsolidierungs- und Reinvestitionsmaßnahmen im Bereich der strategischen Großrechnerplattform HP-UX und für zukunftsorientierte Anpassungen und Erweiterungen der Infrastruktur. Im Storage-Bereich sind entsprechende Erweiterungen an den stetig steigenden fachlichen Bedarf zu berücksichtigen. Zudem sind im Rahmen der K-Fallvorsorge entsprechende Hard- und Softwarebeschaffungen zu tätigen und weitere Umsetzungsphasen im Rahmen der technischen Fortentwicklung des "Integrationsverfahren der Polizei (IGVP)" sowie Umsetzungsprojekte des luK-Infrastrukturkonzepts zu finanzieren.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 604,2 Tsd. € wegen notwendiger Umschichtung nach Tit. 511 99 zur Betriebssicherung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 366,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 17 Landeskriminalamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	132,0	132,0	A	113,0
					B	170,7
					C	188,7
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	1.325,4
					C	1.143,2
		Gesamteinnahmen	132,0	132,0	A	113,0
					B	1.496,1
					C	1.331,8
		Personalausgaben	70.650,4	72.272,9	A	69.568,7
					B	69.019,3
					C	66.171,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	29.484,0	29.284,0	A	28.221,6
					B	30.768,7
					C	28.215,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	-
					C	86,0
		Baumaßnahmen	3.500,0	500,0	A	3.400,0
					B	5.928,5
					C	5.700,9
		Sonstige Sachinvestitionen	12.310,9	12.203,6	A	13.844,0
					B	11.519,9
					C	10.351,3
		Besondere Finanzierungsausgaben	54,2	63,2	A	-
					B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	115.999,5	114.323,7	A	115.034,3
					B	117.236,3
					C	110.525,5
		Zuschuss	115.867,5	114.191,7	A	114.921,3
					B	115.740,2
					C	109.193,7

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-1	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	6.500,0	6.500,0	A	7.600,0
					B	6.275,4
					C	7.705,0
111 05-7	042	Entschädigungen für Zeugen und Sachverständige	80,0	80,0	A	60,0
					B	87,8
					C	40,2
112 01-0	042	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	6.500,0	6.500,0	A	7.500,0
					B	5.994,7
					C	6.359,1
119 13-9	042	Eigenanteil der Polizeibediensteten an den Kosten für ermäßigte Fahrten mit dem MVV <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 682 02.</i>	---	---	A	---
					B	1.208,8
					C	1.412,3
119 14-8	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	88,7
					C	100,9
119 49-7	042	Vermischte Einnahmen	1.300,0	1.300,0	A	1.300,0
					B	1.535,9
					C	1.354,5
124 01-6	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	840,0	840,0	A	880,0
					B	843,0
					C	918,0
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-6	042	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A	---
232 01-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i>	---	---	A	---
					B	80,6
					C	62,1
235 03-0	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
					B	11,5
					C	21,9
236 01-1	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
					B	47,8
					C	47,7
236 12-8	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	571,2
					C	492,8

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 18

Durch die Organisationsreform der Bayerischen Polizei (Abschluss 31.12.2009) wurde die bisherige vierstufige Aufbauorganisation (StMI, Polizeipräsidium, Polizeidirektionen, Inspektionen) in eine gestraffte, dreistufige Aufbauorganisation (StMI, Polizeipräsidium, Inspektionen) umgestaltet. Die neue dreistufige Organisation wurde im Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei vom 01.01.1983 (Polizeiorganisationsgesetz - POG, zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 8. Februar 2010 - GVBl S. 54 -) festgeschrieben.

Die Bayerische Landespolizei gliedert sich in Präsidien, die dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet sind, in Inspektionen und Kriminalfachdezernate, die den Präsidien unmittelbar nachgeordnet sind, und, soweit erforderlich, den Inspektionen unmittelbar nachgeordnete Stationen. Besondere Dienststellen bestehen in diesem Rahmen für den Kriminaldienst, für den Verkehrs- und Autobahnpolizeidienst und entlang der österreichischen und tschechischen Grenze für die Fahndung. Die Landespolizei wird im gesamten Staatsgebiet für alle der Polizei obliegenden Aufgaben eingesetzt, soweit nicht besondere örtliche und sachliche Dienstbereiche anderen Teilen der Polizei zugewiesen sind. Ihr obliegt insbesondere

1. Verhütung, Unterbindung und polizeiliche Verfolgung mit Strafe oder mit Geldbuße bedrohter Handlungen sowie Überwachung des Straßenverkehrs und des überörtlichen Verkehrs auf den Binnengewässern einschl. der Häfen (Art. 2 Polizeiaufgabengesetz - PAG, Art. 4 Abs. 1 POG, §§ 161, 163 Strafprozessordnung, §§ 56-66 Ordnungswidrigkeitengesetz),
2. Mitwirkung als Vollzugsorgan der Behörden der Allgemeinen Inneren Verwaltung und als Hilfsorgan anderer Verwaltungsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Abwehr von Gefahren und durch Unterbindung und Beseitigung von Störungen (Art. 2 PAG),
3. Hilfeleistungen bei Unglücksfällen und gemeiner Gefahr (Art. 2 PAG),
4. Erledigung von Vollzugshilfeersuchen hierzu berechtigter Behörden und Dienststellen (Art. 50 ff PAG).

Das Polizeipräsidium Unterfranken ist zudem bayernweit zuständig für die Beschaffung der Kraftfahrzeuge, das Polizeipräsidium München für die Verkehrsüberwachungs- und Atemalkoholmesstechnik.

Zu 03 18/111 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.100,0 Tsd. € wegen Zentralisierung der Kostensachbearbeitung für Transportbegleitung und Aktenübersendung beim Bayer. Polizeiverwaltungsamt.

Zu 03 18/112 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge Anpassung an die voraussichtliche Entwicklung.

Einnahmen aus Verwarnungsgeldern kommunaler Park- und Verkehrsüberwachungsdienste (VO über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht) sind bei Kap. 03 09 Tit. 112 05 ausgewiesen.

Zu 03 18/119 13

Die Polizeibediensteten leisten einen Eigenanteil zu den Kosten der ermäßigten Fahrten mit dem MVV (vgl. Tit. 682 02).

Zu 03 18/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 18/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	150,0	150,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	260,0	260,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	150,0	150,0
4. Sonstige Einnahmen	280,0	280,0
Zusammen	840,0	840,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 40,0 Tsd. € wegen Anpassung an die zu erwartenden Mieteinnahmen.

Zu 03 18/235 03

Eingliederungshilfen der Bundesagentur für Arbeit.

Zu 03 18/236 01

Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit zum Arbeitsentgelt für die Beschäftigung Schwerbehinderter.

Zu 03 18/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatzeinstellungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
261 01-9	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
					B	1,6
					C	1,2
271 01-7	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr. 5.</i>	---	---	A	---
272 02-5	042	Zuschuss der EU für das Projekt "PHARE" <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 547 07.</i>	***	***	A	---
272 03-4	042	Zuschüsse der EU für das Projekt "ASSET" <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 812 01.</i>	---	---	A	---
					B	211,4
282 03-2	042	Kaufgelder oder Belohnungsmittel von Dritten <i>Von Dritten bereitgestellte Kaufgelder oder Belohnungsmittel erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 533 05.</i>	---	---	A	---
					C	2,0
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
331 01-5	042	Erstattung vom Bund für Altlasten bei Baumaßnahmen <i>Der Titel 710 00 darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen verstärkt werden.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			15.220,0	15.220,0	A	17.340,0
					B	16.958,4
					C	18.518,3
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-5	042	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	1.106.279,4	1.136.239,8	A	1.110.677,4
					B	1.067.851,9
					C	1.038.740,8
422 21-1	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	7.542,5	7.667,9	A	1.520,5
					B	7.373,8
					C	5.204,4
422 31-9	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	12.414,6	12.620,9	A	14.230,1
					B	12.136,8
					C	13.194,9
422 41-7	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	500,2
					C	390,6
428 01-9	042	Entgelte der Arbeitnehmer	155.196,4	165.073,1	A	153.031,9
					B	147.446,0
					C	142.086,6
428 11-7	042	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 231 01 und 231 02.</i>	---	---	A	---
					B	67,0
428 21-5	042	Entgelte der Arbeitnehmer	850,0	850,0	A	1.200,0
					B	835,0
					C	945,9

Erläuterungen

Zu 03 18/261 01

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte, z.B. durch die Hauptfürsorgestellen.

Zu 03 18/272 02

Wegfall des Titels nach Abschluss des Projekts.

Zu 03 18/331 01

Erstattungen vom Bund wegen Altlastensanierungen, die vorweg im Zuge von Hochbaumaßnahmen durchgeführt werden müssen (in der Regel 90 v.H. der Aufwendungen für solche Sanierungsmaßnahmen). Der Bund hat sich zur Erstattung durch Kaufvertrag verpflichtet.

Zu 03 18/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Erschwerniszulage, Gefahrenzulage) und Zuwendungen.

Zu 03 18/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 03 18/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 18/428 11

Vgl. Vermerk bei Kap. 03 20 Tit. 231 01 und 231 02.

Zu 03 18/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer (Reinigungskräfte) auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 350,0 Tsd. € infolge verstärkter Fremdreinigung.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
428 41-1	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	161,0	161,0	A	62,0
					B	140,8
					C	54,6
453 01-7	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	2.500,0	2.500,0	A	1.850,0
					B	2.568,8
					C	2.370,4
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-7	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8.500,0	8.500,0	A	5.022,5
					B	8.974,2
					C	5.455,1
511 22-2	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Bewaffnung, Wartung	3.500,0	3.500,0	A	1.800,0
					B	3.302,2
511 24-0	042	Beschaffung und Unterhalt von Tieren	850,0	850,0	A	850,0
					B	1.003,2
					C	934,3
514 01-4	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 232 01. Im Falle einer Privatisierung von Aufgaben infolge der Neuorganisation der Kfz-Werkstätten der Bayerischen Polizei können die Mittelansätze um das zeitanteilige durchschnittliche Stellengehalt von bis zu 37,5 Stellen verstärkt werden, soweit es sich hierbei um freie und besetzbare Stellen oder um im Rahmen der Neuorganisation freigesetzte Stellen handelt. In beiden Fällen sind die Stellen im Haushaltsvollzug gezielt zu sperren und im nächsten Haushalt dauerhaft einzuziehen. Diese Mittel können bei Bedarf auch für Kap. 03 20 Tit. 514 01 verwendet werden.</i>	26.100,2	26.101,9	A	29.170,1
					B	23.718,7
					C	27.995,7
514 11-2	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	11.500,0	11.500,0	A	8.100,0
					B	10.885,2
					C	7.509,2

Erläuterungen

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	2.400,0	2.400,0
2. Umzugskostenvergütungen	100,0	100,0
Zusammen	2.500,0	2.500,0

2011 gegenüber 2010:
Mehr 650,0 Tsd. € infolge vermehrter Trennungsgeldzahlungen.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	2.500,0	2.500,0
2. Bücher und Zeitschriften	700,0	700,0
3. Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4. Entgelte für Postdienstleistungen	1.000,0	1.000,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	4.250,0	4.250,0
6. Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	8.500,0	8.500,0

2011 gegenüber 2010:
Mehr 3.477,5 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung von Tit. 812 01 in Höhe von 1.280,8 Tsd. € sowie einer Ansatzkürzung von 231,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/511 22
2011 gegenüber 2010:
Mehr 1.700,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 82,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	19.000,0	19.000,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	7.100,2	7.101,9
Zusammen	26.100,2	26.101,9

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	26.100,2	26.101,9
Personalausgaben	7.420,0	7.420,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	8.730,1	1.624,5
Ausgaben für Leasing/Miete	7.700,0	8.600,0
Zusammen	49.950,3	43.746,4

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	6800	6800	6700	6682	1400
Lastwagen und Kraftomnibusse	170	170	170	165	-
Sonstige (Krafträder, Sonderfahrzeuge)	320	320	320	310	5

2011 gegenüber 2010:
Weniger 3.069,9 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung des Stellegehalts von Stellen im Werkstattbereich (100,2 Tsd. €) sowie einer Ansatzkürzung von 1.342,6 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zur Finanzierung von Fremdvergaben (Umsetzung Reorganisation der Kfz-Werkstätten) werden weitere Stellen eingespart (Kap. 03 18 Tit. 428 01) und das Stellegehalt von insgesamt 100,2/101,9 Tsd. € zur Verfügung gestellt; seit dem Doppelhaushalt 2003/2004 stehen damit aus Stelleneinsparungen für diesen Zweck insgesamt 1.898,1/1.899,8 Tsd. € zur Verfügung. Im Zuge der Reorganisation der Kfz-Werkstätten der Bayerischen Polizei sind verstärkt Aufträge an private Kfz-Werkstätten zu vergeben. Damit bei Personalfreisetzung im Bereich der Polizei-Kfz-Werkstätten die Fremdvergabe in geeigneten Fällen nicht beeinträchtigt wird, erlaubt der Haushaltsvermerk, dass frei werdende Personalmittel in Sachmittel umgewandelt werden können.

Zu 03 18/514 11
2011 gegenüber 2010:
Mehr 3.400,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf insbesondere für Sonderbekleidung (Einsatzoverall etc.) unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 151,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
514 21-0	042	Verbrauchsmittel	2.800,0	2.800,0	A	2.900,0
					B	2.671,1
					C	2.717,8
514 24-7	042	Verpflegung	630,0	630,0	A	350,0
					B	601,1
					C	444,8
514 25-6	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	9,9
					C	23,9
517 01-1	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	13.400,0	13.400,0	A	14.000,0
					B	13.053,0
					C	12.455,0
517 05-7	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	12.900,0	12.900,0	A	12.200,0
					B	12.602,5
					C	11.229,7
517 31-5	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	416,1	416,1	A	1.046,4
					B	404,5
					C	284,9
517 35-1	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	1.503,7	1.504,2	A	800,7
					B	1.470,8
					C	540,5
518 01-0	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.400,0	9.400,0	A	8.700,0
					B	8.989,0
					C	9.004,0
518 11-8	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	800,0	800,0	A	1.000,0
					B	809,7
					C	818,4
518 12-7	042	Leasing eines privatfinanzierten Gebäudes für die Landespolizei in Fürth <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 03 18/519 01.</i>	1.015,0	1.015,0	A	1.015,0
					B	1.011,4
					C	1.011,4

Erläuterungen

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zu 03 18/514 21		
1. Munition, Schießbedarf, Unterhalt Schießanlagen	1.300,0	1.300,0
2. Alcotestgeräte und Venülen	400,0	400,0
3. Kriminal-, fototechnisches und sonstiges Material	1.100,0	1.100,0
Zusammen	2.800,0	2.800,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 100,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 133,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zu 03 18/514 24		
1. Verpflegung der Einsatzhundertschaften und in der Haftanstalt des PP München	80,0	80,0
2. Einsatzverpflegung	400,0	400,0
3. Nebenkosten	150,0	150,0
Zusammen	630,0	630,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 280,0 Tsd. € insbesondere für Einsatzverpflegung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 16,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/514 25

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstellen für Kraftfahrzeuge, Verkehrsüberwachungs- und Atemalkoholmessgeräte aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

Zu 03 18/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 600,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zu 03 18/517 05		
1. Heizung	8.100,0	8.100,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	4.800,0	4.800,0
Zusammen	12.900,0	12.900,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 700,0 Tsd. € wegen Preissteigerungen im Energiebereich.

Zu 03 18/517 31

2011 gegenüber 2010:

Weniger 630,3 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung von 6,1 Tsd. € zu Lasten von Kap. 03 08 Tit. 517 31.

Zu 03 18/517 35

2011 gegenüber 2010:

Mehr 703,0 Tsd. € infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung von 3,7 Tsd. € zu Lasten von Kap. 03 08 Tit. 517 35.

Zu 03 18/518 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 700,0 Tsd. € wegen steigender Mietkosten.

Zu 03 18/518 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 200,0 Tsd. € infolge rückläufiger Mietausgaben für Kopiergeräte.

Zu 03 18/518 12

Der Bayer. Landtag hat mit Beschluss vom 12.07.1993 die Staatsregierung ersucht, zur Gewinnung möglichst praxisnaher und modellhafter Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Privatkapital bei der Planung, Finanzierung und Organisation staatlicher Infrastruktureinrichtungen im Hoch- und Tiefbau baldmöglichst geeignete Pilotprojekte zu entwickeln und durchzuführen. Der Ministerrat hat daraufhin am 30.05.1995 beschlossen, den Bau des Polizeidienstgebäudes in Fürth privat zu finanzieren und als Leasing-Modell zu vergeben. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat dem am 18.07.1995 zugestimmt. Das Gebäude wurde nach einer Bauzeit von 21 Monaten im September 1997 zur Nutzung freigegeben. Veranschlagt sind die erforderlichen Leasingraten.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
518 18-1	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 6.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.700,0	8.600,0	A	6.345,0
					B	7.676,2
					C	5.968,4
518 31-4	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	275,0	275,0	A	251,5
					B	247,9
					C	256,5
519 01-9	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 518 12.</i>	7.871,2	7.871,2	A	9.836,5
					B	10.247,3
					C	8.718,9
526 01-0	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	100,0	A	25,4
					B	89,8
					C	67,1
526 11-8	042	Kosten für Sachverständige	7.500,0	7.500,0	A	8.500,0
					B	7.176,9
					C	6.410,2
527 01-9	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	1.690,0	1.690,0	A	1.690,0
					B	1.796,3
					C	1.724,9
532 11-0	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	60,0	60,0	A	60,0
					B	132,1
					C	188,6
533 05-7	042	Fahndung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 282 03.</i>	1.100,0	1.100,0	A	1.100,0
					B	1.048,9
					C	1.143,2
533 07-5	042	Sachausgaben im Vollzugsdienst	8.500,0	8.500,0	A	8.500,0
					B	7.923,4
					C	7.832,3
546 49-0	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	130,0	130,0	A	130,0
					B	174,1
					C	144,0
547 04-2	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	170,0	170,0	A	170,0
					B	224,7
					C	199,3
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-1	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 18 können den Titel verstärken.</i>	---	---	A	
682 02-9	042	Zuschuss an den MVV für ermäßigte Fahrten von Polizeibediensteten <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 119 13.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.383,3	1.383,3	A	1.383,3
					B	2.647,5
					C	2.635,3
685 01-7	042	Zuschuss zum Kantinenbetrieb in Dienstgebäuden der Landespolizei	62,0	40,0	A	37,7
					B	30,1

Erläuterungen

Zu 03 18/518 18

2011 gegenüber 2010:
Mehr 1.355,0 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Mehr 900,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an bestehende Leasingverträge.

Zu 03 18/518 31

2011 gegenüber 2010:
Mehr 23,5 Tsd. € wegen Umsetzung von Kap. 03 08 Tit. 518 31.

Zu 03 18/519 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	7.661,2	7.661,2
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	210,0	210,0
Zusammen	<u>7.871,2</u>	<u>7.871,2</u>

2011 gegenüber 2010:
Weniger 1.965,3 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 452,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/526 01

Entschädigung für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 74,6 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 1,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/526 11

2011 gegenüber 2010:
Weniger 1.000,0 Tsd. € infolge der Durchführung von DNA- Untersuchungen durch das BLKA unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 391,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/533 07

Kosten für Blutentnahmen, Gefangenenschub, für die Abschiebung von Ausländern sowie Kosten für die unmittelbare Ausführung einer Maßnahme durch die Polizei (z.B. Abschleppkosten, Verwahrkosten).

Zu 03 18/546 49

Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstourneen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 18/632 01

Erstattungsleistungen insbesondere für Einsatzunterstützungen nicht geschlossener Einheiten eines anderen Landes oder des Bundes.

Zu 03 18/682 02

Zuschuss des Freistaates für Polizeibedienstete im Bereich München zu den Kosten von MVV-Sondernetzkarten.
Hier sind nur die vom Freistaat Bayern unmittelbar zu tragenden Ausgaben ausgebracht. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um den Eigenanteil der Beamten, den der Freistaat Bayern an den MVV abzuführen hat (vgl. Tit. 119 13).

Zu 03 18/685 01

Zuschuss gem. Nr. 3.4 des FMS vom 01.12.2005, Az. 24-P 1804-062-44924/05 (Vollzugshinweise des StMF für die Einrichtung und den Betrieb von Kantinen) abhängig von der Zahl der Essensteilnehmer.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 24,3 Tsd. € zur Erhöhung des Zuschusses infolge verringerter Anzahl an Essensteilnehmer durch die Baumaßnahmen im Bereich PP München.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
Baumaßnahmen						
701 01-7	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 4.700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 4.700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.897,1	4.857,1	A	4.886,1
					B	6.650,9
					C	5.468,3
710 00-7	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 331 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 25.430,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 16.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	17.689,1	30.165,0	A	20.600,0
					B	24.278,8
					C	42.799,3

Erläuterungen

Zu 03 18/701 01	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
KPI Würzburg Sanierung Labor	300,0	-
Dienstgebäude der Polizei in München, Winzererstraße 54 Umstellung Heizung	-	65,0
Unterbringung der zentralen Diensthundestaffel des Polizeipräsidiums Mittelfranken in Nürnberg , Regensburger Straße 2. Teilbaumaßnahme, Errichtung der Hundezwinger	500,0	500,0
Polizeistation Bad Staffelstein Generalsanierung und Neuordnung Garagenhof	220,0	-
Dienstgebäude der Landespolizei in Erding Sanierung der Raumschießanlage	300,0	600,0
IuK-Verkabelung Landespolizei Bamberg	250,0	130,0
Polizeiinspektion Kemnath Erneuerung der Sanitär- und Elektroinstallation	-	450,0
Dienstgebäude der Polizei in Schweinfurt , Mainbergstraße - Brandschutz	281,0	281,0
- Sanierung der Raumschießanlage	365,0	-
Polizeiinspektion Ludwigstadt Sanierung des Dienstgebäudes	207,0	-
Polizeidirektion Fürstenfeldbruck - Sanierung der Raumschießanlage	540,0	300,0
- Sanierung des Wasserschadens in der Tiefgarage	190,0	-
Polizeiinspektion Augsburg-Mitte , Frölichstraße Umgestaltung des Wachbereichs und der Dienstgruppenräume	74,0	-
Landespolizei Amberg Brandschutz	400,0	-
Landespolizei Hof Sanierung der Raumschießanlage	385,0	500,0
Polizeiinspektion Burglengenfeld Sanierung Hauptgebäude, Nebengebäude usw., energetische Sanierung	220,0	184,0
Kriminalpolizeiinspektion Aschaffenburg Sanierung Labor	100,0	-
Polizeiinspektion Buchloe Sanierung des Dienstgebäudes	480,0	500,0
Umrüstung von weiteren Raumschießanlagen der Polizei auf Verdrängungslüftung und Errichtung von Kettengeschoßfängen	-	1.076,1
Ressortanteil an energetischen Maßnahmen	85,1	271,0
Zusammen	4.897,1	4.857,1

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-4	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 4.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	8.730,1	1.624,5	A	12.000,0
					B	6.982,7
					C	10.340,5
812 01-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich in Höhe der Isteinnahmen bei Tit. 272 03. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.500,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.500,0	3.500,0	A	5.000,0
					B	3.247,2
					C	10.150,4
		Besondere Finanzierungsausgaben				
981 11-6	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	141,2
					B	132,1
981 12-5	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	46,1	61,4	A	
		Titelgruppen				
		71 Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter				
453 71-2	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	300,0	300,0	A	160,0
					B	315,0
					C	234,7
525 71-6	042	Sonstige Ausbildungskosten	100,0	100,0	A	100,0
					B	136,9
					C	120,9
		Summe der Titelgruppe	400,0	400,0	A	260,0
					B	452,0
					C	355,6
		75 Fortbildung				
453 75-8	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	2,0
					B	0,1
					C	0,0
525 75-2	042	Sonstige Fortbildungskosten	1.000,0	1.000,0	A	1.000,0
					B	1.213,6
					C	1.005,3
		Summe der Titelgruppe	1.001,0	1.001,0	A	1.002,0
					B	1.213,7
					C	1.005,3

Erläuterungen

Zu 03 18/811 01

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen neben dem Leasen von Einsatzfahrzeugen Sonderfahrzeuge (insb. Transporter, Kräder, etc.) ersetzt werden.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 3.269,9 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Weniger 7.105,6 Tsd. € zum Ausgleich von Preissteigerungen im Bereich der Betriebs- und Einsatzkosten und erhöhten Leasingaufwendungen (s. Tit. 518 18) unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 526,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Zu 03 18/812 01

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen.
Aus dem Ansatz dürfen auch Zuschüsse für privat beschaffte Unterziehschutzwesten gewährt werden.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 1.500,0 Tsd. € infolge Umschichtung zu Tit. 511 01 unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 219,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/981 11

Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd nach Maßgabe des vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossenen Verrechnungskonzepts.

Zu 03 18/981 12

Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord nach Maßgabe des vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossenen Verrechnungskonzepts.

Zu 03 18/71

Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung.
Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 71.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 140,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 18/75

Fortbildungsmaßnahmen für die Landespolizei insbesondere im Fortbildungsinstitut Ainring. Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 75.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
76 Sicherheitswacht						
427 76-0	042	Leistungen nach Art. 17 SWG	1.500,0	1.500,0	A	1.250,0
					B	569,1
					C	573,0
547 76-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	20,0	20,0	A	20,0
					B	52,1
					C	1,9
Summe der Titelgruppe			1.520,0	1.520,0	A	1.270,0
					B	621,1
					C	574,9
81 Bekämpfung der Terror-, Gewalt- und Organisierten Kriminalität						
547 81-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen der HGr. 5 des Kapitels 03 18.</i>	700,0	700,0	A	700,0
					C	685,0
811 81-7	042	Anschaffung von Dienstfahrzeugen <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei Kap. 03 18 Tit. 811 01. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 350,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 350,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	812,7	812,7	A	850,0
					C	1.125,0
812 81-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen der HGr. 8 des Kapitels 03 18. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 400,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.051,8	1.051,8	A	1.100,0
					C	1.158,6
Summe der Titelgruppe			2.564,5	2.564,5	A	2.650,0
					B	-
					C	2.968,7
97 Kosten der Telekommunikation und des Notrufs 110						
511 97-2	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	4.350,0	4.350,0	A	4.940,0
					B	5.117,3
					C	5.083,9
518 97-5	042	Mieten für Hard- und Software	22,0	22,0	A	25,0
					B	32,7
					C	26,7
525 97-6	042	Aus- und Fortbildung	80,0	80,0	A	7,0
					B	91,7
					C	40,4
534 97-5	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
					B	559,3
					C	25,0

Erläuterungen

Zu 03 18/76

Leistungen an sowie Sachausstattung für die Angehörigen der Sicherheitswacht.

Zu 03 18/427 76

2011 gegenüber 2010:

Mehr 250,0 Tsd. € im Hinblick auf die Ausweitung der Sicherheitswacht in Bayern.

Zu 03 18/81

Verbesserung und Ergänzung der besonderen technischen Ausstattung und Ausrüstung der Polizei zur Verhütung und Bekämpfung der besonders schweren Gewalt- und Terrorkriminalität sowie der organisierten Kriminalität. Aus den Mitteln wird insbesondere die Ausrüstung der Spezialeinheiten bestritten.

Zu 03 18/811 81

2011 gegenüber 2010:

Weniger 37,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/812 81

2011 gegenüber 2010:

Weniger 48,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/97

In dieser Titelgruppe sind zusammengefasst die Ausgaben für einen homogenen TK-Anlagenverbund, der eine hohe Verfügbarkeit und in Krisenfällen zudem eine von öffentlichen Netzen unabhängige Sprachkommunikation garantiert, sowie die Mittel für die Nutzung öffentlicher Sprachfestnetze und Mobilfunknetze. Die Kosten für das Festverbindungsnetz (CNP für Sprache und Daten) sind in Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

Die bayerische Polizei ist auch zuständig für die Annahme und Bearbeitung eingehender Notrufe 110 sowie bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme der Integrierten Leitstellen (ILS) von Feuerwehr und Rettungsdienst auch der Notrufe 112. Hierfür sind die Kosten für die Beschaffung und den Betrieb zu tragen (Notrufanschlüsse, Notrufabfrage- und -vermittlungseinrichtungen mit Dokumentationssystemen).

Zu 03 18/511 97

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	790,0	790,0
2. Kommunikation	3.410,0	3.410,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	150,0	150,0
Zusammen	4.350,0	4.350,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 590,0 Tsd. € wegen haushaltsneutraler Sperreabsenkung (227,4 Tsd. €) und aufgrund der absehbaren Einsparungen durch BayKom-2010 unter Berücksichtigung des steigenden Kommunikationsbedarfs insbesondere im mobilen Bereich.

Zu 03 18/518 97

Veranschlagt sind Mieten für Hard- und Software im TK-Bereich.

Zu 03 18/525 97

Seminargebühren sowie Lehrmaterial für das IuK-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 73,0 Tsd. € wegen notwendiger Fortbildung im Hinblick auf neue Technologien (z.B. VoIP) unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (0,3 Tsd. €).

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
1	2	3	4	5		6
812 97-8	042	Erwerb von Hard- und Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0	2.300,0	A	2.600,0
					B	2.022,7
					C	1.827,1
		Summe der Titelgruppe	6.952,0	6.752,0	A	7.572,0
					B	7.823,9
					C	7.003,1
		98 Kosten der Funkkommunikation				
511 98-1	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	1.400,0	1.400,0	A	800,0
					B	1.997,0
					C	1.338,4
518 98-4	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
					B	6,4
					C	0,3
525 98-5	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	14,7
					C	6,8
534 98-4	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
					B	116,6
					C	17,0
812 98-7	042	Erwerb von Hard- und Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 350,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 350,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.250,1	1.200,0	A	1.550,0
					B	1.186,3
					C	4.302,8
		Summe der Titelgruppe	2.650,1	2.600,0	A	2.350,0
					B	3.321,1
					C	5.665,3

Erläuterungen

Zu 03 18/812 97

Ersatzbeschaffungen von Telekommunikationssystemen mit Peripherie und den erforderlichen Netzkomponenten für den Zugang in das Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY), Dokumentationseinrichtungen für Telekommunikationsdienste, Mobilfunkendgeräte, Unified Messaging Systeme (UMS) und Gegensprechanlagen. Des Weiteren sind die Kosten für die Ausstattung und den Betrieb des Notrufs veranschlagt.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 100,0 Tsd. € entsprechend dem absehbaren Nachersatzbedarf unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Sperreabsenkung (114,0 Tsd. €).

2012 gegenüber 2011:

Weniger 200,0 Tsd. € entsprechend dem absehbaren Nachersatzbedarf.

Zu 03 18/98

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf derzeit durch eigene Netze in analoger Technik ab. Hierfür ist auch noch während der Migrationsphase zum Digitalfunk der Betrieb der analogen Funkinfrastruktur sicherzustellen. Erforderlich sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte, Mess- und Prüfeinrichtungen für die LuK-Serviceestelle, Notstromanlagen sowie Fernsehübertragungsanlagen mit digitaler Systemtechnik auf BOS-Frequenzen.

Zu 03 18/511 98

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.400,0	1.400,0
2. Kommunikation	-	-
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	-	-
Zusammen	1.400,0	1.400,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 600,0 Tsd. € für Wartung, Support und Ersatzbeschaffungen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit der eingesetzten Technik unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 36,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/812 98

Die veranschlagten Mittel dienen der Aufrechterhaltung des Analogfunks im notwendigen Umfang während der Einführungsphase des Digitalfunks.

Das Staatsministerium des Innern darf zu Lasten dieses Titels beschaffte Geräte benutzen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 299,9 Tsd. € wegen der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (68,0 Tsd. €) und wegen vermindertem Bedarf für Neuanschaffungen auf Grund des Beginns der phasenweisen Einführung des Digitalfunks.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 50,1 Tsd. € entsprechend dem weiter verminderten Bedarf für die vorgenannten Maßnahmen.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		99 Kosten der Datenverarbeitung				
		<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-0	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	3.535,2	3.535,2	A	2.400,0
					B	9.626,6
					C	3.200,5
514 99-7	042	Verbrauchsmittel	830,0	830,0	A	820,0
					B	869,3
					C	779,2
518 99-3	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	160,0	160,0	A	95,0
					B	184,2
					C	77,6
525 99-4	042	Aus- und Fortbildung	80,0	80,0	A	70,0
					B	82,5
					C	66,3
526 99-3	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
					B	7,3
					C	2,7

Erläuterungen

Zu 03 18/99

Bei der Bayer. Landespolizei sind alle Dienststellen mit Bildschirmarbeitsplätzen für die Sachbearbeiterunterstützung und die lokale Datenverarbeitung ausgestattet. Dabei kommen Personal-Computer (PC) sowie Server unter den Betriebssystemen Windows bzw. OSS zum Einsatz. Auf den lokalen Rechnersystemen werden z.B. Officeprodukte zur Unterstützung moderner Bürokommunikation sowie DV-Anwendungen für die vor Ort erforderliche Sachbearbeitung, für die Erledigung dienstbetrieblicher Aufgaben und für den Zugriff auf die beim BLKA betriebenen landesweiten Verfahren eingesetzt. Ziel ist, die Einmalerfassung und die gesamte Sachbearbeitung und polizeiliche Ermittlungstätigkeit so weit wie möglich mit modernsten IT-Techniken zu unterstützen.

Personal im Kap. 03 18, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Plan-Beamte			
A 14	1	1	1
A 13	16	16	16
A 12	65,8	66,8	66,80
A 11	94,95	94,95	95,95
A 10	71,1	71,1	71,1
A 9 + AZ	43,85	43,85	43,85
A 9	50	50	50
A 8	16,2	16,2	16,2
A 7	3	3	3
Summe	361,9	362,9	363,90
Arbeitnehmer			
E 11	1	1	1
E 10	1	1	1
E 9	68,05	68,05	68,05
E 8	24	24	24
E 7	1	1	1
E 6	10	10	10
E 5	3,4	3,4	3,4
Summe	108,45	108,45	108,45
Insgesamt	470,35	471,35	472,35

Zu 03 18/511 99

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.835,2	1.835,2
2. Wartung	1.680,0	1.680,0
3. Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	3.535,2	3.535,2

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.135,2 Tsd. € zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs der dezentralen IT-Infrastruktur, insbesondere für den Nachersatz abgeschriebener Arbeitsplatzausstattung als Voraussetzung für die Einhaltung der Standards der bayerischen Staatsverwaltung sowie für Wartung und Pflege dezentral eingesetzter IT zur Einsatz- und Fahndungsunterstützung sowie für den Verkehrsbereich unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 110,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 18/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträgern etc.

Zu 03 18/518 99

Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 65,0 Tsd. € wegen höheren Bedarfs im Bereich der dezentralen IT (z.B. Multifunktionsgeräte).

Zu 03 18/525 99

Kurs- und Hörergebühren sowie Lehrmaterial für das DV-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,0 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (3,2 Tsd. €).

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
					Tsd. €	
					6	
534 99-3	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	500,0	400,0	A	---
					B	877,1
					C	347,9
701 99-0	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-3	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	11.053,9	9.938,6	A	12.835,5
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>	<i>5.000,0</i>		B	<i>1.939,8</i>
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i>	<i>5.000,0</i>		C	<i>9.219,2</i>
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
Summe der Titelgruppe			16.159,1	14.943,8	A	16.220,5
					B	13.586,7
					C	13.693,4
Gesamtausgaben			1.481.909,5	1.526.838,7	A	1.482.507,8
					B	1.438.479,6
					C	1.422.157,0

Erläuterungen**Zu 03 18/534 99**

Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.ä.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 500,0 Tsd. € für Aufträge an Firmen, die im Rahmen der Pflege bestehender polizeilicher Fachverfahren (z.B. Einsatzleitsystem, Einsatzprotokollsystem (EPS-WEB), Digitale Fotografie, Spuren und Asservatentool, Geoinformationssystem) anfallen.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 100,0 Tsd. € entsprechend dem erwarteten Bedarf.

Zu 03 18/815 99

Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen zur Betriebssicherung der dezentralen DV-Ausstattung (Server, Storageysteme, aktive Netzkomponenten, Drucker etc.), insbesondere der Nachersatz von PC, sowie Erwerb erforderlicher Softwarelizenzen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.781,6 Tsd. € wegen Umsetzung zu Tit. 511 99 zur Deckung des dort genannten Bedarfs unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 562,7 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 1.115,3 Tsd. € wegen notwendiger Umschichtungen zur Sicherung des zentralen IuK-Betriebs.

03 18 Landespolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	15.220,0	15.220,0	A	17.340,0
					B	16.034,3
					C	17.890,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	-
					B	924,1
					C	627,8
		Gesamteinnahmen	15.220,0	15.220,0	A	17.340,0
					B	16.958,4
					C	18.518,3
		Personalausgaben	1.287.744,9	1.327.913,7	A	1.284.983,9
					B	1.240.107,6
					C	1.205.075,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	141.188,4	141.990,6	A	134.540,1
					B	149.253,9
					C	128.055,3
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.445,3	1.423,3	A	1.421,0
					B	2.677,5
					C	2.635,3
		Baumaßnahmen	22.586,2	35.022,1	A	25.486,1
					B	30.929,7
					C	48.267,6
		Sonstige Sachinvestitionen	28.898,6	20.427,6	A	35.935,5
					B	15.378,7
					C	38.123,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	46,1	61,4	A	141,2
					B	132,1
					C	-
		Gesamtausgaben	1.481.909,5	1.526.838,7	A	1.482.507,8
					B	1.438.479,6
					C	1.422.157,0
		Zuschuss	1.466.689,5	1.511.618,7	A	1.465.167,8
					B	1.421.521,1
					C	1.403.638,8

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
111 01-7	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
112 01-6	042	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	200,0	200,0	A	300,0
					B	165,6
					C	254,2
119 01-9	042	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
119 14-4	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
					B	3,5
119 49-3	042	Vermischte Einnahmen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 514 72.</i>	80,0	80,0	A	80,0
					B	84,2
					C	197,4
124 01-2	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Hubschraubern durch Dritte erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 72. 80 v. H. der Einnahmen aus der Nutzung der Schwimm- und Sportanlagen durch Dritte erhöhen die Ausgabebefugnis der HGr. 5 des Kap. 03 20.</i>	450,0	450,0	A	500,0
					B	450,3
					C	482,4
125 01-1	042	Erstattete Verpflegungskosten <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 514 24.</i>	1.800,0	1.800,0	A	1.800,0
					B	2.319,8
					C	2.136,5
132 01-2	042	Erlöse aus der Veräußerung der Polizeihubschrauber	---	---	A	16.200,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-2	042	Sonstige Erstattungen vom Bund <i>Mineralölsteuerrückerstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 72. Kap. 03 18 Tit. 428 11 und die Titel der HGr. 5 in den Kap. 03 18 und 03 20 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Ist-Einnahmen aus Erstattungen für Auslandseinsätze verstärkt werden. Einnahmen aus der Durchführung von Projekten mit finanzieller Beteiligung des Bundes sowie Zuschüsse des Bundes erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr. 5.</i>	---	---	A	---
					B	49,1
					C	59,6
231 02-1	042	Erstattungen der Deutschen Bundesbank für die Geldtransportbegleitung (Personalaufwand) <i>Kap. 03 18 Tit. 428 11 und die Titel der HGr. 5 in den Kap. 03 18 und 03 20 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Ist-Einnahmen verstärkt werden.</i>	230,0	230,0	A	230,0
					B	213,3
					C	219,0
231 03-0	042	Erstattungen der Deutschen Bundesbank für die Geldtransportbegleitung (Sachaufwand) <i>Die Tit. 514 01 und 527 01 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Mehreinnahmen verstärkt werden.</i>	50,0	50,0	A	50,0
					B	70,2
					C	107,2
232 01-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern <i>Erstattungen für überörtliche Einsätze der Polizei erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 514 01.</i>	---	---	A	---
					B	3.565,7
					C	6.375,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 20

Nach Art. 6 des Polizeiorganisationsgesetzes gliedert sich die Bereitschaftspolizei in das dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Präsidium mit dem Sitz in Bamberg, in 7 Bereitschaftspolizeiabteilungen in München, Eichstätt, Würzburg, Nürnberg, Königsbrunn, Dachau und Sulzbach-Rosenberg (mit Dienststelle in Nabburg), in die Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Flughafen München (mit Außenstelle in Roth bei Nürnberg), ferner in das Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring mit Außenstellen in Herzogau und Straubing.

Die Bayerische Bereitschaftspolizei ist ein Polizeiverband, der insbesondere in geschlossenen Einheiten auf Weisung des Staatsministeriums des Innern aus besonderem Anlass zum Schutz oberster Staatsorgane und Behörden sowie lebenswichtiger Einrichtungen und Anlagen, zur Unterstützung anderer Teile der Polizei und zur Katastrophenhilfe eingesetzt wird. Der Bereitschaftspolizei obliegt es ferner, Polizeibeamte für den Einstieg in der zweiten Qualifikationsebene auszubilden und, unbeschadet der Fortbildungsveranstaltungen anderer Teile der Polizei, Dienstkräfte der Polizei fortzubilden.

Beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei besteht das "Prüfungsamt für die Bayerische Polizei", das für die Prüfungen der Bayerischen Bereitschaftspolizei und des Fachbereichs Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern zuständig ist.

Beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei ist außerdem eine zentrale Beschaffungsstelle mit bayernweiten Zuständigkeiten für Waffen, Munition, Bekleidung und Körperschutzausstattung errichtet.

Gemäß Verwaltungsabkommen vom 06.02.1998 beschafft der Bund auf seine Kosten Führungs- und Einsatzmittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder, allerdings nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen mit den Ländern bzw. dem Bund ist bei der Bayer. Bereitschaftspolizei eine zentrale Abrechnungsstelle eingerichtet.

Zu 03 20/112 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 100,0 Tsd. € nach der voraussichtlichen Einnahmenentwicklung.

Zu 03 20/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 20/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	7,0	7,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	400,0	400,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	13,0	13,0
4. Sonstige Einnahmen	30,0	30,0
Zusammen	450,0	450,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 50,0 Tsd. € entsprechend den voraussichtlichen Mieteinnahmen.

Für die Benutzung der Hubschrauber für Zwecke außerhalb des Epl. 03A sind im Rahmen der VV zu Art. 61 BayHO die zusätzlichen Aufwendungen (ausgenommen Mitglieder der Staatsregierung) zu erstatten; es werden pauschalierte Stundenvergütungen erhoben.

Zu 03 20/132 01

Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der alten Polizeihubschrauber.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 16.200,0 Tsd. € aufgrund der Veräußerung im Haushaltsjahr 2010.

Zu 03 20/231 01

Erstattung des Bundes für Mineralölsteuer, die bei der Betankung der Polizeihubschrauber auf fremden Flugplätzen zu zahlen ist.

Erstattungen für Auslandseinsätze verstärken nach Maßgabe des Haushaltsvermerks die Ansätze für Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und Sachausgaben.

Des Weiteren ermöglicht der Haushaltsvermerk die Verstärkung der HGr. 5 aufgrund von Erstattungen und Zuschüssen des Bundes im Rahmen von Projekten.

Zu 03 20/231 02 und 231 03

Die Bayer. Bereitschaftspolizei begleitet die Geldtransporte der Deutschen Bundesbank. Sämtliche dafür anfallenden und ausweisbaren Personal- und Sachkosten werden der Bereitschaftspolizei in voller Höhe erstattet. Die Erstattungen verstärken nach Maßgabe der Haushaltsvermerke die Ansätze für Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und Sachausgaben.

Zu 03 20/232 01

Erstattungsleistungen insbesondere für Einsatzunterstützungen, für gemeinsame Projekte u.ä.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
235 03-6	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
					B	1,1
236 01-7	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
236 12-4	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	200,0	200,0	A	100,0
					B	207,4
					C	226,1
261 01-5	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	10,0	10,0	A	10,0
					B	7,8
					C	7,4
271 01-3	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
					C	21,1
		Gesamteinnahmen	3.020,0	3.020,0	A	19.270,0
					B	7.156,3
					C	10.100,0
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 01-1	042	Bezüge der planmäßigen Beamten	87.446,7	89.327,5	A	94.336,2
					B	84.849,2
					C	82.700,2
422 21-7	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	47.744,5	44.136,0	A	32.917,0
					B	26.600,4
					C	18.447,6
422 31-5	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	3.277,3	3.331,7	A	1.523,9
					B	3.203,9
					C	2.408,5
422 41-3	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	40,0	40,0	A	40,0
					B	6,3
427 01-6	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5,0	5,0	A	5,0
					B	3,7
					C	2,1
428 01-5	042	Entgelte der Arbeitnehmer	32.763,2	33.309,1	A	32.354,5
					B	32.110,0
					C	30.561,5
428 41-7	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	75,0	75,0	A	27,7
					B	112,4
					C	26,6
443 05-2	042	Freie Heilfürsorge, Gesundheitsvorsorge und Arbeitsmedizin	2.270,0	2.270,0	A	2.270,0
					B	1.819,8
					C	1.503,6
453 01-3	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	780,0	780,0	A	780,0
					B	341,5
					C	305,4
459 01-7	042	Prüfungsentgelte	140,0	140,0	A	140,0
					B	94,9
					C	80,3

Erläuterungen

Zu 03 20/235 03

Eingliederungshilfen der Bundesagentur für Arbeit.

Zu 03 20/236 01

Zuschuss der Bundesagentur zum Arbeitsentgelt für die Beschäftigung Schwerbehinderter.

Zu 03 20/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Ersatz Einstellungen im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 100,0 Tsd. € im Hinblick auf die zu erwartenden Erstattungsleistungen.

Zu 03 20/261 01

Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte, z.B. durch die Hauptfürsorgestellen.

Zu 03 20/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage, Fliegerstellenzulage) und Zuwendungen.

Zu 03 20/427 01

Entgelte für nebenamtliche Lehrer.

Zu 03 20/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 20/428 41

2011 gegenüber 2010:

Mehr 47,3 Tsd. € infolge Berücksichtigung der Zeitzuschläge.

Zu 03 20/443 05

Zur Gewährung freier Heilfürsorge gemäß VO vom 19.03.1987 (GVBI S. 93) sowie für sonstige polizeiärztliche Untersuchungen sind veranschlagt:

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Kosten ärztlicher Leistungen und von Krankenanstalten	1.770,0	1.770,0
2. Beschaffung von Heilmitteln	500,0	500,0
Zusammen	2.270,0	2.270,0

Zu 03 20/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	750,0	750,0
2. Umzugskostenvergütungen	30,0	30,0
Zusammen	780,0	780,0

Zu 03 20/459 01

Entgelte und Sachaufwand für die nebenamtliche Mitarbeit bei Anstellungsprüfungen.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-3	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1.600,0	1.600,0	A	560,0
					B	1.498,2
					C	638,0
511 22-8	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	600,0	600,0	A	2.300,0
					B	518,5
511 24-6	042	Beschaffung und Unterhalt von Tieren	8,0	8,0	A	2,0
					B	7,2
514 01-0	042	Haltung von Dienstfahrzeugen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 03, bei Tit. 232 01 und bei Kap. 03 18 Tit. 514 01.</i>	3.200,0	3.200,0	A	3.400,0
					B	2.813,6
					C	2.746,2
514 11-8	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	4.000,0	4.000,0	A	3.700,0
					B	4.030,0
					C	2.728,4
514 21-6	042	Verbrauchsmaterial	850,0	850,0	A	900,0
					B	790,7
					C	880,7
514 24-3	042	Verpflegung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei Tit. 125 01.</i>	3.100,0	3.100,0	A	3.100,0
					B	3.606,4
					C	3.423,2
514 25-2	042	Beschaffungen für Abgabe/Reparaturen an die Polizeiverbände <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
					B	215,8
					C	-63,3

Erläuterungen

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
Zu 03 20/511 01		
1. Geschäftsbedarf	250,0	250,0
2. Bücher und Zeitschriften	140,0	140,0
3. Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4. Entgelte für Postdienstleistungen	40,0	40,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1.150,0	1.150,0
6. Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	1.600,0	1.600,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.040,0 Tsd. € infolge Umsetzung von Tit. 511 22 (831,6 Tsd. €) und Tit. 812 01 (234,2 Tsd. €) unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 25,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/511 22

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.700,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Umsetzung zu Tit. 511 01 (831,6 Tsd. €) sowie einer Ansatzkürzung von 105,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/514 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	2.200,0	2.200,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	1.000,0	1.000,0
Zusammen	3.200,0	3.200,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	3.200,0	3.200,0
Personalausgaben	4.850,0	4.850,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	1.200,0	1.200,0
Ausgaben für Leasing/Miete	1,0	1,0
Zusammen	9.251,0	9.251,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	930	930	920	910	-
Lastkraftwagen und Kraftomnibusse	130	130	130	129	-
Sonstiges (Kräder, Sonderfahrzeuge)	90	90	90	86	-

Das Fahrzeug des Sachgebietsleiters IC5 des StMI (Polizeieinsatz), das im Bestand bei Kap. 03 01 Tit. 514 01 enthalten ist, wird zu Lasten Kap. 03 20 Tit. 514 01 bei der I. BPA betrieben.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 200,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 156,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/514 11

2011 gegenüber 2010:

Mehr 300,0 Tsd. € für die Ersteinkleidung der eingestellten neuen Polizeibeamten unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 69,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/514 21

2011 gegenüber 2010:

Weniger 50,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre (-41,4 Tsd. €) sowie Anpassung an den Bedarf (-8,6 Tsd. €).

Zu 03 20/514 24

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Verpflegungskosten	2.335,0	2.335,0
2. Abgabe unentgeltlicher amtlicher Verpflegung	700,0	700,0
3. Nebenkosten bei der Herstellung der Verpflegung	65,0	65,0
Zusammen	3.100,0	3.100,0

Zu 03 20/514 25

Die Einnahmen der Zentralen Beschaffungsstelle für Waffen, Munition, Bekleidung und Körperschutzausrüstung aus der Abgabe von Gegenständen und dgl. werden durch Rotabsetzung gebucht (VV Nr. 3.2.1b zu Art. 35 BayHO).

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
517 01-7	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	4.400,0	4.400,0	A	5.000,0
					B	4.190,6
					C	3.679,9
517 05-3	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	5.700,0	5.700,0	A	5.200,0
					B	5.523,1
					C	5.184,5
517 31-1	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	1,4
					C	1,3
517 35-7	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	1,4
					C	1,8
518 01-6	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1.800,0	1.800,0	A	1.530,0
					B	1.815,4
					C	1.505,1
518 11-4	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	205,0	205,0	A	205,0
					B	199,8
					C	189,1
518 18-7	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	1,0	1,0	A	1,0
					B	0,7
					C	2,2
518 31-0	042	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-5	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.640,7	2.640,7	A	3.300,0
					B	6.374,0
					C	3.254,2
526 01-6	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	5,0	5,0	A	9,5
					B	4,3
					C	5,0
526 11-4	042	Kosten für Sachverständige	---	---	A	9,5
					C	9,5
527 01-5	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 231 03.</i>	450,0	450,0	A	786,8
					B	407,8
					C	466,6
532 11-6	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-6	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	60,0	60,0	A	60,0
					B	94,4
					C	73,8
547 04-8	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	200,0	200,0	A	200,0
					B	268,9
					C	377,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
632 01-7	042	Erstattungen an Bund und Länder <i>Mittel der HGr. 5 des Kap. 03 20 können den Titel verstärken.</i>	60,0	60,0	A	60,0
					B	1.875,6
					C	1.479,6
671 01-9	042	Ersatz von Aufwendungen für Polizeipfarrer	280,0	286,0	A	235,0
					B	235,0
					C	234,3

Erläuterungen

Zu 03 20/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 600,0 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 20/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	4.300,0	4.300,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	1.400,0	1.400,0
Zusammen	5.700,0	5.700,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 500,0 Tsd. € wegen zu erwartender Preissteigerungen im Energiebereich.

Zu 03 20/518 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 270,0 Tsd. € wegen steigender Mietkosten.

Zu 03 20/519 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 659,3 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 151,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/526 01

Entschädigungen für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

Zu 03 20/527 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 336,8 Tsd. € wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 36,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungreisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz sowie sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 20/547 04

Durchführung von Veranstaltungen der Bereitschaftspolizei, Betrieb des Musikkorps, Nachwuchswerbung.

Zu 03 20/632 01

Erstattungsleistungen insbesondere für Einsatzunterstützungen.

Zentrale Verbuchung von Erstattungsforderungen anderer Länder bzw. des Bundes für Einsatzkosten für geschlossene Einheiten aufgrund von Unterstützungseinsätzen auf Basis bestehender Verwaltungsabkommen.

Zu 03 20/671 01

Erstattung der vollen Personalausgaben für drei Polizeiseelsorger.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 45,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
Baumaßnahmen						
701 01-3	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 2.500,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 2.500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.950,0	2.950,0	A	2.951,0
					B	1.316,5
					C	430,0
710 00-3	042	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 9.200,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 3.500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	14.035,0	11.435,0	A	13.700,0
					B	6.279,1
					C	3.042,5
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-0	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 500,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.500,0
					B	895,5
					C	971,2
812 01-9	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 500,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 500,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	1.200,0	A	1.500,0
					B	207,6
					C	1.537,1
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-2	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
<u>981 12-1</u>	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	
Titelgruppen						
71 Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter						
453 71-8	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	25,0	25,0	A	25,0
					B	21,8
					C	19,0
518 71-1	042	Leasing eines Fahrsimulators	120,0	120,0	A	120,0
					B	102,1
					C	35,0
525 71-2	042	Sonstige Ausbildungskosten	210,0	210,0	A	120,0
					B	197,5
					C	101,8
Summe der Titelgruppe			355,0	355,0	A	265,0
					B	321,3
					C	155,8

Erläuterungen

Zu 03 20/701 01	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
Bereitschaftspolizeiunterkunft Nürnberg		
- Instandsetzungs- und Brandschutzmaßnahmen in den Gebäuden Nrn. 05, 07, 09, 12 und 13 wegen erhöhter Einstellungszahlen	260,0	-
- Errichtung einer Fahrzeughalle für Großfahrzeuge	-	750,0
Bereitschaftspolizeiunterkunft Dachau		
- Umbau des Speichers im Gebäude 9207 in Unterkunftsraum wegen erhöhte Einstellungszahlen	1.000,0	-
- Sanierung eines leerstehenden Gebäudes 9112 wegen erhöhter Einstellungszahlen	600,0	-
- Umbau zweier Gebäude in der sog. Villenzeile in Unterkunftsraum wegen erhöhter Einstellungszahlen	600,0	600,0
- Ressortanteil bei energetischen Maßnahmen im Zentralgebäude (Dacheindeckung)	490,0	-
Bereitschaftspolizeiunterkunft Nabburg		
- Sanierung des Wasserspeichers und Sanierung der Hauptwasserleitung	-	550,0
Bereitschaftspolizeiabteilung Eichstätt		
- Errichtung eines Dojo-Raumes	-	600,0
- Überdachung zweier Dachterrassen zur Schaffung von Büroflächen	-	450,0
Zusammen	2.950,0	2.950,0

Zu 03 20/811 01

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Im Interesse der Verkehrssicherheit, der ständigen Einsatzbereitschaft und zur Vermeidung unwirtschaftlicher Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen müssen Fahrzeuge der Baujahre 2002 - 2005 mit Fahrleistungen von bis zu 300.000 km ersetzt werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 300,0 Tsd. € zum Ausgleich von Preissteigerungen im Bereich der Betriebs- und Einsatzkosten unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 65,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/812 01

Verwaltungs- und Fachausstattung, Schutzausstattung, Waffen sowie Unterziehschutzwesten für die neu auszubildenden Beamten.

Aus dem Ansatz dürfen auch Zuschüsse für privat beschaffte Unterziehschutzwesten gewährt werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 300,0 Tsd. € wegen Umsetzung zu Tit. 511 01 (234,2 Tsd. €) unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 65,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/981 11

Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd nach Maßgabe des vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossenen Verrechnungskonzepts.

Zu 03 20/981 12

Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord nach Maßgabe des vom Ministerrat am 11.12.2007 beschlossenen Verrechnungskonzepts.

Zu 03 20/71

Aufwendungen für die laufbahnmäßige Ausbildung.

Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 71 des zutreffenden Kapitels.

Zu 03 20/525 71

Zur Verbesserung der Kraftfahrerausbildung der Polizeivollzugsbeamten, insbesondere bei der Inanspruchnahme von Sonder- und Wegerechten, wurde zusammen mit der Industrie ein Verkehrstrainingssimulator-Polizei entwickelt und eingesetzt.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 90,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 5,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		72 Polizeihubschrauberstaffel Bayern				
514 72-4	042	Betriebsausgaben <i>Gutschriften für Lieferungen und Leistungen aus der Hubschrauberhaltung bei Tit. 119 49 erhöhen die Ausgabebefugnis. Vgl. Vermerk bei Tit. 124 01 und 231 01.</i>	3.900,0	3.900,0	A	3.900,0
					B	3.584,9
					C	4.185,1
518 72-0	042	Leasing	---	---	A	---
					B	1.765,0
					C	3.120,5
525 72-1	042	Aus- und Fortbildung	200,0	200,0	A	200,0
					B	322,6
					C	250,0
811 72-4	042	Ersatzbeschaffung der Polizeihubschrauber	---	---	A	26.040,0
812 72-3	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	90,8	90,8	A	95,0
					B	6,3
					C	22,2
		Summe der Titelgruppe	4.190,8	4.190,8	A	30.235,0
					B	5.678,8
					C	7.577,7
		75 Fortbildung				
427 75-7	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	90,0	90,0	A	90,0
					B	86,5
					C	87,1
453 75-4	042	Trennungsgelder und Umzugskostenvergütungen	1,0	1,0	A	10,0
525 75-8	042	Sonstige Fortbildungskosten	380,0	380,0	A	380,0
					B	362,7
					C	298,4
		Summe der Titelgruppe	471,0	471,0	A	480,0
					B	449,1
					C	385,5
		97 Kosten der Telekommunikation				
511 97-8	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	139,0	139,0	A	160,0
					B	160,7
					C	140,9
518 97-1	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---
525 97-2	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	4,4
					C	0,1
534 97-1	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
					B	28,0

Erläuterungen

Zu 03 20/72

Aufwendungen für den Betrieb und die Ausrüstung der Hubschrauberstaffel.

Zu 03 20/514 72

Ausgaben für Treibstoff, Wartung und Start- und Landegebühen.

	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2010	am 1.2.2010
Bestand an Hubschraubern:				
Hubschrauber EC 135	8	8	8	8

Zu 03 20/811 72

2011 gegenüber 2010:

Weniger 26.040,0 Tsd. € nach Abwicklung der Beschaffung der neuen Polizeihubschrauber.

Zu 03 20/75

Aufwendungen für die Fortbildung der Polizei insbesondere im Fortbildungsinstitut Ainring (vgl. Vorbemerkung). Die persönlichen Abfindungen trägt die entsendende Dienststelle aus der TG 75 ihres Kapitels.

Zu 03 20/97

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für Beschaffungen, Betrieb und Unterhalt der Telekommunikationssysteme sowie der entsprechenden Peripheriegeräte der Bayerischen Bereitschaftspolizei veranschlagt. Die Kosten für das Festverbindungsnetz (GNP) sind bei Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

Zu 03 20/511 97

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2. Kommunikation	109,0	109,0
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	139,0	139,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 21,0 Tsd. € aufgrund einer Ansatzkürzung von 7,4 Tsd. € infolge der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre und wegen der absehbaren Einsparungen durch BayKom-2010 unter Berücksichtigung des steigenden Kommunikationsbedarfs insbesondere im mobilen Bereich.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
812 97-4	042	Erwerb von Hard- und Software <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 50,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	179,0	179,0	A	160,0
					B	153,8
					C	11,4
		Summe der Titelgruppe	318,0	318,0	A	320,0
					B	347,0
					C	152,4
		98 Kosten der Funkkommunikation				
511 98-7	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung und Reparatur	103,0	103,0	A	95,0
					B	93,5
					C	71,3
518 98-0	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	10,0
					B	3,3
					C	5,5
525 98-1	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
					B	1,7
					C	1,0
534 98-0	042	Vergabe von Aufträgen	---	---	A	---
812 98-3	042	Erwerb von Hard- und Software	30,0	30,0	A	35,0
					B	37,1
					C	166,9
		Summe der Titelgruppe	133,0	133,0	A	140,0
					B	135,5
					C	244,7
		99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
511 99-6	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	895,0	895,0	A	90,0
					B	832,2
					C	102,8

Erläuterungen

Zu 03 20/812 97

Ersatzbeschaffungen von Telekommunikationssystemen mit Peripherie und den erforderlichen Netzkomponenten für den Zugang in das Corporate Network der Bayer. Polizei (CNP-BY), Mobilfunkendgeräte, Unified Messaging Systeme (UMS) und Gegensprechanlagen.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 19,0 Tsd. € wegen Anpassung der TK-Infrastruktur an die neue Zweistufigkeit des CNP-Vermittlungsnetzes in BayKom 2010 unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 7,0 Tsd. € infolge der haushaltsneutralen Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/98

Die bayerische Polizei deckt ihren Funk-Kommunikationsbedarf derzeit durch eigene Netze in analoger Technik ab. Hierfür sind auch noch während der Migrationsphase zum Digitalfunk Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von mobilen und ortsfesten Funkanlagen einschließlich Zubehör, sonstige funktechnische Anlagen und Geräte sowie Mess- und Prüfeinrichtungen für die IuK-Servicestellen erforderlich. Zudem werden mobile Lautsprecheranlagen einschließlich Zubehör benötigt.

Zu 03 20/511 98

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	103,0	103,0
2. Kommunikation	-	-
3. Mieten und Wartung, Sonstiges	-	-
Zusammen	103,0	103,0

Zu 03 20/812 98

Veranschlagt sind notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen im Funkbereich.

Zu 03 20/99

Die IuK-Ausstattung dient der polizeilichen Vorgangsbearbeitung und der Unterstützung des Dienstbetriebs (vgl. TG 99 bei Kap. 03 18), außerdem dem Schulungsbereich (Aus- und Fortbildung des Personals der Bayer. Polizei). Im Ausbildungsfach "Elektronische Datenverarbeitung" werden die Beamten in Ausbildung systematisch mit den Grundlagen der EDV sowie den Verfahren und Anwendungen, die bei der Bayer. Polizei zum Einsatz kommen, vertraut gemacht.

Personal im Kap. 03 20, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen	Stellen	Stellen
	2010	2011	2012
Plan-Beamte			
A 14	-	-	1
A 13	3	4	3
A 12	3	3	3
A 11	16	16	17
A 10	9	10	10
A 9+AZ	6	4	4
A 9	3	3	2
A 8	2	2	2
Summe	42	42	42
Arbeitnehmer			
E 9	12	12	12
E 8	3	3	3
E 6	1	1	1
Summe	16	16	16
Insgesamt	58	58	58

Zu 03 20/511 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	795,0	795,0
2. Wartung	90,0	90,0
3. Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	895,0	895,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 805,0 Tsd. € insbesondere durch die bedarfsgerechte Umschichtung innerhalb der TG zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs der dezentralen IT-Infrastruktur, wegen des erhöhten PC-Nachersatzbedarfs u.a. zur Ausstattung der zusätzlichen Auszubildenden unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 4,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
514 99-3	042	Verbrauchsmittel	110,0	110,0	A	120,0
					B	131,9
					C	122,6
518 99-9	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
					B	2,9
525 99-0	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A	20,0
					B	0,0
					C	20,7
526 99-9	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-9	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	---	---	A	---
701 99-6	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-9	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	320,0	300,0	A	940,0
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i>			B	328,2
		<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i>			C	841,7
		<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>				
		Summe der Titelgruppe	1.325,0	1.305,0	A	1.170,0
					B	1.295,2
					C	1.087,8
		Gesamtausgaben	229.879,2	226.137,8	A	247.216,9
					B	200.741,9
					C	178.955,7

Erläuterungen**Zu 03 20/514 99**

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger etc.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 10,0 Tsd. € entsprechend dem erwarteten Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 5,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/525 99

Kurs- und Hörergebühren sowie Lehrmaterial für das DV-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen notwendiger Umschichtung zu Tit. 511 99 unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 0,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 20/815 99

Veranschlagt sind Ersatzbeschaffungen zum Betriebserhalt der dezentralen DV-Ausstattung (PC, Server, Drucker, Multifunktionsgeräte etc) sowie der Erwerb notwendiger Softwarelizenzen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 620,0 Tsd. € wegen bedarfsgerechter Umsetzung zu Tit. 511 99 unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 41,2 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 20 Bereitschaftspolizei

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	2.530,0	2.530,0	A	18.880,0
					B	3.023,5
					C	3.070,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	490,0	490,0	A	390,0
					B	4.132,8
					C	7.029,5
		Gesamteinnahmen	3.020,0	3.020,0	A	19.270,0
					B	7.156,3
					C	10.100,0
		Personalausgaben	174.657,7	173.530,3	A	164.519,3
					B	149.321,0
					C	136.491,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	34.876,7	34.876,7	A	35.481,6
					B	40.086,2
					C	33.727,8
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	340,0	346,0	A	295,0
					B	2.110,6
					C	1.713,9
		Baumaßnahmen	16.985,0	14.385,0	A	16.651,0
					B	7.595,6
					C	3.472,5
		Sonstige Sachinvestitionen	3.019,8	2.999,8	A	30.270,0
					B	1.628,5
					C	3.550,4
		Gesamtausgaben	229.879,2	226.137,8	A	247.216,9
					B	200.741,9
					C	178.955,7
		Zuschuss	226.859,2	223.117,8	A	227.946,9
					B	193.585,6
					C	168.855,7

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-5	042	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	3.400,0	3.400,0	A	3.750,0
					B	3.087,4
					C	2.243,0
112 01-4	042	Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungsgelder	117.000,0	117.000,0	A	116.000,0
					B	115.685,6
					C	107.352,7
119 14-2	042	Verkaufserlöse für verunfallte, auszusondernde Dienstfahrzeuge <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 811 01.</i>	---	---	A	---
119 49-1	042	Vermischte Einnahmen	6,0	6,0	A	6,0
					B	5,4
					C	9,7
124 01-0	042	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0,5	0,5	A	0,5
					B	0,5
					C	0,5
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
235 03-4	042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Eingliederungshilfen)	---	---	A	---
236 01-5	042	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	---	---	A	---
					C	2,4
236 12-2	042	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	20,0	20,0	A	11,0
					B	45,6
					C	31,1
271 01-1	042	Erstattungen von der EU <i>Die Einnahmen (ohne Personalkostenerstattungen) erhöhen die Ausgabebefugnis bei den jeweiligen Haushaltsstellen der HGr 5.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			120.426,5	120.426,5	A	119.767,5
					B	118.824,6
					C	109.639,4
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-9	042	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	10.752,5	10.996,9	A	10.525,0
					B	10.468,1
					C	9.959,3
422 21-5	042	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	59,7	60,7	A	---
					B	58,4
422 31-3	042	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	321,7	327,1	A	276,4
					B	314,5
					C	296,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 21

Nach Art. 8 des Polizeiorganisationsgesetzes (POG) ist das Polizeiverwaltungsamt eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Dienststelle mit Sitz in Straubing. Es ist Zentralstelle für die Durchführung des Verkehrsordnungswidrigkeiten-Vorverfahrens in Bayern.

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr ist nach Art. 8 Abs. 2 POG im Polizeiverwaltungsamt eine Zentrale Bußgeldstelle mit Sitz in Viechtach errichtet.

Seit 01.01.2005 sind Ahndungszuständigkeiten von den Gewerbeaufsichtsämtern auf die Zentrale Bußgeldstelle verlagert, soweit es sich dabei um Verstöße gegen (Sozial-)Vorschriften im Zusammenhang mit der Überprüfung der Lenk- und Ruhezeiten von Lkw und Bussen und der Kontrolle von Gefahrguttransporten im Rahmen von Straßenkontrollen handelt.

Zu 03 21/111 01

2011 gegenüber 2010:
Weniger 350,0 Tsd. € wegen Anpassung an das voraussichtliche Aufkommen.

Zu 03 21/112 01

2011 gegenüber 2010:
Mehr 1.000,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 03 21/119 14

Vgl. Erläuterung bei Tit. 811 01.

Zu 03 21/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen (auch Polizeizulage) und Zuwendungen.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
422 41-1	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	4,0	4,0	A	4,0
428 01-3	042	Entgelte der Arbeitnehmer	6.924,1	7.039,5	A B C	6.951,8 6.789,5 6.550,3
428 41-5	042	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	3,0	3,0	A B C	2,0 2,8 0,5
453 01-1	042	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	15,0	15,0	A B C	15,0 15,5 17,8
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-1	042	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4.500,0	4.500,0	A B C	5.700,0 3.857,3 3.842,4
511 22-6	042	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	100,0	100,0	A B	20,0 0,1
514 01-8	042	Haltung von Dienstfahrzeugen	40,0	40,0	A B C	37,0 32,6 38,9
514 11-6	042	Dienstkleidung und Sonderbekleidung, Dienstkleidungszuschüsse	40,0	40,0	A B C	37,0 35,5 34,0
514 21-4	042	Verbrauchsmittel	1,0	1,0	A B C	1,0 0,0 0,1
517 01-5	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	170,0	170,0	A B C	170,0 154,6 154,7
517 05-1	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	170,0	170,0	A B C	170,0 164,7 158,2
517 31-9	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-5	042	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 01-4	042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
518 11-2	042	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	11,0	11,0	A B C	23,0 10,1 16,4
518 18-5	042	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 21/428 01

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 21/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	10,0	10,0
2. Umzugskostenvergütungen	5,0	5,0
Zusammen	15,0	15,0

Zu 03 21/511 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	150,0	150,0
2. Bücher und Zeitschriften	30,0	30,0
3. Kommunikation (s. Tit. 511 97)	-	-
4. Entgelte für Postdienstleistungen	4.220,0	4.220,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	100,0	100,0
6. Sonstiges	-	-
Zusammen	4.500,0	4.500,0

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.200,0 Tsd. € aufgrund Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 262,3 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 21/511 22

2011 gegenüber 2010:

Mehr 80,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Ersatzbedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 0,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 21/514 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	28,0	28,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	12,0	12,0
Zusammen	40,0	40,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	40,0	40,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	40,0	40,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2010	am 1.2.2010 gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	17	17	17	17	-
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
Sonstige	1	1	1	1	-

Zu 03 21/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 03 21/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	110,0	110,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	60,0	60,0
Zusammen	170,0	170,0

Zu 03 21/518 11

2011 gegenüber 2010:

Weniger 12,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
519 01-3	042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	60,1	60,1	A B C	75,0 249,1 142,5
525 01-5	042	Aus- und Fortbildung, Umschulung	32,0	32,0	A B C	32,0 37,6 29,9
526 01-4	042	Gerichts- und ähnliche Kosten	100,0	100,0	A B C	215,0 79,9 121,0
526 11-2	042	Kosten für Sachverständige	100,0	100,0	A B C	68,0 82,8 63,1
527 01-3	042	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	13,0	13,0	A B C	13,0 15,1 15,0
532 11-4	042	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-4	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	5,0	5,0	A B C	6,0 3,4 3,4
547 04-6	042	Präventions- und Repräsentationsmaßnahmen	0,5	0,5	A B C	0,5 4,8 4,5
Baumaßnahmen						
701 01-1	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-8	042	Erwerb von Dienstfahrzeugen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahmen bei Tit. 119 14.</i>	---	---	A B	22,0 92,8
812 01-7	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	23,9	23,9	A B C	25,0 39,9 36,1
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 11-0	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
<u>981 12-9</u>	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Nord <i>Rückerstattungen des Rechenzentrums dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
97 Kosten der Telekommunikation						
511 97-6	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	55,0	55,0	A B C	40,0 55,2 28,6
518 97-9	042	Mieten für Hard- und Software	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 03 21/519 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	60,1	60,1
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		60,1	60,1

2011 gegenüber 2010:

Weniger 14,9 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung zur Haushaltskonsolidierung unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 3,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 21/526 01

Entschädigungen für Zeugen in besonderen Fällen und Gerichtskosten sowie Parteiaufwendungen in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die dem Freistaat Bayern auferlegt werden.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 115,0 Tsd. € wegen Bedarfsanpassung und unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 9,9 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 21/526 11

2011 gegenüber 2010:

Mehr 32,0 Tsd. € wegen vermehrter Aufträge zur Gutachtenerstellung für Fahreridentifizierungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 3,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 21/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen, Weihnachtspäckchen an Beschäftigte, die am Heiligen Abend Dienst leisten einschl. Beamte im Auslandseinsatz und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 21/547 04

Vorbeugungsmaßnahmen und Durchführung von Veranstaltungen.

Zu 03 21/811 01

2011 gegenüber 2010:

Weniger 22,0 Tsd. € wegen Umschichtung in den Bereich der Betriebs- und Einsatzkosten zur Abdeckung von Preissteigerungen unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 1,0 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Der Haushaltsvermerk lässt zu, dass Verkaufserlöse verunfallter, auszusondernder Dienstfahrzeuge für Ersatzbeschaffungen verwendet werden dürfen. Für die Schadensersatzleistungen ist dies bereits gem. Nr. 7.2 DBestHG möglich.

Zu 03 21/97

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für Beschaffungen, Betrieb und Unterhalt der Telekommunikationssysteme sowie der entsprechenden Peripheriegeräte des Polizeiverwaltungsamtes veranschlagt. Die Kosten für das Festverbindungsnetz sind bei Kap. 03 17 TG 96 veranschlagt.

Zu 03 21/511 97		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	20,0
2.	Kommunikation	30,0	30,0
3.	Mieten und Wartung, Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen		55,0	55,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 15,0 Tsd. € entsprechend dem erwarteten Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 1,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
525 97-0	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A C	--- 0,1
534 97-9	042	Vergabe von Aufträgen	15,0	15,0	A B	--- 16,5
812 97-2	042	Erwerb von Hard- und Software	15,0	15,0	A B C	10,0 17,0 7,9
Summe der Titelgruppe			85,0	85,0	A B C	50,0 88,7 36,5
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
511 99-4	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	290,0	290,0	A B C	250,0 275,6 202,4
514 99-1	042	Verbrauchsmittel	80,0	80,0	A B C	90,0 85,8 71,2
518 99-7	042	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	---	---	A	---
525 99-8	042	Aus- und Fortbildung	---	---	A B C	10,0 0,2 6,4
526 99-7	042	Ausgaben für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-7	042	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	---	---	A	---
701 99-4	042	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
815 99-7	042	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	130,0	120,0	A C	200,0 173,1
						<i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €</i> 50,0
						<i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €</i> 50,0
						<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>
Summe der Titelgruppe			500,0	490,0	A B C	550,0 361,6 453,1
Gesamtausgaben			24.031,5	24.387,7	A B C	24.988,7 22.999,9 22.178,3

Erläuterungen

Zu 03 21/534 97

2011 gegenüber 2010:
Mehr 15,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 03 21/812 97

Ergänzungen an den Telekommunikationssystemen und den entsprechenden Peripheriegeräten.

Zu 03 21/99

Die IuK-Ausstattung dient der Aufrechterhaltung des Regelbetriebes der IT-Technik beim Bayer. Polizeiverwaltungsamt (Arbeitsplatzausstattung, Ausdruck, Kuvertierung und Versand von Druckerzeugnissen im Rahmen des VOWi-Verfahrens).

Personal im Kapitel 03 21, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen 2010	Stellen 2011	Stellen 2012
Plan-Beamte			
A 13	1	1	1
A 12	2	3	3
A 11	1	2	2
A 10	2	1	1
A 9	3	3	3
A 9+AZ	-	1	1
A 8	1	-	-
Summe	10	11	11
Arbeitnehmer			
E 10	1	1	1
E 9	5	6	6
E 8	3	2	2
Summe	9	9	9
Insgesamt	19	20	20

Zu 03 21/511 99

	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	120,0	120,0
2. Wartung	170,0	170,0
3. Sonstiges	-	-
Zusammen	290,0	290,0

2011 gegenüber 2010:
Mehr 40,0 Tsd. € wegen des erhöhten PC-Nachersatzbedarfs zur Aufrechterhaltung eines sicheren Betriebs der dezentralen IT-Infrastruktur unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 11,5 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 21/514 99

Veranschlagt ist der Bedarf von Verbrauchsmaterialien wie z.B. Druckertinte, Toner, Datenträger, etc.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 10,0 Tsd. € entsprechend dem erwarteten Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 4,1 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

Zu 03 21/525 99

Veranschlagt sind Kursgebühren und Lehrmaterial für das DV-Personal.

Zu 03 21/815 99

Veranschlagt sind die Ergänzung der dezentralen DV-Ausstattung (PC, Server, Drucker, Multifunktionsgeräte etc.) sowie der Erwerb und die Erweiterung von Softwarelizenzen.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 70,0 Tsd. € entsprechend dem erwarteten Bedarf unter Berücksichtigung einer Ansatzkürzung von 8,8 Tsd. € infolge haushaltsneutraler Absenkung der haushaltsgesetzlichen Sperre.

03 21 Polizeiverwaltungsamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	120.406,5	120.406,5	A	119.756,5
					B	118.779,0
					C	109.606,0
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	20,0	20,0	A	11,0
					B	45,6
					C	33,4
		Gesamteinnahmen	120.426,5	120.426,5	A	119.767,5
					B	118.824,6
					C	109.639,4
		Personalausgaben	18.080,0	18.446,2	A	17.774,2
					B	17.689,1
					C	17.027,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.782,6	5.782,6	A	6.957,5
					B	5.161,3
					C	4.934,1
		Sonstige Sachinvestitionen	168,9	158,9	A	257,0
					B	149,6
					C	217,1
		Gesamtausgaben	24.031,5	24.387,7	A	24.988,7
					B	22.999,9
					C	22.178,3
		Überschuss	96.395,0	96.038,8	A	94.778,8
					B	95.824,6
					C	87.461,0

03 23 Brandschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
6						
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 49-7	044	Vermischte Einnahmen	50,0	50,0	A	10,0
					B	149,6
					C	19,3
124 01-6	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	12,0	12,0	A	11,8
					B	12,0
					C	12,0
Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
341 01-3	044	Zuweisungen des Vereins „Bayer. Feuerwehrrholungsheim e.V.“ für Investitionen beim Feuerwehrrholungsheim <i>Die Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 547 03 und 701 01.</i>	---	---	A	---
					C	646,5
Gesamteinnahmen			62,0	62,0	A	21,8
					B	161,5
					C	677,8
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 11-8	044	Kosten für Sachverständige <i>Einseitig deckungsfähig bis zu 50,0 Tsd. € zu Lasten Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
531 11-1	044	Herausgabe der "brandwacht"	90,0	90,0	A	88,0
					B	87,1
					C	83,0
533 01-1	044	Feuerwehrehrenzeichen	38,0	38,0	A	36,0
					B	34,9
					C	34,7
546 49-0	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	5,0	5,0	A	5,0
					B	0,5
					C	2,3
547 01-5	044	Prüfungen für den hauptamtlichen Feuerwehrdienst	65,0	65,0	A	60,0
					B	59,6
					C	64,7
547 03-3	044	Feuerwehrrholungsheim Bayerisch Gmain <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 883 01. Vgl. Vermerk bei Tit. 341 01.</i>	335,0	1.600,0	A	250,0
					B	841,2
					C	487,3

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 23

In diesem Kapitel sind die Leistungen des Freistaates Bayern zur Förderung des Feuerwehrwesens einschließlich der Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Löschgeräten sowie (seit 01.01.2000) für den Bau von Feuerwehrgerätehäusern veranschlagt.

Das zweckgebundene Feuerschutzsteueraufkommen (vgl. Art. 29 des Bayer. Feuerwehrgesetzes - BayFwG) wird zu 100 % für die Erfüllung der Aufgaben des Staates nach Art. 3 BayFwG verwendet. Für den Doppelhaushalt 2011/2012 wird von einem Feuerschutzsteueraufkommen in Höhe von 58,0 Mio. €/Jahr ausgegangen.

Die Einnahmenansätze bei Kap. 03 23 und 03 26 werden 2011 und 2012 zur Deckung des Gesamthaushalts verwendet.

Für die Integrierten Leitstellen -Bereich Feuerwehr- werden im Haushaltsjahr 2012 aus dem Feuerschutzsteueraufkommen 551,0 Tsd. € verwendet.

Zu 03 23/119 49

2011 gegenüber 2010:

Mehr 40,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Aufkommen (u.a. zurückfließende Fördermittel).

Zu 03 23/124 01

Einnahmen aus der Nutzung des Feuerwehrheims in Bayerisch Gmain (Mieteinnahmen Hausmeisterwohnung und Pächterwohnung).

Zu 03 23/341 01

Zuweisungen des Vereins "Bayerisches Feuerwehrherholungsheim e.V." zur Realisierung von Nutzerwünschen im Rahmen der Baumaßnahmen beim Feuerwehrherholungsheim.

Diese Einnahmen sind auf der Grundlage des veranschlagten Haushaltsvermerks zweckgebunden für die Ausgaben bei Tit. 547 03 und 701 01 zu verwenden.

Zu 03 23/531 11

Herausgabe der Zeitschrift "brandwacht".

Zu 03 23/533 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Feuerwehrreizeichen, Ordensbänder, Etuis, Ehrenurkunden und dgl.	35,0	38,0
2. Auslagen bei besonderen Verleihungen	3,0	-
Zusammen	38,0	38,0

Zu 03 23/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 03 23/547 03

Bewirtschaftung und Unterhaltung des Feuerwehrherholungsheims in Bayerisch Gmain.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 85,0 Tsd. € wegen Einbaus eines Blockheizkraftwerkes und einer Terrassensanierung.

2012 gegenüber 2011:

Mehr 1.265,0 Tsd. € für die Sanierung des Hallenbades.

03 23 Brandschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
685 01-7	044	Beiträge und Zuschüsse <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	795,8	795,8	A	545,8
					B	515,7
					C	367,5
686 01-6	044	Zuschuss an den Bayerischen Landesfeuerwehrverband	440,0	440,0	A	430,0
					B	430,0
					C	376,8
		Baumaßnahmen				
701 01-7	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten beim Feuerwehrrholungsheim Bayerisch Gmain <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 341 01.</i>	---	---	A	---
					C	744,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
883 01-7	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä. <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um</i> <i>- die Mehreinnahmen und Minderausgaben der Kap. 03 23</i> <i>und 03 26 und</i> <i>- die Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei</i> <i>Kap. 13 01 Tit. 059 01 und 059 02.</i> <i>Die Ausgabebefugnis vermindert sich um</i> <i>- die Mindereinnahmen bei Kap. 03 23 und 03 26 und</i> <i>- die Mindereinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei</i> <i>Kap. 13 01 Tit. 059 01 und 059 02.</i> <i>Diese Mindereinnahme ist als Vorgriff auf die Mittel des</i> <i>folgenden Haushaltsjahres zu behandeln. Hierfür ist ein</i> <i>Verfahren nach Art. 37 BayHO nicht erforderlich.</i> <i>Aus dem Ansatz dürfen auch die gemeinsam bewirtschafteten</i> <i>Personalausgaben des Kap. 03 26 verstärkt werden.</i> <i>Im Übrigen vgl. Vermerk bei Anlage S Kap. 03 26 Tit. 710 01,</i> <i>740 02 und 745 01, Kap. 03 03 Tit. 631 85, Kap. 03 23</i> <i>Tit. 526 11, 547 03 und 883 02, Kap. 03 24 Tit. 887 89,</i> <i>Kap. 03 26 Tit. 519 01, 532 01, 701 01 und 821 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	27.582,1	25.535,4	A	29.832,5
					B	18.807,7
					C	16.442,1
883 02-6	044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern <i>Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung sind einseitig</i> <i>deckungsfähig zu Lasten Tit. 883 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 12.800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 12.800,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	16.000,0	16.000,0	A	12.000,0
					B	9.656,7
					C	10.603,1
		Gesamtausgaben	45.350,9	44.569,2	A	43.247,3
					B	30.433,3
					C	29.206,1

Erläuterungen

Zu 03 23/685 01		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
1.	Beiträge		
a)	an die Forschungsstelle für Feuerlöschtechnik der Technischen Hochschule Karlsruhe und an das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge	104,0	104,0
b)	an die Versicherungskammer Bayern für Unterstützungsleistungen	415,0	415,0
c)	an den Verein Deutsches Feuerwehrmuseum e. V.	0,2	0,2
d)	an die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V.	0,1	0,1
e)	an das Land Hessen für die Qualitätssicherung von Feuerwehrschutzkleidung	1,5	1,5
2.	Zuschüsse		
a)	an den Fachnormenausschuss "Feuerwehrwesen"	25,0	25,0
b)	an den Landesfeuerwehrverband für eine Imagekampagne zur Nachwuchsgewinnung	250,0	250,0
Zusammen		795,8	795,8

2011 gegenüber 2010:

Mehr 250,0 Tsd. € für die Imagekampagne des Landesfeuerwehrverbandes zur Nachwuchsgewinnung.

Zu 03 23/686 01

Förderung des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V. als Interessenvertretung der Freiwilligen Feuerwehren Bayerns.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,0 Tsd. € zur teilweisen Deckung gestiegener Personal- und Sachkosten.

Zu 03 23/883 01

Die Ansätze 2011/2012 sollen verwendet werden für		2011	2012
		Tsd. €	Tsd. €
-	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Beschaffung von Fahrzeugen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen u. dgl.	23.582,1	21.535,4
-	Baumaßnahmen bei der Feuerweherschule Geretsried (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 710 01), bei der Feuerweherschule Regensburg (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 745 01), bei der Feuerweherschule Würzburg (vgl. Vermerk bei Anlage S, Kap. 03 26 Tit. 740 02)	4.000,0	4.000,0
Zusammen		27.582,1	25.535,4

2011 gegenüber 2010:

Weniger 2.250,4 Tsd. € insbesondere wegen höherer Förderung von Feuerwehrgerätehäusern und Feuerwachen (s. Tit. 883 02) und erhöhter Ausgaben für die Feuerweherschulen.

2012 gegenüber 2011:

Weniger 2.046,7 Tsd. € insbesondere wegen höherer Ausgaben für den Brandschutz und die Feuerweherschulen sowie für Integrierte Leitstellen.

Zu 03 23/883 02

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 4.000,0 Tsd. € wegen höherer Förderung von Feuerwehrgerätehäusern und Feuerwachen.

03 23 Brandschutz

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	62,0	62,0	A	21,8
					B	161,5
					C	31,3
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	-	-	A	-
					B	-
					C	646,5
		Gesamteinnahmen	62,0	62,0	A	21,8
					B	161,5
					C	677,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	533,0	1.798,0	A	439,0
					B	1.023,2
					C	672,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.235,8	1.235,8	A	975,8
					B	945,7
					C	744,3
		Baumaßnahmen	-	-	A	-
					B	-
					C	744,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	43.582,1	41.535,4	A	41.832,5
					B	28.464,4
					C	27.045,2
		Gesamtausgaben	45.350,9	44.569,2	A	43.247,3
					B	30.433,3
					C	29.206,1
		Zuschuss	45.288,9	44.507,2	A	43.225,5
					B	30.271,8
					C	28.528,3

03 24 Rettungsdienst, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
119 11-9	045	Einnahmen aus Erstattungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	---	---	A	---
119 12-8	045	Schadensersatzleistungen für Schäden an Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 511 02.</i>	---	---	A	---
119 13-7	049	Einnahmen aus den Integrierten Leitstellen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 887 88.</i>	---	---	A	---
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
261 01-7	045	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	***	***	A	0,1
Gesamteinnahmen			-	-	A	0,1
					B	-
					C	-
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 02-4	045	Unterhalt für Notruftelefone und Unfallmeldeanlagen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei Tit. 119 12.</i>	110,0	110,0	A	140,0
					B	89,2
					C	100,2
525 01-9	045	Übungen und Lehrgänge im Katastrophenschutz	17,8	17,8	A	18,7
					B	12,0
					C	14,9
526 11-6	045	Gutachten zur Steigerung der Effizienz des Rettungsdienstes <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	---	---	A	---
					B	377,2
					C	283,4
547 01-3	045	Nicht aufteilbare Sachausgaben	8,7	8,7	A	6,7
					B	5,2
					C	4,5
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
614 01-1	045	Zuweisungen an den Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes	3.675,0	3.675,0	A	3.675,0
					B	3.500,0
					C	3.735,0
684 01-6	045	Zuschüsse an Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes	75,6	75,6	A	75,6
					B	68,0
					C	68,0

Erläuterungen**Vorbemerkung zu Kapitel 03 24**

Die Ausgaben des Kapitels 03 24 dienen ausschließlich den Fachaufgaben des Rettungsdienstes, des Katastrophenschutzes einschließlich des Lawinenwarndienstes und der zivilen Verteidigung.

In diesem Kapitel sind die Leistungen des Staates ausgebracht, die den Durchführenden des Rettungsdienstes nach Art. 33 Abs. 1 des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (BayRDG) für die Beschaffung notwendiger Einrichtungen im Rettungsdienst (insbesondere Berg-, Höhlen- und Wasserrettung) gewährt werden. Ferner sind hier die Leistungen des Staates für Integrierte Leitstellen nach Art. 7 des Gesetzes zur Einführung Integrierter Leitstellen (ILSG) veranschlagt (Ersterrichtung und Folgeanschaffungen). Außerdem sind Zuschüsse zur Vorbereitung von Sanitäts- und Katastropheneinsätzen ausgebracht. Die Ausgaben für den Katastrophenschutz richten sich nach dem Bayerischen Katastrophenschutzgesetz (BayKSG). Soweit sie jedoch aufgrund des Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetzes (ZSKG) anfallen, trägt sie der Bund (§ 29 ZSKG); sie werden unmittelbar auf den Bundeshaushalt gebucht. Für Maßnahmen des Staates im Rahmen der zivilen Verteidigung sind Ausgaben vorgesehen, die vom Bund nicht getragen werden.

Zu 03 24/119 11

Erstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 894 01.

Zu 03 24/119 12

Schadensersatzleistungen des Schädigers oder Dritter für die Instandsetzung von beschädigten Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen. Die Erstattungen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 511 02.

Zu 03 24/119 13

Insbesondere Zahlungen für die Mitbenutzung der Integrierten Leitstellen durch Dritte oder INTERREG-Fördermittel.

Zu 03 24/261 01

Erstattung von Lehrgangsgebühren u.a. durch Dritte für nichtstaatliche Teilnehmer an Lehrgängen, die vom Staatsministerium des Innern veranstaltet werden.

Der Titel wird gestrichen, weil seit Jahren keine Erstattungsleistungen mehr angefallen sind.

Zu 03 24/511 02

Laufender Unterhalt der Notruftelefone und Unfallmeldeanlagen an Bundes- und Staatsstraßen sowie Instandsetzung oder Abbau von beschädigten Unfallmeldeanlagen.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 30,0 Tsd. € aufgrund des Rückbaus von Notruftelefonen und Unfallmeldeanlagen.

Zu 03 24/525 01

Veranschlagt ist der Bedarf für Übungen und Planspiele sowie für Lawinenwarndienstlehrgänge, Lehrgänge für Luftbeobachter und sonstige Lehrgänge.

Zu 03 24/526 11

Vergabe von Gutachten, Sachverständigenleistungen und dgl. auf dem Gebiet des Rettungswesens (Finanzierung zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigungen bei Kap. 03 24 Tit. 894 01).

Zu 03 24/547 01

Nicht aufteilbare Zweckausgaben für
den Katastrophenschutz
den Rettungsdienst
die Zivile Verteidigung

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
	3,5	3,5
	4,8	4,8
	0,4	0,4
Zusammen	8,7	8,7

Zu 03 24/614 01

Beitrag des Freistaates Bayern an den Katastrophenschutzfonds nach Art. 12 Abs. 3 und 4 des Bayer. Katastrophenschutzgesetzes (2011 und 2012 je 1.620,0 Tsd. €) sowie Zuweisungen an den Fonds für das Investitionsprogramm im Katastrophenschutz (2011 und 2012 je 2.055,0 Tsd. €).

Der Katastrophenschutzfonds ist ein staatliches Sondervermögen, dessen Einnahmen und Ausgaben in der Anlage B zu diesem Einzelplan ausgewiesen sind.

Zu 03 24/684 01

Die Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes erhalten staatliche Zuwendungen

- zur Deckung des Personal- und Sachaufwands für die im Katastrophenschutz übernommenen Aufgaben und
- für die Ausbildung von Einsatzkräften der Hilfsorganisationen des Sanitäts- und Betreuungsdienstes.

Aus dem Ansatz können auch die Luftrettungsstaffel Bayern und der Freiwillige Seenotrettungsdienst gefördert werden.

03 24 Rettungsdienst, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
894 01-2	045	Leistungen gem. Art. 33 BayRDG <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei Tit. 119 11. Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung einseitig deckungsfähig zugunsten Tit. 526 11, 526 88 und 887 89. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 02 Tit. 547 07. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 6.500,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 5.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.700,0	6.700,0	A	8.200,0
					B	4.627,8
					C	4.437,6
894 02-1	045	Zuschuss zum Bau einer Luftrettungs-Trainingsanlage	***	***	A	---
					B	100,0
					C	1.960,0

Erläuterungen

Zu 03 24/894 01

Leistungen gem. Art. 33 Abs. 1 BayRDG an die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung sowie bis zum Abschluss der Einführung Integrierter Leitstellen an die Betreiber von Rettungsleitstellen gem. Art. 55 Abs. 4 BayRDG für die durch Zuwendungen Dritter nicht gedeckten Kosten der Beschaffung notwendiger Investitionsgüter mit einer gewöhnlichen Nutzungsdauer von mehr als drei Jahren. Der Umfang der Beschaffungen wird durch jährliche Beschaffungspläne festgestellt.

Die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung wurden ersatzweise für die in Art. 33 Abs. 1 Nr. 6 BayRDG vorgesehene staatliche Kostenerstattung für Geodaten als Nutzungsberechtigte in die Ressortvereinbarung des StMI mit der Vermessungsverwaltung über die Nutzung von Geobasisdaten mit einbezogen. Der Deckungsvermerk zugunsten Kap. 03 02 Tit. 547 07 dient der Zahlung des anteiligen Entgelts dafür.

2011 gegenüber 2010:

Weniger 1.500,0 Tsd. € aufgrund des Wegfalls des einmaligen Bedarfs 2010 von 3.000,0 Tsd. € für die Ertüchtigung der Funkinfrastruktur im Bereich Bergrettung unter Berücksichtigung zusätzlicher Mittel von je 1.500,0 Tsd. € in den Jahren 2011 und 2012 für die Höhlenrettung der Bergwacht.

Zu 03 24/894 02

Zuschuss zum Bau einer Luftrettungs-Trainingsanlage durch die Bergwacht Bayern.
Wegfall des Titels, da die Maßnahme abgeschlossen ist.

03 24 Rettungsdienst, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
Titelgruppen						
88 - 89 Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Deckungsfähigkeit umfasst auch die Verpflichtungsermächtigungen.</i>						
525 88-5	049	Aus- und Fortbildung	---	---	A	---
526 88-4	049	Gutachten, Projektmanagement und Beratungsleistungen <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i>	---	---	A	---
					B	756,5
					C	733,6
684 88-2	049	Förderung des Erwerbs der rettungsdienstlichen Qualifikation für den Einsatz in Integrierten Leitstellen	---	---	A	---
					B	22,6
					C	26,6
701 88-1	049	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
812 88-7	049	Einrichtung einer Lehrleitstelle, Software der Lehrleitstelle und der Integrierten Leitstellen <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 26 Tit. 815 99 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i>	---	---	A	---
					B	341,9
					C	0,8
<u>812 89-6</u>	049	Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 26 Tit. 815 99 in Höhe des auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteils.</i>	499,8	---	A	
883 88-1	049	Zuschüsse für Erstinvestitionen (Technik), bauliche Anpassungen und Neubauinvestitionen im Bereich Feuerwehr <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 154,8 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 396,2 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	154,8	A	3.885,9
					B	1.082,6
					C	1.766,0
887 88-7	049	Erstattung der Erstinvestitionen (Technik) im Bereich Rettungsdienst <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei Tit. 119 13. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 15.513,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 15.513,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2012 Tsd. € 2.180,9 2013 Tsd. € 13.332,1 Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2011 dürfen im Jahr 2012 in Höhe von 13.332,1 Tsd. € in Anspruch genommen werden. Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 2.603,8 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	2.180,9	A	---
					B	3.294,1
					C	6.100,0

Erläuterungen

Zu 03 24/88 - 89

Zur gemeinsamen Nutzung der Notrufnummer 112 durch Rettungsdienst und Feuerwehr ist die flächendeckende Einführung integrierter Leitstellen auf der Ebene der Rettungsdienstbereiche vorgesehen (Gesetz über die Errichtung und den Betrieb integrierter Leitstellen -ILSG- vom 25. Juli 2002, GVBl S. 318). Dazu sind für den jeweiligen Leitstellenbereich die Funktionen der bestehenden Feuerwehreinsatzzentralen und Nachalarmierungsstellen, die von den Polizeidienststellen wahrgenommenen 112-Abfrage- und/oder Erstalarmierungsfunktionen sowie die Koordinierungsfunktionen der Rettungsleitstelle in einer Leitstelle zu integrieren. Diese Lösung trägt der Entscheidung der Europäischen Union für die Einführung einer europaweit einheitlichen Notrufnummer 112 Rechnung. Landesweit sollen 26 Integrierte Leitstellen errichtet werden (incl. Neubau der Integrierten Leitstelle München).

Sämtliche Investitions- und Betriebskosten der Integrierten Leitstellen sind entsprechend ihrer tatsächlichen Inanspruchnahme in den einzelnen Aufgabenbereichen auf die Aufgaben- und Kostenträger zu verteilen. Die Einzelheiten der **Verteilungsschlüssel** werden durch Rechtsverordnung festgelegt. Der Finanzierungsplanung liegt die Annahme zugrunde, dass die Kosten landesdurchschnittlich in einem Verhältnis von 75 : 25 auf die Bereiche Rettungsdienst und Feuerwehr verteilt werden. Dies entspricht dem Verhältnis der anzunehmenden Inanspruchnahme der neu zu errichtenden Integrierten Leitstellen durch Rettungsdienst und Feuerwehr entsprechend dem geschätzten Bedarf der Personalleistungen.

Für 26 neue Integrierte Leitstellen und eine Lehrleitstelle wird mit folgenden **erstmaligen Investitionskosten** gerechnet:

	staatl. Anteil Tsd. €	davon	
		Anteil RD Tsd. €	Anteil FW Tsd. €
1. Geschätzter Finanzbedarf	69.565,0	52.793,4	16.771,6
2. Bis 2010 bereitgestellte Ausgabemittel und Deckungen zugunsten Titelgruppe 88 - 89	50.897,2	34.676,6	16.220,6
3. 2011/2012 werden folgende Ausgabemittel veranschlagt (ohne Folgeanschaffungen nach der Ersterrichtung)	2.335,7	2.180,9	154,8
4. Ab 2013 sind noch folgende Ausgabemittel zu veranschlagen	16.332,1	15.935,9	396,2
5. Summe 2. - 4.	69.565,0	52.793,4	16.771,6

Darüber hinaus stellt der Freistaat Bayern den Betreibern der Integrierten Leitstellen das Nutzungsrecht an der landeseinheitlichen Einsatzleitsoftware sowie Geobasisdaten unentgeltlich zur Verfügung und trägt die Kosten für die Honorare und Reisekosten der externen Dozenten für die **Leitstellenlehrgänge** an der Staatlichen Feuerweherschule in Geretsried (Tit. 525 88). Die Kosten für die erforderliche **rettungsdienstliche Fortbildung** der bisher in den Rettungsleitstellen oder bei den Feuerwehren Beschäftigten, die künftig in einer Integrierten Leitstelle tätig werden, sollen in der Aufbauphase nach Maßgabe des Haushalts bezuschusst werden (Tit. 684 88).

Der Titel 887 89 ist vorgesehen für Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ILSG an die Betreiber von Integrierten Leitstellen für die nach Ersterrichtung notwendigen **Folgeanschaffungen** von kommunikations- und informationstechnischer Ausstattung und Datenverarbeitungsprogrammen der Integrierten Leitstellen sowie zur Alarmierung und Kommunikation notwendiger fernmeldetechnischer Infrastruktur in der Fläche, soweit diese nicht durch Zuwendungen Dritter gedeckt sind und eine Nutzungsdauer von länger als drei Jahren haben.

Für die Jahre 2011 und 2012 ist der voraussichtlich auf den Rettungsdienst entfallende Kostenanteil gemäß Art. 7 Abs. 1 ILSG veranschlagt. Soweit für die auf den Feuerwehrbereich entfallenden Folgeinvestitionen gemäß Art. 7 Abs. 2 Satz 2 ILSG Zuwendungen gewährt werden, bleibt dies der Regelung durch etwaige Zuwendungsrichtlinien vorbehalten. Gegebenenfalls notwendige Ausgabemittel hierfür werden über den veranschlagten Deckungsvermerk bereitgestellt.

Der Bedarf für den auf den Rettungsdienstbereich entfallenden Anteil an den **Folgeanschaffungen für die Lehrleitstelle** (Erneuerung der IuK-Technik) ist bei Tit. 812 89 veranschlagt; für den auf den Feuerwehrbereich entfallenden Anteil vgl. Deckungsvermerk zu Lasten von Kap. 03 26 Tit. 815 99.

2011 gegenüber 2010:
Weniger 2.794,6 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Mehr 2.804,4 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Mittelabfluss unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ausgabereste.

03 24 Rettungsdienst, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
				6		
887 89-6	049	Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und 2 Satz 2 ILSG (Folgeanschaffungen nach Ersterrichtung) <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 in Höhe des Zuschussbedarfs für die auf den Feuerwehrbereich entfallenden Investitionen.</i> <i>Für die Erstattungen im Bereich Rettungsdienst vgl. Vermerk bei Tit. 894 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.560,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 2.697,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	591,5	1.560,0	A	- - -
					B	64,7
		Summe der Titelgruppe	1.091,3	3.895,7	A	3.885,9
					B	5.562,3
					C	8.626,9
		Gesamtausgaben	11.678,4	14.482,8	A	16.001,9
					B	14.341,8
					C	19.243,5
		Abschluss				
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	-	-	A	0,1
					B	-
					C	-
		Gesamteinnahmen	-	-	A	0,1
					B	-
					C	-
		Sächliche Verwaltungsausgaben	136,5	136,5	A	165,4
					B	1.240,0
					C	1.149,6
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.750,6	3.750,6	A	3.750,6
					B	3.590,6
					C	3.829,6
		Sonstige Sachinvestitionen	499,8	-	A	-
					B	341,9
					C	0,8
		Investitionsförderungsmaßnahmen	7.291,5	10.595,7	A	12.085,9
					B	9.169,3
					C	14.263,6
		Gesamtausgaben	11.678,4	14.482,8	A	16.001,9
					B	14.341,8
					C	19.243,5
		Zuschuss	11.678,4	14.482,8	A	16.001,8
					B	14.341,8
					C	19.243,5

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
111 01-4	044	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
119 01-6	044	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>50 v. H. der Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01. 50 v. H. der Mindereinnahmen verringern die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i>	40,0	40,0	A	40,0
					B	118,4
					C	71,2
119 49-0	011	Vermischte Einnahmen	6,0	6,0	A	6,0
					B	5,5
					C	7,5
124 01-9	044	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	260,0	260,0	A	260,0
					B	276,7
					C	213,0
125 01-8	044	Einnahmen aus der Verpflegung des Küchenpersonals, sonstiger Bediensteter und von Gästen	90,0	90,0	A	85,0
					B	96,2
					C	86,6
Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-9	044	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	450,0	450,0	A	450,0
					B	379,2
					C	331,4
232 01-8	044	Erstattungen von Ländern und Kommunen <i>80 v. H. der Mehreinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei Tit. 525 01.</i>	---	---	A	---
					B	24,8
					C	14,8
235 12-2	044	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
236 12-1	044	Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
					B	27,0
					C	13,7
261 01-2	044	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland	---	---	A	---
281 01-8	044	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			846,0	846,0	A	841,0
					B	927,8
					C	738,1
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-8	044	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	1.166,9	1.600,0	A	1.167,0
					B	1.008,4
					C	893,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 03 26

Die Landesfeuerwehrschulen in Geretsried, Regensburg (Lappersdorf) und Würzburg sind dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet. Sie haben insbesondere Feuerwehrdienstleistende der Freiwilligen Feuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Werkfeuerwehren sowie besondere Führungsdienstgrade im Brandschutz und im technischen Hilfsdienst auszubilden. Die Staatl. Feuerwehrschule Geretsried hat außerdem die Disponenten Integrierter Leitstellen auszubilden (§ 18 der Verordnung zur Ausführung des Bayer. Feuerwehrgesetzes).

Zu 03 26/119 01

Einnahmen aus dem Verkauf von Ausbilderleitfäden, des Jahrbuches für Brand- und Katastrophenschutz u.ä.

Zu 03 26/119 49

Insbesondere Erlöse aus dem Verkauf ausgesonderter Feuerwehrfahrzeuge und sonstiger Gegenstände.

Zu 03 26/124 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	10,0	10,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	240,0	240,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	5,0	5,0
4. Sonstige Einnahmen	5,0	5,0
Zusammen	260,0	260,0

Zu 03 26/231 01

Anteilige Erstattung des Bundes für integrierte Katastrophenschutzausbildung.

Zu 03 26/232 01

Erstattung von Ländern und Kommunen für die Herstellung und Überlassung von Feuerwehrdienstvorschriften und Ähnlichem.

Zu 03 26/236 12

Aufstockungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit wegen Ersatzeinstellungen.

Zu 03 26/281 01

Kostenerstattungsansprüche bei gewonnenen Passivprozessen der Feuerwehrschulen.

Zu 03 26/422 01, 422 21 und 422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
422 21-4	044	Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger	23,2	23,6	A	14,3
					B	22,7
					C	14,2
422 31-2	044	Bezüge der abgeordneten Beamten und Richter	---	---	A	33,2
					C	17,7
422 41-0	044	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---
427 01-3	044	Beschäftigungsentgelte usw.	165,0	165,0	A	160,0
					B	170,6
					C	117,0
428 01-2	044	Entgelte der Arbeitnehmer	3.429,0	3.486,1	A	3.385,9
					B	3.359,9
					C	3.211,5
428 11-0	044	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer	10,0	10,0	A	10,0
					B	9,4
					C	7,0
428 12-9	044	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
428 21-8	044	Entgelte der Arbeitnehmer	1.361,0	1.383,7	A	1.214,4
					B	1.122,1
					C	1.130,7
428 41-4	044	Überstundenentgelte für Arbeitnehmer	30,0	30,0	A	16,0
					B	30,9
					C	14,6
453 01-0	044	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0	A	10,0
					B	3,3
					C	11,8
459 11-2	044	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-0	044	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	150,0	155,0	A	135,0
					B	151,8
					C	127,2
511 22-5	044	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	250,0	250,0	A	210,0
					B	258,1
					C	275,3
514 01-7	044	Haltung von Dienstfahrzeugen	210,0	210,0	A	150,0
					B	201,1
					C	201,8

Erläuterungen

Zu 03 26/427 01

Entgelte für Gastlehrer mit besonderen Fachkenntnissen für Speziallehrgänge.

Zu 03 26/428 01, 428 11 und 428 12

Entgelte einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 03 26/428 21

Entgelte für Arbeitnehmer auf nicht gebundenen Stellen (einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung); für die Bewirtschaftung sind die Ausgabemittel verbindlich (Nr. 2.1 Satz 2 DBestHG).

Zu 03 26/428 41

Überstundenentgelte für Arbeitnehmer (insbesondere für Rufbereitschaften).

2011 gegenüber 2010:

Mehr 14,0 Tsd. € wegen zunehmendem Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Zu 03 26/453 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Trennungsgeld	7,0	7,0
2. Umzugskostenvergütungen	3,0	3,0
Zusammen	<u>10,0</u>	<u>10,0</u>

Zu 03 26/459 11

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 03 02 Tit. 459 11.

Zu 03 26/511 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Geschäftsbedarf	45,0	45,0
2. Bücher und Zeitschriften	12,0	12,0
3. Kommunikation	50,0	50,0
4. Entgelte für Postdienstleistungen	20,0	20,0
5. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	25,0
6. Sonstiges	3,0	3,0
Zusammen	<u>150,0</u>	<u>155,0</u>

2011 gegenüber 2010:

Mehr 15,0 Tsd. € wegen Ausweitung des Lehrgangsangebots.

Zu 03 26/511 22

2011 gegenüber 2010:

Mehr 40,0 Tsd. € wegen Ausweitung des Lehrgangsangebots.

Zu 03 26/514 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Betriebsstoffe	90,0	90,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	120,0	120,0
Zusammen	<u>210,0</u>	<u>210,0</u>

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	210,0	210,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen (Kap. 03 26 Tit. 811 01)	1.500,0	1.500,0
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	<u>1.710,0</u>	<u>1.710,0</u>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2010	
	2011	2012	2010	gesamt	davon geleast/ gemietet
Feuerwehrfahrzeuge und sonstige Dienstfahrzeuge	83	83	83	81	-
Anhänger	38	38	38	36	-
Boote	8	8	8	8	-

2011 gegenüber 2010:

Mehr 60,0 Tsd. € aufgrund der Kostensteigerungen für Treibstoffe und für den Fahrzeugunterhalt.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
514 11-5	044	Dienst- und Schutzkleidung	70,0	70,0	A	50,0
					B	57,1
					C	84,5
514 21-3	044	Verbrauchsmittel	35,0	35,0	A	25,0
					B	40,8
					C	36,9
514 22-2	044	Verpflegung	220,0	220,0	A	210,0
					B	213,8
					C	198,2
517 01-4	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	510,0	510,0	A	465,0
					B	490,0
					C	546,0
517 05-0	044	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	635,0	635,0	A	480,0
					B	644,3
					C	547,2
517 31-8	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
517 35-4	044	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
518 11-1	044	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	65,0	65,0	A	60,0
					B	60,6
					C	79,1
518 31-7	044	Mieten und Pachten der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt)	---	---	A	---
519 01-2	044	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	600,0	600,0	A	500,0
					B	949,3
					C	803,0
525 01-4	044	Aus- und Fortbildung, Umschulung <i>Vgl. Vermerk bei Tit. 119 01 und 232 01.</i>	310,0	310,0	A	275,0
					B	219,3
					C	322,7
526 01-3	044	Gerichts- und ähnliche Kosten	---	---	A	---
526 11-1	044	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
527 01-2	044	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	38,2	36,3	A	36,0
					B	34,2
					C	41,6
531 21-2	044	Herausgabe des Jahrbuches für Brand- und Katastrophenschutz	10,0	10,0	A	10,0
					B	8,3
					C	8,5
532 01-5	044	Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Deckungsfähig zu Lasten Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	5,2
532 11-3	044	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 01-4	044	Feuerwehr-Leistungsabzeichen	80,0	80,0	A	80,0
					B	41,9
					C	90,0
546 49-3	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	18,0	18,0	A	16,0
					B	62,6
					C	16,6

Erläuterungen

Zu 03 26/514 11

Dienstkleidungszuschüsse für durchschnittlich 100 Empfänger sowie Dienst- und Schutzkleidung für Bedienstete, Lehrgangsteilnehmer und Küchenpersonal.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen Personalmehrung.

Zu 03 26/514 21

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen Anpassung an den Bedarf.

Zu 03 26/514 22

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen steigender Teilnehmerzahlen und gestiegener Lebensmittelpreise.

Zu 03 26/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 45,0 Tsd. € wegen höherer Kosten für die Grundstücksbewirtschaftung.

Zu 03 26/517 05

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Heizung	380,0	380,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	255,0	255,0
Zusammen	635,0	635,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 155,0 Tsd. € durch die Erweiterung der Feuerwehrschiulen Geretsried, Regensburg und Würzburg und die damit verbundenen gestiegenen Energiekosten.

Zu 03 26/518 11

Anmietung von Fahrzeugen für Lehrfahrten und Lehrgänge sowie von Kopiergeräten.

Zu 03 26/519 01

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	600,0	600,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	600,0	600,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 100,0 Tsd. € aufgrund des Bedarfs für Bauunterhaltsmaßnahmen.

Zu 03 26/525 01

2011 gegenüber 2010:

Mehr 35,0 Tsd. € insbesondere wegen der Ausbildung von Nachwuchskräften.

Zu 03 26/526 01

Vertretungs- und Gerichtskosten in Rechtsstreitigkeiten.

Zu 03 26/526 11

Ausgaben für Gutachten, Dolmetscher und ähnliche Sachverständigenleistungen.

Zu 03 26/533 01

Feuerwehr-Leistungsabzeichen für die Teilnahme

- an der Leistungsprüfung "Die Gruppe im Löscheinsatz",
- an der Leistungsprüfung "Die Gruppe im technischen Hilfeleistungseinsatz" und
- an der Jugendleistungsprüfung.

Zu 03 26/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
547 03-6	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für die Feuerwehrjugend	21,0	21,0	A	21,0
					B	6,0
					C	29,0
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
671 01-6	044	Erstattungen an Lehrgangsteilnehmer	330,0	330,0	A	330,0
					B	312,3
					C	294,3
		Baumaßnahmen				
701 01-0	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	145,0
					C	978,1
710 00-0	044	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 26 Tit. 710 01, 740 02 und 745 01 der Anlage S.</i>	---	---	A	---
					B	2.326,5
					C	3.111,1
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-7	044	Erwerb von Dienstfahrzeugen	1.500,0	1.500,0	A	500,0
					B	32,4
					C	1.051,8

Erläuterungen

Zu 03 26/547 03

Wissenstest für die Feuerwehrjugend, Informationsmaterial für die Jugendwarte und sonstige Maßnahmen zur Nachwuchswerbung der Feuerwehren.

Zu 03 26/671 01

Kosten der An- und Rückreise der von den Freiwilligen Feuerwehren entsandten Lehrgangsteilnehmer.

Zu 03 26/811 01

	Tsd. €
2011	-
1. Erstbeschaffung	
2. Ersatzbeschaffung	
<u>Schule Geretsried:</u>	
2 Löschgruppenfahrzeuge (LF 10/6)	580,0
<u>Schule Regensburg</u>	
1 Kommandofahrzeug	50,0
1 Personenkraftwagen	20,0
1 Tragkraftspitzenfahrzeug	60,0
1 Gerätewagen (GW-L2)	200,0
<u>Schule Würzburg</u>	
1 Mehrzweckfahrzeug	60,0
1 Hilfeleistungslöschfahrzeug (HLF 20/16)	360,0
1 Versorgung-LKW	170,0
Zusammen	1.500,0
2012	
1. Erstbeschaffung	
<u>Schule Geretsried:</u>	
1 Einsatzleitwagen (ELW 1)	75,0
2. Ersatzbeschaffung	
<u>Schule Geretsried:</u>	
1 Kommandowagen	30,0
1 Kraftomnibus (gebraucht)	250,0
<u>Schule Regensburg</u>	
1 Rüstwagen (RW)	350,0
1 Katastrophenschutzboot mit Anhänger	120,0
<u>Schule Würzburg</u>	
1 Löschgruppenfahrzeug (20/16)	325,0
1 Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF)	60,0
1 Rettungsboot mit Anhänger	25,0
1 Katastrophenschutzboot mit Anhänger	120,0
1 Lichtmastfahrzeug	145,0
Zusammen	1.500,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 1.000,0 Tsd. € insbesondere wegen Erneuerung überalterter Fahrzeuge.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
812 01-6	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	420,0	420,0	A	400,0
					B	231,1
					C	131,4
812 02-5	044	Beschaffung von mobilen Brandübungsanlagen	---	---	A	---
					B	3,3
821 01-5	044	Erwerb von Grundstücken <i>Deckungsfähig zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	9,5
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
511 99-3	044	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	320,8	320,1	A	180,0
					B	302,6
					C	203,1
514 99-0	044	Verbrauchsmittel	25,0	25,0	A	25,0
					B	7,6
					C	14,6
518 99-6	044	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	8,0	---	A	18,0
					B	7,9
					C	10,6
525 99-7	044	Aus- und Fortbildung	30,0	30,0	A	20,0
					B	22,2
					C	0,4
534 99-6	044	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	55,0	75,0	A	60,0
					B	1,5
					C	7,9

Erläuterungen

Zu 03 26/812 01

2011		Tsd. €
1. <u>Schule Geretsried:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		150,0
2. <u>Schule Regensburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		120,0
3. <u>Schule Würzburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		150,0
	Zusammen	420,0

2011 gegenüber 2010:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen eines erweiterten Schulbetriebs und notwendiger Ersatzbeschaffungen.

2012

1. <u>Schule Geretsried:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		150,0
2. <u>Schule Regensburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände		50,0
3. <u>Schule Würzburg:</u>		
Einrichtungs- und Ausrüstungsgegenstände im Rahmen der Schulerweiterung		220,0
	Zusammen	420,0

Zu 03 26/99

Veranschlagung der Ausgaben für IuK der Staatlichen Feuerwehrsulen.

Die IuK-Ausstattung dient dem Schulungsbereich (Ausbildung der Disponenten von Integrierten Leitstellen, Feuerwehrdienstleistenden der Freiwilligen Feuerwehren, Pflichtfeuerwehren und Werkfeuerwehren sowie besonderer Führungsdienstgrade im Brandschutz und im technischen Hilfsdienst) sowie der Unterstützung des Dienstbetriebs.

Personal im Kap. 03 26, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr / EGr	Stellen	Stellen	Stellen
	2010	2011	2012
Plan-Beamte			
A 11	2,23	2,23	2,23
A 10	-	-	-
A 9 + AZ	0,25	0,25	0,25
	Summe	2,48	2,48
Arbeitnehmer			
E 9	1	1	1
	Insgesamt	3,48	3,48

Zu 03 26/511 99

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	58,0	58,0
2. EDV-Leitungsmieten und laufende Fernmeldekosten	58,9	58,2
3. Wartung	187,9	187,9
4. Bücher und Zeitschriften	2,0	2,0
5. Sonstiges	14,0	14,0
	Zusammen	320,8
		320,1

2011 gegenüber 2010:

Mehr 140,8 Tsd. € wegen höherer Leitungsmieten und Wartungskosten insbesondere für die Lehrleitstelle in Geretsried.

Zu 03 26/518 99

2011 gegenüber 2010:

Weniger 10,0 Tsd. € wegen geringerer Mietkosten für Server.

Zu 03 26/525 99

Schulungsmaßnahmen für das DV-Personal.

2011 gegenüber 2010:

Mehr 10,0 Tsd. € wegen eines erhöhten Schulungsbedarfs für das DV-Personal.

Zu 03 26/534 99

2012 gegenüber 2011:

Mehr 20,0 Tsd. € wegen der Entwicklung einer Software für die Lehrgangsanmeldung.

03 26 Feuerweherschulen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5	6	
815 99-6	044	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 24 Tit. 812 88 und 812 89.</i>	543,0	246,0	A B C	100,0 54,6 48,1
		Summe der Titelgruppe	981,8	696,1	A B C	403,0 396,4 284,6
		Gesamtausgaben	12.649,1	12.879,8	A B C	10.366,8 12.628,3 14.676,6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	396,0	396,0	A B C	391,0 496,7 378,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	450,0	450,0	A B C	450,0 431,1 359,9
		Gesamteinnahmen	846,0	846,0	A B C	841,0 927,8 738,1
		Personalausgaben	6.195,1	6.708,4	A B C	6.010,8 5.727,3 5.417,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.661,0	3.675,4	A B C	3.026,0 3.786,2 3.644,1
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	330,0	330,0	A B C	330,0 312,3 294,3
		Baumaßnahmen	-	-	A B C	- 2.471,5 4.089,2
		Sonstige Sachinvestitionen	2.463,0	2.166,0	A B C	1.000,0 330,9 1.231,2
		Gesamtausgaben	12.649,1	12.879,8	A B C	10.366,8 12.628,3 14.676,6
		Zuschuss	11.803,1	12.033,8	A B C	9.525,8 11.700,5 13.938,5

Erläuterungen

Zu 03 26/815 99

2011 gegenüber 2010:

Mehr 443,0 Tsd. € insbesondere wegen der Erneuerung der LuK-Technik der Lehrleitstelle (Feuerwehranteil).

2012 gegenüber 2011:

Weniger 297,0 Tsd. € nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
			Tsd. €			
Abschluss Epl. 03A						
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	410.215,2	408.656,0	A	426.072,0
					B	427.972,4
					C	397.266,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	63.051,8	2.755,2	A	2.657,5
					B	30.057,0
					C	18.561,6
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	27.256,7	27.753,6	A	32.276,1
					B	45.941,9
					C	6.754,1
		Gesamteinnahmen	500.523,7	439.164,8	A	461.005,6
					B	503.971,3
					C	422.581,8
		Personalausgaben	2.949.981,0	3.013.296,3	A	2.866.749,3
					B	2.766.790,3
					C	2.669.339,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	300.965,9	300.908,6	A	291.765,7
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	22.588,0		B	299.925,8
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	14.130,0		C	257.322,7
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	30.241,3	24.580,2	A	34.213,7
					B	37.750,3
					C	35.756,7
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	500,0			
		Baumaßnahmen	72.947,1	69.447,1	A	95.607,1
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	60.090,0		B	60.103,6
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	49.590,0		C	73.348,5
		Sonstige Sachinvestitionen	65.703,9	57.946,3	A	103.637,7
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	27.176,5		B	71.798,7
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	19.751,5		C	64.676,7
		Investitionsförderungsmaßnahmen	54.123,6	70.443,1	A	67.725,4
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	122.785,8		B	37.633,7
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	43.497,0		C	41.308,8
		Besondere Finanzierungsausgaben	-492,9	-248,2	A	1.133,3
					B	15.368,3
					C	2.755,6
		Gesamtausgaben	3.473.469,9	3.536.373,4	A	3.460.832,2
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	233.140,3		B	3.289.370,7
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	126.968,5		C	3.144.508,1
		Zuschuss	2.972.946,2	3.097.208,6	A	2.999.826,6
					B	2.785.399,3
					C	2.721.926,3

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2011		2012	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 01					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	995,0	660,0	995,0	-
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	275,2	80,0	271,5	80,0
03 02					
702 01	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	1.700,0	1.500,0	1.700,0	1.500,0
03 03					
	86 Förderung der Erstausrüstung mit Digitalfunk-Endgeräten (zzgl. Zubehör) bei nichtstaatlichen BOS				
883 86	Zuschüsse zur Erstausrüstung der kommunalen Feuerwehren	1.420,0	57.644,0	2.020,0	-
894 86	Zuschüsse zur Erstausrüstung des Rettungsdienstes und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	580,0	8.614,0	830,0	-
03 05					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	490,0	490,0	490,0	490,0
03 06					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	300,0	300,0	300,0	300,0
03 07					
	60 Rechenzentrum Süd				
511 60	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	12.245,7	6.900,0	12.299,0	-
518 60	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.550,1	-	1.579,7	3.600,0
526 60	Ausgaben für Sachverständige	3.130,2	800,0	3.063,2	500,0
535 60	Miete für Software	595,8	500,0	607,2	-
815 60	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	3.475,7	2.200,0	3.246,7	1.500,0
	92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus				
518 92	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	300,3	51,0	53,6	-
526 92	Ausgaben für Sachverständige	2.150,0	500,0	815,7	-
534 92	Vergabe von Aufträgen	574,2	300,0	574,2	-

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2011		2012	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 07					
815 92	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	3.277,8	500,0	1.213,8	-
	95 Umzug des Landesamts in das neue Dienstgebäude "St.-Martin-Straße" (einschließlich Vorbereitung der Infrastruktur für das RZ Süd im neuen Dienstgebäude)				
526 95	Ausgaben für Sachverständige	787,7	550,0	537,8	-
532 95	Umzugs- und Verlegungskosten	258,2	550,0	652,1	-
815 95	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	3.673,0	3.000,0	1.726,1	-
	96 eGovernment - Behördennetz Bayern				
511 96	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation	1.155,3	1.217,0	2.515,2	-
526 96	Kosten für Sachverständige	478,3	180,0	432,3	-
815 96	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	413,7	350,0	750,7	-
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	908,7	150,0	908,7	-
526 99	Ausgaben für Sachverständige	402,7	200,0	366,8	-
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	761,3	500,0	743,3	300,0
03 08					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	700,0	700,0	800,0	700,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.551,1	731,5	1.511,6	1.556,5
03 15					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	122,3	15,0	122,3	15,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2011		2012	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 17					
511 22	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	450,0	50,0	450,0	50,0
518 18	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	284,0	180,0	284,0	180,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	500,0	400,0	500,0	400,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	550,0	300,0	550,0	300,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	1.000,0	500,0	1.000,0	500,0
	96 Betrieb, Instandhaltung, Überwachung, Erweiterung und Verlegung von polizeieigenen Kommunikationssystemen				
812 96	Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	1.350,1	400,0	1.251,8	400,0
	97 Kosten der Telekommunikation				
812 97	Erwerb von Hard- und Software	1.650,0	300,0	1.650,0	300,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
511 99	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation, Bücher und Zeitschriften sowie sonstige Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten	6.000,2	100,0	6.000,2	100,0
518 99	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen sowie für Software	1.400,0	700,0	1.400,0	700,0
534 99	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u. Ä.	1.550,0	500,0	1.550,0	500,0
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	7.745,8	4.500,0	7.736,8	4.500,0
03 18					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	9.400,0	2.500,0	9.400,0	2.500,0
518 18	Ausgaben für Miete und Leasing von Dienstfahrzeugen	7.700,0	6.000,0	8.600,0	6.000,0
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	4.897,1	4.700,0	4.857,1	4.700,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	8.730,1	4.000,0	1.624,5	500,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen	3.500,0	1.500,0	3.500,0	1.500,0
	81 Bekämpfung der Terror-, Gewalt- und Organisierten Kriminalität				
811 81	Anschaffung von Dienstfahrzeugen	812,7	350,0	812,7	350,0
812 81	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.051,8	400,0	1.051,8	400,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2011		2012	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 18					
	97 Kosten der Telekommunikation und des Notrufs 110				
812 97	Erwerb von Hard- und Software	2.500,0	1.000,0	2.300,0	1.000,0
	98 Kosten der Funkkommunikation				
812 98	Erwerb von Hard- und Software	1.250,1	350,0	1.200,0	350,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	11.053,9	5.000,0	9.938,6	5.000,0
03 20					
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	2.950,0	2.500,0	2.950,0	2.500,0
811 01	Erwerb von Dienstfahrzeugen	1.200,0	500,0	1.200,0	500,0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.200,0	500,0	1.200,0	500,0
	97 Kosten der Telekommunikation				
812 97	Erwerb von Hard- und Software	179,0	50,0	179,0	50,0
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	320,0	100,0	300,0	100,0
03 21					
	99 Kosten der Datenverarbeitung				
815 99	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	130,0	50,0	120,0	50,0
03 23					
685 01	Beiträge und Zuschüsse	795,8	500,0	795,8	-
883 01	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.	27.582,1	20.000,0	25.535,4	20.000,0
883 02	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Feuerwehrgerätehäusern	16.000,0	12.800,0	16.000,0	12.800,0
03 24					
894 01	Leistungen gem. Art. 33 BayRDG	6.700,0	6.500,0	6.700,0	5.000,0

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 03A

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2011		2012	
		Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €	Haushalts- ansatz Tsd. €	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. €
1	2	3	4	5	6
03 24					
	88 - 89 Einheitliche Notrufnummer 112 für Feuerwehr und Rettungsdienst				
883 88	Zuschüsse für Erstinvestitionen (Technik), bauliche Anpassungen und Neubauinvestitionen im Bereich Feuerwehr	---	154,8	154,8	396,2
887 88	Erstattung der Erstinvestitionen (Technik) im Bereich Rettungsdienst	---	15.513,0	2.180,9	2.603,8
887 89	Leistungen gem. Art. 7 Abs. 1 und 2 Satz 2 ILSG (Folgeanschaffungen nach Ersterrichtung)	591,5	1.560,0	1.560,0	2.697,0
Epl. 03A					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 1 Mio. € je Maßnahme (Anlage S)	60.224,1	49.500,0	57.400,0	39.000,0
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		233.140,3		126.968,5

Sondervermögen

im Sinne des Art. 26 Abs. 2 BayHO

Kapitel 80 47 Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes

(zu Kapitel 03 24)

**Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)
Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
80 47						
		Einnahmen				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.				
119 49-4	045	Vermischte Einnahmen	10,0	10,0	A	10,0
					B	15,0
					C	87,7
162 01-6	045	Zinserträge aus der Rücklage	25,0	25,0	A	45,0
					B	151,8
					C	311,5
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen				
231 01-3	045	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund	75,0	75,0	A	75,0
					B	137,1
					C	168,4
233 01-1	045	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte	810,0	810,0	A	810,0
					B	810,0
					C	791,5
271 01-4	045	Erstattungen von der EU	---	---	A	---
					C	109,2
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen				
332 01-1	950	Zuführungen des Freistaates Bayern	3.675,0	3.675,0	A	3.675,0
					B	3.500,0
					C	3.735,0
356 02-1	950	Entnahme aus der Rücklage für Zwecke des Art. 12 Abs.2 Nr. 1 BayKSG	---	---	A	---
356 03-0	950	Entnahme aus der Rücklage für Zwecke des Art. 12 Abs. 2 Nr. 2 BayKSG	---	---	A	---
					C	319,7
		Gesamteinnahmen	4.595,0	4.595,0	A	4.615,0
					B	4.613,9
					C	5.522,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 80 47

Der Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes ist ein staatliches Sondervermögen (Art. 26 Abs. 2 BayHO). Er wird gemäß Art. 12 Abs. 3 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) vom 24.07.1996 (GVBl S. 282), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.07.2009 (GVBl S. 392), zu zwei Dritteln aus dem Staatshaushalt (Kap. 03 24 Titel 614 01) und zu einem Drittel durch Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte gespeist. Daneben werden im Rahmen des Investitionsprogramms im Katastrophenschutz für Beschaffungs- und Fördermaßnahmen jeweils 2.055,0 Tsd. € in 2011 und 2012 aus dem Staatshaushalt zugeführt (Kap. 03 24 Tit. 614 01).

Nach Art. 12 Abs. 2 BayKSG können aus dem Fonds

- Aufwendungen der Katastrophenschutzbehörden und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für Maßnahmen zur Vorbereitung der Katastrophenabwehr gefördert werden;
- den Katastrophenschutzbehörden und den zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für Maßnahmen, die der Abwehr einer Katastrophe dienen, Zuschüsse gewährt werden, um unzumutbare Belastungen des Trägers der Aufwendungen abzuwenden, wenn dies nicht durch Inanspruchnahme anderer Leistungen möglich ist.

Zu 80 47/119 49

Erstattungen Dritter für Leistungen aus dem Katastrophenschutzfonds.

Zu 80 47/162 01

Zinserträge der Rücklage, die dieser wieder zugeführt werden (vgl. Tit. 919 01).

2011 gegenüber 2010:

Weniger 20,0 Tsd. € wegen niedrigerer Zinserträge.

Zu 80 47/231 01

Anteilige Erstattung des Bundes für Ausbildungsmaßnahmen.

Zu 80 47/233 01

Beiträge der Kommunen nach Art. 12 Abs. 3 und 4 BayKSG in Verbindung mit der Katastrophenschutzverordnung.

Zu 80 47/271 01

Rückerstattungen an die EU werden bei Tit. 671 01 nachgewiesen.

Zu 80 47/332 01

Beiträge des Staates (Kap. 03 24 Tit. 614 01)

	2011	2012
	Tsd. €	Tsd. €
1. nach Art. 12 Abs. 3 und 4 BayKSG und Katastrophenschutzfondsverordnung	1.620,0	1.620,0
2. zur Umsetzung des Investitionsprogramms im Katastrophenschutz	2.055,0	2.055,0
Zusammen	3.675,0	3.675,0

Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)
Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
80 47						
		Ausgaben				
		Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei HGr. 1 bis HGr. 3. Titel der HGr. 5 bis HGr. 8 gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Tit. 919 01 und 981 11.				
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
525 01-8	045	Lehrgänge im Katastrophenschutz	350,0	350,0	A	350,0
					B	296,8
					C	254,8
547 01-2	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	547,7	616,0	A	380,0
					B	307,1
					C	325,4
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
633 01-7	045	Zuweisungen an Gemeinden und andere zur Katastrophenhilfe Verpflichtete	600,0	600,0	A	600,0
					C	502,8
671 01-0	045	Erstattung von Einsatzkosten	50,0	50,0	A	30,0
					B	64,7
					C	27,5
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-1	045	Beschaffung von Einsatzfahrzeugen	1.400,0	1.700,0	A	2.155,0
					B	8,4
					C	2.142,1
812 01-0	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	872,3	582,0	A	316,0
					B	171,7
					C	273,3
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
883 01-4	045	Zuweisungen an Gemeinden und andere zur Katastrophenhilfe Verpflichtete für Investitionen	750,0	672,0	A	739,0
					B	477,8
					C	1.085,5

Erläuterungen**Zu 80 47/525 01**

Ausbildungsmaßnahmen sowie Lehrgänge im Aufgabenbereich Katastrophenschutz an der Staatlichen Feuerwehrscheule Geretsried.

Zu 80 47/547 01

Personal- und Sachaufwendungen für die Wartung und Instandhaltung von staatseigenen Geräten, Materialien, Verbrauchsstoffen und Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz, ferner Mieten und Lagerkosten sowie Verrechnungen des Rechenzentrums Süd nach Art. 61 Abs. 3 und 4 BayHO für den Betrieb des Einsatz-Protokoll-Systems ESPweb (2011: 57,7 Tsd. €, 2012: 66,0 Tsd. €).
Einsatzkosten werden nur aus Titel 633 01 und 671 01 bestritten oder erstattet.

2011 gegenüber 2010:
Mehr 167,7 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Mehr 68,3 Tsd. €. Die aus dem Investitionsprogramm beschafften und als staatseigene Ausstattung überlassenen Einsatzfahrzeuge führen zu erhöhten konsumtiven Ausgaben auf Standortebene.

Zu 80 47/633 01

Ausgleich von Aufwendungen bei Katastropheneinsätzen, um unzumutbare Aufwendungen des Trägers der Aufwendungen abzuwenden, wenn dies nicht durch Inanspruchnahme anderer Leistungen möglich ist (Art. 12 Abs. 2 Nr. 2 BayKSG). Der Bedarf für Erstattungen an die Hilfsorganisationen zum Ausgleich der Mehraufwendungen infolge des Freistellungs- und Lohnfortzahlungsanspruchs der Helfer bei der Mitwirkung zur Katastrophenhilfe (im Mehrjahresdurchschnitt ca. 500,0 Tsd. €/Jahr) ist berücksichtigt.

Zu 80 47/671 01

Zur Erstattung von Einsatzkosten im abwehrenden Katastrophenschutz, die durch Anordnungen des Ministeriums oder der Regierungen entstanden sind.
Bei diesem Titel werden auch etwaige Rückerstattungen von Überzahlungen an die EU nachgewiesen (vgl. Tit. 271 01).

2011 gegenüber 2010:
Mehr 20,0 Tsd. € wegen höheren Bedarfs.

Zu 80 47/811 01

2011 gegenüber 2010:
Weniger 755,0 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Mehr 300,0 Tsd. € entsprechend der vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen (Einsatzfahrzeuge) aus dem Investitionsprogramm im Katastrophenschutz.

Zu 80 47/812 01

Maßnahmen zur Beschaffung von Großgeräten (auch EDV-Anlagen) und Ausrüstungsgegenständen für Katastrophenfälle einschließlich Beschaffungen aus dem Investitionsprogramm im Katastrophenschutz (insbesondere Wasserförderkomponenten und Ölwehrausstattung). Die im Eigentum des Staates verbleibenden Gegenstände werden an Dienststellen und Organisationen ausgegeben, die in Katastrophenfällen mit den Geräten und Ausrüstungsgegenständen eingesetzt werden (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG).

2011 gegenüber 2010:
Mehr 556,3 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Weniger 290,3 Tsd. € entsprechend dem voraussichtlichen Beschaffungsbedarf im Investitionsprogramm im Katastrophenschutz.

Zu 80 47/883 01

Staatliche Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände und an die zur Katastrophenhilfe Verpflichteten für vorbeugende Maßnahmen (Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG) sowie Zuwendungen aus dem Investitionsprogramm im Katastrophenschutz (insbesondere Einsatzleitwagen und Mehrzweckboote).

2011 gegenüber 2010:
Mehr 11,0 Tsd. €,

2012 gegenüber 2011:
Weniger 78,0 Tsd. € nach Maßgabe der vorgesehenen Zuwendungen.

Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)
Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
1	2	3	4	5		6
80 47						
		Besondere Finanzierungsausgaben				
919 01-2	950	Ansammlung einer Rücklage für Zwecke des Art. 12 BayKSG <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der HGr. 5 bis 8.</i>	25,0	25,0	A	45,0
					B	3.287,6
					C	911,5
981 11-3	990	Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der HGr. 5 - 8. Rückerstattungen vom Rechenzentrum Süd dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i>	***	***	A	---
		Gesamtausgaben	4.595,0	4.595,0	A	4.615,0
					B	4.613,9
					C	5.522,9

Erläuterungen

Zu 80 47/919 01

Mit der Rücklage für Katastrophenfälle soll ein finanzieller Rückhalt geschaffen werden, um bei Katastrophen die höheren Einsatzkosten der Kommunen und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten abzudecken. In der Rücklage soll ein Betrag von mindestens 1.500,0 Tsd. € bereitgehalten werden; daraus werden im Bedarfsfall Verstärkungsmittel bereitgestellt. Darüber hinaus sind in dringenden Fällen auch weitere Entnahmen für Zwecke des Art. 12 Abs. 2 Nr. 1 BayKSG (vorbeugender Katastrophenschutz) zulässig, sofern im Zeitpunkt der Entnahme dadurch der Rücklagenbetrag von 1.500,0 Tsd. € nicht unterschritten wird.

Die im Jahr der Veranschlagung nicht verbrauchten Mittel werden der Rücklage zugeführt.

Stand der Rücklage am 31.12.2009: 10.419,0 Tsd. €. Nach Entnahmen aus der Rücklage wegen eingegangener Verpflichtungen in Programmen aus den Haushaltsjahren 2007 bis 2009 wird die Rücklage Ende 2010 ca. 2.147,0 Tsd. € betragen (bereinigte Rücklage von 1.547,0 Tsd. € zuzüglich nicht verausgabter Mittel bei Titel 633 01 aus 2009 i. H. v. 600,0 Tsd. €).

Epl. 03A - Anlage B (Sondervermögen)
Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (zu Kapitel 03 24)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
80 47		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	35,0	35,0	A	55,0
					B	166,8
					C	399,2
		Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	885,0	885,0	A	885,0
					B	947,1
					C	1.069,0
		Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.675,0	3.675,0	A	3.675,0
					B	3.500,0
					C	4.054,7
		Gesamteinnahmen	4.595,0	4.595,0	A	4.615,0
					B	4.613,9
					C	5.522,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	897,7	966,0	A	730,0
					B	603,8
					C	580,2
		Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	650,0	650,0	A	630,0
					B	64,7
					C	530,3
		Sonstige Sachinvestitionen	2.272,3	2.282,0	A	2.471,0
					B	180,1
					C	2.415,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	750,0	672,0	A	739,0
					B	477,8
					C	1.085,5
		Besondere Finanzierungsausgaben	25,0	25,0	A	45,0
					B	3.287,6
					C	911,5
		Gesamtausgaben	4.595,0	4.595,0	A	4.615,0
					B	4.613,9
					C	5.522,9
		Zuschuss	-	-	A	-
					B	-
					C	-

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 03 A

1. Gesamtdarstellung

		festgesetzte Baukosten Mio. €	davon bis 31.12.2009 verausgabt Mio. €
Festgesetzte Baumaßnahmen	49	613,4	355,9
<i>davon wegfallend ab 2011</i>	-		
<i>wegfallend ab 2012</i>	7	34,1	29,5
Planungstitel	20		
<i>davon neu aufgenommen</i>	8		

2010 standen 56,8 Mio. € zur Verfügung.

2. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen.

3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 1 Mio. € wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.

4. Zusätzlich werden 4 große Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 10,8 Mio. € bei Kap. 03 03 TG 77 (Maßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz) durchgeführt, mit Ausgabemitteln von 0,7 Mio. € in 2011.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5	Tsd. €	
					6	
03 01		Ministerium				
710 01-2	011	Sanierung und Verbesserung der Leitungssysteme einschl. der Heizanlage, der Fenster sowie Schaffung eines neuen Treppenhauses und Überdachung des Odeons im Dienstgebäude des Staatsministeriums des Innern - z. T. Planung -	500,0	200,0	A	---
					B	177,0
					C	158,4
710 05-8	011	Unterbringung von Teilen des Staatsministeriums des Innern nach Aufgabe von Mietobjekten - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	300,0	A	200,0
					B	46,1
		Summe Kapitel 03 01	500,0	500,0	A	200,0
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 4.000,0			B	223,1
					C	158,4
03 06		Verwaltungsgerichte				
710 01-1	053	Umbau und Anbindung des ehem. Gesundheitsamtsgebäudes an das Verwaltungsgericht Augsburg sowie Erweiterungsbau	---	***	A	---
					C	14,5
		Zugleich Summe Kapitel 03 06				
03 07		Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung				
710 15-3	014	Maßnahmen zur Bereitstellung eines Dienstgebäudes zur Neuunterbringung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum-Süd <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 13 04/356 14.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 6.570,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 7.700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	21.000,0	7.000,0	A	16.300,0
					B	1.727,6
					C	929,4
<u>730 01-5</u>	014	Unterbringung von Teilen des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in Fürth - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	7.000,0	A	
		Summe Kapitel 03 07	22.000,0	14.000,0	A	16.300,0
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 13.570,0			B	1.749,6
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 14.700,0			C	1.083,8

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
08.06.2007	30.565,3	29.449,1		<ul style="list-style-type: none"> - Bei dieser Baumaßnahme steht noch die Erneuerung bzw. Sanierung der Fenster im staatseigenen Dienstgebäude aus. Derzeit wird hierüber eine Kostenschätzung erstellt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme abgerechnet und für die Erneuerung bzw. Sanierung der Fenster die HU-Bau erarbeitet. - Das Staatsministerium des Innern ist derzeit in den staatseigenen Gebäuden Odeonsplatz 3, Wittelsbacherplatz 6 und Brienner Straße 4, untergebracht. Angemietet sind die Gebäude Ludwigstraße 7 und 9 sowie Odeonsplatz 1. Letztere Anmietung (Jahresmiete 565.515 €) soll nunmehr aufgegeben und die derzeit dort rd. 80 Arbeitsplätze in staatseigenen Gebäuden untergebracht werden. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Maßnahme geplant werden.
-	-	-		
27.01.2004	3.930,0	1.190,5		<ul style="list-style-type: none"> - Das ehem. Gesundheitsamtsgebäude wurde als Teilbaumaßnahme für Zwecke des Verwaltungsgerichts hergerichtet. Weitere Maßnahmen kommen nicht mehr zur Ausführung.
31.10.2008	45.800,0	3.403,4		<ul style="list-style-type: none"> - Das derzeitige Dienstgebäude des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in München, Neuhauser Straße 8,10 soll aus räumlichen und fachlichen Gründen veräußert werden. Für Zwecke des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung mit Rechenzentrum Süd ist deshalb in München, St.-Martin-Straße ein Gebäude erworben worden. Es wird durch die Staatsbauverwaltung bedarfsgerecht umgebaut. Die nötigen Baumittel werden aus Grundstocksmitteln bereitgestellt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Gesamtkosten am 11.12.2008 genehmigt. - Der Ministerrat hat in seiner Klausurtagung am 20./21.11.2009 eine Teilverlagerung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth beschlossen. In einem ersten Schritt wird der für die Durchführung des Zensus erforderliche Personalaufwuchs im Umfang von ca. 200 Arbeitsplätzen in Fürth aufgebaut. Zur Unterbringung wurde ein Teil des Gebäudes in Fürth, Nürnberger Straße 51-95/Finkenstraße 3 (ehemalige Quelle-Hauptverwaltung) bis Ende 2012 angemietet. Ab 2013 soll schrittweise aber zügig die endgültige Verlagerung von Teilen des Landesamts nach Fürth erfolgen. Hierzu ist es notwendig, eine Unterbringung zu schaffen. Die Kosten hierfür werden auf ca. 37,5 Mio. € geschätzt. Hinzu kommen noch die Kosten für den Grunderwerb in Höhe von rd. 5,5 Mio. €. Die endgültigen Kosten werden mit Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-		

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 08		Regierungen				
710 03-5	012	Regierung von Oberbayern Erneuerung der Beleuchtung, Renovierung der Fassade, Ausbau und Erneuerung des Telefon-, Datenverarbeitungs- und Stromnetzes	---	---	A	---
					B	781,4
					C	1.255,8
710 10-6	012	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Oberbayern mit Neubau der Kantine im Innenhof - Planung -	---	---	A	1.000,0
730 10-2	012	Regierung von Mittelfranken Sanierung und Umbau des staatseigenen Dienstgebäudes in Ansbach, Bischof-Meiser-Straße 2 und 4 für Zwecke der Regierung	---	***	A	---
					B	298,1
					C	1.286,0
740 01-1	012	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Unterfranken, Würzburg - z. T. Planung -	---	---	A	---
					B	41,1
					C	98,4
745 03-4	012	Umbau des Gebäudeteils Ägidiengang des Dienstgebäudes der Regierung der Oberpfalz in Regensburg und Generalsanierung der übrigen Gebäudeteile der Regierung <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.300,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	1.300,0	A	2.000,0
					B	777,6
					C	881,4
		Summe Kapitel 03 08	3.000,0	1.300,0	A	3.000,0
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €			B	1.898,1
		1.300,0			C	3.521,5

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
22.01.2003	23.163,7	22.477,5		- Die Maßnahme umfasst die Erneuerung von Beleuchtung, Telefon-, Datenverarbeitungs- und Stromnetz sowie die Renovierung der Fassade. Des Weiteren wurden nach Auszug der Forstdirektion die Räume saniert und den heutigen Bedürfnissen angepasst. Die Maßnahmen sind fertig gestellt.
-	-	-		- Die denkmalgeschützte Fassade beim Dienstgebäude der Regierung von Oberbayern, Maximilianstraße 39, wurde 2009 planmäßig fertig gestellt. Hauptziel der Generalsanierung des Dienstgebäudes der Regierung von Oberbayern sind nunmehr die dahinterliegenden Gebäudekomplexe und deren Räumlichkeiten, die sich noch im ursprünglichen Zustand von vor 40 - 50 Jahren befinden. Im Zuge einer Generalsanierung soll das Dienstgebäude den Bedürfnissen eines modernen, effizienten Verwaltungsgebäudes angepasst werden. Es wurde ein Sanierungskonzept entwickelt, welches einzelne Bauabschnitte enthält, die geordnet nach Prioritäten und vom Dienstablauf und Bauablauf her wirtschaftlich sinnvoll und technisch machbar sind. Im Zuge der Generalsanierung soll auch das Behelfsgebäude im Innenhof abgerissen und da die Kantine ebenfalls generalsaniert werden müsste, soll diese im Innenhof neu errichtet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
15.03.2001	3.681,3	3.386,1		- Die Gebäude Bischof-Meiser-Straße 2 und 4 wurden für Zwecke der Regierung hergerichtet. Der Regierung ist es jetzt möglich, angemietete Außenstellen in Ansbach aufzugeben. Darüber hinaus kann die im Hauptgebäude beengte Raumsituation entzerrt und nach der Verwaltungsreform neu geordnet werden. Die Maßnahme ist fertig gestellt.
07.07.2006	14.140,0	13.708,7	391,3	Die hier festgesetzten Gesamtbaukosten beinhalten die 1. Teilbaumaßnahme (Sanierung und Erweiterung der Leitungsnetze für die Stromversorgung und Bürokommunikation sowie die Verbesserung der Beleuchtung) sowie die 2. Teilbaumaßnahme (Sanierung bzw. Erneuerung der Heiz- und Sanitäranlagen, der Fenster, der Fassade, der Kantine, des Kanalsystems und der Außenanlagen). Die erste und zweite Teilbaumaßnahme ist abgeschlossen. Als 3. Teilbaumaßnahme soll abschließend die Sanierung der künstlerisch gestalteten, aber schadhafte Putzfassade erfolgen.
28.04.2010 02.05.2010	15.400,0	2.991,9	5.108,1	Der Regierung der Oberpfalz in Regensburg steht u.a. auch das Anwesen Ägidiengang 2 zur Verfügung. Wegen des äußerst schlechten Bauzustands und wegen des teilweisen Ausbaus kann der Gebäudeteil nur in sehr eingeschränktem Umfang sinnvoll genutzt werden. Abhilfe kann nur eine grundlegende Sanierung und Nutzbarmachung schaffen. Darüber hinaus müssen die übrigen Gebäudeteile der Regierung generalsaniert und funktionell bereinigt werden. Als 2. Teilbaumaßnahme ist die Sanierung der Kantine und der Büros und Dächer im Gebäudeteil C mit 6.657,0 Tsd. € festgesetzt. Als 3. Teilbaumaßnahme ist die Sanierung des Gebäudes E mit 7.300,0 Tsd. € festgesetzt. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 15.400,0 Tsd. €. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Sanierung des Gebäudes E fortgeführt. Die bisherigen Gesamtkosten von 11.978,0 Tsd. € haben sich aufgrund zusätzlich notwendiger Maßnahmen um 3.422,0 Tsd. € auf 15.400,0 Tsd. € erhöht.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 17		Landeskriminalamt				
710 05-4	042	Landeskriminalamt München Umbau des Bauteiles C in Büroräume	---	---	A B C	--- 212,9 800,0
710 20-5	042	Landeskriminalamt München, Renovierungs- und Nachrüstmaßnahmen (insbes. Dachgeschossaufstockung, Parkdeck) bei den beiden staatseigenen Anwesen München, Barbarastraße 4	3.000,0	---	A B C	3.000,0 4.484,0 4.193,4
<u>710 26-9</u>	042	Landeskriminalamt München Verbesserung der Stromversorgung - Planung -	---	---	A	
Summe Kapitel 03 17			3.000,0	-	A B C	3.000,0 4.895,9 5.241,0
03 18		Landespolizei				
710 10-5	042	Herrichten des Gebäudes Nr. 2 im Areal der ehemaligen McGraw-Kaserne in München für Zwecke der Polizei - Planung -	---	---	A	---
710 11-4	042	Polizeipräsidium München, Ettstr. 2 - 4 USV-Anlagen und Leitungsnetz für Bürokommunikation und Gefahrenmeldeanlagen <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 730,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0	730,0	A B C	1.350,0 130,0 108,3

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
10.06.2008	10.553,2	1.350,0	9.203,2	Nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues (Laborbau) auf dem Areal des Landeskriminalamtes ist vorgesehen, das jetzige Laborgebäude als Bürotrakt zu nutzen. Ausgelagerte Teile des Landeskriminalamtes können dort untergebracht und damit Mieten eingespart werden. Derzeit wird das mögliche Baurecht für eine Aufstockung geprüft. Aus jetziger Sicht ist aus funktionellen und wirtschaftlichen Gründen ein Abbruch des Gebäudes C und die Errichtung eines Neubaus an gleicher Stelle der Sanierung und Aufstockung vorzuziehen.
28.02.2008 26.05.2010	26.460,0	19.040,7	-	- Durch den Umzug des Bayer. Polizeiverwaltungsamts nach Straubing werden zwei Häuser im staatseigenen Anwesen München, Barbarastraße 4 frei. Diese Gebäude werden künftig durch das Bayer. Landeskriminalamt genutzt, weil dadurch zwei Mietobjekte in München mit jährlichen Mietzahlungen von ca. 818,0 Tsd. € eingespart werden können. In den Häusern Nr. 1 und 2 im Anwesen Barbarastraße 4 sollen neben einer grundlegenden Sanierung die IuK-Anlage und die elektrischen Anlagen sowie die Heizung erneuert werden. Darüber hinaus werden die beiden Gebäude aufgestockt sowie, um die erforderliche Stellplatzzahl zu erreichen, ein Parkdeck errichtet. Die bisherigen Gesamtkosten von 23.410,0 Tsd. € haben sich aufgrund zusätzlich notwendiger Maßnahmen und Baupreiserhöhungen um 3.050,0 Tsd. € auf 26.460,0 Tsd. € erhöht. Mit dem veranschlagten Betrag soll die Baumaßnahme fortgeführt werden.
-	-	-	-	- Die derzeitige Stromversorgung im Bauteil B des Bayer. Landeskriminalamts kann die betrieblich zwingend erforderliche Redundanz nicht mehr gewährleisten; eine weitere Erhöhung des Leistungsbedarfs ist praktisch nicht mehr darstellbar. Der schlechte Zustand der Stromversorgung führte in der Vergangenheit u. a. bereits zu deutlichen Beeinträchtigungen des zentralen Rechenzentrumsbetriebs der Bayer. Polizei. Die Stromversorgung des Bayer. Landeskriminalamts muss daher verbessert werden. Die Baukosten werden überschlägig auf rd. 7,5 Mio. € geschätzt. Der Planungstitel dient der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau.
-	-	-	-	- Das Gebäude Nr. 2 im Areal der ehemaligen Mc-Graw-Kaserne in München, Soyerhofstraße 17, ist der Polizei zur Nutzung übertragen. Nach Generalsanierung dieses Anwesens sollen dort verschiedene Dienststellen des Polizeipräsidiums München untergebracht werden. Darüber hinaus müssen die Treppenhäuser vom Kellergeschoss bis zum 4. Obergeschoss durchgängig gemacht werden. Ferner muss die Fassade instand gesetzt werden. Darüber hinaus ist der gesamte Komplex mit Lichtwellenleitern zu verkabeln. Die Kosten für diese Maßnahme werden auf rd. 11,0 Mio. € geschätzt. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
19.05.2006	9.374,9	4.888,1	1.496,8	Neben der EDV-Verkabelung müssen das Gebäude aus Sicherheitsgründen mit verschiedenen Gefahrenmeldeanlagen ausgestattet und zusätzlich notwendige Verkabelungsmaßnahmen in Verbindung mit weiteren Umbaumaßnahmen durchgeführt werden. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
03 18						
710 12-3	042	Sanierung der Kantine im Gebäude Nr. 7 der ehemaligen McGraw-Kaserne in München - Planung -	---	---	A	---
710 15-0	042	Unterbringung der Polizeiinspektion 45 (München-Pasing) auf dem staatseigenen Grundstück München, Heimbürgstraße - Planung -	---	---	A	---
710 16-9	042	Staatseigenes Anwesen der Landespolizei in München, Skagerrakstraße 4, Generalsanierung mit Verbindungsbau wegen Nutzungsänderung - Planung -	---	---	A C	2.000,0 9,7
710 20-3	042	Ersatzbau eines Verwaltungsgebäudes für die Polizeiinspektion Hundestaffel in München, Angerlohstraße 111	---	---	A B	70,0 0,5
710 21-2	042	Umbau und Sanierung des staatseigenen Anwesens in München, Hochbrückenstraße 7 für die Landespolizei <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	400,0	A B C	2.000,0 13,4 13,4
710 29-4	042	Erweiterung des LP-Dienstgebäudes in Rosenheim mit Einsatzzentrale	---	---	A B C	300,0 3.847,4 6.239,0
710 35-6	042	Schaffung einer neuen Unterkunft für die Polizeiinspektion Schongau	---	***	A B C	--- 119,2 1.326,3

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Auf Grund der Anzahl von Beschäftigten der Landespolizei und des Staatl. Hochbauamts München I auf dem Areal der ehemaligen McGraw-Kaserne reicht die Kantine im Gebäude Nr. 7 vom Umfang her nicht mehr aus. Die Küchentechnik ist verbraucht und entspricht nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Kühlräume stehen überhaupt keine zur Verfügung. Abhilfe kann geschaffen werden, wenn die jetzige Kantine erweitert und das Küchengerät erneuert wird. Ferner soll der neben der Kantine liegende Saal "Intern" saniert sowie Bereiche des Kellergeschosses des Gebäudes 7 in die Schadstoffentsorgung einbezogen werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion 45 (Pasing) ist derzeit in Miete unzureichend untergebracht. Es fehlen insbesondere Funktionsräume. Ein staatseigenes, baureifes Grundstück für einen Neubau steht in München, Heimbürgstraße, zur Verfügung. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der HU-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- In den staatseigenen Anwesen in München, Skagerakstraße 4, waren bisher die Polizeidirektion Spezialeinheiten Südbayern sowie die 2. Einsatzhundertschaft des Polizeipräsidiums München untergebracht. Diese Dienststellen sind in ein freigewordenes Gebäude in der I. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in München, Rosenheimer Straße, umgezogen. In die jetzigen Dienstgebäude in der Skagerakstraße sollen die Polizeiinspektion 44 (Moosach), die Kriminalpolizeidienststelle sowie der Fahndungskontrolltrupp untergebracht werden. Für diesen Zweck müssen die staatseigenen Anwesen in München, Skagerakstraße 4, entweder generalsaniert oder es muss ein Neubau errichtet werden. Durch die künftige Unterbringung können Mietzahlungen eingespart werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
25.03.2010	2.250,0	50,0	2.130,0	Für die Polizeiinspektion Hundestaffel in München, Angerlohstraße 111, soll ein Ersatzbau geschaffen werden. Die Notwendigkeit, eine neue Unterbringung zu schaffen, ergibt sich, weil insbesondere Büro- und Funktionsräume fehlen. Der aktuelle Raumbestand der Diensthundestaffel beträgt 347 qm. Gemäß Raumprogramm ergibt sich eine Hauptnutzfläche von 754 qm und eine Nebennutzfläche von 242 qm. Diese Flächen können im jetzigen Dienstgebäude nicht geschaffen werden. Der Haushaltsausschuss hat dieser Maßnahme am 05.05.2010 zugestimmt.
28.04.2008	6.340,0	491,2	5.448,8	Beim staatseigenen Dienstgebäude der Polizeidirektion Nord sowie der Polizeiinspektion 11 in München, Hochbrückenstraße 7 ist der Einbau eines Personenaufzugs über 6 Stockwerke und die Neugestaltung der Wache dringend erforderlich. Darüber hinaus müssen nach Einbau des Personenaufzugs die Räumlichkeiten in diesem Gebäude neu geordnet und saniert werden. Ferner müssen Haftzellen geschaffen sowie das Dachgeschoss als Garderoben- und Sanitärbereich ausgebaut werden. Die Fassade muss dringend saniert werden. Mit dem veranschlagten Betrag soll mit der Maßnahme begonnen werden.
16.04.2008	29.082,9	28.575,2		- Die Maßnahme ist abgeschlossen.
22.01.2004	2.900,0	2.463,5		- Die Maßnahme ist abgeschlossen.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
03 18						
710 38-3	042	Polizeipräsidium München, Ettstraße und Bad-Schachener-Straße, Kanalsanierung	220,0	---	A B C	350,0 74,8 102,0
712 18-5	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Moosburg <i>2011: Grundstockfinanziert, vgl. Vermerk bei 13 04/356 18. Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 900,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.844,5	900,0	A B C	1.500,0 45,0 40,5
712 19-4	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Laufen - Planung -	---	---	A	100,0
712 20-1	042	Neubau eines Dienstgebäudes in Mühldorf, Neumarkter Straße 15 und 17 zur Unterbringung der Landespolizei Mühldorf	---	***	A B C	--- 116,9 2.254,7
713 15-7	042	Sanierung des Eingangsbereiches, der Fassaden, Diensträume und Dächer Löwengrube beim Dienstgebäude des PP München, Ettstraße <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 6.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 5.400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.279,6	8.900,0	A B C	5.000,0 2.257,8 343,1
713 21-9	042	Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiums Oberbayern-Nord mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Ingolstadt, Esplanade 40 - z. T. Planung -	845,0	---	A B C	800,0 1.888,6 7.624,1

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
15.04.2008	1.680,0	859,8	-	- Bei den Dienstgebäuden des Polizeipräsidiums München in der Ettstraße 2 - 4 ist auf Grund von Untersuchungen das vorhandene Abwassersystem der Abwasserklasse 5 zuzuordnen; dies bedeutet, dass dringender Sanierungsbedarf gegeben ist. Die Sanierung der Grundleitungen musste aus wirtschaftlichen Gründen in einem Zug durchgeführt werden. Mit dem veranschlagten Betrag wird die Baumaßnahme abgerechnet.
25.05.2009	3.930,0	85,5	319,5	Die Polizeiinspektion Moosburg ist derzeit sowohl vom Raumangebot als auch von der Funktionalität und Qualität her unzureichend untergebracht. Das jetzige staatseigene Dienstgebäude ist von der Bausubstanz her überwiegend verbraucht. Es fehlen insbesondere notwendige Funktions- und Umkleieräume und getrennte Sanitärbereiche für Damen und Herren. Der Umgriff ist zu klein und entspricht nicht mehr den heutigen Bedürfnissen. Der Haushaltsausschuss hat der Maßnahme am 08.07.2009 zugestimmt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Laufen ist derzeit in einem staatseigenen Gebäude, das im Jahr 1906 errichtet wurde, mit einer Hauptnutzfläche von 418 qm untergebracht. Benötigt werden jedoch 587 qm Hauptnutzfläche. Die Bausubstanz des Gebäudes ist weitgehendst verbraucht. Dringend notwendige bauliche Maßnahmen, insbesondere die Elektro- und Dachsanierung, wurden zurückgestellt, weil die Unterbringungssituation der Polizeiinspektion Laufen insgesamt verbessert werden soll. Es ist deshalb ein Neubau erforderlich. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
27.06.2000	9.663,4	9.288,2	-	- Die Maßnahme ist abgeschlossen.
30.08.2006 29.05.2008	37.763,4	12.312,8	3.926,5	Mit den veranschlagten Beträgen wird die Teilbaumaßnahme Sanierung der Diensträume Löwengrube fortgeführt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Maßnahme zuletzt am 08.07.2009 genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.
05.06.2007	15.980,0	13.634,6	-	- Das Polizeipräsidium Oberbayern Nord ist in Ingolstadt im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei, Esplanade 40, untergebracht, die Abteilung Personal und Versorgung in einem Gebäude des ehemaligen Schwesternwohnheims des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt, welches direkt gegenüber dem Polizeipräsidium liegt. Für die Einsatzzentrale ist auf dem Grundstück des ehemaligen Schwesternwohnheims ein Neubau errichtet worden. Im Hauptgebäude erfolgt eine Anpassung der Infrastruktur an die Einsatzzentrale sowie die bauliche Anbindung an die Einsatzzentrale. Als weitere Teilbaumaßnahme müssen Brandschutzmaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen der Sanitärbereiche im Hauptgebäude durchgeführt werden. Die Kosten hierfür werden auf 1,5 Mio. € geschätzt. Mit dem veranschlagten Betrag soll die Einsatzzentrale abgerechnet und die Planung für die 3. Teil-HU-Bau erstellt werden.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 18						
<u>713 25-5</u>	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Ruhpolding - Planung -	---	---	A	
<u>713 35-3</u>	042	Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im staatseigenen Dienstgebäude in München, Knorrstraße 139, nach Auszug des Polizeipräsidiums Oberbayern - Planung -	---	---	A	
720 10-3	042	Sanierungs- und Energiesparmaßnahmen beim Ämtergebäude in Deggendorf	---	***	A B C	--- 1.174,3 180,5
720 15-8	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Passau - Planung -	---	---	A B	400,0 0,0
720 18-5	042	Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiums Niederbayern mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Straubing, Wittelsbacher Höhe 9 und 11	---	---	A B C	900,0 6.085,0 5.565,5

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Ruhpolding ist seit 1986 in angemieteten Räumen zusammen mit der Eigentümerin, der Stormversorgung Ruhpolding GmbH, unzureichend untergebracht. Derzeit stehen 360 qm HNF einem Bedarf von 479 qm HNF gegenüber. Die jetzige Unterbringung entspricht nicht den Anforderungen an ein modernes, funktionelles und zweckmäßiges Polizeidienstgebäude. Die Dienstgruppenräume sind auf zwei Ebenen verteilt, vom Dienstgruppenleiter abgetrennt und somit für den dienstbetrieblichen Ablauf hinderlich. Es fehlen Sicherungseinrichtungen wie Schleuse, durchschusshemmende Verglasung, Polizeihof usw. Funktionsräume wie z.B. Umkleieräume, Unterrichtsraum, Lagerräume sind nicht vorhanden. Es ist deshalb zwingend notwendig, ein neues Gebäude zu errichten. Anmietungen auf dem freien Markt sind nicht möglich. Derzeit laufen die Verhandlungen über den Erwerb eines für die Polizeiinspektion Ruhpolding geeigneten Grundstücks. Die endgültigen Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
-	-	-	-	- Das staatseigene Dienstgebäude in München, Knorrstraße 139, wurde bisher durch das Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz, das Polizeipräsidium Oberbayern Nord und die Polizeiinspektion 47 genutzt. Nach Auszug des Polizeipräsidiums aufgrund der Polizeireform soll das Dienstgebäude nach baulichen Veränderungen und Anpassungen weiter durch das Landesamt für Verfassungsschutz und durch Dienststellen des Polizeipräsidiums München genutzt werden. Im staatseigenen Dienstgebäude sollen künftig weiterhin die Polizeiinspektion 47 und die Ergänzungsdienste 7 des Polizeipräsidiums München untergebracht werden. Darüber hinaus soll in diesem Gebäude das polizeiliche Einsatztraining durchgeführt werden. Die Unterbringungsempfehlung der Immobilien Freistaat Bayern für diese Zwecke liegt vor. Die endgültigen Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
28.08.2002 05.02.2009	4.390,0	4.020,8	-	- Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
-	-	-	-	- Das Dienstgebäude der Polizeidirektion Passau wurde 1976 errichtet. Für die weitere Nutzung ist eine Generalsanierung unumgänglich. Die Kosten dieser ursprünglich geplanten Maßnahme (3.630,0 Tsd. €) haben sich wegen der notwendigen substanzbezogenen und nutzungsbedingten Eingriffe auf ca. 90 % eines vergleichbaren Neubaus erhöht. Während der Sanierung müssten alle polizeilichen Nutzungen in Anmietungen ausgelagert werden. Statt dieser insgesamt unwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahme ist nunmehr geplant, ein zentrales Dienstgebäude für fünf Passauer Polizeidienststellen mit ihren über 350 Bediensteten auf dem staatseigenen Grundstück an der Karlsbader Straße neu zu errichten. Damit können sechs Anmietungen mit jährlichen Mietkosten von ca. 270,0 Tsd. € aufgegeben und durch Synergiegewinne ca. 10 % des gesamten Flächenbedarfs gegenüber der bisherigen dezentralen Unterbringung eingespart werden. Das derzeit noch genutzte Objekt Nibelungenstraße 17 könnte dann ebenfalls abgegeben und verwertet werden. Es muss eine neue Haushaltsunterlage-Bau erstellt werden. Der HU-Bau geht ein Architektenwettbewerb voraus.
28.04.2008	13.730,0	12.844,4	-	- Das Polizeipräsidium Niederbayern ist in Straubing im staatseigenen Dienstgebäude, Wittelsbacher Höhe 9-11 (ehem. Fortbildungsinstitut der Bayer. Polizei) untergebracht. Die Maßnahme wird abgerechnet.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
03 18						
720 20-1	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Grafenau <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 3.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	3.500,0	A B	120,0 90,8
725 15-3	042	Dienstgebäude der Landespolizei in Donauwörth, Neuordnung der Unterbringung der Polizeiinspektion sowie der Verkehrspolizeiinspektion Donauwörth; Sanierung der Dienstgebäude und Beseitigung statisch-konstruktiver Mängel <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	4.135,0	A B	2.110,0 889,6
725 17-1	042	Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiums Schwaben-Süd-West mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Kempten, Auf der Breite 17	---	---	A B C	--- 59,9 2.170,9
725 19-9	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Oberstdorf - Planung - <i>Aus dem Ansatz dürfen auch Zuführungen an den Grundstock "Allgemeine Landesverwaltung" für den Erwerb des erforderlichen Grundstücks vorgenommen werden.</i>	---	---	A	100,0
725 20-6	042	Unterbringung des künftigen Polizeipräsidiums Schwaben-Nord mit Einsatzzentrale im staatseigenen Dienstgebäude der Polizei in Augsburg, Gögginger Straße	---	---	A B C	--- 102,6 900,4
<u>725 25-1</u>	042	Unterbringung der Landespolizei in Kaufbeuren - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
05.02.2010	3.950,0	90,8	239,2	Die Polizeiinspektion Grafenau ist derzeit in einem staatseigenen Gebäude unzureichend untergebracht. Baufachliche Untersuchungen ergaben, dass die notwendigen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen unwirtschaftlich wären und dabei noch nicht einmal die gewünschte funktionale Qualität erreichen könnten. Um Abhilfe zu schaffen, wurde Ende 2001 ein Baugrundstück für den Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Grafenau erworben. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Baumaßnahme am 10.03.2010 genehmigt.
11.02.2009 04.02.2010	11.700,0	889,6	1.395,4	In den Dienstgebäuden der Polizei in Donauwörth, Kapellenstraße 3, sind jeweils in eigenen Gebäuden die Polizeiinspektion Donauwörth und die Verkehrspolizeiinspektion Donauwörth untergebracht. Die Polizeiinspektion Donauwörth weist einen Fehlbedarf von ca. 200 qm Hauptnutzfläche aus. Der statisch-konstruktive Zustand bei beiden Gebäudeteilen machte es unbedingt notwendig, Instandsetzungsmaßnahmen zu treffen, um weitere Schäden zu verhindern. Darüber hinaus bedürfen beide Dienstgebäude einer grundlegenden Sanierung. Um den Raumbedarf für die Polizeiinspektion Donauwörth decken zu können, ist es erforderlich, die Verkehrspolizeiinspektion aus dem Dienstgebäude Kapellenstraße 3 in das derzeit freistehende Dienstgebäude des ehemaligen Gesundheitsamts in Donauwörth, Langenmarkstraße 1, zu verlegen. Hierfür wird dieses Gebäude entsprechend hergerichtet werden. Die notwendigen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an dem Gebäude Langenmarkstraße 1 wurden auf 2,2 Mio. € festgesetzt und vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags am 12.03.2009 genehmigt. Die Gebäude in der Kapellenstraße 3 werden derzeit für Zwecke der PI Donauwörth hergerichtet. Der Haushaltsausschuss hat diese Maßnahme am 10.03.2010 genehmigt und die Kosten auf 9.500,0 Tsd. € festgesetzt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme weitergeführt.
06.03.2008	5.700,0	5.130,8	-	- Das Polizeipräsidium Schwaben Süd/West ist in Kempten im staatseigenen Dienstgebäude, Auf der Breite 17, und durch den teilweisen Ausbau des Gebäudes Pfeilergraben untergebracht. Die neue Einsatzzentrale ist im jetzigen Dienstgebäude der Polizeidirektion Kempten, Auf der Breite 17, untergebracht. Die Maßnahme wird abgerechnet.
-	-	-	-	- Die Polizeiinspektion Oberstdorf ist derzeit in einem staatseigenen Anwesen in Oberstdorf, Bahnhofplatz 4, unzureichend untergebracht. Einem Bedarf von 501 qm Hauptnutzfläche stehen derzeit lediglich 287 qm Hauptnutzfläche gegenüber. Zudem ist das jetzige staatseigene Anwesen verbraucht. Ein Neubau ist deshalb dringend erforderlich. Das neue Dienstgebäude für die Polizeiinspektion Oberstdorf soll auf einem noch zu erwerbenden Grundstück, welches sich direkt neben dem jetzigen Dienstgebäude der Polizeiinspektion Oberstdorf befindet, errichtet werden. Nach Abbruch des jetzigen Dienstgebäudes soll dort der Polizeihof mit Garagen auf staatseigenem Grund errichtet werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
03.08.2006	2.650,0	2.603,0	-	- Das Polizeipräsidium Schwaben Nord ist in Augsburg im staatseigenen Dienstgebäude Gögginger Straße, untergebracht. Der Leertitel dient zur Begleichung möglicher Schlussrechnungen.
-	-	-	-	- Im derzeitigen Dienstgebäude der Landespolizei in Kaufbeuren ist die Polizeiinspektion Kaufbeuren und die Kriminalpolizeistation Kaufbeuren derzeit vom Raumangebot ausreichend untergebracht. Das Gebäude bedarf jedoch einer Generalsanierung. Die endgültigen Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
03 18						
730 01-2	042	Sanierung der Altbauten beim Polizeipräsidium Mittelfranken, Nürnberg, Jakobsplatz <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 2.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0	2.500,0	A B C	400,0 193,1 361,3
730 03-0	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion in Nürnberg-Süd <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 7.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	7.000,0	A B	300,0 108,2
730 10-1	042	Sanierung des Dienstgebäudes der Polizeiinspektion Ansbach <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.700,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0	1.700,0	A	---
730 20-9	042	Unterbringung von Dienststellen der Landespolizei in Nürnberg auf dem Gelände der Infanterie-Kaserne in Nürnberg	---	---	A B C	--- 390,7 1.188,2
730 45-0	042	Dienstgebäude des Polizeipräsidioms Mittelfranken, Nürnberg, Verlegung und Erneuerung der Einsatzzentrale mit Sanierung der Küche und Sozialbereiche	---	---	A B C	--- 194,5 380,5
<u>730 50-2</u>	042	Umbaumaßnahmen beim ehemaligen Finanzamt in Hersbruck für Zwecke der Polizeiinspektion Hersbruck - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
22.10.2008	21.200,0	816,8	13.383,2	Die Sanierungsmaßnahmen bei den Altbauten beim Polizeipräsidium Mittelfranken in Nürnberg, Jakobsplatz, sind zur Vermeidung größerer Substanzschäden dringend erforderlich. Die Sanierungsmaßnahmen umfassen insbesondere die Fenstererneuerung, die Erneuerung der Türen und Tore, der Fassade sowie die damit zusammenhängende Einrüstung. Ferner müssen die Tiefgarage saniert und nach Verlegung der Werkstatt in die Bereitschaftspolizeiabteilung dort Büro- und Funktionsräume errichtet werden. Die Maßnahmen werden in 3 Bauabschnitten durchgeführt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Gesamtkosten am 11.12.2008 genehmigt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Sanierung der Tiefgarage fortgeführt.
17.09.2010	9.900,0	377,5	2.222,5	Für die PI Nürnberg-Süd soll ein neues Dienstgebäude errichtet werden. Ein staats eigenes Grundstück steht zur Verfügung. Auf dem jetzigen Areal ist eine Unterbringung der PI Nürnberg-Süd aus funktionellen Gründen nicht möglich.
08.10.2009	4.610,0	-	-	- Die denkmalgeschützten Dienstgebäude der Polizeiinspektion Ansbach (Baujahr 1800) im Stadtkern von Ansbach liegen an einem einsatztaktisch günstigen und bürgernahen Standort und sind funktional gut für eine polizeiliche Nutzung geeignet. Die sanierungsbedürftigen Gebäude sollen deshalb weiterhin für Zwecke der Polizeiinspektion Ansbach genutzt werden. Im Rahmen der hierfür notwendigen Generalsanierung sind vorgesehen: Sicherung der Außenhaut (Verglasung, Einbruchsicherung), Mängelbehebung bei den Zellen (Rufanlage, Lage im Keller), substanzerhaltende Maßnahmen (Fenster und Bodenbeläge etc.), Ergänzung bzw. Erneuerung der EDV-Installation, Einbau einer arbeitsschutzrechtlich entsprechenden Bürobeleuchtung, Erneuerung bzw. Ergänzung der elektrischen Installation, Erneuerung der gesamten Heizanlage einschließlich Verteilung, Rohrleitung, Ventile und Heizkörper. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt.
30.10.2007	31.683,9	31.469,7	-	- Der Leertitel dient zur Abrechnung möglicher Schlusszahlungen.
14.02.2005	10.500,0	10.425,5	-	- Der Leertitel dient zur Abrechnung möglicher Schlusszahlungen.
-	-	-	-	- Das bis Ende 2009 noch vom Finanzamt Hersbruck für Auslagerungszwecke genutzte Anwesen in Hersbruck, Lohweg 40, soll für die Unterbringung der Polizeiinspektion Hersbruck genutzt werden. Die Polizeiinspektion Hersbruck ist derzeit unzureichend mit einer Hauptnutzfläche von 355 qm in einem Mietgebäude untergebracht. Gemäß genehmigten Raumprogramm benötigt die Polizeiinspektion Hersbruck jedoch eine Hauptnutzfläche von 491 qm Hauptnutzfläche. Die jetzige angemietete Unterbringung entspricht nicht den Sicherheitsgrundsätzen für Polizeidienstgebäude. Die künftige Unterbringung ist zentraler und damit bürgernäher. Die Immobilien Freistaat Bayern empfiehlt die Nachnutzung durch die Polizeiinspektion Hersbruck. Die endgültigen Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 18						
735 01-7	042	Generalsanierung von Dienstgebäuden der Polizei in Bayreuth, Ludwig-Thoma-Straße 2 - 6a einschließlich Errichtung einer Raumschießanlage mit Räumen für Polizeieinsatztraining und Registraturen, Errichtung einer Einsatzzentrale und einer Kfz-Wasch- und Pflegeanlage	---	---	A B C	1.400,0 1.821,9 3.548,6
735 10-6	042	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Polizeiinspektion Kronach	---	***	A B C	700,0 894,0 1.470,0
740 15-4	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Obernburg	---	***	A B C	--- 121,4 1.423,1
740 20-7	042	Sanierung des Dienstgebäudes der Landespolizei in Aschaffenburg - Planung -	---	---	A	100,0
740 25-2	042	Generalsanierung des Dienstgebäudes der Landespolizei in Würzburg, Augustinerstraße 24/26 mit Verlegung Einsatzzentrale einschl. Herrichten einer Ausweichunterbringung - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 6.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0	300,0	A B C	600,0 98,3 578,0
745 10-4	042	Unterbringung von Dienststellen der Landespolizei Regensburg mit Einsatzzentrale in der Raffler-Kaserne in Regensburg	---	---	A B C	--- 3.316,2 5.874,5

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
29.05.09	18.203,0	2.870,3	5.363,0	In den Dienstgebäuden der Landespolizei in Bayreuth, Ludwig-Thoma-Straße 2-6a sind die Polizeiinspektion Bayreuth-Land, die Kriminalpolizeiinspektion Bayreuth sowie das Polizeipräsidium Oberfranken untergebracht. Auf Grund des Alters der Dienstgebäude ist eine Generalsanierung erforderlich, um die Bausubstanz zu erhalten. Vorweg wurde eine Einsatzzentrale für das Polizeipräsidium Oberfranken errichtet (1. Teilbaumaßnahme mit Kosten von 8.233,0 Tsd. €). Ferner soll auf dem Gelände Ludwig-Thoma-Straße eine Raumschießanlage mit Räumen zur Durchführung des polizeilichen Einsatztrainings und eine Kfz-Wasch- und Pflegeanlage errichtet werden (2. Teilbaumaßnahme mit Kosten von 9.970,0 Tsd. €). Der Haushaltsausschuss hat dieser Maßnahme am 07.07.2009 zugestimmt. Mit den veranschlagten Beträgen soll mit der 2. Teilmaßnahme begonnen werden.
05.06.2008	4.415,0	4.117,7	-	- Der Leertitel dient zur Abrechnung möglicher Schlusszahlungen.
16.05.2003	5.100,0	5.074,3	-	- Der Leertitel dient zur Abrechnung möglicher Schlusszahlungen.
-	-	-	-	- Beim Dienstgebäude der Landespolizei in Aschaffenburg, Lorbeerweg 1, sind Teilbaumaßnahmen zu treffen, die nicht mehr im Zuge einer kleinen Baumaßnahme durchgeführt werden können. Es handelt sich insbesondere um Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes, Sanierung der Flachdächer der Haupt- und Nebengebäude, Sanierung der Sichtbetonkonstruktion an der Fassade, Erneuerung der Heizanlage, Sanierung des Schießstands sowie andere kleinere Sanierungsmaßnahmen. Die Gesamtkosten werden mit Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
20.02.2008	6.050,0	5.997,8	-	- Das Dienstgebäude der Landespolizei in Würzburg, Augustinerstraße 24/26, wurde im Jahr 1958 errichtet. Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Erhaltung der Bausubstanz muss es generalsaniert werden. Neben konzeptionellen Veränderungen muss die gesamte Gebäudesubstanz saniert werden. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Vorweg wurde für das Polizeipräsidium Unterfranken die Einsatzzentrale aus dem Gebäude Augustinerstraße 24/26 in das Polizeidienstgebäude Würzburg, Frankfurter Straße, verlegt und dort neu geschaffen werden (1. Teilbaumaßnahme). Als 2. Teilbaumaßnahme wurde ein Anbau an das Dienstgebäude Frankfurter Straße zur Schaffung von Ausgleichsflächen errichtet. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Planung der Generalsanierung des Dienstgebäudes der Landespolizei in Würzburg, Augustinerstraße, weitergeführt.
14.09.2006	24.865,9	23.554,5	-	- Die Kriminalpolizeiinspektion Regensburg und andere Dienststellen der Polizei in Regensburg sowie eine Raumschießanlage als Verbindungsbau wurden in den Gebäuden Nrn. 3 und 6 der Raffler-Kaserne in Regensburg bereits untergebracht. Damit entfallen Erweiterungsbauten auf dem von der Polizei genutzten Grundstück in der Kleiberstraße. Als 3. Teilbaumaßnahme ist für die im Areal der Raffler-Kaserne untergebrachten Behörden ein Parkdeck errichtet worden. Ferner wurden die Abteilungen Einsatz und Personal des Polizeipräsidiums im Gebäude Nr. 4 der Raffler-Kaserne untergebracht. Darüber hinaus ist für das Polizeipräsidium Oberpfalz im Gebäude Nr. 4 eine Einsatzzentrale errichtet worden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die Errichtung der Einsatzzentrale am 11.10.2006 genehmigt. Der Leertitel dient zur Abrechnung möglicher Schlusszahlungen.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 18						
745 11-3	042	Generalsanierung und Schaffung von Parkplätzen für das Dienstgebäude der Polizeidirektion Regensburg, Minoritenweg 1 - z. T. Planung -	---	---	A C	--- 126,6
<u>745 20-2</u>	042	Neubau eines Dienstgebäudes für die Landespolizei in Tirschenreuth - Planung -	100,0	100,0	A	
		Summe Kapitel 03 18	17.689,1	30.165,0	A B C	20.600,0 24.278,8 42.799,3
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 25.430,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 16.800,0				
03 20		Bereitschaftspolizei				
710 15-6	042	Neubau eines Sport- und Schwimmhallegebäudes für die Bereitschaftspolizei in Dachau sowie Anlage der Ost-West-Erschließungsstraße <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.000,0	500,0	A B C	700,0 301,3 465,1
710 25-4	042	Polizeiunterkunft Dachau; Errichtung eines Fahrübungsplatzes für Polizeivollzugsbeamte auf dem Areal der VI. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Dachau <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 900,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.900,0	900,0	A B	1.500,0 116,9

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
01.10.2008	4.500,0	860,0	-	<p>- Das 63 Jahre alte Dienstgebäude der Landespolizei in Regensburg, Am Minoritenweg 1, bedarf einer gründlichen Generalsanierung, um die Bausubstanz zu erhalten. Saniert werden muss insbesondere die Heizungsanlage, die gesamte Elektroanlagen, die Wasser- und Abwasserleitungen; ferner müssen Brandschutzmaßnahmen getroffen werden. Darüber hinaus ist es erforderlich, in dem Dienstgebäude konzeptionelle Veränderungen vorzunehmen, um einen reibungslosen Dienstablauf im Hinblick auf die Zusammenlegung der PI 1 und 3 zu gewährleisten. Dies geschieht durch die Neuordnung des Wachbereichs, welche derzeit als 1. Teilbaumaßnahme durchgeführt wird. In die Neuorganisation wird räumlich auch das benachbarte ehem. Gewerbeaufsichtsamt mit eingebunden. Die Kosten für die 1. Teilbaumaßnahme liegen bei 4.500,0 Tsd. €. Die 1. Teilbaumaßnahme ist bei Kap. 03 03 Tit. 745 77 (Maßnahme gem. ZulnVG) veranschlagt.</p>
-	-	-	-	<p>- Das jetzige staatseigene Dienstgebäude der Polizeiinspektion Tirschenreuth ist substanzuell und funktionell in einem schlechten Zustand. Die Unterbringung der Dienststelle ist dort auf Dauer nicht mehr tragbar. Es fehlen insbesondere ca. 300 qm Nutzfläche, im Erdgeschoss sind erhebliche Feuchtigkeitsschäden vorhanden, darüber hinaus bedarf die Sanitär- und Elektroinstallation dringend einer Erneuerung. Diese Mängel wurden auch von der Immobilien Freistaat Bayern bestätigt; sie hat deshalb einen Neubau auf dem bereits erworbenen städtischen Bahnhofsgelände empfohlen. Die endgültigen Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Mit den veranschlagten Beträgen soll mit der Planung begonnen werden.</p>
17.04.2008 29.03.2010	5.818,8	3.328,8	-	<p>- Die Außensportanlage und der Allwetterplatz in der Polizeiunterkunft Dachau ist erstellt. Im Zusammenhang damit wird die bestehende Sporthalle saniert und ein Anbau für Umkleieräume und Sanitäranlagen geschaffen sowie ein Polizeischießstand errichtet. Der Neubau eines Sport- und Schwimmhallegebäudes ist aufgrund der Polizeireform bei der Bayer. Bereitschaftspolizei nicht mehr erforderlich. Mit den veranschlagten Beträgen wird der Polizeischießstand abgerechnet und mit der Sanierung der Sporthalle begonnen. Die bisherigen Gesamtkosten von 4.548,8 Tsd. € haben sich infolge Indexanpassung und zusätzlich notwendiger Maßnahmen um 1.269,9 Tsd. € auf 5.818,0 Tsd. € erhöht. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt.</p>
25.05.2009	3.870,0	116,9	-	<p>- Auf dem Areal der Polizeiunterkunft in Dachau wird ein Fahrübungsplatz für Polizeivollzugsbeamte für ein Fahrsicherheitstraining der Stufe 1 errichtet. Zu diesem Zweck ist es notwendig, ein innerhalb des Areals der Bereitschaftspolizei in Dachau liegendes Grundstück, welches derzeit im Wesentlichen als Parkplatz genutzt wird, herzurichten und mit der notwendigen Infrastruktur zu versehen. Die Errichtung des Fahrübungsplatzes ist notwendig, weil Flächen, auf denen bisher das Fahrsicherheitstraining durchgeführt wurde, wegfallen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags hat die Baumaßnahme am 08.07.2009 genehmigt. Mit den veranschlagten Mitteln wird die Maßnahme fortgeführt.</p>

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 20						
710 30-7	042	Errichtung eines Fahrsicherheitstrainingszentrums für die Bayer. Polizei auf dem ehem. Militärflughafen Fürstenfeldbruck - Planung -	---	---	A	1.000,0
710 40-5	042	Unterbringung der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Standort der Bundespolizeifliegerstaffel Süd in Oberschleißheim - z.T. Planung -	---	2.000,0	A B	1.800,0 167,5
710 50-2	042	Kanalsanierung bei der I. Abteilung der Bereitschaftspolizei in München <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 800,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.235,0	835,0	A B	1.000,0 292,5
710 53-9	042	Generalsanierung der Polizeiunterkunft Eichstätt; Sanierung von Gebäuden einschl. Heizanlage und Kanalisation sowie Errichtung eines Garagentraktes - z. T. Planung -	---	---	A B C	1.500,0 104,1 29,5
<u>710 55-7</u>	042	Brandschutzmaßnahmen bei der II. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Eichstätt - Planung -	---	---	A	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	Nach Umnutzung des ehemaligen Militärflughafens Fürstenfeldbruck soll dort neben anderen Einrichtungen auch ein Fahrsicherheitstrainingzentrum für die Bayer. Polizei errichtet werden. Es ist notwendig, weil es für die Bayer. Polizei immer schwieriger wird, geeignete Flächen anzumieten oder zu erwerben. Auf dem aufgelassenen Militärflughafen in Fürstenfeldbruck soll insbesondere die Ausbildung der Stufe 2 (Üben bei höherer Geschwindigkeit, Schleudertraining usw.) stattfinden. Die für die Polizei benötigte Teilfläche muss von der Bundesagentur für Immobilien noch erworben werden. Die Kosten für die Errichtung des Fahrsicherheitstrainingzentrums für die Bayer. Polizei werden auf ca. 4,8 Mio. € geschätzt. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
23.06.2009	7.307,8	167,5	5.307,4	Die derzeit am Flughafen München II untergebrachte Polizeihubschrauberstaffel Bayern soll am Standort der Bundespolizeifliegerstaffel Süd in Oberschleißheim mit untergebracht werden. Für die Bundespolizei wird dieser Standort derzeit überplant und soll saniert bzw. durch Neubauten ergänzt werden. Im Vergleich zum jetzigen Standort der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Flughafen München II ergeben sich längerfristig monetäre und nichtmonetäre Vorteile. Ebenso ergeben sich durch das gemeinsame Bauen mit dem Bund Kosteneinsparungen durch Synergieeffekte. Die Kosten für die Unterbringung der Polizeihubschrauberstaffel Bayern am Standort Oberschleißheim belaufen sich nach ersten Schätzungen auf ca. 23,8 Mio. €. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayer. Landtags hat die 1. Teilbaumaßnahme am 13.07.2010 genehmigt. Die Gesamtkosten der 2. Teilbaumaßnahme werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
15.09.2008	3.000,0	292,5	637,5	Im Areal der I. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in München sind die Abwasseranlagen aufgrund eines liegenschaftsbezogenen Abwasserkonzepts dringend zu sanieren bzw. zu erneuern. Die Gesamtsanierungskosten betragen 3,0 Mio. €. Der Haushaltsausschuss hat der Maßnahme am 27.05.2009 zugestimmt. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme fortgeführt.
31.10.2008	5.619,0	352,4	5.045,6	Nach der Strukturreform der Bayer. Bereitschaftspolizei ist der 3. Bauabschnitt im Rahmen der Generalsanierung der Polizeiunterkunft in Eichstätt im geplanten Umfang nicht mehr erforderlich. In zwei Bauabschnitten sollen nun die dort erforderlichen Maßnahmen zum Abschluss gebracht werden. Der 1. Bauabschnitt beinhaltet die Sanierung des Stabsgebäudes sowie die Sanierung des Kanalnetzes. Der 2. Bauabschnitt umfasst den Garagenabbruch und Neubau von Garagen sowie überdachten Stellplätzen. Die Kosten für beide Baumaßnahmen werden auf rd. 8,0 Mio. € geschätzt. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat am 12.03.2009 für den 1. Bauabschnitt Kosten von 5.619,0 Tsd. € genehmigt.
-	-	-	-	Die Brandschutz- und Brandmeldeanlagen bei der o.g. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei entsprechen nicht mehr den Bestimmungen und müssen daher erneuert bzw. ergänzt werden. Im Einzelnen handelt es sich um die Schaffung notwendiger Rettungswege, den Einbau notwendiger Brandschutz- und Rauchschutzabschlüsse in den Treppenhäusern und Fluren, die Ertüchtigung der Decken der notwendigen Flure, die Montage von erforderlichen Rauchabzügen, die Nachrüstung von Oberlichtern in VDS-Klasse sowie sämtliche zugehörige Anschluss-, Verputz- und Anstricharbeiten. Des Weiteren sind enthalten die Ausstattung der im Betreff genannten Gebäude mit automatischen und Druckknopfbrandmeldern, Sirenen, Verkabelung auf und unter Putz sowie die Aufschaltung zur Leitstelle. Die tatsächlichen Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
1	2	3	4	5	C	Ist 2008
						Tsd. €
						6
03 20						
725 01-5	042	Polizeiunterkunft Königsbrunn, Neu-/Umbau- und Sanierungsmaßnahmen V. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Königsbrunn - Planung -	---	---	A B	1.900,0 67,1
730 01-8	042	Polizeiunterkunft Nürnberg Sanierung der Gebäude der Polizeiunterkunft einschl. Errichtung einer Raumschießanlage - z. T. Planung -	1.300,0	---	A B C	400,0 2.190,0 760,0
740 10-5	042	Polizeiunterkunft Würzburg Umbau und Sanierung des Gebäudes Nr. 16 <i>2011: Grundstockfinanziert, vgl. Vermerk bei 13 04/356 18. Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 5.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 3.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0	5.000,0	A B C	1.000,0 275,3 150,0
740 15-0	042	Polizeiunterkunft Würzburg, Sanierung der Abwasserkanäle und -leitungen sowie der Wasserversorgung <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.100,0	1.100,0	A B C	1.000,0 50,0 39,1

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
-	-	-	-	- Die Gebäude der V. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Königsbrunn wurden zwischen den Jahren 1971 und 1983 fertig gestellt. Um die Bausubstanz zu erhalten und insbesondere die Unterkunftsgebäude dem heutigen Standard anzupassen, sind in dieser Liegenschaft mehrere Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erforderlich. Gemäß einer Grobkostenschätzung des Bauamts belaufen sich die Gesamtkosten auf ca. 78,6 Mio. €. Die einzelnen Bauabschnitte erstrecken sich bis in das Jahr 2020. Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.
01.10.2008 02.12.2009	8.675,0	5.447,9	-	- Mit den festgesetzten Teilkosten wurde die Heizzentrale erneuert sowie die schadhaftesten Flachdächer saniert. Ferner wird mit den veranschlagten Beträgen der Umbau der Schießanlage fortgeführt und die Verlegung der Werkstätte vom Areal des Polizeipräsidiums in Nürnberg zur Polizeiunterkunft durchgeführt. Darüber hinaus müssen die Gebäude der Polizeiunterkunft Nürnberg abschnittsweise saniert bzw. neu errichtet werden. Die Kosten hierfür werden auf rd. 103,54 Mio. € geschätzt. Die Maßnahmen sollen in einem Zeitraum von ca. 15 Jahren durchgeführt werden. Die Gesamtkosten werden mit der Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt. Die bisherigen Gesamtkosten von 8.375,0 Tsd. € haben sich aufgrund zusätzlich notwendiger Maßnahmen und Baupreiserhöhungen um 300,0 Tsd. € auf 8.675,0 Tsd. € erhöht. Mit dem veranschlagten Betrag soll die Sanierung der Raumschießanlage abgerechnet und die Verlegung der Werkstätte durchgeführt sowie für die ersten Bauabschnitte im Rahmen der Gesamtplanung die Haushaltsunterlage-Bau erstellt werden.
20.04.2009	15.175,0	465,1	3.759,9	Nachdem das Gebäude Nr. 26 im Areal der III. Abteilung der Bereitschaftspolizei in Würzburg von der Konzeption her als Wohngebäude umgebaut ist, soll das Gebäude Nr. 16 im gleichen Areal ebenso als Unterkunftsgebäude mit überwiegend 2-Bett-Zimmern hergerichtet werden. Diese Maßnahme ist zur Unterbringung des zusätzlich eingestellten Personals dringend erforderlich. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Maßnahme fortgeführt werden.
13.04.2006 21.08.2010	6.970,0	264,8	3.505,2	Aufgrund von Untersuchungen sind die Abwasserkanäle und -leitungen bei der III. Abteilung der Bayer. Bereitschaftspolizei in Würzburg so schadhaft, dass eine Sanierung vordringlich wird. Darüber hinaus muss im Außen- und Innenbereich auch das Trinkwassernetz in die Sanierung mit einbezogen werden. Im Zuge der Ausführung der Kanal- und Wasserleitungssanierung wurden starke Unregelmäßigkeiten in der Belagsdicke und ein nicht tragfähiger Straßenaufbau festgestellt. Es ist deshalb notwendig, das gesamte Areal zu überplanen, um eine abschließende Sanierung der Verkehrsflächen zu erreichen. Die bisherigen Gesamtkosten von 3.730,0 Tsd. € erhöhen sich aufgrund dieser Maßnahmen auf 6.970,0 Tsd. €. Dadurch wird die Verkehrssicherheit auf dem Areal sichergestellt. Die Baukosten für die 1. Teilbaumaßnahme liegen bei 500,0 Tsd. €. Die 1. Teilbaumaßnahme ist bei Kap. 03 03 Tit. 740 77 (Maßnahme gem. ZulnvG) veranschlagt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011	2012	A	Soll 2010
			Tsd. €	Tsd. €	B	Ist 2009
					C	Ist 2008
1	2	3	4	5		Tsd. €
						6
03 20						
745 07-5	042	Unterbringung von Einheiten der Bayer. Bereitschaftspolizei und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern - Fachbereich Polizei, in der BGS-Unterkunft in Nabburg; Umbauten und Sanierungsmaßnahmen - z. T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0	1.100,0	A	1.000,0
					B	24,4
					C	6,8
745 10-0	042	Generalsanierung des Fortbildungsinstituts der Bayer. Polizei - Außenstelle Herzogau - mit Anpassungsmaßnahmen	---	---	A	900,0
					B	2.670,0
					C	1.500,0
		Summe Kapitel 03 20	14.035,0	11.435,0	A	13.700,0
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. € 9.200,0			B	6.279,1
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. € 3.500,0			C	3.042,5
03 26		Feuerweherschulen				
710 01-9	044	Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen bei der Staatl. Feuerweherschule Geretsried - z. T. Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A	---
					B	99,4
					C	738,7

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
31.10.2008	19.005,0	14.352,5	232,5	Das Konzept für die Nachfolgenutzung des BGS-Standorts Nabburg erfolgt entsprechend dem Fortschritt der notwendigen baulichen Maßnahmen in zwei Stufen. Die erste Stufe war mit dem Dienstantritt der Polizeikommissaranwärter am 01.09.1998 abgeschlossen. In der zweiten Stufe wurde nach Abschluss der Umbaumaßnahmen zum 01.09.1999 ein Ausbildungsseminar der Bayer. Polizei mit 120 Nachwuchsbearbeitern für den mittleren Polizeivollzugsdienst und 18 Ausbildern in Nabburg angesiedelt. Ein weiteres Ausbildungsseminar wurde ab 01.09.2000 von München nach Nabburg verlagert. Um den Standard an andere Abteilungen der Bayer. Bereitschaftspolizei anzupassen, sind Sanierungs- und Umbaumaßnahmen erforderlich. In einer 2. Teilbaumaßnahme wurden insbesondere die zentralen Versorgungsanlagen geschaffen sowie das Wirtschaftsgebäude zweckentsprechend hergerichtet. Ferner wurden die Sportanlagen und Außenanlagen geschaffen bzw. erneuert sowie der Speisesaal saniert. Die 3. Teilbaumaßnahme umfasst die Sanierung des Hauses 3, die Fassadendämmung und Erneuerung der Fenster im Haus 1 und 2 sowie den Umbau der alten ZVA für Stellplätze; diese Maßnahme wird derzeit durchgeführt. Die 4. Teilbaumaßnahme, deren Kosten noch nicht festgesetzt sind, soll die Kanalsanierung sowie die Einzäunung des Areals umfassen. Mit den veranschlagten Beträgen soll die Baumaßnahme fortgeführt werden. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags hat die neuen Teilkosten am 11.12.2008 genehmigt.
09.11.2007	5.440,0	4.363,2		- In der Ausbildungsstätte der Bayer. Bereitschaftspolizei in Herzogau findet zentral die Aus- und Fortbildung der Diensthundeführer und Diensthunde der Bayer. Polizei statt. Um einen reibungslosen Lehrgangsbetrieb zu gewährleisten, ist dieses Gebäude generalsaniert worden. Der Leertitel dient der Abwicklung möglicher Schlusszahlungen.
30.07.2004	20.143,6	19.955,2		- Auf Grund der 1. Teilfestsetzung (7,3 Mio. €) wurden die Erweiterung und der Umbau des Wirtschaftsgebäudes, die Erweiterung und Aufstockung des Lehrsaalgebäudes, das Katastrophenschutzübungsgebäude sowie übergreifende technische Anlagen und die Außenanlagen errichtet. Diese Maßnahmen sind fertig gestellt. Der 2. Bauabschnitt (12,7 Mio. €) umfasst den Neubau eines Umweltschutzgebäudes, Neubau von Maschinistenboxen, Sanierung der Heizzentrale/Übungshalle, Neubau einer Überdachung mit Lagerräumen, Neubau von Übungsgebäuden, übergreifende Maßnahmen. Mit dem 2. Bauabschnitt wurde im Frühjahr 2003 begonnen. Er ist abgeschlossen. Der Bauabschnitt 3 (Logistik und Übungsgebäude, Übungshalle, Fahrzeughalle, Werkstätten sowie Erweiterung des Verwaltungsbereichs) und der Bauabschnitt 4 (Brandübungsanlage) folgen. Diese Baumaßnahmen sind notwendig, weil die ehemalige Katastrophenschutzschule Bayern vom Umfang und von der Art der bestehenden Gebäude nicht mehr den heutigen Anforderungen für die Ausbildung der überwiegend ehrenamtlich freiwilligen Feuerwehrdienstleistenden und der Führungskräfte im Katastrophenschutz entspricht. Die Kosten der Bauabschnitte 3 und 4 werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

**Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -
Anlage S**

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	A B C	Soll 2010 Ist 2009 Ist 2008 Tsd. €
1	2	3	4	5		6
03 26						
740 02-2	044	Neu- und Umbaumaßnahmen bei der Staatl. Feuerweherschule Würzburg <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A B C	--- 27,9 52,5
745 01-8	044	Erweiterung der Staatl. Feuerweherschule Regensburg - z. T. Planung - <i>Deckungsfähig zu Lasten der Ausgabemittel und Verpflichtungsermächtigung bei Kap. 03 23 Tit. 883 01.</i>	---	---	A B C	--- 2.199,2 2.320,0
Summe Kapitel 03 26			-	-	A B C	- 2.326,5 3.111,1
Summe Epl. 03A			60.224,1	57.400,0	A B C	56.800,0 41.651,1 58.972,2
		Verpflichtungsermächtigung 2011 Tsd. €	49.500,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2012 Tsd. €	39.000,0			

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2009 verausgabt Tsd. €	ab 2013 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
16.04.2008	16.508,3	8.370,7	8.137,6	Zur Verbesserung der Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer bei der Staatl. Feuerweherschule Würzburg wurde ein vom Bund erworbenes Gebäude mit Bauunterhaltsmitteln saniert. Im Rahmen der bisher festgesetzten Gesamtkosten wurde bereits als 1. Teilbaumaßnahme ein Brandübungshaus errichtet. Der Neubau eines Wirtschafts- und Lehrsaaalgebäudes (2. Teilbaumaßnahme) ist abgeschlossen. Als 3. Teilbaumaßnahme ist die Sanierung und der Umbau des bestehenden Gebäudes A vorgesehen. Mit dieser Baumaßnahme wird begonnen, sobald die hierfür erforderlichen Ausgabemittel im Rahmen des Aufkommens der Feuerschutzsteuer zur Verfügung stehen. Beabsichtigt ist zudem ein Grunderwerb von der Stadt Würzburg, um weitere notwendige Übungseinrichtungen errichten zu können.
09.09.2005 30.04.2009	20.026,0	17.665,5	160,5	Durch den Erwerb der früheren Katastrophenschutzschule in Geretsried und ihre Umnutzung in eine Staatl. Feuerweherschule ist die ursprünglich an der Staatl. Feuerweherschule Regensburg geplante Kapazitätserweiterung um ca. 80 Lehrgangplätze entbehrlich. Um an der Feuerweherschule Regensburg eine Ausbildung entsprechend dem heutigen notwendigen Standard durchführen zu können, sind aber auch dort bauliche Verbesserungen notwendig. Es sind drei Bauabschnitte mit folgenden Inhalten geplant: 1. Bauabschnitt Wohn- und Wirtschaftsgebäude, Verlegung und Erneuerung der Heizungszentrale, Erneuerung der Außenanlagen, technische notwendige Arbeiten am Bestand, neue Zufahrt und Parkdeck ca. 13,1 Mio. €. 2. Bauabschnitt Übungsanlagen für Brandeinsätze, Übungsanlagen für technische Hilfeleistungen, Sanierung des Wohnturms ca. 11,2 Mio. €. 3. Bauabschnitt Übungsanlage für Umweltschutz/gefährliche Stoffe, Erneuerungsarbeiten am Bestand, Fertigstellung der Außenanlagen ca. 6,1 Mio. €. Als 1. Teilbaumaßnahme ist im Rahmen des 1. Bauabschnitts das Parkdeck mit Zufahrt und sonstige Erschließungsmaßnahmen fertig gestellt (Kosten 2,58 Mio. €). Die 2. Teilbaumaßnahme des 1. Bauabschnitts umfasst den Neubau eines Wohn- und Wirtschaftsgebäudes, die Verlegung und Erneuerung der Heizzentrale sowie der Außenanlagen mit Kosten in Höhe von 10.535,0 Tsd. €. Dieser Maßnahme hat der Haushaltsausschuss am 14.05.2003 zugestimmt. Sie wurde 2007 abgerechnet. Als 1. Teilbaumaßnahme des 2. Bauabschnitts wird derzeit der Umbau des Wohnturms, der Umbau des Wirtschaftsgebäudes in Lehrsäle, der Umbau Schulung/West, der Umbau Eingangshalle und der Neubau Fahrzeughalle durchgeführt. Die Kosten hierfür betragen 5,9 Mio. €. Als 2. Teilbaumaßnahme des 2. Bauabschnitts muss die Haushaltsunterlage-Bau für die Übungsanlagen für die Brandeinsätze sowie die Übungsanlagen für technische Hilfeleistung erarbeitet werden.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des

Bayerischen Staatsministeriums des Innern
- Allgemeine Innere Verwaltung -

- Einzelplan 03A -

03 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	<i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte des Ministeriums können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B 9	1	1	1
	Landespolizeipräsident, Landespolizeipräsidentin als Abteilungsleiter, Abteilungsleiterin für Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Staatsministerium des Innern	B 8	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B 6	5	5	5
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	10	10	10
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		18	18	18
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	20	19	19
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	24	21,50	21,50
	Baudirektor, Baudirektorin		1	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	12	12	12
	Bauberräte, Bauberrätinnen		2	2	2
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13+AZ	2	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	79	77	77
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	17,50	14,50	14,50
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	17,50	15,50	15,50
	Regierungsamt mann, Regierungsamt frau (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	6	5	5
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	15	15	15
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	11	11	11
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Technischer Hauptsekretär, Technische Hauptsekretärin		1	1	1
	Verwaltungsbetriebshauptsekretäre, Verwaltungsbetriebshauptsekretärinnen		2	2	2
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	2	2	2
	Verwaltungsbetriebsoberssekretär, Verwaltungsbetriebsoberssekretärin		1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	8	8	8
	Betriebshauptwart, Betriebshauptwartin		-	-	-
	Zusammen		265	253,50	253,50
	Zugang/Abgang			-11,50	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		95	91,50	91,50
	- gehobener Dienst		124	116	116
	- mittlerer Dienst		33	33	33
	- einfacher Dienst		13	13	13

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+1	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 5 Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	-	+1	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+1	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 5 Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-	-1	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialräte, Ministerialrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-2,50	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-2	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
A12 Amtsräte, Amtsrätinnen	-3	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-2	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,50	-	Umsetzung nach 06 01 (CIO)
Summe Umsetzung	-13	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5

03 01
Ministerium
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 : 1) Bei Bedarf dürfen bis zu 8 Stellen der BesGr A 10 bis einschließlich B 3 der Kap. 03 01 und 03 61 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 a.				
	Leerstellen				
	Ministerialrat, Ministerialrätin	B 3	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	1	3	3
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	1	4	4
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	4	4	4
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	5	5	5
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	3	3	3
	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	1	1	1
	Zusammen		28	33	33
	Zugang/Abgang			+5	-
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	-	-
	Zusammen		2	-	-
	Zugang/Abgang			-2	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	16	16	16
		A13+AZ - A9	17	23	23
		A9+AZ - A6	1	1	1
	Zusammen		34	40	40
	Zugang/Abgang			+6	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31 : 16 Stellen kw zum 31.12.2014 (Landesprojektgruppe Digitalfunk).				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E 15	1	1	1
	1 Stelle ku nach BesGr A 14 (Oberregierungsrat) mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13	E 13	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	22	26	26
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	32	28	28
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	10	11	11
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	50	48,50	48,50

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe kostenwirksame Hebung	-1 -	- -	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Zu- und Abgang Personalsoll A	-12	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
neu			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte) A13+AZ - A9 Summe neu	+6 +6	- -	neu für die Projektgruppe DigiNet
Zu- und Abgänge insgesamt	+6	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen Summe neu	+2 +3 +5	- - -	neu neu
Zu- und Abgänge insgesamt	+5	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte) A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen Summe Einsparung	-2 -2	- -	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Zu- und Abgänge insgesamt	-2	-	

03 01
Ministerium

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	4	4	4
	Zusammen		126	125,50	125,50
	Zugang/Abgang			-0,50	-
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 2	E 2	1	1	1
	Zusammen		14	14	14
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Zusammen		4	4	4
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		265	253,50	253,50
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		126	125,50	125,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		391	379	379
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Personalsoll B		4	4	4
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		395	383	383
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		2	-	-

03 03
Allgemeine Bewilligungen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
TG	85 Errichtung und Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern				
422 85	Planmäßige Beamte				
	Polizeidirektor, Polizeidirektorin	A15	1	1	1
	Polizeioberst, Polizeioberstleutnant	A14	1	1	1
	Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	A13	3	3	3
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	11	18	18
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	7	7	7
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A 7	-	1	1
	Zusammen		24	32	32
	Zugang/Abgang			+8	-
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 85 :				
	1) Die bei TG 85 ausgewiesenen Planstellen sind verbindlich.				
	2) 10 Planstellen kw am 01.07.2013.				
	3) Die Planstellen können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.				
	Gesamtübersicht				
422 85	Planmäßige Beamte		24	32	32
	Personalsoll B		24	32	32
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		24	32	32

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 422 85 (Planmäßige Beamte)			
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+7	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Autorisierte Stelle)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Autorisierte Stelle)
Summe neu	+8	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+8	-	

03 05

Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Präsident des Verwaltungsgerichtshofs, Präsidentin des Verwaltungsgerichtshofs	R 8	1	1	1
	Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichtshofs	R 4	1	1	1
	Vorsitzende Richter und Richterinnen am Verwaltungsgerichtshof	R 3	20	20	20
	Richter und Richterinnen am Verwaltungsgerichtshof <i>Auf bis zu 6 Stellen können Richter mit einer Zulage gem. Art. 56 Abs. 2 BayBesG verrechnet werden.</i>	R 2	54	53,40	53,40
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	3	3
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	5	5	5
	Regierungsoberssekretär, Regierungsoberssekretärin	A 7	0,50	0,50	0,50
	Verwaltungsbetriebsoberssekretär, Verwaltungsbetriebsoberssekretärin		1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	1	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	2	1	1
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	1	1	1
	Zusammen		101,50	100,90	100,90
	Zugang/Abgang			-0,60	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		79	78,40	78,40
	- gehobener Dienst		10	10	10
	- mittlerer Dienst		8,50	8,50	8,50
	- einfacher Dienst		4	4	4
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof:				
	<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 06 Tit. 422 01.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Landesadvokatur Bayern				
	Generallandesanwalt, Generallandesanwältin	B 6	1	1	1
	Oberlandesanwalt, Oberlandesanwältin als der ständige Vertreter des Generallandesanwalts	B 3	1	1	1
	Oberlandesanwälte, Oberlandesanwältinnen	A16	8	8	8
	Oberlandesanwälte, Oberlandesanwältinnen	A15	2,50	2,50	2,50
	Landesanwälte, Landesanwältinnen	A14	1,50	1,50	1,50
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Zusammen		15	15	15

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 428 01 (a) Verwaltungsgerichtshof			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+2	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+2	
Einsparung			
Titel 422 01 (Verwaltungsgerichtshof)			
R 2 Richter und Richterinnen am Verwaltungsgerichtshof	-0,60	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Titel 428 01 (a) Verwaltungsgerichtshof			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-2	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Titel 428 01 (b) Landesadvokatur Bayern)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,40	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-2	-2	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Verwaltungsgerichtshof)			
A 6 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 5
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 6
Titel 428 01 (b) Landesadvokatur Bayern)			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von EGr 6
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von EGr 5
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 428 01 (a) Verwaltungsgerichtshof)			
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 9
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 10
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-2	-	

03 05

Verwaltungsgerichtshof und Landesadvokatur Bayern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		14	14	14
	- gehobener Dienst		1	1	1
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte b) Landesadvokatur Bayern): Vgl. Vermerk bei Kap. 03 06 Tit. 422 01.				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Leerstellen				
	Richter und Richterinnen am Verwaltungsgerichtshof	R 2	3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	7	7	7
	Zusammen		15	15	15
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Landesadvokatur Bayern				
	Leerstellen				
	Oberlandesadvokat, Oberlandesadvokatin	A16	1	1	1
	Oberlandesadvokat, Oberlandesadvokatin	A15	1	1	1
	Landesadvokat, Landesadvokatin	A14	1	1	1
	Zusammen		3	3	3
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		A16+AZ - A13	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 1 Stelle ku nach BesGr A 11 Regierungsamtmann mit Ausscheiden des Stelleninhabers	E 11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 1 Stelle ku nach BesGr A 10 Regierungsoberinspektor mit Ausscheiden des Stelleninhabers	E 10	2	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 1 Stelle ku nach BesGr A 9 Regierungsinspektor mit Ausscheiden des Stelleninhabers	E 9	7	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	18	18	18
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	11	10	10
	Zusammen		45	44	44
	Zugang/Abgang			-1	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Landesadvokatur Bayern				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	1	3	3

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch					
428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	1,50	1,50	1,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	5,80	3,40	3,40
	Zusammen		10,30	9,90	9,90
	Zugang/Abgang			-0,40	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungsgerichtshof				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E 8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	3	3	3
	Zusammen		7	7	7
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		2	2	2
	Zusammen		2	2	2
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Zusammen		4	4	4
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	a) Verwaltungsgerichtshof		101,50	100,90	100,90
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Landesanstalt Bayern		15	15	15
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungsgerichtshof		45	44	44
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Landesanstalt Bayern		10,30	9,90	9,90
	Personalsoll A		171,80	169,80	169,80
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		2	2	2
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		4	4	4
	Personalsoll B		6	6	6
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		177,80	175,80	175,80

03 06
Verwaltungsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsident des Verwaltungsgerichts Ansbach, Präsidentin des Verwaltungsgerichts Ansbach	R 4	1	1	1
	Präsident des Verwaltungsgerichts München, Präsidentin des Verwaltungsgerichts München		1	1	1
	Präsidenten und Präsidentinnen der Verwaltungsgerichte Augsburg, Bayreuth, Regensburg und Würzburg	R 3	4	4	4
	Vizepräsident des Verwaltungsgerichts München, Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts München <i>ku nach BesGr R 2</i>		1	1	1
	Vizepräsidenten der Verwaltungsgerichte, Vizepräsidentinnen der Verwaltungsgerichte <i>Ständige Vertreter der Präsidenten in BesGr R 3 und R 4</i>	R 2	5	5	5
	Vorsitzende Richter an Verwaltungsgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Verwaltungsgerichten		62	62	62
	Richter an Verwaltungsgerichten, Richterinnen an Verwaltungsgerichten	R 1	138	138	138
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	8	8	9
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	10	12	12
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	13	11	10
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	1	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	-	-	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	6	6	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	5,50	5	5
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	2	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	3	4	4
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	3	2	2
	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	1	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		271,50	271 -0,50	271 -
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		213	213	213
	- gehobener Dienst		35	35	35
	- mittlerer Dienst		14,50	14	14
	- einfacher Dienst		9	9	9
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bei Bedarf dürfen die Stellen der Kap. 03 05, 03 06 und 03 08 in Anspruch genommen werden:				
	a) Zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig.				
	b) Bis zu 14 Stellen gegenseitig.				
	Dabei dürfen die Stellen der BesGr R1 auch mit planmäßigen Beamten der BesGr A13 - A15 besetzt werden.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-0,50	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-4,50	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-	+2	kostenneutrale Hebung von BesGr A 8
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-	-2	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9
A 6 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 5
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 6
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	+2 -2	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A 4 kostenneutrale Hebung nach BesGr A 5
A 3 Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	+1 -1	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A 3 kostenneutrale Hebung nach BesGr A 4
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-4,50	-	

03 06
Verwaltungsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>2) 17 Stellen für Richter sind künftig einzusparen im Rahmen des Art. 6b Haushaltsgesetz (Entwicklung der Eingangszahlen, Ausschöpfung von Rationalisierungspotentialen).</p> <p>3) Auf bis zu 13 Stellen der BesGr R1 und R2 können Richter der BesGr R1 bzw. R2 mit einer Zulage gem. Art. 56 Abs. 2 BayBesG verrechnet werden.</p> <p>Leerstellen</p> <p>Richter an Verwaltungsgerichten, Richterinnen an Verwaltungsgerichten</p> <p>Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen</p> <p>Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen</p> <p>Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen</p> <p style="text-align: center;">Zusammen</p> <p>Ersatzstellen für Altersteilzeit</p> <p>Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht</p> <p style="text-align: center;">Zusammen Zugang/Abgang</p>	R 1	5	5	5
		A11	3	3	3
		A10	7	7	7
		A 8	5	5	5
			20	20	20
		R 2	1	-	-
			1	-	-
				-1	-
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)	A16+AZ - A13	5	5	5
	Zusammen		5	5	5
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	E 10	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 9	14	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9				
	1 Stelle ku nach BesGr A8 (Regierungshauptsekretär) mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	90,50	90,50	90,50
	3,5 Stellen ku nach BesGr A7 (Regierungsobersekretär) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	62,50	58,50	58,50
	4 Stellen ku nach BesGr A6 (Regierungssekretär) jeweils mit Ausscheiden des Stelleninhabers				
	Zusammen Zugang/Abgang		177	173 -4	173 -
	Leerstellen	E 9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 8	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 6	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 5	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5				
	Zusammen		21	21	21

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 2 Vorsitzende Richter an Verwaltungsgerichten, Vorsitzende Richterinnen an Verwaltungsgerichten	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	

03 06
Verwaltungsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		5	5	5
	Zusammen		5	5	5
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Zusammen		6	6	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		271,50	271	271
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		177	173	173
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		448,50	444	444
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		5	5	5
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Personalsoll B		11	11	11
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		459,50	455	455
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		1	-	-

03 07

Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung	B 6	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung	B 3	1	1	1
	Abteilungsleiter, Abteilungsleiterin	B 2	1	1	1
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	5	5	5
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	22	25	25
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	31	32	32
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	19	26	26
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin	A13+AZ	-	-	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	9	9	9
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen		4,50	4,50	3,50
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	19	20	20
	Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin		1	1	1
	Bibliotheksamtsrat, Bibliotheksamtsrätin		1	1	1
	Regierungsamtswesen, Regierungsamtswesen	A11	49,50	51,50	51,50
	Technische Amtswesen, Technische Amtswesen		9,50	13,30	14,30
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	38,50	42,80	42,80
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		37,50	39,50	39,50
	<i>Eine Stelle ist mit Inkrafttreten des Doppelhaushalts 2013/2014 umgesetzt und umgewandelt nach Kap. 03 08 Tit. 422 01 a (Regierungsoberinspektor).</i>				
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	6,50	5,50	4,50
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	2	2	2
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	1	3	3
	Technischer Amtsinspektor, Technische Amtsinspektorin		-	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	2	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 6	1	-	-
	Zusammen		266	292,10	292,10
	Zugang/Abgang			+26,10	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		80	91	91
	- gehobener Dienst		176	188,10	188,10
	- mittlerer Dienst		9	13	13
	- einfacher Dienst		1	-	-

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4,40	-3,30	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,75	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-0,10	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Einsparung	-6,15	-3,40	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 80 / 422 01 BesGr A15 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 15 (CIO)
	+1	-	Umsetzung von 08 30 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
	+1	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+0,80	-	Umsetzung und Umwandlung von 12 01 / 422 01 BesGr A11 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
	+1	-	Umsetzung von 08 30 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-4	-	Umsetzung nach 06 15 (CIO)
	+1	-	Umsetzung von 03 08 (DMS)
	+1,30	-	Umsetzung und Umwandlung von 05 12 / 428 02 EGr 10 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A10 (CIO)
	+1	-	Umsetzung von 03 08 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A 9 Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 08 30 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 14 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
E 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08 (DMS)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)

03 07

Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	<p>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01: Zu BesGr A10 (Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen):</p> <p>Zum 01.09.2013 ist - eine Stelle nach 05 18/422 01 und - eine Stelle nach 05 12/422 01 umgesetzt.</p> <p>Zum 01.09.2014 ist - eine Stelle nach 05 12/422 01, - eine 0,5 Stelle nach 05 15/422 01 und - eine 0,5 Stelle nach 05 18/422 01 umgesetzt.</p> <p>Die umgesetzten Stellen sind in Stellen der BesGr A10 (Fachlehrer, Fachlehrerinnen) umgewandelt.</p> <p>Leerstellen Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin Regierungsräte, Regierungsrätinnen Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen Regierungssekretär, Regierungssekretärin Zusammen</p> <p>Ersatzstellen für Altersteilzeit Regierungsrat, Regierungsrätin Zusammen</p> <p>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Sätze 1 und 3 HG.</p>				
422 31	Abgeordnete Beamte	A 6	1	1	1
	Zusammen		18	18	18
		A14	1	1	1
		A13	3	3	3
		A12	1	1	1
		A11	5	5	5
		A10	7	7	7
		A 6	1	1	1
		A13	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
422 31	Abgeordnete Beamte	A13+AZ - A9	4	4	4
	Zusammen		4	4	4
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E 14	3	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E 13	2	6	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	20	23	23
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	55,50	57,50	57,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 3 Stellen ku nach BesGr A 10 ROI, jeweils mit Ausscheiden der Stelleninhaber	E 10	30,50	35,17	37,17
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 1 Stelle ku nach BesGr A 10 ROI mit Ausscheiden des Stelleninhabers	E 9	97,50	110,50	110,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	48	45,25	45,25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E 7	3	3	3

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,33	-	Umsetzung nach 06 15 (VIVA)
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 15 (VIVA)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 08 30 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 23 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,75	-	Umsetzung nach 06 15 (VIVA)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 01 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 09 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 12 23 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
Summe Umsetzung	+20,02	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+6	-	Umwandlung von 428 92 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	+3	-	Umwandlung von 428 94 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+2	-	Umwandlung von 428 94 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+3	-	Umwandlung von 428 92 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	+1	-	Umwandlung von 428 94 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	+2	-	Umwandlung von 428 94
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	Umwandlung von 428 92 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	+2	-	Umwandlung von 428 94
Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+2	-	Umwandlung von 428 94 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
Summe Umwandlung	+22	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A15
	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A13
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A14
A13 Technische Oberamtsräte, Technische +AZ Oberamtsrätinnen	-	+1	kostenneutrale Hebung von BesGr A13
A13 Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	-	-1	kostenneutrale Hebung nach BesGr A13+AZ
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	+4	kostenneutrale Hebung von EGr 12

03 07

Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	231,20	234,20	234,20
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	51,83	32,68	23,28
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E 4	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	6	6	6
	Außertarifliche Arbeitnehmer, Außertarifliche Arbeitnehmerinnen		2	2	2
	a) Eine Stelle darf mit einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden, der der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr B2 vergütet wird. Die Stelle ist mit Ausscheiden des Stelleninhabers nach BesGr B2 (Abteilungsdirektor) umgewandelt.				
	b) Eine Stelle darf mit einem außertariflichen Arbeitnehmer besetzt werden, der der Höhe nach vergleichbar bis zur BesGr A16 vergütet wird. Die Stelle ist mit Ausscheiden des Stelleninhabers nach BesGr A16 (Leitender Regierungsdirektor) umgewandelt.				
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		2	2	2
	Zusammen		554,53	564,30	560,90
	Zugang/Abgang			+9,77	-3,40
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E 14	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	10	10	10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	7	7	7
	Zusammen		28	28	28
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		15	29,50	29,50
	Zusammen		15	29,50	29,50
	Zugang/Abgang			+14,50	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 28 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		40	40	40
	Zusammen		40	40	40
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 13: Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen bis zu 36 Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth)				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	47	129
	Zusammen		-	47	129
	Zugang/Abgang			+47	+82

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
E 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-4	kostenneutrale Hebung nach EGr 13
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	+4	kostenneutrale Hebung von EGr 11
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-4	kostenneutrale Hebung nach EGr 12
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	+4	kostenneutrale Hebung von EGr 10
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-4	kostenneutrale Hebung nach EGr 11
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+6	+6	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-6	-6	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	+6	kostenneutrale Hebung von EGr 8
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-6	kostenneutrale Hebung nach EGr 9
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr 7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	+6	kostenneutrale Hebung von EGr 7
E 7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-6	kostenneutrale Hebung nach EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr 6
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	+6	kostenneutrale Hebung von EGr 6
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-6	kostenneutrale Hebung nach EGr 7
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von EGr 5
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	+6	kostenneutrale Hebung von EGr 5
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 6
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-6	kostenneutrale Hebung nach EGr 6
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+2	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-2	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
	+4	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 9
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-4	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A10
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
A 6 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+35,87	-3,40	

03 07

Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 428 16	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 16 : <i>1) 52 Stellen sowie die entsprechenden Ausgabemittel kw zum 30.06.2013. 2) Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 36 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird. Ab 2012 erhöht sich die Zahl auf 77 Stellen. 52 Stellen sowie die entsprechenden Ausgabemittel sind kw zum 31.12.2014; die Zahl der Stellen für Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen vermindert sich zu diesem Zeitpunkt auf 25 Stellen.</i>				
TG 60 Rechenzentrum Süd					
428 60 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	10	10
	Zusammen		-	10	10
	Zugang/Abgang			+10	-
TG 92 Vorbereitung und Durchführung eines registergestützten Zensus					
428 92 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)	Aushilfskräfte		97	282	221
	Zusammen		97	282	221
	Zugang/Abgang			+185	-61
TG 94 Sonstige Statistiken, Erhebungen und Zählungen					
428 94 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)	Aushilfskräfte		118	106	106
	Zusammen		118	106	106
	Zugang/Abgang			-12	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 94: <i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 92,5 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				
TG 96 eGovernment - Behördennetz Bayern					
428 96 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		-	1,25	0,50
	Zusammen		-	1,25	0,50
	Zugang/Abgang			+1,25	-0,75
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 96: <i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 0,5 Stellen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,50	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Umweltökonomische Gesamtrechnung)
	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Heim-Statistiken)
	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (ASD)
	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Forschungsdatenzentrum)
	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Migrations-Projekt)
Titel 428 16 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth)) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+25	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Teil-Verlagerung des LfStaD)
	+22	+82	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Teil-Verlagerung des LfStaD)
Titel 428 60 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+20	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Titel 428 92 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Aushilfskräfte	+19	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
	+173	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
	+3	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Titel 428 96 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,25	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	+268,75	+82	
Einsparung			
Titel 428 92 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)) Aushilfskräfte	-	-61	Einsparung zur Anpassung der Stellen an die Mittel (Abschluss Zensus)
Titel 428 96 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen) Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-0,75	Einsparung zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe Einsparung	-	-61,75	

03 07

Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
TG	99 Kosten der Datenverarbeitung				
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)				
	Aushilfskräfte		18	18	18
	Zusammen		18	18	18
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 99:				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auch Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden, sofern das Arbeitsverhältnis voraussichtlich länger als 5 Jahre dauern wird.</i>				
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		266	292,10	292,10
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		554,53	564,30	560,90
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		820,53	856,40	853
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		15	29,50	29,50
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)		40	40	40
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth)		-	47	129
428 60	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		-	10	10
428 92	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		97	282	221
428 94	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		118	106	106
428 96	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	1,25	0,50
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		18	18	18
	Personalsoll B		288	533,75	554
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		1.108,53	1.390,15	1.407
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		1	1	1

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Umsetzung			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 06 15 (CIO)
Summe Umsetzung	-1	-	
Umwandlung			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+10	-	Umwandlung von 428 60
Titel 428 60 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte))			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-10	-	Umwandlung nach 428 11
Titel 428 92 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte))			
Aushilfskräfte	-6	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	-3	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
Titel 428 94 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte))			
Aushilfskräfte	-3	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A11 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9 (§ 1 Nr. 2 Buchst. b Nachtragshaushaltsgesetz 2010)
	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A9
	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A10
Summe Umwandlung	-22	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+245,75	+20,25	

**Vorbemerkungen
zum Stellenplan des Kap. 03 08 (Regierungen)**

A) Haushaltsvermerke

Die bei den Kapiteln 03 08, 03 73, 05 10, 07 10, 10 30, 12 30 und 12 31 ausgebrachten Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 HG Stellenbindung besteht, dürfen für die Dauer von bis zu zwei Jahren, in jedem Fall jedoch bis zum Inkrafttreten des nächsten Doppelhaushalts, ausnahmsweise gegenseitig in Anspruch genommen werden. Für Stellen, die nicht der Bewirtschaftung der Regierungen unterliegen, entscheidet das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit den Ressorts.

B) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2011

Titel	Wertigkeit	AIV	Bau	Schule	Wi	Gewerbe	Gesundh.	Umwelt	Summe
		03 08	03 73	05 10	07 10	10 30	12 30	12 31	
422 01	B 8	1,00							1,00
	B 7	6,00							6,00
	B 4	1,00							1,00
	B 3	6,00							6,00
	B 2	29,00	7,00	7,00					43,00
	A16	53,00	33,00	44,00	14,00	10,00	15,00	23,00	192,00
	A15+AZ			7,00					7,00
	A15	156,60	77,00	53,00	56,00	36,00	24,00	59,00	461,60
	A14+AZ			10,00					10,00
	A14	74,40	2,00	7,00	41,25	44,00	15,00	38,75	222,40
	A13+AZ	18,00				8,00			26,00
	A13	144,25	3,00		12,63	49,00	12,00	3,80	224,68
	A12	309,25				74,00			383,25
	A11	360,00				93,00			453,00
	A10	140,62				30,00			170,62
	A 9+AZ	22,00				23,00			45,00
	A 9	161,00				41,00			202,00
	A 8	142,00				19,50			161,50
	A 7	83,00				4,00			87,00
	A 6	72,00							72,00
A 5	23,00							23,00	
A 4	11,00							11,00	
	Summe	1.813,12	122,00	128,00	123,88	431,50	66,00	124,55	2.809,05
428 01	E 15Ü								0,00
	E 15	1,00	2,00			3,00			6,00
	E 14		11,00		1,00				12,00
	E 13Ü		1,00						1,00
	E 13		3,00						3,00
	E 12	50,75							50,75
	E 11	92,50							92,50
	E 10	43,50				3,00			46,50
	E 9	265,50				13,00			278,50
	E 8	93,50							93,50
	E 7	2,00							2,00
	E 6	401,60							401,60
	E 5	305,99							305,99
	E 4	4,00							4,00
	E 3	17,00							17,00
	E 2Ü								0,00
	E 2	2,00							2,00
	E 1								0,00
	--	28,00							28,00
	Summe	1.307,34	17,00	0,00	1,00	19,00	0,00	0,00	1.344,34
428 11	Arbeitsn.	421,00							421,00
428 21	Arbeitsn.								0,00
TG 51		13,00							13,00
TG 52	Arbeitsn.	6,00							6,00
	Summe	440,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	440,00
Gesamtsumme		3.560,46	139,00	128,00	124,88	450,50	66,00	124,55	4.593,39

Erläuterungen zu den Spalten siehe C) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2012

C) Übersicht über die Stellen der Regierungen 2012

Titel	Wertigkeit	AIV	Bau	Schule	Wi	Gewerbe	Gesundh.	Umwelt	Summe
		03 08	03 73	05 10	07 10	10 30	12 30	12 31	
422 01	B 8	1,00							1,00
	B 7	6,00							6,00
	B 4	1,00							1,00
	B 3	6,00							6,00
	B 2	29,00	7,00	7,00					43,00
	A16	53,00	35,00	44,00	14,00	10,00	15,00	23,00	194,00
	A15+AZ			7,00					7,00
	A15	160,60	75,00	53,00	57,00	36,00	24,00	59,00	464,60
	A14+AZ			10,00					10,00
	A14	70,40	2,00	7,00	41,25	44,00	15,00	40,75	220,40
	A13+AZ	19,00				8,00			27,00
	A13	155,25	3,00		12,63	49,00	12,00	1,80	233,68
	A12	317,25				76,00			393,25
	A11	361,00				91,00			452,00
	A10	128,62				30,00			158,62
	A 9+AZ	22,00				29,00			51,00
	A 9	161,00				38,00			199,00
	A 8	147,00				16,50			163,50
	A 7	85,00				4,00			89,00
	A 6	65,00							65,00
A 5	23,00							23,00	
A 4	11,00							11,00	
	Summe	1.822,12	122,00	128,00	124,88	431,50	66,00	124,55	2.819,05
428 01	E 15Ü								0,00
	E 15	1,00	2,00			3,00			6,00
	E 14		9,00		1,00				10,00
	E 13Ü		1,00						1,00
	E 13		3,00						3,00
	E 12	50,75							50,75
	E 11	92,50							92,50
	E 10	43,50				3,00			46,50
	E 9	265,50				13,00			278,50
	E 8	93,50							93,50
	E 7	2,00							2,00
	E 6	401,60							401,60
	E 5	305,99							305,99
	E 4	4,00							4,00
	E 3	17,00							17,00
	E 2Ü								0,00
	E 2	2,00							2,00
	E 1								0,00
---	28,00								28,00
	Summe	1.307,34	15,00	0,00	1,00	19,00	0,00	0,00	1.342,34
428 11	Arbeitm.	421,00							421,00
428 21	Arbeitm.								0,00
TG 51		13,00							13,00
TG 52	Arbeitm.	6,00							6,00
	Summe	440,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	440,00
Gesamtsumme		3.569,46	137,00	128,00	125,88	450,50	66,00	124,55	4.601,39

03 08	AIV	Regierungen - Allgemeine Innere Verwaltung
03 73	Bau	Bereich Planung und Bau
05 10	Schule	Schulaufsicht bei den Regierungen
07 10	Wi	Bereich Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr bei den Regierungen
10 30	Gewerbe	Gewerbeaufsichtsämter bei den Regierungen
12 30	Gesundh.	Gesundheit und Veterinärwesen bei den Regierungen
12 31	Umwelt	Bereich Umwelt bei den Regierungen

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Verwaltung allgemein				
	Regierungspräsident von Oberbayern, Regierungspräsidentin von Oberbayern	B 8	1	1	1
	Regierungspräsidenten und Regierungspräsidentinnen von Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und der Oberpfalz	B 7	6	6	6
	Regierungsvizepräsident von Oberbayern, Regierungsvizepräsidentin von Oberbayern	B 4	1	1	1
	Regierungsvizepräsidenten und Regierungsvizepräsidentinnen von Niederbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben und der Oberpfalz	B 3	6	6	6
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B 2	29	29	29
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	53	53	53
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	156,60	156,60	160,60
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	74,40	74,40	70,40
	1) 1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.				
	2) Bei Bedarf dürfen für Aufgaben der Landesanzwaltschaft 0,5 Stellen der BesGr A 14 (Landesanwälte) des Kap. 03 05 in Anspruch genommen werden.				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	13	10	15
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	66,25	66,25	71,25
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	232	233	241
	Technischer Amtsrat, Technische Amtsrätin		1	1	1
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	272	287	288
	1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.				
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen (Verwendungsaufstieg)		4	4	4
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	124	109	97
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		12	12	12
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin		1	-	-
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	75	81	81
	3 Stellen kw zum 31.12.2019 (Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm)				
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	21	21	21
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	77	76	76
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	127	136	141
	Technischer Hauptsekretär, Technische Hauptsekretärin		1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	64	72	74
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		7	7	7
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	57	39	32
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+3	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-	+2	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-	+5	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A11 Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	-	+2	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+9	
Einsparung			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-	-2	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
A11 Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-9	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-13,51	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008
Titel 428 01 (i) Personal Unterbringungsverwaltung			
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
KR Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009
Summe Einsparung	-36,51	-2	
Umsetzung			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Umsetzung nach 08 42 (Prozessvertretung)

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	20	20	20
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	19	19	19
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		4	4	4
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	9	9	9
	Betriebsoberwarte, Betriebsoberwartinnen		2	2	2
	Zusammen Zugang/Abgang		1.540,25	1.541,25 +1	1.548,25 +7
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		340	337	342
	- gehobener Dienst		788,25	794,25	796,25
	- mittlerer Dienst		355	353	353
	- einfacher Dienst		57	57	57
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte a) Verwaltung allgemein):				
	1) Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden:				
	a) die Stellen der BesGr A 16 mit A 9 für Kap. 03 01;				
	b) die Stellen der BesGr A 15 mit A 3 bei den Kap. 03 08 und 03 09 zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig; ferner bis zu 15 Stellen der BesGr A 15 mit A 13, bis zu 30 der BesGr A 13 mit A 9 und bis zu 50 Stellen der BesGr A 9 mit A 6 des Tit. 422 01 bei den Kap. 03 08 und 03 09 gegenseitig;				
	c) bis zu 45 Stellen der BesGr A 16 mit A 13 aus Kap. 03 08 Tit. 422 01 für die Kap. 03 73, 03 75 und 03 80;				
	d) vgl. Vermerke bei den Kap. 03 05, 03 06 und 03 26.				
	2) Für Aufgaben der Bezirke (Art. 35a Abs. 1 BezO) werden verwendet: 15 Stellen der BesGr A15 bis B2 und 34 Stellen bis BesGr A14.				
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Fachpersonal für den Brand- und Katastrophenschutz				
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	2	2	2
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	5	5	5
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen 1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht ingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.	A11	5	5	5
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	A10	1	1	1
	Technischer Amtsinspektor, Technische Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Zusammen		16	16	16
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		15	15	15
	- mittlerer Dienst		1	1	1
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachpersonal im Bereich Planung und Bau				
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	9	10	11
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	34	34	35
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	32,25	32,25	32,25
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	A11	12	12	12

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	+2	-	Umsetzung von 03 08 / 422 01I (Stellentausch)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 07 (DMS)
	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 07 01 / 428 01 EGr 8 (IMI)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 07 (Neustrukturierung der Rechenzentren und IT-Betriebszentren)
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 07 10 / 422 01 BesGr A13 (Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm)
	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 07 10 / 422 01 BesGr A13 (Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm)
A 8 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08 / 422 01I (Stellentausch)
Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+4	-	Umsetzung von 03 08 / 422 01I (Stellentausch)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+4	-	Umsetzung von 03 08 / 422 01I (Stellentausch)
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-9	-	Umsetzung nach 03 08 / 422 01I (Stellentausch)
Titel 422 01 (c) Fachpersonal im Bereich Planung und Bau)			
A13 Technische Oberamtsräte, Technische +AZ Oberamtsrätinnen	+1	+1	Umsetzung und Umwandlung von 03 73 / 428 01 EGr 14
A13 Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	-	+1	Umsetzung und Umwandlung von 03 73 / 428 01 EGr 14
Titel 422 01 (d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter)			
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+2	-	Umsetzung von 07 01 (Altbergbau)
Titel 422 01 (i) Personal Unterbringungsverwaltung)			
A11 Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	-2	-	Umsetzung nach 03 08 / 422 01a (Stellentausch)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+1	-	Umsetzung von 03 08 / 422 01a (Stellentausch)
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-4	-	Umsetzung nach 03 08 / 422 01a (Stellentausch)
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-4	-	Umsetzung nach 03 08 / 422 01a (Stellentausch)
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+9	-	Umsetzung von 03 08 / 422 01a (Stellentausch)
Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)			
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 07 (DMS)
Titel 428 01 (h) Fachpersonal Sozialverwaltung)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung von 03 09 / 428 01b (FQA, Heimaufsicht)

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen Zusammen Zugang/Abgang	A10	1,25 88,50	1,25 89,50 +1	1,25 91,50 +2
	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst		88,50	89,50	91,50
422 01	Planmäßige Beamte d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter				
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amträtinnen	A12	3	3	3
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	7	9	9
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen Zusammen Zugang/Abgang	A10	5 16	5 18 +2	5 18 -
	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst		16	18	18
422 01	Planmäßige Beamte e) Fachpersonal Landesentwicklung				
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen Zusammen	A11	16 17	16 17	16 17
	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst		17	17	17
422 01	Planmäßige Beamte f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz				
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	6	6	6
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin		1	1	1
	Technische Amtsräte, Technische Amträtinnen	A12	3	3	3
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	1	1
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	2	2	2
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	11,37	11,37	11,37
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A 8	3	3	3
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen Zusammen	A 7	2 29,37	2 29,37	2 29,37
	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst - mittlerer Dienst		24,37 5	24,37 5	24,37 5
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz): Bei Bedarf dürfen die Stellen bei den Kap. 03 08 Tit. 422 01 f, h und Kap. 03 09 Tit. 422 01 c, e gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte g) Fachpersonal Umweltfragen				
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	6	6	6
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	18	18	18

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+0,50	-	Umsetzung und Umwandlung von 03 09 / 422 01 BesGr A 9 (FQA, Heimaufsicht)
Summe Umsetzung	+5,50	+2	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (a) Verwaltung allgemein)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-	+4	kostenwirksame Hebung von BesGr A14
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-	-4	kostenwirksame Hebung nach BesGr A15
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A12
A12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	-	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A13
	+2	+13	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-2	-13	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+16	+12	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-16	-12	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+5	+5	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-5	-5	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
	+9	+7	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	-9	-7	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Titel 428 01 (a) Verwaltung allgemein)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Absenkung			
Titel 428 01 (h) Fachpersonal Sozialverwaltung)			
E 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,50	-	Absenkung nach EGr 11 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1,50	-	Absenkung von EGr 12 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-28,01	+9	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 428 11 (a) Regierungen allgemein)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008

03 08
Regierungen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch					
422 01	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin Zusammen	A12 A11 A10	31 19 1 75	31 19 1 75	31 19 1 75
	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst		75	75	75
422 01	Planmäßige Beamte h) Fachpersonal Sozialverwaltung Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen Sozialamt männer, Sozialamt frauen Zusammen	A13 A11	3 5 8	3 5 8	3 5 8
	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst		8	8	8
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte h) Fachpersonal Sozialverwaltung): Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte i) Personal Unterbringungsverwaltung Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen Zusammen	A13 A11 A 9 A 8 A 7 A 6	2 3 2 6 6 - 19	2 1 3 2 2 9 19	2 1 3 2 2 9 19
	Gliederung nach Laufbahngruppen - gehobener Dienst - mittlerer Dienst		5 14	3 16	3 16
422 01	a) Regierungen allgemein Leerstellen Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen Regierungsräte, Regierungsrätinnen Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A16 A15 A14 A13 A13 A12 A11 A10	4 10 33 33 3 1 1 2 1 59 5 39 3 2	4 10 33 33 3 1 1 2 1 59 5 39 3 2	4 10 33 33 3 1 1 2 1 59 5 39 3 2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009
Titel 428 11 (b) Personal Unterbringungsverwaltung Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-30	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2008
	-51	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2009
Summe Einsparung	-85	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-85	-	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Einsparung			
Titel 422 31 (b) Baudienststelle Grafenwöhr A13+AZ - A9	-9	-	Einsparung wegen Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-9	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-9	-	
LEERSTELLEN			
Einsparung			
Titel 422 01 (b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer)			
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-6	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Landwirtschaftsdirektoren, Landwirtschaftsdirektorinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Veterinärdirektoren, Veterinärdirektorinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A13 Technische Oberamtsräte, Technische +AZ Oberamtsrätinnen	-4	-	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
A13 Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	-2	-1	Einsparung im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-14	-1	
Zu- und Abgänge insgesamt	-14	-1	

03 08
Regierungen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch					
422 01	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	2	2	2
	Sozialinspektor, Sozialinspektorin		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	32,40	32,40	32,40
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	41	41	41
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	16	16	16
	Zusammen		290,40	290,40	290,40
422 01	b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer				
	Leerstellen				
	Direktoren bei der Versicherungskammer als Bereichsleiter, Direktorinnen bei der Versicherungskammer als Bereichsleiter	B 4	4	4	4
	Direktoren bei der Versicherungskammer als Bereichsleiter, Direktorinnen bei der Versicherungskammer als Bereichsleiter	B 3	3	3	3
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen	B 2	7	7	7
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	6	-	-
	Landwirtschaftsdirektor, Landwirtschaftsdirektorin		1	-	-
	Veterinärdirektor, Veterinärdirektorin		1	-	-
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	4	-	-
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	21	19	18
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen		20	20	20
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	41	41	41
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		14	14	14
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	27	27	27
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	2	2	2
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Zusammen		153	139	138
	Zugang/Abgang			-14	-1
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (b) Planstellen der ehemaligen Bayer. Versicherungskammer) (Leerstellen): <i>Leerstellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Leerstelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	-	-
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	2	1	-
	Zusammen		3	1	-
	Zugang/Abgang			-2	-1
422 31	Abgeordnete Beamte				
	a) Regierungen allgemein				
		A16+AZ - A13	6	6	6
		A13+AZ - A9	13	13	13

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-2	-1	
Zu- und Abgänge insgesamt	-2	-1	

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 31		A9+AZ - A6	2	2	2
	Zusammen		21	21	21
422 31	Abgeordnete Beamte				
	b) Baudienststelle Grafenwöhr				
		A13+AZ - A9	9	-	-
	Zusammen		9	-	-
	Zugang/Abgang			-9	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltung allgemein				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15	E 15	1	1	1
	<i>1 Stelle ku nach BesGr A 14 (Oberregierungsrat) mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	9	9	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	51	50	50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	33,50	33,50	33,50
	<i>2 Stellen sind mit Ausscheiden der Stelleninhaber umgesetzt nach 05 15/422 01 und umgewandelt in Planstellen für Fachlehrer/Fachlehrerinnen der BesGr A 10</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	236	237	237
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	72,50	67,50	67,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E 7	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	348,10	349,10	349,10
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	323,50	299,99	299,99
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E 4	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	17	17	17
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E 2	2	2	2
	Krafffahrer, Krafffahrerinnen		28	28	28
	Zusammen		1.127,60	1.100,09	1.100,09
	Zugang/Abgang			-27,51	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltung allgemein):				
	<i>Für Aufgaben der Bezirke (Art. 35a Abs. 1 BezO) werden verwendet:</i>				
	<i>4 Stellen der EGr 13 bis 9 und 16 Stellen der EGr 9 bis 3.</i>				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	c) Fachpersonal Planung und Bau				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	9,50	9,50	9,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	1,50	1,50	1,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5	E 5	1	1	1
	Zusammen		28	28	28

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	27	27	27
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E 10	1	1	1
	Zusammen		35	35	35
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	e) Fachpersonal Landesentwicklung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	15	15	15
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	4	4	4
	Zusammen		27	27	27
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	8	8	8
	Zusammen		8	8	8
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	g) Fachpersonal Umweltfragen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12	E 12	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E 10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	3	3	3
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E 6	1	1	1
	Zusammen		12	12	12
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	17,75	16,25	16,25
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	6	7,50	7,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	1	2,50	2,50
	Zusammen		24,75	26,25	26,25
	Zugang/Abgang			+1,50	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung):				
	<i>Bei Bedarf dürfen die Stellen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bei den Kap. 03 08 Tit. 428 01 h und 03 09 Tit. 428 01 b zum Zweck des Stellentausches gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	1	-	-
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E 10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	19	15	15

**03 08
Regierungen**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch					
428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	50	50	50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr KR		1	-	-
	Zusammen		77	71	71
	Zugang/Abgang			-6	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	37	37	37
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	29	29	29
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	58	58	58
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	51	51	51
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 3	E 3	1	1	1
	Zusammen		184	184	184
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Regierungen allgemein				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		24	20	20
	Zusammen		24	20	20
	Zugang/Abgang			-4	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</i>				
	<i>a) Regierungen allgemein):</i>				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen auf bis zu 14 Stellen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
428 11	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Personal Unterbringungsverwaltung				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		482	401	401
	Zusammen		482	401	401
	Zugang/Abgang			-81	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 11 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen</i>				
	<i>b) Personal Unterbringungsverwaltung):</i>				
	<i>Zu Lasten der Ausgabemittel dürfen Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>				
TG	51 Prüfungsämter bei den Hochschulen zur Durchführung der Prüfungen nach der Approbationsordnung für Ärzte im Auftrag der Regierung von Oberbayern				
422 51	Planmäßige Beamte				
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A 13	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A 11	1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A 10	2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	1	1	1
	Zusammen		5	5	5
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 51:</i>				
	<i>Die bei TG 51 ausgewiesenen Stellen sind verbindlich.</i>				

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E 9	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	7	7	7
	Zusammen		8	8	8
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 51: Die bei TG 51 ausgewiesenen Stellen sind verbindlich.</i>				
TG 52	Vollzug des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm				
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Zusammen		6	6	6

03 08
Regierungen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Verwaltung allgemein		1.540,25	1.541,25	1.548,25
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Fachpersonal für den Brand- und Katastrophenschutz		16	16	16
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachpersonal im Bereich Planung und Bau		88,50	89,50	91,50
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter		16	18	18
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Fachpersonal Landesentwicklung		17	17	17
422 01	Planmäßige Beamte				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz		29,37	29,37	29,37
422 01	Planmäßige Beamte				
	g) Fachpersonal Umweltfragen		75	75	75
422 01	Planmäßige Beamte				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung		8	8	8
422 01	Planmäßige Beamte				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung		19	19	19
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltung allgemein		1.127,60	1.100,09	1.100,09
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	c) Fachpersonal Planung und Bau		28	28	28
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	d) Fachpersonal Wirtschaftsverwaltung einschließlich Luftämter		35	35	35
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	e) Fachpersonal Landesentwicklung		27	27	27
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	f) Fachpersonal Gesundheit und Verbraucherschutz		8	8	8
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	g) Fachpersonal Umweltfragen		12	12	12
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	h) Fachpersonal Sozialverwaltung		24,75	26,25	26,25
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	i) Personal Unterbringungsverwaltung		77	71	71
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		3.148,47	3.120,46	3.129,46
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		24	20	20
	a) Regierungen allgemein				
428 11	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		482	401	401
	b) Personal Unterbringungsverwaltung				
422 51	Planmäßige Beamte		5	5	5
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		8	8	8
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		6	6	6
	Personalsoll B		525	440	440
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		3.673,47	3.560,46	3.569,46
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		3	1	-

03 09
Landratsämter
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	<i>Die bei den Titeln 422 01a und 422 01b ausgebrachten Stellen und die bei den Titeln 422 01d und 422 01e ausgebrachten Stellen dürfen ausnahmsweise jeweils gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	55	55	55
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	141	141	141
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	87	87	87
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	114,33	114,33	114,33
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	419	419	419
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	558	567	568
	<i>2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber. Ist dem ausscheidenden Stelleninhaber ein befristetes Rückkehrrecht eingeräumt, fällt die Stelle abweichend hiervon erst mit dem Ende der Frist weg.</i>				
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen (Verwendungsaufstieg)		7	7	7
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	371	361	360
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		17	17	17
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	151	151	151
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	41	41	41
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	120	120	120
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	251	253	255
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	167	177	175
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	113	112	112
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		10	10	10
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	18	18	18
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	75	75	75
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	25	22	22
	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	1	1	1
	Zusammen		2.742,33	2.749,33	2.749,33
	Zugang/Abgang			+7	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		283	283	283
	- gehobener Dienst		1.638,33	1.637,33	1.637,33
	- mittlerer Dienst		702	713	713
	- einfacher Dienst		119	116	116
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte				
	a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes):				
	1) Vgl. Vermerke bei Kap. 03 08 Tit. 422 01.				
	2) Bei Bedarf dürfen bis zu 27 Stellen des Kap. 03 18 (Landespolizei) Tit. 422 01 in Anspruch genommen werden.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+9	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Titel 422 01 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung)			
A10 Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	+7	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A 9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	+10	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)			
A 7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	+12	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+40	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-	+1	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-	+4	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 3 Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	-	+8	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Titel 428 01 (c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+5	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Titel 428 01 (e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+2	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+20	

03 09
Landratsämter
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Technische Beamte der Umweltverwaltung				
	Bauberräte, Bauberrätinnen	A14	4	4	4
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	6	6	6
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	46	46	46
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	155	157	157
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	A11	114	112	112
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	30	37	37
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Hauptflussmeister, Hauptflussmeisterinnen	A10	6	6	6
	Oberflussmeister, Oberflussmeisterinnen	A 9	25	27	27
	Flussmeister, Flussmeisterinnen	A 8	7	5	5
	Zusammen		394	401	401
	Zugang/Abgang			+7	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		4	4	4
	- gehobener Dienst		352	359	359
	- mittlerer Dienst		38	38	38
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung				
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen <i>für den Sozialdienst</i>	A13	15	15	15
	Sozialamtsräte, Sozialamtsrätinnen	A12	67	68	69
	Hygieneamt männer, Hygieneamt frauen (Verwendungsaufstieg)	A11	4	4	4
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		93	92	91
	Hygieneoberinspektoren, Hygieneoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	A10	4	4	4
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen <i>Die Stellen dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden</i>		66	66	66
	Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen <i>Die Stellen dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden</i>	A 9	49	58,50	58,50
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	3	3	3
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	27	27	27
	Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	A 8	58	79	80
	Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	A 7	54	51	50
	Hygienesekretäre, Hygienesekretärinnen	A 6	9	9	9
	Zusammen		449	476,50	476,50
	Zugang/Abgang			+27,50	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		298	307,50	307,50
	- mittlerer Dienst		151	169	169
Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte					
c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung):					
<i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.</i>					

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Einsparung			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-0,50	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
	-0,50	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
	-	-4	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
A 3 Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	-	-8	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)			
A 7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-1	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Titel 428 01 (c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen)			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-5	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-5	-18	
Umsetzung			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A 9 Sozialinspektoren, Sozialinspektorinnen	-0,50	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08 / 428 01 EGr 9 (FQA, Heimaufsicht)
Titel 428 01 (b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung nach 03 08 / 428 01h (FQA, Heimaufsicht)
Titel 428 01 (c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen)			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Umsetzung und Absenkung nach 03 09 / 428 01e EGr 6
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-4,40	-	Umsetzung nach 03 09 / 428 01e
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,85	-	Umsetzung und Hebung nach 03 09 / 428 01e EGr 6

03 09
Landratsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung				
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	2	2	2
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	A 9	4	4	4
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A 8	39	44	47
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A 7	40	35	32
	Zusammen		85	85	85
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- mittlerer Dienst		85	85	85
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz				
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen (Verwendungsaufstieg)	A11	9	9	9
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)	A10	16	16	16
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	12	12	12
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen	A 9	57	57	57
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	A 8	102	118	121
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A 7	117	112	109
	Zusammen		313	324	324
	Zugang/Abgang			+11	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		25	25	25
	- mittlerer Dienst		288	299	299
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz):				
	1) Bei Bedarf dürfen bis zu 20 Stellen des Kap. 03 18 (Landespolizei) Tit. 422 01 in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 422 01 f.				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leerstellen				
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	1	7	7
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	-	7	7
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	5	5	5
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	93	93	93
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	141	141	141
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	22	22	22
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	41	41	41
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	43	43	43
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	37	37	37

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Titel 428 01 (e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umsetzung und Absenkung von 03 09 / 428 01c EGr 8
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+4,40	-	Umsetzung von 03 09 / 428 01 c
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+2,85	-	Umsetzung und Hebung von 03 09 / 428 01c EGr 5
Summe Umsetzung	-2,50	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	-1	-	Umwandlung und Hebung nach 428 01 EGr 5
	-1	-	Umwandlung und Hebung nach 428 01 EGr 6
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A 8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	+18	-	Umwandlung von 428 01 d EGr 8
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A10 Anwärter und Anwärterinnen für den gehobenen technischen Dienst	-6	-	Umwandlung nach 422 21 BesGr A 9 (Regierungsinspektoranwälter)
A 9 Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwälterinnen	+6	-	Umwandlung von 422 21 BesGr A10 (Anwärter gehobener technischer Dienst)
Titel 428 01 (a) Verwaltungspersonal allgemein)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr A 4
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Umwandlung und Hebung von 422 01 BesGr A 4
Titel 428 01 (d) Hygienekontrolleure, Hygienekontrolleurinnen)			
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-18	-	Umwandlung nach 422 01 c BesGr A8 (Hygienehauptsekretär)
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A 8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 7
A 7 Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 8
Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)			
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	+11	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 7

03 09
Landratsämter
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5	1	1	1
	Zusammen Zugang/Abgang		390	403 +13	403 -
	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	1	1
	Sozialinspektor, Sozialinspektorin	A 9	1	1	1
	Hygienesekretär, Hygienesekretärin	A 6	1	1	1
	Zusammen Zugang/Abgang		4	3 -1	3 -
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für Altersteilzeit): <i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 3 Satz 1 und 3 HG.</i>				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	0,25	0,25	0,25
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	0,25	0,25	0,25
	Technischer Hauptsekretär, Technische Hauptsekretärin		0,25	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		0,75	0,50 -0,25	0,50 -
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit): <i>Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.</i>				
422 11	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Anwärter und Anwärtinnen für den gehobenen technischen Dienst	A10	6	-	-
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen <i>6 Stellen sind für den Einstellungsbedarf des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus bestimmt. Hiervon können bis zu 2 Stellen für die Einstellung von Verwaltungsinformatikanwärtinnen bei Kap. 05 01 in Anspruch genommen werden.</i>	A 9	422	428	428
	Regierungssekretärin, Regierungssekretärinnen	A 6	221	221	221
	Zusammen		649	649	649
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21: <i>Bei Bedarf dürfen die Stellen auch für die Kap. 03 06, 03 07, 03 08, 03 09 und 03 26 in Anspruch genommen werden. Für die Dauer der Ausbildung dürfen je 3 Stellen der BesGr A 9 (Regierungsinspektoranwärter) mit je einem Zeitarbeitnehmer der EGr 9 und je 3 Stellen der BesGr A 6 (Regierungssekretärin) mit je einem Zeitarbeitnehmer der EGr 5 oder 6 besetzt werden, soweit die laufbahnrechtlichen Regelungen die Ausbildung in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis vorsehen. Gleiches gilt für ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis, das nach den laufbahnrechtlichen Regelungen Voraussetzung für die Übernahme in den Vorbereitungsdienst ist und diesem unmittelbar vorausgeht.</i>				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
A 7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-11	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 8
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes)			
A11 Regierungsamt Männer, Regierungsamt Frauen	+9	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-9	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
A 6 Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	+10 -10	- -	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6 kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Titel 422 01 (b) Technische Beamte der Umweltverwaltung)			
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsärztinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Technische Amt Männer, Technische Amt Frauen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A 9 Oberflussmeister, Oberflussmeisterinnen	+2	-	kostenwirksame Hebung von BesGr A 8
A 8 Flussmeister, Flussmeisterinnen	-2	-	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 9
Titel 422 01 (c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung)			
A12 Sozialamtsräte, Sozialamtsärztinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Sozialamt Männer, Sozialamt Frauen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A 8 Hygienehauptsekretäre, Hygienehauptsekretärinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Hygieneobersekretäre, Hygieneobersekretärinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Titel 422 01 (d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung)			
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	+5	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-5	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Titel 422 01 (e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz)			
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	+5	+3	kostenwirksame Hebung von BesGr A 7
A 7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-5	-3	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 8
Titel 428 01 (f) Technisches Personal der Umweltverwaltung)			
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8

03 09
Landratsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 21	Leerstellen Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwältinnen Regierungssekretäranwälter, Regierungssekretärinwältinnen Zusammen	A 9 A 6	60 20 80	60 20 80	60 20 80
422 31	Abgeordnete Beamte a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes	A16+AZ - A13 A13+AZ - A9 A9+AZ - A6	4 2 2	4 2 2	4 2 2
	Zusammen		8	8	8
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes): 4 Stellen für Abordnungen von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern zum Erwerb von Berufserfahrung gemäß Art. 14 Abs. 2 Nr. 2 BayFHVRG.				
422 31	Abgeordnete Beamte b) Technische Beamte der Umweltverwaltung	A13+AZ - A9	5	5	5
	Zusammen		5	5	5
427 41	Praktikanten		10	10	10
	Zusammen		10	10	10
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen a) Verwaltungspersonal allgemein Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 5 Zusammen Zugang/Abgang	E 6 E 5	1 - 1	2 1 3 +2	2 1 3 -
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Zusammen Zugang/Abgang	E 9	42 42	41 41 -1	41 41 -
	Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen): 1) Die Stellen für Sozialarbeiter(innen) dürfen auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden. 2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 08 Tit. 428 01 h.				
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	14	10	10

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen Summe kostenwirksame Hebung	-3 -	- -	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
Zu- und Abgang Personalsoll A	+32,50	+2	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	+1	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel
Summe neu	-	+1	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-	+1	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+6	-	neu
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+7	-	neu
Summe neu	+13	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+13	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	

03 09
Landratsämter
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Zusammen Zugang/Abgang	E 6 E 5	19,50 14 47,50	15,10 11,15 36,25 -11,25	15,10 11,15 36,25 -
Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen):					
<i>Die Stellen dürfen bei Bedarf auch mit Sozialmedizinischen Assistenten und Sozialmedizinischen Assistentinnen besetzt werden.</i>					
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen d) Hygienekontrolleure, Hygienekontrolleurinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Zusammen Zugang/Abgang	E 8	18 18	- - -18	- - -
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Zusammen Zugang/Abgang	E 8 E 6	123 15,50 138,50	123 23,75 146,75 +8,25	123 25,75 148,75 +2
Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen):					
<i>Vgl. Vermerke bei Titel 422 01c BesGr A9 und A10 und bei den Titeln 428 01b und 428 01c.</i>					
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen f) Technisches Personal der Umweltverwaltung Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11 <i>7 Stellen mit Freiwerden ku nach BesGr A 11 (Technischer Amtmann, Technische Amtfrau)</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10 <i>5 Stellen mit Freiwerden ku nach BesGr A 10 (Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin)</i> Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Zusammen	E 11 E 10 E 9 E 8	20 7 15 16 58	20 7 18 13 58	20 7 18 13 58
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Leerstellen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Zusammen	E 11 E 8 E 6	1 13 3 17	1 13 3 17	1 13 3 17

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen	-0,25	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-0,25	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-0,25	-	

03 09
Landratsämter
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		3	3	4
	Zusammen		3	3	4
	Zugang/Abgang			-	+1
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte				
	a) Beamte des allgemeinen Verwaltungsdienstes		2.742,33	2.749,33	2.749,33
422 01	Planmäßige Beamte				
	b) Technische Beamte der Umweltverwaltung		394	401	401
422 01	Planmäßige Beamte				
	c) Fachbeamte der Gesundheitsverwaltung		449	476,50	476,50
422 01	Planmäßige Beamte				
	d) Technische Beamte der Veterinärverwaltung		85	85	85
422 01	Planmäßige Beamte				
	e) Technische Beamte für den Verbraucherschutz		313	324	324
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		649	649	649
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	a) Verwaltungspersonal allgemein		1	3	3
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	b) Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen		42	41	41
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	c) Technische Assistenten, Technische Assistentinnen		47,50	36,25	36,25
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	d) Hygienekontrolleure, Hygienekontrolleurinnen		18	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	e) Sozialmedizinische Assistenten, Sozialmedizinische Assistentinnen		138,50	146,75	148,75
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	f) Technisches Personal der Umweltverwaltung		58	58	58
	Personalsoll A		4.937,33	4.969,83	4.971,83
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
427 41	Praktikanten		10	10	10
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3	3	4
	Personalsoll B		13	13	14
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		4.950,33	4.982,83	4.985,83
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,75	0,50	0,50
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		4	3	3

Erläuterungen zu Kap. 03 09

Stellen der Landratsämter			2010	2011	2012
I. Verwaltung allgemein					
1.	03 09	Beamte, Beamtinnen	2.742,33	2.749,33	2.749,33
2.	03 09	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	1,00	3,00	3,00
3.	03 09	Sonstige Hilfsleistungen (Arbeitnehmer)	3,00	3,00	4,00
			2.746,33	2.755,33	2.756,33
II. Gesundheitsverwaltung (ohne Landgerichtsärzte)					
1.	12 40	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	254,00	254,00	254,00
2.	03 09	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	449,00	476,50	476,50
3.	12 40	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen (Titel 428 01)	15,00	15,00	15,00
4.	03 09	Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen	42,00	41,00	41,00
5.	03 09	Technische Assistenten und Assistentinnen	47,50	36,25	36,25
6.	03 09	Hygienekontrolleure, Hygienekontrolleurinnen	18,00	0,00	0,00
7.	03 09	Sozialmedizinische Assistenten und Assistentinnen	138,50	146,75	148,75
8.	12 40	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen (Titel 428 21)	1,00	1,00	1,00
9.	12 40	Sonstige Hilfsleistungen (Arbeitnehmer)	3,00	3,00	3,00
			968,00	973,50	975,50
III. Veterinärverwaltung					
1.	12 41	Fachbeamte, Fachbeamtinnen	283,00	283,00	283,00
2.	12 41	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	2,00	2,00	2,00
3.	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	85,00	85,00	85,00
4.	12 41	Grenzkontrollstellen	2,00	2,00	2,00
			372,00	372,00	372,00
IV. Umweltverwaltung					
1.	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	394,00	401,00	401,00
2.	03 09	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	58,00	58,00	58,00
			452,00	459,00	459,00
V. Verbraucherschutz					
	03 09	Technische Beamte, Technische Beamtinnen	313,00	324,00	324,00
			313,00	324,00	324,00
Gesamtsumme			4.851,33	4.883,83	4.886,83

Ferner:

VI. Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Praktikanten					
1.	03 09	Anwärter, Anwärterinnen	649,00	649,00	649,00
2.	03 09	Praktikanten, Praktikantinnen	10,00	10,00	10,00
			659,00	659,00	659,00

03 15

Landesamt für Verfassungsschutz

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	<i>Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte des Landesamts für Verfassungsschutz können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen. Dies gilt auch für Planstellen anderer Kapitel, soweit Beamte oder Beamtinnen an das Landesamt für Verfassungsschutz abgeordnet werden.</i>				
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident, Präsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz	B 6	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin des Landesamts für Verfassungsschutz	B 3	1	1	1
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	4	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	9	12	12
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	14	14	14
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	3	3
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	30	30	30
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	60	61	61
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	74	74	74
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen	A10	60	60	60
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		3	3	3
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	24	21	21
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	12	15	15
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	30	35	35
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	19,50	18,50	18,50
	Zusammen		345,50	353,50	353,50
	Zugang/Abgang			+8	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		32	35	35
	- gehobener Dienst		252	250	250
	- mittlerer Dienst		61,50	68,50	68,50
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 :				
	<i>Die Stellen der BesGr A 9 bis A 13 der Kap. 03 15 und 03 18 können bei Bedarf ausnahmsweise gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	4	4	4
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen	A10	7	7	7
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	3	3	3
	Zusammen		16	16	16

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 +AZ Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	+5	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+9	-	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 8 Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	-1	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1,05	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-2,05	-1	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A14
A 14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-3	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A15
A 13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	+3 -3	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A13 kostenneutrale Hebung nach BesGr A14
Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	+3 -3	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A13 (OAR) kostenneutrale Hebung nach BesGr A13 (RR)
A 12 Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	+3 -3	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A12 kostenneutrale Hebung nach BesGr A13
A 11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+3 -3	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A11 kostenneutrale Hebung nach BesGr A12
A 10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+3 -3	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A10 kostenneutrale Hebung nach BesGr A11
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+3 -3	- -	kostenneutrale Hebung von BesGr A 9 kostenneutrale Hebung nach BesGr A10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	

03 15
Landesamt für Verfassungsschutz

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl			
			2010	2011	2012	
1	2	3	4	5	6	
422 31	Abgeordnete Beamte	A13+AZ - A9	4	4	4	
		A9+AZ - A6	7	7	7	
		Zusammen	11	11	11	
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2 Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen Zusammen Zugang/Abgang <i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 428 01:</i> <i>7 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden. Diese</i> <i>Verpflichtung kann bei Bedarf auf die Kapitel 03 17 bis 03 21 übertragen</i> <i>werden.</i> Leerstellen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Zusammen	E 13	1	-	-	
		E 12	-	-	-	
		E 11	1	1	1	
		E 10	-	1	1	
		E 9	34	31	31	
		E 8	5	8	8	
		E 6	30,90	30,90	30,90	
		E 5	9,70	8,65	8,65	
		E 2	4	4	3	
			2	2	2	
				87,60	86,55	85,55
					-1,05	-1
					15	15
Gesamtübersicht						
422 01	Planmäßige Beamte		345,50	353,50	353,50	
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		87,60	86,55	85,55	
Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)			433,10	440,05	439,05	
Gesamtsumme Personalsoll A + B			433,10	440,05	439,05	

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Absenkung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 13 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 12 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 12 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 11 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 13 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Absenkung nach EGr 10 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 12 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	Absenkung von EGr 11 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-3	-	Absenkung nach EGr 8 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	Absenkung von EGr 9 zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+6,95	-1	

1. Übersicht über die Stellen der Polizei in den Jahren 2011/2012

Haushaltstitel	Landes- kriminalamt Kap. 03 17		Landes- polizei Kap. 03 18		Bereitschafts- polizei Kap. 03 20		Polizei- verwaltungsamt Kap. 03 21		Gesamtsumme	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
422 01 (pl. Beamte)	1.049,00	1.051,00	26.067,17	26.174,17	4.255,00	4.071,00	277,00	277,00	31.648,17	31.573,17
422 21 (Beamte a.W.)	-	-	59,00	59,00	2.312,00	2.512,00	-	-	2.371,00	2.571,00
428 01 (Arbeitnehmer)	341,50	339,50	3.679,78	3.665,78	730,50	729,50	180,00	178,00	4.931,78	4.912,78
428 21 (Arbeitnehmer)	1,00	1,00	46,00	46,00	-	-	-	-	47,00	47,00
Summe	1.391,50	1.391,50	29.851,95	29.944,95	7.297,50	7.312,50	457,00	455,00	38.997,95	39.103,95

Ferner

	2011	2012
Ersatzstellen für Altersteilzeit	51,0	50,0

2. Haushaltsvermerke für die Kap 03 17 - 03 21

¹Die bei den Kap. 03 17 - 03 21 ausgebrachten Planstellen bis BesGr A 16 + AZ dürfen bei der Ausführung des Stellenplans je Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung zu einer Summe zusammengefasst und für die genannten Kapitel gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Die Summe der genannten Planstellen eines jeden Kapitels darf hierbei jedoch nur ausnahmsweise um bis zu 900 Stellen überschritten werden. ³Die bei den Kap. 03 17 - 03 21 ausgebrachten Stellen für Arbeitnehmer Tit. 428 01 dürfen bei Bedarf gegenseitig in Anspruch genommen werden. ⁴Ferner gilt für die Stellenbewirtschaftung folgendes:

1. Offenstehende besetzbare Stellen der BesGr A 7 und A 8 dürfen vorübergehend mit Polizeivollzugsbeamten in Ausbildung besetzt werden.
2. Die Planstellen und die Stellen für abgeordnete Beamte der Kap. 03 17 bis 03 21 können mit Beamten oder Beamtinnen besetzt werden, die die Voraussetzungen des Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 oder 6 BayBesG (Zulage für besondere Berufsgruppen) erfüllen.

03 17
Landeskriminalamt
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin als Leiter des Landeskriminalamts	B 6	1	1	1
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin als der ständige Vertreter des Leiters des Landeskriminalamts	B 3	1	1	1
	Leitender Chemiedirektor, Leitende Chemiedirektorin	A16	1	-	-
	Leitende Kriminaldirektoren, Leitende Kriminaldirektorinnen		7	8	8
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	7	-	-
	Baudirektoren, Baudirektorinnen		6	-	-
	Chemiedirektoren, Chemiedirektorinnen		8	-	-
	Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen		13	34	36
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	9	-	-
	Bauberräte, Bauberrätinnen		10	-	-
	Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen		9	-	-
	Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen		19	49	49
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		2	-	-
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	10	-	-
	Chemierat, Chemierätin		1	-	-
	Kriminalräte, Kriminalrätinnen		6	18	18
	Pharmazierat, Pharmazierätin		1	-	-
	Erste Kriminalhauptkommissare, Erste Kriminalhauptkommissarinnen	A13	94	96	96
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A12	148	156	158
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A11	321	324	323
	Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	A10	211	207	206
	Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	A 9	23	23	23
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	A 9+AZ	38	40	40
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	A 9	75	76	76
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A 8	15	16	16
	Zusammen Zugang/Abgang		1.036	1.049 +13	1.051 +2
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		111	111	113
	- gehobener Dienst		797	806	806
	- mittlerer Dienst		128	132	132
	Leerstellen				
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	-	-
	Kriminaloberrat, Kriminaloberrätin		-	1	1
	Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	A11	5	5	5
	Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	A10	4	4	4
	Kriminalkommissare, Kriminalkommissarinnen	A 9	4	4	4
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	A 9	5	5	5
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A 8	4	4	4
	Zusammen		23	23	23

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Erste Kriminalhauptkommissare, Erste Kriminalhauptkommissarinnen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+6	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+4	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 8 Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+19	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen	-	+2	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+2	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
A 9 Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
A 8 Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2011
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E 2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-6	-2	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitende Chemiedirektoren, Leitende Chemiedirektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A16 (Ltd. KD)
Leitende Kriminaldirektoren, Leitende Kriminaldirektorinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A16 (Ltd. ChD)
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-7	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (KD)
Baudirektoren, Baudirektorinnen	-6	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (KD)

03 17
Landeskriminalamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Ersatzstellen für Altersteilzeit				
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	-
	Chemierat, Chemierätin		1	-	-
	Zusammen		2	1	-
	Zugang/Abgang			-1	-1
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21: Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16+AZ - A13	2	2	2
		A13+AZ - A9	4	4	4
		A9+AZ - A6	11	11	11
	Zusammen		17	17	17
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 15	E 15	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E 14	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü	E 13Ü	5	5	5
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E 13	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	12	12	12
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	14	14	14
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	12	12	12
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	59,50	59,50	59,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	19	19	19
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	107	107	107
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	81	81	81
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 4	E 4	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	10	10	9
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E 2	5	5	4
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		5	5	5
	Zusammen		341,50	341,50	339,50
	Zugang/Abgang			-	-2
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	2	2	2
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	4	4	4
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	9	9	9
	Zusammen		15	15	15

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
A15 Chemiedirektoren, Chemiedirektorinnen	-8	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (KD)
Kriminaldirektoren, Kriminaldirektorinnen	+7	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (RD)
	+6	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (BD)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+8	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (ChD)
Bauoberräte, Bauoberrätinnen	-9	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (KOR)
Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen	-10	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (KOR)
Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	-9	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (KOR)
	+9	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (ORR)
	+10	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (BOR)
	+9	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (ChOR)
	+2	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (MedOR)
Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (KOR)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen	-10	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (KR)
Chemieräte, Chemierätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (KR)
Kriminalräte, Kriminalrätinnen	+10	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A13 (RR)
	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A13 (ChR)
	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A13 (PhR)
Pharmazieräte, Pharmazierätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A13 (KR)
Summe Umwandlung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Kriminalhauptkommissare, Kriminalhauptkommissarinnen	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
A10 Kriminaloberkommissare, Kriminaloberkommissarinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+13	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	neu zur Anpassung der Stellen an die Mittel (CITRIX)
Summe neu	+1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+1	-	

03 17
Landeskriminalamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		-	1	1
	Zusammen		-	1	1
	Zugang/Abgang			+1	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		1.036	1.049	1.051
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		341,50	341,50	339,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		1.377,50	1.390,50	1.390,50
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	1	1
	Personalsoll B		-	1	1
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		1.377,50	1.391,50	1.391,50
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		2	1	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
LEERSTELLEN			
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (KOR)
Kriminaloberräte, Kriminaloberrätinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (ORR)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	
ERSATZSTELLEN FÜR ALTERSTEILZEIT			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen Chemieräte, Chemierätinnen	-	-1	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
	-1	-	Einsparung im Vollzug des Art. 6d HG
Summe Einsparung	-1	-1	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-1	

03 18
Landespolizei

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin als Leiter des Polizeipräsidioms München	B 6	1	1	1
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin als Leiter des Polizeipräsidioms Mittelfranken	B 5	1	1	1
	Polizeipräsidenten, Polizeipräsidentinnen als Leiter der Polizeipräsidiien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken	B 4	8	8	8
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidioms München	B 3	1	1	1
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidioms Mittelfranken		1	1	1
	Polizeivizepräsidenten, Polizeivizepräsidentinnen als die ständigen Vertreter der Leiter der Polizeipräsidiien Niederbayern, Oberbayern Nord, Oberbayern Süd, Oberfranken, Oberpfalz, Schwaben Nord, Schwaben Süd/West, Unterfranken	B 2	8	8	8
	Leitender Polizeidirektor, Leitende Polizeidirektorin	A16+AZ	1	1	1
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	48	48	48
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin		1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen		108	108	111
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	13	13	13
	Polizeioberberäte, Polizeioberberätinnen		158	156	160
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	3	3
	Polizeiräte, Polizeirätinnen		108	107	107
	Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	A13+AZ	3	3	3
	Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	A13	989,17	1.013,17	1.013,17
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	2.432	2.519	2.525
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	4.844	4.909	4.913
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	4.538	4.526	4.516
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A 9	1.564	1.564	1.564
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	A 9+AZ	100	-	-
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen		1.928	2.093	2.093
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	A 9	234	-	-
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen		4.560	4.865	4.865
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A 8	149	-	-
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen		3.746	3.966	3.966
	<i>175 Stellen ku nach BesGr A 7 Polizeimeister am 31.12.2011 im Vollzug des Vermerks Nr. 8 zu den Kap. 03 17 - 03 21 im Doppelhaushalt 2005/2006</i>				
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A 7	132	132	232
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		2	3	4
	Polizeisekretäre, Polizeisekretärinnen	A 6	3	3	3
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		6	5	4
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 6	1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	3	3	3
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	+24	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+81	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+62	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Polizeihauptmeister, +AZ Polizeihauptmeisterinnen	+65	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	+71	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+71	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+374	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	-	+3	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A14 Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	-	+4	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+7	
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
A13 Polizeiräte, Polizeirätinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,70	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-2,21	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen (Vollzug des Vermerks Nr. 2 zu 03 18/428 01 im Doppelhaushalt 2009/2010)
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,14	-	Einsparung zur Finanzierung von kostenneutralen Hebungen
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-5	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E 4 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-0,80	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-3	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	1	1	1
	Zusammen Zugang/Abgang		25.699,17	26.067,17 +368	26.174,17 +107
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		463	460	467
	- gehobener Dienst		14.370,17	14.534,17	14.534,17
	- mittlerer Dienst		10.860	11.067	11.167
	- einfacher Dienst		6	6	6
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bei Bedarf dürfen bis zu 47 Stellen für Kap. 03 09 in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 15 Titel 422 01.				
	Leerstellen				
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	A16	3	3	3
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	A15	2	2	2
	Polizeioberberräte, Polizeioberberrätinnen	A14	5	5	5
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	-	3	3
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	13	17	17
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	23	23	23
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A 9	12	12	12
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A 9+AZ	2	2	2
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterin	A 9	1	-	-
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen		60	61	61
	Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	A 8	18	-	-
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen		81	99	99
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A 7	6	6	6
	Zusammen Zugang/Abgang		226	233 +7	233 -
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit				
	Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin	A12	-	0,60	0,60
	Polizeihauptkommissar, Polizeihauptkommissarin	A11	-	0,60	0,60
	Polizeioberkommissar, Polizeioberkommissarin	A10	-	0,95	0,95
	Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterin	A 9+AZ	-	0,30	0,30
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterin	A 9	-	0,60	0,60
	Zusammen Zugang/Abgang		-	3,05 +3,05	3,05 -
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01 (Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit):				
	Alle Stellen kw gemäß Art. 6d Abs. 2 Satz 2 HG.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
E 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-6	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-7,85	-14	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A11
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15 / 422 01 BesGr A10
	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 04 / 422 01 BesGr A10 (BayZeit)
A 7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-	+100	Umsetzung und Umwandlung von 03 20 / 422 21 BesGr A 5, A 7
Summe Umsetzung	-3	+100	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	-100	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9+AZ (PHM)
Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	+100	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 9+AZ (KHM)
A 9 Kriminalhauptmeister, Kriminalhauptmeisterinnen	-234	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9 (PHM)
Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	+234	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 9 (KHM)
A 8 Kriminalobermeister, Kriminalobermeisterinnen	-149	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 8 (POM)
Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+149	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 8 (KOM)
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 11 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 10
E 10 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 11
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenneutrale Hebung von EGr 9
E 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 10
E 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+16	-	kostenneutrale Hebung von EGr 5 (Vollzug des Vermerks Nr. 2 zu 03 18/428 01 im Doppelhaushalt 2009/2010)
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-16	-	kostenneutrale Hebung nach EGr 8 (Vollzug des Vermerks Nr. 2 zu 03 18/428 01 im Doppelhaushalt 2009/2010)
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+6	+6	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-6	-6	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl			
			2010	2011	2012	
1	2	3	4	5	6	
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst					
	Polizeiinspektoranwärter, Polizeiinspektoranwärterinnen	A 9	44	44	44	
	Polizeisekretäranwärter, Polizeisekretäranwärterinnen	A 6	15	15	15	
	Zusammen		59	59	59	
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21: Die Stellen dürfen für die Kap. 03 17, 03 20 und 03 21 bei Bedarf in Anspruch genommen werden.					
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 14	E 14	2	2	2	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13Ü	E 13Ü	5	5	5	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 13	E 13	3	3	3	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 12	E 12	5	5	5	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	14	15	15	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 10	E 10	11	11	11	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	244	244	244	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	260	275	275	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7	E 7	66,40	66,40	66,40	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	751,38	751,68	751,68	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	1.978,85	1.958,50	1.953,50	
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E 4	56,50	55,70	52,70	
		<i>Bei Bedarf können bis zu 10 Stellen mit Kraftfahrern besetzt werden.</i>				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	264,50	264,50	258,50	
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		16	16	16	
	Auszubildende		7	7	7	
		Zusammen		3.684,63	3.679,78	3.665,78
		Zugang/Abgang			-4,85	-14
		Allgemeine Vermerke zu Titel 428 01 : 1) 68 Stellen dürfen nur mit Schwerbehinderten besetzt werden. 2) Das Staatsministerium des Innern wird im Rahmen der Erprobung und Umsetzung neuer Organisationsstrukturen ermächtigt, im Doppelhaushalt 2011/2012 Stellen der EGr 3 - 6 kostenneutral in bis zu 33 Stellen der EGr 8 umzuwandeln.				
		Leerstellen				
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	2	3	3
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	2	2	2
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	21	21	21
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	184	184	184
		Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	3	3	3
		Zusammen		212	213	213
	Zugang/Abgang			+1	-	
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen					
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		46	46	46	
	Zusammen		46	46	46	

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
A 11	+10	+10	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A 10	-10	-10	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
A 7	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A 6
A 6	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A 7
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 8
E 8	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 9
E 6	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E 5	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+363,15	+93	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 12	+3	-	neu
A 11	+4	-	neu
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 9	+1	-	neu
Summe neu	+8	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9 (PHM)
	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 9 (KHM)
A 8	-18	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 8 (POM)
	+18	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 8 (KOM)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+8	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		25.699,17	26.067,17	26.174,17
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		59	59	59
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		3.684,63	3.679,78	3.665,78
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		29.442,80	29.805,95	29.898,95
	Ferner:				
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		46	46	46
	Personalsoll B		46	46	46
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		29.488,80	29.851,95	29.944,95
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		-	3,05	3,05

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
ERSATZSTELLEN FÜR BEGRENZTE DIENSTFÄHIGKEIT			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+0,60	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+0,60	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	+0,95	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A 9 Kriminalhauptmeister, +AZ Kriminalhauptmeisterinnen	+0,30	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
A 9 Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	+0,60	-	neu im Vollzug des Art. 6d HG
Summe neu	+3,05	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+3,05	-	

03 20
Bereitschaftspolizei
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Polizeipräsident, Polizeipräsidentin als Leiter der Bereitschaftspolizei	B 4	1	1	1
	Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin als der ständige Vertreter des Leiters des Präsidiums der Bayerischen Bereitschaftspolizei	B 2	1	1	1
	Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin als Leiter des polizeiärztlichen Dienstes	A16	1	-	-
	Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen		4	7	7
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		2	-	-
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	-	-
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		18	-	-
	Pharmaziedirektor, Pharmaziedirektorin		1	-	-
	Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen		9	29	30
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	-	-
	Polizeioberberäte, Polizeioberberätinnen		11	14	14
	Polizeiräte, Polizeirätinnen	A13	4	4	4
	Polizeirealschuloberlehrer, Polizeirealschuloberlehrerinnen	A13+AZ	11	11	11
	Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	A13	81	83	83
	Polizeirealschullehrer, Polizeirealschullehrerinnen <i>1 Stelle kann mit Arbeitnehmern in EGr 13 besetzt werden</i>		15	15	15
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	219	223	225
	Fachlehrer, Fachlehrerinnen (Eingangsamtsamt in BesGr A 10)	A11	3	3	3
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen		510	512	511
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	390	389	388
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A 9	300	300	300
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A 9+AZ	206	206	206
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A 9	454	459	459
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen <i>125 Stellen ku nach BesGr A 7 Polizeimeister am 31.12.2011 im Vollzug des Vermerks Nr. 8 zu den Kap. 03 17 - 03 21 im Doppelhaushalt 2005/2006</i>	A 8	1.091	1.101	1.101
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A 7	11	-	-
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen		884	896	711
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A 6	1	1	1
	Zusammen		4.232	4.255	4.071
	Zugang/Abgang			+23	-184
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		56	56	57
	- gehobener Dienst		1.529	1.536	1.536
	- mittlerer Dienst		2.647	2.663	2.478
	Leerstellen				
	Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin	A15	1	-	-
	Polizeidirektor, Polizeidirektorin		-	1	1
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	-	-
	Polizeioberberät, Polizeioberberätin		-	1	1
	Polizeirealschullehrer, Polizeirealschullehrerin	A13	1	1	1
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+2	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+3	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	+5	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 8 Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	+10	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 7 Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)			
A 5, Polizeidienstangefänger, - A 7 dienstangefängerinnen, Polizeimeisteranwärter, - meisteranwärterinnen, Polizeioberwachmeister	+300	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+323	-	
neu (Arbeitszeitverkürzung)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	-	+1	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung)	-	+1	
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-9	-	Einsparung gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz für 2010
E 2 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-9	-1	
Umsetzung			
Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)			
A 5, Polizeidienstangefänger, - A 7 dienstangefängerinnen, Polizeimeisteranwärter, - meisteranwärterinnen, Polizeioberwachmeister	-	-100	Umsetzung und Umwandlung nach 03 18 / 422 01 BesGr A 7
Summe Umsetzung	-	-100	

03 20
Bereitschaftspolizei
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch					
422 01	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen Polizeikommissar, Polizeikommissarin Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen Zusammen	A10 A 9 A 9 A 8	3 1 2 42	3 1 2 42	3 1 2 42
			54	54	54
	Ersatzstellen für Altersteilzeit Polizeimeister, Polizeimeisterinnen Zusammen	A 7	50	50	50
			50	50	50
422 21	Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung Polizeidienstangefänger, -dienstangefängerinnen, Polizeimeisteranwärter, -meisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister <i>100 Stellen ku am 01.09.2011, 400 Stellen ku am 01.03.2012, 200 Stellen ku am 01.09.2012 und 300 Stellen ku am 01.03.2013 nach BesGr A 7 (Polizeimeister) unter gleichzeitiger Umsetzung nach Kap. 03 18.</i> Polizeikommissaranwärter, Polizeikommissaranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister, Polizeioberwachtmeisterinnen Zusammen Zugang/Abgang	A 5, A 7 A 5, A 9	1.642 370	1.942 370	2.142 370
			2.012	2.312 +300	2.512 +200
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 21 : 1) Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21. 2) Die Stellen dürfen bei Bedarf für die Kap. 03 17 und 03 18 in Anspruch genommen werden. 3) Die Stellen dürfen auch mit Polizeisekretäranwärtinnen, Polizeisekretäranwärtinnen besetzt werden, die wegen Polizeidienstunfähigkeit das Beamtenverhältnis auf Widerruf fortsetzen.				
	Leerstellen Polizeidienstangefänger, -dienstangefängerinnen, Polizeimeisteranwärter, -meisteranwärterinnen, Polizeioberwachtmeister Zusammen	A 5, A 7	35	35	35
			35	35	35
422 31	Abgeordnete Beamte Zusammen	A9+AZ - A6	5	5	5
			5	5	5
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 15 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 7 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E 15 E 9 E 8 E 7 E 6 E 5 E 4	1 34,50 20 113 113 199 17	1 34,50 20 113 113 190 17	1 34,50 20 113 113 190 17

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitender Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen als Leiter des polizeiärztlichen Dienstes	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A16 (Ltd. PD)
Leitende Polizeidirektoren, Leitende Polizeidirektorinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A16 (Ltd. MedD)
Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	+2	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A16 (Ltd. RD)
A15 Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	-2	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A16 (Ltd. PD)
Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (PD)
Pharmaziedirektoren, Pharmaziedirektorinnen	-18	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (PD)
Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (PD)
	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (RD)
	+18	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (MedD)
	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (PhD)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	-3	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (POR)
Polizeioberberräte, Polizeioberberrätinnen	+3	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (ORR)
A 7 Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	-11	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 7 (PM)
Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	-	-185	Umwandlung nach 422 21 BesGr A 5, A 7
	+11	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 7 (TOS)
Titel 422 21 (Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung)			
A 5, A 7 Polizeidienstangefänger, -dienstangefängerinnen, Polizeimeisteranwärter, -meisteranwärterinnen, Polizeioberwachmeister	-	+300	Umwandlung von 422 01 BesGr A 7
Summe Umwandlung	-	+115	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+2	+2	kostenwirksame Hebung von BesGr A11
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	-2	-2	kostenwirksame Hebung nach BesGr A12
	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+314	+15	

03 20
Bereitschaftspolizei
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr KR 7a	KR 7a	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	187,50	187,50	187,50
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2Ü	E 2Ü	7	7	7
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E 2	13,50	13,50	12,50
	Kraftfahrer, Kraftfahrerinnen		5	5	5
	Auszubildende		21	21	21
	Zusammen Zugang/Abgang		739,50	730,50 -9	729,50 -1
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 9	E 9	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 7	E 7	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	11	11	11
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr KR 7a	KR 7a	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 2	E 2	4	4	4
	Zusammen		30	30	30
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		4.232	4.255	4.071
422 21	Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung		2.012	2.312	2.512
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		739,50	730,50	729,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		6.983,50	7.297,50	7.312,50
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		6.983,50	7.297,50	7.312,50
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		50	50	50

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
LEERSTELLEN			
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen Polizeidirektoren, Polizeidirektorinnen	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A15 (PD)
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen Polizeioberräte, Polizeioberrätinnen	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A15 (MedD)
	-1	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A14 (POR)
	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A14 (ORR)
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-	-	

03 21
Polizeiverwaltungsamt
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident des Polizeiverwaltungsamts, Präsidentin des Polizeiverwaltungsamts	B 2	1	1	1
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	3	3
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	A13	14	15	15
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A12	23	23	23
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	43	45	46
	Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	A10	40	39	38
	Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	A 9	2	1	1
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A 9+AZ	30	30	30
	Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	A 9	67	69	69
	Polizeiobermeister, Polizeiobermeisterinnen	A 8	29	29	29
	Polizeimeister, Polizeimeisterinnen	A 7	14	14	14
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 6	1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5	1	1	1
	Zusammen		274	277	277
	Zugang/Abgang			+3	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		10	10	10
	- gehobener Dienst		122	123	123
	- mittlerer Dienst		140	142	142
	- einfacher Dienst		2	2	2
	Leerstellen				
	Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	A11	3	3	3
	Zusammen		3	3	3
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:</i> <i>Vgl. Vermerk bei Kap. 03 18 Tit. 422 21.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
	Zusammen	A13+AZ - A9	4	4	4
			4	4	4
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 11	E 11	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E 10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	21	21	21
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	12	12	12
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	44	44	44

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Erste Polizeihauptkommissare, Erste Polizeihauptkommissarinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
A 9 Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	+1	-	neu (Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte)
Summe neu (Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)	+3	-	
Einsparung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
E 3 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-	-1	Einsparung gemäß Art. 6f Haushaltsgesetz (Verlängerung der Arbeitszeit)
Summe Einsparung	-	-2	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Polizeikommissare, Polizeikommissarinnen	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 15/422 01 BesGr A9 (Konzentration der staatlichen Beihilfestellen)
Polizeihauptmeister, Polizeihauptmeisterinnen	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 06 15/422 01 BesGr A 9 (Konzentration der staatlichen Beihilfestellen)
Summe Umsetzung	-	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Polizeihauptkommissare, Polizeihauptkommissarinnen	+1	+1	kostenwirksame Hebung von BesGr A10
A10 Polizeioberkommissare, Polizeioberkommissarinnen	-1	-1	kostenwirksame Hebung nach BesGr A11
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+3	-2	

03 21
Polizeiverwaltungsamt

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
noch 428 01	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	96	96	95
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 4	E 4	3	3	3
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 3	E 3	2	2	1
	Zusammen		180	180	178
	Zugang/Abgang			-	-2
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	8	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	10	10	10
	Zusammen		18	18	18
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		274	277	277
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	-	-
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		180	180	178
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		454	457	455
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		454	457	455

03 26
Feuerwehrsulen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Baudirektoren, Baudirektorinnen	A15	3	3	3
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Bauoberräte, Bauoberrätinnen		3	3	3
	Baurat, Baurätin	A13	1	1	1
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	2	3	3
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	4	4	4
	Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	A11	11	19	19
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	3	3	3
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen		-	3	3
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen		2	2	2
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Zusammen		33	45	45
	Zugang/Abgang			+12	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		8	8	8
	- gehobener Dienst		20	29	29
	- mittlerer Dienst		5	8	8
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Bei Bedarf dürfen bis zu 6 Stellen der BesGr A15 mit A6 der Kap. 03 26 Tit. 422 01 und Kap. 03 08 Tit. 422 01 zum Zwecke des Stellentauschs gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Anwärter und Anwärterinnen für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst	A13	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 11	E 11	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 10	E 10	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 9	E 9	47	47	47
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 8	E 8	6	6	6
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 6	E 6	7	8	8
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen der EGr 5	E 5	4	3	3
	Zusammen		71	71	71
	Leerstellen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 8	E 8	1	1	1
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin der EGr 6	E 6	1	1	1
	Zusammen		2	2	2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, EGr	2011	2012	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	+1	-	neu für die Ausbildung
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	+8	-	neu für die Ausbildung
A 9 Technische Amtsinspektoren, +AZ Technische Amtsinspektorinnen	+3	-	neu für die Ausbildung
Summe neu	+12	-	
kostenwirksame Hebung			
Titel 428 01 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
E 6 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+1	-	kostenwirksame Hebung von EGr 5
E 5 Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	-1	-	kostenwirksame Hebung nach EGr 6
Summe kostenwirksame Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+12	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 428 21 (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen)			
Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen	+3	-	neu für zusätzliche Haustechniker
Summe neu	+3	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+3	-	

03 26
Feuerweherschulen
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerin		1	1	1
	Zusammen		1	1	1
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen				
	Arbeitnehmer, Arbeitnehmerinnen		29	32	32
	Zusammen		29	32	32
	Zugang/Abgang			+3	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		33	45	45
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		2	2	2
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		71	71	71
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		106	118	118
	Ferner:				
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		1	1	1
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		29	32	32
	Personalsoll B		30	33	33
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		136	151	151

Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr EGr	Stellenzahl		
			2010	2011	2012
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 03A				
422 01	Planmäßige Beamte		38.331,12	38.828,12	38.762,12
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		2.722	3.022	3.222
428 01	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		7.661,41	7.598,37	7.576,97
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		48.714,53	49.448,49	49.561,09
	Ferner:				
422 51	Planmäßige Beamte		5	5	5
422 85	Planmäßige Beamte		24	32	32
427 41	Praktikanten		10	10	10
428 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		532	461,50	462,50
428 13	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Statistische Erhebungen)		40	40	40
428 16	Sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung nach Fürth)		-	47	129
428 21	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		89	93	93
428 51	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		8	8	8
428 52	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		6	6	6
428 60	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		-	10	10
428 92	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		97	282	221
428 94	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		118	106	106
428 96	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen		-	1,25	0,50
428 99	Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Zeit- und Aushilfskräfte)		18	18	18
	Personalsoll B (ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		947	1.119,75	1.141
	Gesamtsumme Personalsoll A + B		49.661,53	50.568,24	50.702,09
	Nachrichtlich:				
	Ersatzstellen für begrenzte Dienstfähigkeit		0,75	3,55	3,55
	Ersatzstellen für Altersteilzeit		63	56	54

